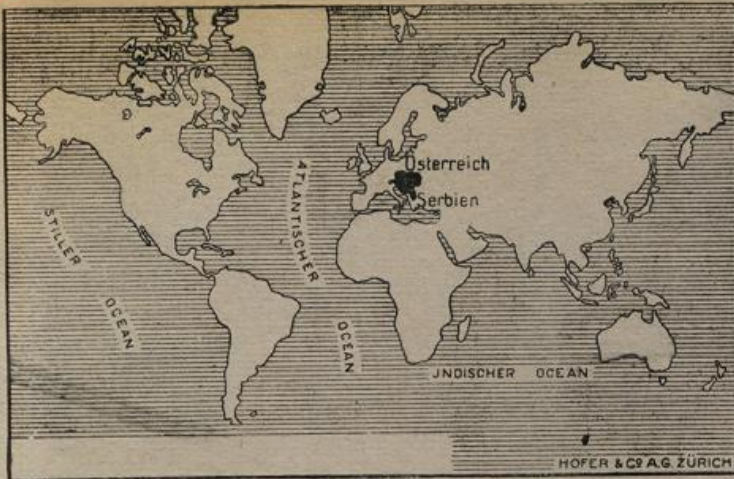


Nr.:

TAG:



Die Entwicklung des Weltkriegsgebiets.

In anschaulicher Form zeigen diese 4 Karten das Umsichgreifen des Weltbrandes. Zunächst das Ausflackern des Kriegsfeuers zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, dann nur wenige Tage darauf die Ausbreitung des Brandes über den größten Teil Europas, Afrikas, Australiens und des nordamerikanischen Kontinental- und Inselgebiets. Sogar Südamerika bekam sein Teil davon ab. Und nun seit November 1914 und Mai 1915 noch die Türkei und Italien in den Krieg hereingezogen worden sind, dürfte nicht mehr viel daran fehlen, daß $\frac{4}{5}$ der bewohnten Erdoberfläche vom Krieg berührt sind.

Wünsche.

Aus Gegenwart und Zukunft.

Umbräust vom Jubel der Wiener Bevölkerung ist gestern der Kaiser nach seinem Sommeritz in Ischl abgereist. Dort in den mächtigen, stillen Bergen, umrauscht von tiefen Wäldern, liegt die Kaiservilla, zu der den Monarchen Ischls Jugend mit silberhellem Jubelruf geleitet. Dorthin richtet sich nun einer der sehnlichsten Wünsche ganz Österreichs: daß der Kaiser völlig genesen und auch die letzten Spuren jener schweren Krankheit verschwinden, die lange die größte und schwerste Sorge der Völker dieses Reiches war. Nun ist sie gewichen und hat der frohen Hoffnung Platz gemacht, daß der allverehrte Herrscher im Herbst wieder neu gestärkt und mit frohem Sinne nach Schönbrunn heimkehren werde. Das Gefühl, das allüberall in Österreichs Gauen lebt, liegt weitab vom Begriff des Byzantinismus. Nicht um äußerer Gunstbezeugungen willen hängen Österreichs Völker an ihrem Herrscher; es ist eine innige, tiefe Lebensgemeinschaft, die sich in Jahrzehnten entwickelt hat, es ist die Folge vieler fröhlicher und noch mehr ernster Stunden, die der Monarch mit seinen Vätern und diese mit ihm geteilt haben. Eine Lebensgemeinschaft, die sich persönlich und sachlich äußert und die in diesen Tagen fester denn je ist. Denn wer wollte zweifeln, daß auch der

Lebensabend des greisen Kaisers vor schweren Sorgen nicht bewahrt bleibt? Der Kampf, der das ganze Reich im Innern in Atem hält, der das Parlament ersticht und die Vertretungskörper gelähmt hat, er bildet den stetenummer des einsamen Mannes in Schönbrunn, eine Sorge, die ihm nun auch nach Ischl folgt. Die scheinbare Ruhe, die über allen innerpolitischen Wassern ruht, ist nicht der Friede, nicht die Erfüllung des Wunsches nach Stetigkeit, sie ist vielmehr der stumme, aber deshalb nicht minder starke Ausdruck einer Krise, die überwunden und durchgekämpft werden muß. Den sonnigen Tagen in Ischl werden sehr stürmische Herbsttage folgen, die alle heute niedergehaltenen Kräfte frei machen und wieder auf das innerpolitische Kampffeld führen werden. Das Parlament ist nicht tot, es lebt und muß leben, um seiner selbst und um des Staates willen, der heute mehr gierige Feinde als wahre Freunde zählt. Das ist das Ziel, dem zugestrebt werden muß: es muß ein Parlament geben und dieses Parlament muß arbeiten, muß schaffen, muß sorgen für die Völker, wie es der Monarch in langen Jahrzehnten in unermüdlicher Fürsorge und unter vielem Leid getan hat.

Wer würde nicht wünschen, daß es dem Kaiser noch gegönnt sein möge, den inneren Frieden, den Bau jener großen Brücke zu erleben, die von Volk zu Volk führt und alle in dem einen Streben nach dem Wohle des Staates eint? Und wer würde nicht wünschen, daß es ihm gegönnt sei, den Arm des Reiches frei zu sehen, der heute durch die Balkanwirren gefesselt ist? Man verkennt die Bedeutung der Kämpfe in Albanien, wenn man sie

nicht mit den Lebensnotwendigkeiten der Monarchie in Beziehung bringt. Die Straße von Otranto ist kein leerer Wahn. Und das in den russischen Blättern immer stärker betonte Verlangen nach Aufteilung Albaniens unter Serbien, Griechenland und Montenegro zeigt klar auf, daß es sich um nichts anderes handelt, als die Monarchie vom Orient, vom Mittelmeer abzubinden, sie also an einem ihrer empfindlichsten Lebensnerven zu treffen. Ja, wenn es die Diplomatie verstanden hätte, damals, als der große Brand auf dem Balkan begann, die Bedeutung der Monarchie als ersten Balkanstaat nicht nur zu betonen, sondern auch zu erweisen, dann gäbe es keine albanische Sorge, dann drohte nicht der Bruch des Bündnisses mit Italien wegen der karstigen Berge und Klippenreichen Küsten Albaniens; da stände vielleicht Griechenland als unser Freund und Verbündeter auf der Wacht; da gäbe es kein Konstanza und keine bulgarische Frage. So aber sind Kriege verloren worden, die nie geführt wurden, Freund und Feind sind unsicher und die Zukunft hüllt sich in dunkles, nebliges Grau.

Das sind die drückenden Sorgen der nächsten Zeit. Und davon möchte alles befreit sein, um in freudiger, friedenssicherer Arbeit sich ausleben zu können. Mag die Erfüllung dieses Wunsches auch noch weit sein, mag sie vielleicht niemals kommen, Wünsche legen darf man und schöne Märchenschlösser bauen, von einem starken Reich, von einem sicheren Frieden, von einem glücklichen Kaiser, von seinen einigen Völkern.

Groß-Oesterreich — Groß-Serbien.

Ursachen des Sarajevoer Attentates.

Ohne dem Ergebnis der Untersuchung vorzugreifen, kann heute schon als feststehend betrachtet werden, daß der Anschlag auf den Thronfolger und seine Gemahlin in Sarajevo von langer Hand vorbereitet und bis in die Einzelheiten hinein festgesetzt war. Noch mehr: von dem Plan müssen lange vorher schon sehr viele gewußt haben. Nicht nur in denjenigen Kreisen, die mit den Verhältnissen vertraut sind, und in steter Berührung mit Bosnien stehen, auch im Auslande hat man davon gesprochen und erzählt, daß in Sarajevo sich etwas Drohendes vorbereite. Selbst aus London, wo kurz vorher der satfam bekannte Kronprinz Georg von Serbien weilte, kommt die Nachricht, daß sein Benehmen dort aufgefallen sei. Der Verstand wehrt sich dagegen, aber es ist nicht zu leugnen, daß viele Indizien für den Verdacht eines weithin verlaufenden Komplottes sprechen, an dem nicht gerade nur die unteren Schichten der serbischen oder genauer der Belgrader Bevölkerung beteiligt sind. Der König tritt plötzlich eine Väterreise an und übergibt die Regierungsgewalt dem Kronprinzen. Dieser erbringt sein Mißli durch eine Reise nach München. König Nikolaus von Montenegro ist trotz der schwierigen Lage an der albanischen Grenze fern von seinen schwarzen Bergen in — Osterreich. Das muß selbst dem simpelsten Beobachter auffallen, das Volksgefühl sucht begreiflicherweise nach einer Erklärung, die seine Empörung und Erbitterung begründe. Verstand und Gerechtigkeit aber verbieten, dem Gefühl nachzugeben und die Reihe von Verdachtsmomenten zur Beschuldigung werden zu lassen.

So fernab ein bestimmter Verdacht auch liegt, so ist doch eine Richtung des Verdachtes nicht zu leugnen: es ist nicht zu verkennen, daß der Thronfolger der Großstaat-Idee zum Opfer fiel, deren mutigster und furchtlosester Vertreter er war, derselben Großstaat-Idee, deren Widerspiel der Größenwahn ist, den man in Serbien hegt und der seine Tendenz gegen die Monarchie und ganz besonders gegen die Reichslande richtet. Erzherzog Ferdinand ist nicht nur zu dem Zweck nach Bosnien gekommen, um den Manövern anzukuhnen, sondern vornehmlich, um die Zugehörigkeit des Landes zum Reiche und zur Krone in besonders starker Weise zu manifestieren. Das hat die großserbische Propaganda gewußt und zu dem entseßlichen Schlage ausgeholt, in der Meinung, eine Idee vernichten zu können, indem sie ihren vornehmsten Träger tötet. Die Flucht des Serbenführers Jestanovic — wie zum Hohne verfügt er über eine Virilstimme im Landtage, also über ein ganz besonderes Vorrecht — zeigt, wie weit die

Fäden des Netzes gesponnen sein mußten, das über das Haupt des Thronfolgers gezogen war. Die Attentäter kommen von Belgrad, die Bomben und Waffen erhalten sie dort und Geld dazu, um ihr scheußliches Verbrechen verüben zu können. Da hilft keine offizielle Entrüstung, kein Beileidstelegramm, der Verdacht weist mit dem Finger nur allzu deutlich nach jener Richtung.

Diesen Augenblicksgefühlen hat die kroatische und moslimische Bevölkerung Ausdruck gegeben, als sie in Ugram und Sarajevo auf die Straße zog, die serbischen Läden und Kaffeehäuser stürmte und das Haus des geflohenen Serbenführers Jestanovic demolierte. Das erklärt wenigstens Erzeise, die gewiß niemand verteidigen kann, nicht einmal dann, wenn sie wirklich Schuldigen gegolten haben. Durch Ausschreitungen wird das Unglück nicht ungeschehen gemacht, die hochverräterische Propa-

ganda nicht unterdrückt, nicht einmal Vergeltung geübt. Das ist nur der elementare Ausbruch des aufflammenden Hasses und der Empörung, der zerstören kann, aber nicht bessern, nicht bauen, nicht halten. Und darum handelt es sich. Die Idee des großen starken Staates an der Donau, die soll nicht mit dem Morde in Sarajevo fallen, sondern gefestigt werden. Sie muß mit Zähigkeit und Ausdauer, aber auch mit eiserner Konsequenz verfolgt werden, aus Gründen der staatlichen Notwendigkeit und der Pietät für den, der dafür sein Leben zum Opfer geben mußte.

Enthüllungen.

Man sieht immer tiefer, immer deutlicher das Wohlvorbereitete der Bluttat von Sarajevo. Wir wissen zwar schon, daß es nicht die Tat einzelner Fanatiker ist und nicht sein kann. Dafür gibt es genug Indizien. Besonders bezeichnend aber ist ein Satz aus einem Belgrader Blatt, das zur unfreiwilligen Schuldbekennerin dadurch wurde, daß es nicht schweigen konnte: „Der österreichisch-ungarische Thronfolger möge sich Bosnien und die Herzegowina diesmal gut ansehen, denn es ist das letzte Mal, daß er dazu Gelegenheit findet.“ Diese verräterischen und liebevollen Worte standen, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, in der Donnerstagnummer der in Belgrad erscheinenden Zeitung „Nowosti“. Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß das Spinnennetz der Verschwörung seinen Mittelpunkt in Serbien hatte, so ist der Beweis damit erbracht. Man hat das Attentat also angekündigt, hat aus der Schule geschwätzt, und wenn wir ein weiteres Beweisstück an das erste reihen wollen, so brauchen wir nur die vorangehende Nummer des gut informierten „Berliner Tageblatt“ zu zitieren, worin ganz trocken gesagt wird, daß die von Gabrinovic verwendeten Bomben nach seinem eigenen Geständnis aus der serbischen Geschützfabrik in Kragujevac stammten, daß bei ihm der „Narod“, das Blatt der serbischen Opposition in Bosnien, gefunden wurde, dessen Gehartikel an diesem Tage von der serbischen Trikolore umrahmt war und daß endlich auch drei Montenegriener mitverhaftet wurden, über die vorläufig Stillschweigen herrscht. Nun? Wir denken,

das Anlagematerial häuft sich bereits in einem Grade, daß es auch ruhig Denkenden schwer wird, die Anklage nicht zu erheben. Der Traum eines allserbischen Reiches soll mit allen Mitteln Wirklichkeit werden, und so mußte nach serbischer Logik derjenige fallen, in dem sich die hindernde „imperialistische Idee“, das ist nichts anderes als Österreich, verkörperte. Was der Erzherzog gewollt haben mag — „die Veröhnung der Südflawen mit Österreich unter Wahrung des Bestandes der Monarchie“ — das eben wollen sie nicht: die Zerstörung Österreichs ist ihr ceterum censeo und bei diesem Streben wissen sie starke Mächte hinter sich

Es ist nur die Frage, ob sich die großserbischen Träumer dabei nicht verrechnen werden; denn die Geschichte aller Attentate hat bisher noch gelehrt, daß das Gegenteil davon eintrat, was man zu erreichen strebte, daß man Entwicklungen eher aufgehalten als befördert hatte, und im vorliegenden Falle hat die Monarchie, an deren Repräsentanten man sich vergriff, die Sympathien Europas in einer Fülle gewonnen, die wohl außerhalb der Belgrader Absichten lag. Und dann — es ist fast banal, davon zu sprechen — mögen sich die Balkanverschwörer zu ihrem eigenen Vorteil vor einer Unterschätzung Österreichs hüten. Man hat einen Mann beseitigt, nicht seine Ideen, nicht die Macht, die deren Verwirklichung dient: die österreichisch-ungarische Armee. Möge unser Österreich noch so unterwühlt sein — die Ideen des Thronfolgers werden wie ein Vermächtnis, und nicht bloß aus Pietätsgründen, übernommen: die Armee ist die Einheit, und wo Einheit ist, da ist auch Stärke.

Die Leichenfeier mit dem § 14.

Wien, 30. Juni.

Der Präsident der italienischen Kammer hat „der Schwesterkammer in Wien den tiefempfundenen Ausdruck herzlicher Solidarität in ihrem Schmerze entboten“. Herr Carcano hat einen Irrtum begangen: er hätte sich an den § 14 wenden müssen, denn der „repräsentiert“ zurzeit die österreichische „Kammer“... Er sollte morgen das Reichsgefesblatt lesen und da würde er schon erkennen, in welchem Zustande sich das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich befindet!

Der Reichsrat wird also nicht einberufen und weder im österreichischen Abgeordnetenhaus noch im Herrenhaus wird man der Trauer über die Ermordung des Thronfolgers noch dem Schmerz über den Verlust, den die Monarchie dadurch erlitten, wovon allem die Nekrologe voll sind, Ausdruck geben. Wir Sozialdemokraten sind bei derlei Kundgebungen nicht gerade die Beteiligten, können also den Skandal sozusagen ästhetisch genießen. Betrachten wir also, wie die Sachlage für den Patrioten steht. Der Mann, der einstmal in Oesterreich herrschen sollte, der die Zuversicht bot, daß das Reich auch in der Zukunft gut geborgen sein werde, der wird ermordet, wird aus der Erwartung getötet, daß sein Heimgang das Reich in Schwierigkeiten und Gefahren stürzen werde, die den Feinden der Monarchie erwünscht und willkommen wären. Müßte sich bei den Patrioten nicht das Bedürfnis regen, den Begnern zu zeigen, daß sie falsch spekulieren, wenn sie auf die Zerstörungen im Innern Oesterreichs ihre Hoffnung aufbauen; müßten die Patrioten nicht wünschen, der Welt draußen zu offenbaren, daß es wirklich so sei, wie es die offizielle Hymne beteuert: daß sich „die Völker heute enger denn je um den erhabenen Thron scharen“? Müßten die Patrioten nicht das Bedürfnis nach der Kundgebung haben, die sozusagen symbolisch die Erneuerung des „Gelübdes“ wäre, „immerdar mit Gut und Blut einzustehen für den Glanz der Krone“? Es scheint, daß sie es haben müßten; aber sie haben es nicht. Der wadere Stürggh trägt nach dem „Scharen“ keinen Wunsch, und die loyalen Männer im Abgeordneten- und im Herrenhause halten es aus, daß ihnen die Gelegenheit, ihre Anhänglichkeit und Treue zur Dynastie zu bekräftigen, vorenthalten wird. Man könnte meinen, daß es insbesondere die Herrenhäusler, die doch sozusagen die Quintessenz der Loyalität darstellen, als unerträaliche

Benachteiligung empfinden würden, daß ihnen die Möglichkeit zu der solennen Kundgebung, die ganz Europa sieht und wertet, nicht gegeben wird. Aber da müßten sich die Herren vielleicht gar aus den Bädern und Sommerfrischen nach Wien bemühen, und dazu haben sie offenbar keine Neigung. Also kein Aufsehen gemacht und sich damit zufriedengeben, was Stürgghs Allmacht zu verfügen für gut befindet! Der Reichsrat soll ja, „wie zu erwarten ist“, Mitte Oktober zusammenkommen, und da können die Sylvester und Windischgräß ihr „schmerzerfülltes Herz“ noch immer ausleeren. Es wird zwar ein recht wunderliches Schauspiel sein, dieser Schmerz, der auf Eis gelegt worden ist und sich sozusagen terminmäßig entladet; aber die Leute haben sich in Oesterreich das Schämen so gründlich abgewöhnt, daß sie es gar nicht mehr fühlen, wie seltsam sie dastehen, wenn sie im eigenen Parlament mit der Kundgebung der Trauer zu allerlezt anrücken!

Und wie kommt es, daß sich die Patrioten nicht fragen, wer danach den Beteuerungen ihres Schmerzes glauben werde? Darf es sich mit echter Trauer denn derart verhalten, daß man sie kundgibt oder unausgesprochen läßt, je nach den Umständen? Also seufzt und wehklagt, wenn gerade Saison ist, aber mit der Aeußerung der Betrübniß zurückhält, wenn die Saison vorüber? Die angebliche parlamentarische Krise kann doch für Loyalitätskundgebungen kein Hindernis sein. Also wird im Grund auf die Feierlichkeit im Parlament verzichtet, weil der Reichsrat nicht tagt, weil Sommer ist! Es müßte, um in diesem Gedankengang zu bleiben, der offensichtlich der unserer Patrioten ist, jedermann mit der Zeit seines Todes vorsichtig sein, und er hätte sich die Folgen selbst zu schreiben, wenn er im Hochsommer stirbt! Der alte Kaiser ist zwar von Ischl nach Wien zurückgekehrt und hat, kaum von schwerer Krankheit genesen, die Mühseligkeiten nicht gescheut, die der Erfüllung seiner Pflichten entgegenstanden. Aber daß sich der wadere Stürggh den Mühseligkeiten unterziehen soll, die die Zusammenberufung des Reichsrates inmitten seiner glorreichen § 14-Wirtschaft bedeutet, das wäre doch zu viel verlangt! Ist es nicht gleichfalls ein Bild dieser Staatlichkeit: daß alle europäischen Minister reden, nur der österreichische Ministerpräsident nicht! Es mag in vielem, was man in diesen Tagen vernimmt, nur die konventionelle Uebung sich ausdrücken. Immerhin, überall hält man vor dem toten Thronfolger auf Etiquette, überall beobachtet man den Anstand, nur in den von Stürggh regierten Landen nicht! Der

ARBEITERKANALE FÜR WEI
DOKUMENTATION

ARBEITERZEITUNG
TAG: PPN.F.N
PFK : 71

§ 14 ist wichtiger als die Rücksicht, die man dem Toten schuldet! Wir sind sicherlich nicht die ersten, die gerade hier darauf zu drängen haben, daß die Würde des Augenblicks gewahrt werde; aber wie wir wahrnehmen, findet es die gesamte Patriotenschar durchaus in Ordnung, daß die Vertretung der österreichischen Völker schweigt, während die Totenklage um ihren künftigen Kaiser durch ganz Europa laut wird. Seltsame Patrioten!

Und hätten es die Patrioten nicht auch bedenken sollen, daß sie gerade jetzt alle Ursache hätten, die Schande zuzudecken, die das gegenwärtige Regieren über das ganze Reich bringt? Aber sie machen Europa auf sie erst recht aufmerksam! In dem hochmütigen Nullifizieren der österreichischen Volksvertretung wird doch vor allem auch sichtbar, wie ernst, wie gewissenhaft die rechtsgiltige Verfassung hierzulande beobachtet wird; gewinnen dadurch aber nicht auch jene Stimmen an Nachdruck, die die letzte Ursache der grausigen Mordtat, des blutigen Verbrechens in Bedrückungen suchen, denen die Nationen in Oesterreich ausgeliefert sind? Und muß nicht die Meinung entstehen, daß hier alle Lehren und Mahnungen der Geschichte wirkungslos sind, wenn der elende Schlendrian, den das § 14-Regime in so aufreizender Weise verkörpert, selbst von dem schrecklichen Ereignis nicht durchbrochen wird, das einem Thronfolger das Leben gekostet hat? Wenn dieser Bluttag nicht aufrüttelnd wirkt, nicht das Bedürfnis erweckt, der Verschleppung und Versumpfung im ganzen Reiche ein Ende zu machen und zur fruchtbar-schöpferischen Tat zu schreiten: was kann die Gewissen dann erwecken, was wird sie dann lebendig machen? Denn in Wahrheit ist dieser Graf Stürgkh ein Gleichnis, wie es jetzt in Oesterreich zugeht: im Trotz der stumpfen Gleichgiltigkeit für alle Folgen, nur auf Ausreden bedacht, nur an den Tag denkend; dem Niedergang zu. Und daß dieses Regime ertragen wird, vor allem von den Patrioten ertragen, obwohl es den Patriotismus so gräßlich kompromittiert; und daß es gehalten wird, obwohl die verwüstenden Wirkungen seiner Unfruchtbarkeit offen zu Tage liegen: das ist wirklich ein Exempel dieser wunderbaren Staatlichkeit, in der der Wille zum Leben immer schwächer wird!

Die Leichenseier des ermordeten Thronfolgers in der Gestalt von § 14-Verordnungen, die Verfassungsbrüche sind: höher geht's nimmer. Und die Patrioten merken nicht, wie das teure Vaterland das steht!

FRANKE FERTIGER

ARBEITERZEITUNG

Nr.: 179 TAG: 1. 7. 1914, 2

Die heiße Kriegsbeize und die kühle Leichenfeier.

Wien, 30. Juni.

Nun ist sie wieder da, die fröhliche Beize aus den schönen Tagen des Serbenrummels. Und alle unsere lieben Bekannten haben sich wieder eingefunden. Die „Reichspost“, das „Neue Wiener Journal“, die „Militärische Rundschau“ und ihre serbischen Bruderorgane, die „Pravda“, der „Biemont“, der „Objekt“ und tutti quanti. Auch die Mittelchen, die hüben und drüben gebraucht werden, sind die alten und liebertrauten. Die „Reichspost“, der es schon der Anstand geböte, Trauer, wenn der echte Schmerz fehlt, wenigstens zu heucheln und, soweit die Mittel reichen, für einige Tage einen würdigeren Ton anzunehmen, läuft natürlich wieder im Lügen und großmäuligen Drohen allen anderen den Rang ab. Ihre Redakteure verkleiden sich bald als erzürnte Krieger, die im Namen der Armee verkünden, ob man denn noch lange die von Serbien zugefügte Schmach tragen wolle, bald hehen sie ohne Maske nicht bloß zum Machkrieg, sondern auch zu einer Aenderung des Systems in den Reichslanden — offenbar eine Aenderung in dem Sinne, daß der serbischen Propaganda die Wüßarbeit und die Erzeugung von Attentaten erleichtert werde! Auch die „Militärische Rundschau“ und die übrigen alle sind schon erzberit und auf dem Vormarsch nach Belgrad begriffen. Sehr wirksam werden sie unterstützt durch die gemütsverwandten Geisteserzeugnisse Belgrader Blätter vom Schläge der „Pravda“, des „Biemont“, des „Objekt“ u. s. f. Diese scheuen sich in ihrer Unverschämtheit nicht, das Attentat gewissermaßen als Strafe dafür zu bezeichnen, daß die Manöver in der Herzegowina abgehalten wurden, an „der Grenze der serbischen Brüder“, oder in anderer ebenso geschmackvoller Fassung, es sei eine Sühne dafür, daß der Einzug des Erzherzogs am Tage der Feier der Schlacht am Ansfelfeld stattfand. Ob die elenden Schmierfinken wohl meinen, mit solchen brutalen Dreistigkeiten vor Europa der serbischen Kultur eine Fürsprache zu halten? Man könnte von Balkansitten sprechen, erinnerte man sich nicht noch rechtzeitig, daß die Wiener Preßsitten, verkörpert durch die „Reichspost“ und ihre Nachahmer, um keinen Grad feiner und daß die einen Gewissenslosen die anderen wert sind. Aber leider wird in diesem Falle nicht „ein Lumpenhund vom anderen abgetan“, sondern das Unheil, das ein jeder in seinem Wirkungsfeld stiftet, verschärft und vergrößert sich durch die Hehereien des anderen. Denn die serbischen Texte dienen in Wien wie die Wiener Texte in Belgrad dazu, das Feuer des Hasses und der Lüge zu nähren.

Allerdings, was in Wien und Belgrad so in Worten geleistet wird, hat in Taten — in Agram und Sarajevo — eine entsprechende Ergänzung erfahren. Ueber die blödsinnigen und rohen Skandale im Agramer Landtag, über die blutige Verunglimpfung der Serben Kroatiens durch die Frank-Partei ist freilich nicht viel zu sagen, eben weil es die Frank-Partei ist,

die einen geschminkten und forcierten Alerikalismus stets in der rohesten Form zur Schau getragen hat, und der die Denunziation als die vorzüglichste Form der Betätigung patriotischer Gesinnungen seit jeher erscheint. Weit ernster sind die gestrigen Vorgänge in Sarajevo und ihre heutige Wiederholung in kleinerem Maßstabe in Mostar zu nehmen. Berichterstatter melden von den Wirkungen des kroatischen und mohammedanischen Patriotismus, er habe der Stadt straßenweise ein Aussehen verliehen, als hätte ein Erdbeben gewütet. Man fuhr gestern über einen hohen Straßenbelag von Glascherben und über zerrissene und zerschrittene, zertretene und vernichtete Waren hin. Man kennt dieses Bild; hundertmal ist es uns von Schilderern dargeboten worden, als das Aussehen russischer Städte, in denen ein Pogrom gewütet hat. Der Vergleich ist nicht sehr ehrenvoll für die Kulturhöhe unserer bosnischen Verwaltung, aber leider sehr zutreffend. Freilich lautet die Entschuldigung: man habe doch auf die Kroaten und Mohammedaner nicht schießen können, um sie für ihren Patriotismus blutig zu bestrafen. Man soll überhaupt nie schießen und braucht auch nie zu schießen, sofern man rechtzeitig die fünf Sinne beisammen hat, von raschem Verstand und guten Willens ist. Hätte die Polizei zeitgerecht eingegriffen, als die Demonstration handgreiflich zu werden begann, es wäre überhaupt zu keinen Gewalttaten und Verwüstungen gekommen; hörten sie doch gestern sofort auf, als abgepiffen wurde. Aber die Herrschaften in Sarajevo, die um ihr Pöstchen zittern, weil unzweifelhaft ihre Kopflosigkeit an dem grausen Gelingen des zweiten Attentats die Hauptschuld hat, brauchen eine möglichst eindringliche Demonstration der patriotischen Gesinnungen, um ihre politischen Verwaltungsergebnisse in ein besseres Licht zu setzen. Darum wurden zuerst beide Augen zugekniffen und bald war's dann zu spät. Nun darf man aber wohl fragen, was mit solchen patriotischen Exerzitien eigentlich erzielt wird? Offenbar doch nichts anderes, als was die großserbischen Fanatiker wollen: ein Gefühl des Verfolgenseins nämlich bei der serbischen Bevölkerung Bosniens, eine Stimmung, in der sie desto leichter jeder chauvinistischen Agitation anheimfällt.

Und doch entspricht offenbar die Siedehitze, in der die Wiener Heßblätter und die Sarajevoer Regisseure des Patriotismus reden und handeln, gar nicht den Empfindungen an manchen entscheidenden Stellen. An diesen entscheidenden Stellen herrscht nämlich eine beinahe bewunderungswürdige Ruhe der Auffassung. Sie kommt in der ganzen Veranstaltung der Leichenfeier und in manchen anderen Nebenumständen deutlich zum Ausdruck. Man hatte erwartet, daß gerade dieser Fall, wo der Tod seine Schrecken und sein Leid verdoppelt und verdreifacht hat, zu einer besonders feierlichen Form der Trauerkundgebung, zu einem besonders eindrucksvollen Trauergepränge den Anlaß geben werde. Doch im Gegenteil, so weit es nur geht, wird diesmal alles Gepränge gemieden, alles auf die einfachste und kürzeste Form und Art gebracht, die nur möglich ist. Den Fürsten des Auslands, die ihrem Mitgefühl durch Teilnahme an der Trauerfeier

Was bedeutet die Ermordung Franz Ferdinands für Oesterreich-Ungarn.

(Von unserem Mitarbeiter ...)

Die Tat eines neuen ... Gymnasialisten hat die österreichisch-ungarische Monarchie vor einer neuen Zukunft gestellt. Nirgends bedeutet die Persönlichkeit des Herrschers so viel als in diesem Reiche, wo im Streite beider Reichshälften im beständigen Verlagen der parlamentarischen Maschine, bei dem großen Unterschied in der Kulturstufe der einzelnen Nationen immer wieder die letzte Entscheidung der Krone anheimfällt. In der deutlich ausgeprägten Wesensart Franz Ferdinands war die Zukunft Oesterreichs eine sehr nahe Zukunft, waren ihre Kämpfe in sicheren Umrissen vorgezeichnet. Er verschwindet von der Bahn, seinen Platz nimmt ein Jüngling von 27 Jahren, der von sich selbst wohl noch nicht sagen kann und von dem niemand weiß, was er ist, was er will — ob er überhaupt des Wollens Kraft besitzt.

Es ist ein tragisches Geschick, das den Thronfolger gefällt hat. Sein Mörder ist ein großserbischer Chauvinist. Ein großserbischer Chauvinist war auch der andere, dessen Attentat mißlang. Beide haben es offen ausgesprochen, ihr Geständnis stellt auch fest, daß die Bombe — und eine andere gleicher Art wurde überdies noch gefunden — aus Belgrad stamme. Sie wollten den österreichischen Imperialismus treffen, der sich in der Tat in Franz Ferdinand verkörperte. Sie wollten die großserbischen Hoffnungen an dem mächtigsten Gegner rächen. Sie wollten die Tatbereitschaft der Kämpfer für den Abfall der Serben von der Habsburger Monarchie kundtun. In der Tat, wenn in dem Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine der veranlassenden Ursachen des Attentats liegt, so war der Thronfolger der Mann, um den sich die Militärs und Politiker scharten, die während der Balkankrise, die schon bei der bosnischen Krise den großserbischen Plänen durch Vernichtung des Herdes, des Königreichs Serbien, ein Ende setzen wollten.

Wohin war Franz Ferdinand ein Feind der Serben? Nur bedingungsweise kann man das Wort gelten lassen. Denn sind alle Habsburger fast ausnahmslos Slawenfreunde gewesen, so hat sich die Slawenfreundschaft in dem Thronfolger außerordentlich gesteigert. Seine heißgeliebte morganatische Frau, die mit ihm dem Mörder zum Opfer fiel, gehörte einer böhmischen Feudalfamilie an, die ausgeprägt tschechische Ueberlieferungen und Tendenzen hat. Sie erschien den Tschechen als die Volksgenossin in der Nähe des Throns, und der tschechisch gerichtete böhmisch-feudale Hochadel schied sich an, mit der Thronbesteigung Franz Ferdinands die Mitherrschaft anzutreten. Der Slawe Prinzip hat die beste Hoffnung der österreichischen Slawen vernichtet. Gerade den Südslawen galten die besonderen Sympathien Franz Ferdinands. Es gab eine Zeit, da sah man in ihm den künftigen Verwirklicher ihrer Träume, die jungen katholischen Kroaten und Slowenen, die Oesterreich-Ungarn mit dem Trialismus, mit dem „dritten Oesterreich“, mit einem südslawisch-katholischen Adriaereich beglücken wollten. In dem Streite zwischen Kroaten und Magyaren stand der Thronfolger offensichtlich auf der kroatischen Seite. Und wenn nun freilich gegen die großserbischen Losreisungsbestrebungen der Thronfolger eine besondere Schärfe befandete, wenn aus seinem Kabinett das Material zu dem berühmten Serbenprozeß hervorgegangen ist, so war seine Gemahlin, als Slawin, sogar den Serben hold und hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Oesterreich-Ungarn im Balkankrieg schließlich doch vom Neuzersteren sich zurückhielt.

Mit den Slawen verlieren aber die Klerikalen in Franz Ferdinand den Mann ihrer Zukunft. Nichts hat der Thronfolger so scharf betont als seine ausgeprägt katholische Gesinnung. Er ging so weit, das Protektorat über die Kampforganisation der Ultramontanen, den katholischen Schulverein,

zu übernehmen. Um ihn gruppierten sich alle Klerikalen der dunkelsten Färbung, die „Reichspost“ gebärdete sich als sein Organ. Und diese Klerikalen sind zugleich die Großösterreicher. Wie sie ihr Großösterreich gestalten wollen, wissen sie selbst nicht recht. Doch schwebt ihnen etwa vor die Wiederherstellung der Reichseinheit, weshalb die oft zur Schau getragene Abneigung des Thronfolgers gegen die Magyaren ihnen besonders erfreulich schien. Allein in der letzten Zeit haben auch die ungarischen Oppositionellen bei dem Thronfolger Anhalt gesucht und mit ihm eifrig Beziehungen gepflogen. Dagegen zeichnete sich deutlich das Großösterreichertum des Thronfolgers in seiner auswärtigen Politik ab. Sein Werkzeug war z. B. der Generalstab, der er vor 3 Jahren zum Kriege gegen Italien trieb. Als er vor Aehrenthal weichen mußte, gekettete in das laute Lob des Thronfolgers, und dieser berief ihn bald von neuem auf seinen Platz. Als der Balkankrieg ausbrach, wollte die Umgebung Franz Ferdinands in Belgrad „einmarschieren“ lassen, doch fand der Thronfolger in Sprinze bei Kaiser Wilhelm für seine Pläne keine Gegenliebe. Er war seit vielen Jahren an der Spitze des Heeres, seit Mitte des vorigen Jahres auch an der Spitze der Flotte. Die gewaltigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande gingen zum Teile von seinem Willen aus. Namentlich die Flotte stand seinem Herzen nahe. Und mit Rücksicht auf diese seine Liebhaberei haben denn auch die bürgerlichen Parteien in der österreichischen Delegation, hat die Opposition in der ungarischen Delegation den Bau der Ueberdreadnoughts, so sinnlos unter österreichischem Verhältnis, gehorsam gesehen lassen.

In Franz Ferdinand und seiner Umgebung prägte sich zuletzt immer deutlicher eine Nebenregierung aus. Sie bedeutete die nahe Zukunft, und der Ehrgeiz derer, die hinaufwollten, wandte sich der aufgehenden Sonne zu. Auch das Ausland, namentlich der deutsche Kaiser, der so eifrig seine Gunst und die Gunst seiner Frau gesucht hat, rechnete immer mehr mit dem kommenden Mann. Je älter der Kaiser wurde, je mehr Geschichte und Entscheidungen fielen seinem Erben zu, um so schärfer wurde jedoch auch der Gegensatz zwischen „Schönbrunn“ und dem „Belvedere“. Dieser Gegensatz war nicht nur begründet in dem Unterschied der Generationen, hier verschärft dadurch, daß nicht Vater und Sohn, sondern Oheim und Nefte ihn vertraten, er war begründet auch in der besonderen Natur des Thronfolgers. Zweifellos eignete diesem ein starker Wille und Mut, den er noch, sich zum Verberben, am letzten Tage seines Lebens befandete, als er allen Warnungen zum Troz nach dem ersten Attentat wiederum eine Ausfahrt unternahm. Allein Franz Ferdinands Wille richtete sich nicht nach der Zukunft und ihren Gestaltungen, er ruhte bei den Idealen der Vergangenheit, die mit den Machtüberlieferungen seines Geschlechts ihre Wiedererwedung feiern sollte. Der „katholische Ferdinand“ hatte keine Brücke zu den Volksbewegungen der neuen Zeit, er glaubte ihrer Herr werden zu können, er glaubte alle Gebreche des schwer erschütterten Staates heilen zu können mit der Wiederaufrichtung der monarchischen Autorität und mit kriegerischer Machtentfaltung. Und sein starker Wille hatte überdies keine Stetigkeit. Launen, Zorn und Erregung brausten fessellos in ihm auf. Seine Nächsten, seine Umgebung zitterten am meisten vor ihm, die öffentliche Meinung berührte den Selbstherrlichen nicht. Er hat seine Leute aufsteigen lassen, er hat sie stürzen lassen in rascher Folge, seine Werkzeuge zerbrach er schnell in der ungebuldig zufahrenden Hand. Wie würde das schwache, bröckelnde Fundament dieses alten Reiches das stürmische Wesen eines solchen Herrschers ertragen haben? Wie aber wird es wiederum das müde Greisenregiment ertragen, neben dem als Erbe der 27jährige Karl Franz Josef steht, der bisher von allen Staatsgeschäften ferngehalten war, ihrer völlig unfundig.

Das Weltgericht.

In dem furchtbaren Schicksal des Erzherzogs Franz Ferdinand liegt eine in ihrer Art großartige geschichtliche Vergeltung. Er ist als Opfer gefallen nicht nur der verfehlten Nationalitätenpolitik Oesterreichs, sondern auch der internationalen imperialistischen Raubpolitik. Am 7. Oktober 1908, als Oesterreich-Ungarn unter dem Bruch feierlich beschworener völkerrechtlicher Verträge, insbesondere der Berliner Konferenzbeschlüsse von 1878, die türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegowina sich einverleibte, die es seit 30 Jahren in internationalem Auftrage besetzt hielt und verwaltete, hat sich Franz Ferdinand — geschichtlich gesprochen — selbst seinen Todesurteil gefällt.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina war der erste schwere Schlag gegen das neue jungtürkische Reich, das sich am 4. Juni 1908 mit der jungtürkischen Revolution gegen Abdul Hamid gegründet hatte. Auf Türkenfreundschaft beruhte bis zu jenem Tage die wichtigste Bewegung der imperialistischen Politik in Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Ueber die Türkei, über Saloniki hinweg wollte Oesterreich-Ungarn, durch seinen Einfluß bei der Goldenen Pforte in Konstantinopel Deutschland den entscheidenden Einfluß auf die Balkanhalbinsel und Kleinasien gewinnen. Mit den anatolischen Bahnen und der Bagdadbahn verbanden sich alle Träume der deutschen Weltpolitiker: die Türkei und das türkische Heer sollten durch sie in den Stand gesetzt werden, bei der großen deutsch-englischen Auseinandersetzung Ägypten und wohl auch Indien mit genügender Truppenzahl anzugreifen. Die Erhaltung und Stärkung der Türkei mußte also das A und O aller deutschen Weltpolitik sein, seit sie ums Jahr 1900 die englandfeindliche Richtung eingeschlagen hatte.

Aus dieser Linie brach plötzlich Franz Ferdinand mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina aus. Nur durch die äußerste Unterstützung Deutschlands, nur durch die bestimmte Erklärung, die Fürst Bülow in Petersburg abgeben ließ, daß das ganze deutsche Heer marschbereit sei, sobald irgendeine Großmacht gegen das österreichische Vorgehen mobil mache, konnte damals der Ausbruch eines Krieges oder eine schwere Demütigung des Habsburger Reiches vermieden werden. Bülow hat damals kaum anders handeln können; aber die zu jener Zeit über den Sieg der Riblungentreue gegen den Dreiverband jubelten, haben nicht sehr weit gedacht. In unmittelbarem Zusammenhang mit Oesterreichs Annexion der beiden Provinzen erklärte sich Bulgarien für ein selbständiges Königreich und demütigte und schwächte dadurch zum zweitenmal das neue jungtürkische Regiment, das am 13. April 1909 nur gerade mit knapper Not den Reaktionsversuch Abdul Hamids vereitelte.

Was der eine Dreibundgenosse an der Türkei verbrochen

hatte, übertrumpfte der andere Dreibundgenosse, Italien, durch seinen Ueberfall auf Tripolis. Die endgültige Ueberlassung Marokkos an Frankreich nach dem verrückten Panther sprung nach Agadir, die Liquidation der ziellos schwankenden deutschen Marokkopolitik, ließen es Italien geraten erscheinen, sich schleunigst der türkischen Provinz Tripolis zu verschern, ehe etwa Frankreich auch darauf die Hand legte. Sobald die Umrisse des deutsch-französischen Marokko-Kongo-Vertrages klar hervortraten, stellte am 28. September 1911 Italien an die Türkei das Ultimatum wegen Tripolis und zwang den in der inneren Reformarbeit beschäftigten Türkenstaat zu einem aussichtslosen Kampfe, der ihn ein neues Stück Kraft und Ansehen kostete. Am 15. Oktober 1912 trat die Türkei im Frieden von Dschumhurijah am Genfer See ihr letztes afrikanisches Besitztum an das siegreiche Italien ab.

Aber während des türkisch-italienischen Krieges war unter Vermittlung Rußlands der Bund der vier sozusagen christlichen Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro abgeschlossen worden und schon am 9. Oktober 1912 der Balkankrieg ausgebrochen. Sein Endergebnis war der Zusammenbruch erst der Türkei und dann Bulgariens und eine ungeheure Steigerung des serbischen und griechischen Nationalitätsbewußtseins. Bis dahin hatte Oesterreich-Ungarn die Südslawen absichtlich gefördert, um die italienischen Teile des Landes, insbesondere Triest, allmählich zu slawisieren und dadurch, wie die Staatslenker meinten, für das Habsburger Reich zu sichern. Jetzt wurde die südslawische Irredenta gefährlicher als die italienische, das heißt das Streben der Südslawen nach Vereinigung mit Serbien und Montenegro zu einem großen Südslawenreich die ernsteste Gefahr für den Fortbestand der Habsburger Doppelmonarchie.

Die krampfhaften Bemühungen Oesterreich-Ungarns, die Folgen des Balkankrieges von sich abzuwenden, waren nur ein unbewußtes Eingeständnis der schweren Schuld, die es mit der Entfesselung der nationalen Leidenschaften auf dem Balkan durch die Annexion Bosniens auf sich geladen hatte.

Aus der nervösen Angst vor den Folgen der eigenen imperialistischen Gewalttaten entsprang die jahrelange Mobilisation der österreichischen Truppen und die Unglückschöpfung der albanischen Mißgeburt unter dem preußischen Wilhelm zu Wied. Statt zu erkennen, wie notwendig alle Ereignisse bis zum Balkankrieg und im Balkankrieg aus Oesterreichs erstem Angriff auf die Türkei folgten, suchte Franz Ferdinand mit Gewalt dem Lauf der Geschichte Einhalt zu gebieten. Die Absperrung Serbiens vom Adriatischen Meere und die gewalttätige Unterdrückung der österreichischen Südslawen durch Verhängung des Belagerungszustandes über Bosnien und Slavonien-Kroatien waren die augenfälligsten Ereignisse dieser Gewaltpolitik.

So geht eine ununterbrochene Kette von Fehlern von der Annexion Bosniens bis zur Schöpfung des noch immer ungeschaffenen Albanien und zur Aufspaltung der serbisch-natio-

nen Leidenschaften auf die Höhe, wo Politik und Wahnsinn zusammenstoßen. Oesterreichs Gewaltpolitik von 1908 mit ihren Folgen, das ureigenste Werk Franz Ferdinands, hat nicht nur die deutsch-österreichische Weltpolitik in ihrer stärksten Hoffnung, der Türkei, ruiniert, sondern auch wie jede Gewalt erzeugt. Die Nichtachtung des Willens der Völker, das völlige Sichverlassen auf Kanonen, Maschinengewehre und Dreadnoughts hat auf der anderen Seite den Gedanken an Revolver und Bombe hervorzurufen müssen. Wenn ein deutsches Gericht verkünden konnte, die Armee sei der Grundpfeiler des herrschenden Staatssystems, so muß notwendigerweise auf der Gegenseite die Vorstellung erzeugt werden, daß der Browning und der Dolch die kräftigsten Waffen seien, welche die Volksherrschaft führen könnte. Verhängnisvolle Irrtümer hüben und drüben! Ruhloses Blutvergießen, unsinniges Zerstören von Menschenglück und Kulturwert!

Gewalttätig verschließen Herrschende und brutalisierte Beherrsichte ihr Auge vor der Tatsache, daß schon seit 40 Jahren die Gewalt der Waffen an Bedeutung ständig verliert gegenüber der Macht der Aufklärung und der planmäßigen Organisation. Mit Trauer und Mitleid sehen wir sinnlos die Gewalt wüten. Die ewige Staatsstreich- und Kriegsdrohung von oben, das Attentat des Fanatikers von unten. Wir können nicht verhindern, daß die Herrschenden sich auf die Bajonette setzen und dann natürlich die Erfahrung machen müssen, der jetzt wieder Franz Ferdinand zum Opfer gefallen ist. Wir können nur warnen vor dem Glauben, daß brutale Gewalt heute noch zum Ziele der Herrschaft über die Völker führen kann. Wir nähern uns der Zeit, wo von den alten Bibelworten auch das weltgeschichtlich zur Wahrheit wird, daß, wer das Schwert erhebt, durch das Schwert umkommen soll. Mögen die Herrschenden, Kaiser, Könige und Kronprinzen bedenken, daß in diesem Sinne die Weltgeschichte heute ein Weltgericht geworden ist, das keine Justizverschleppung und Justizverweigerung mehr kennt.

Oesterreichs wankender Staat.

Franz Ferdinands letzte Fahrt.

Mettowitsch. Der Hofzug mit den Leichen des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg ist aus Serajewo gestern früh 6 Uhr hier eingetroffen, wo die Särge an Bord der Kriegsjacht „Dalmat“ gebracht wurden. Alle Häuser der Stadt waren schwarz beslaggt, und die Fahrzeuge und Dampfer führen die Flaggen auf Halbmast. Auf dem Bahnhof stand eine Ehrenkompagnie und eine Abteilung Kriegsmarinemannschaft. Der Statthalter von Dalmatien, Graf Attens, sämtliche Beamte der Stadtbehörden, Offiziere, Geistliche beider Konfessionen, höhere Staatsbeamte, der italienische Konsularbeamte, Vertreter der Gemeinden, die Schuljugend und die gesamte Bevölkerung von Mettowitsch bildeten Spalier. Die beiden Särge wurden von Matrosen der Kriegsmarine aufgehoben und von dem katholischen Geistlichen von Mettowitsch unter dem Geläute aller Kirchenglocken eingeseignet und sodann unter gedämpftem Trommelwirbel auf die Kriegsjacht getragen. Der Sarg des Erzherzogs und der der Herzogin wurden mit der Kriegsflagge bedeckt.

Unter Abfeuerung einer Generalsalve der Ehrenkompagnie setzte sich das Schiff langsam in Bewegung. An Bord der Jacht hatte sich außer dem erzherzoglichen Hofstaat, der mit dem Sonderzuge eingetroffen war, der Statthalter begeben, der, als Landeschef, die Leichen während der Fahrt auf dalmatinischem Gebiet begleitet. Dem Schiffe fuhr ein Torpedoboot voran, die Statthalterjacht folgte. In allen Gemeinden und Ortschaften längs des Narenta-Flusses hatte die ganze Bevölkerung mit den Gemeindevvertretungen und der Schuljugend Aufstellung genommen. Männer und Frauen hielten brennende Kerzen. Als das Schiff nahte, knieten alle nieder. Unter dem Geläute der Kirchenglocken segnete die Geistlichkeit den vorbeifahrenden Leichenzug. Als die Kriegsjacht vor der Narentamündung anlangte, leistete der dort verankerte Dreadnought „Viribus unites“ einen Salut von 19 Schüssen. Die „Dalmat“ legte an der Seite des Schlachtschiffes an, worauf die beiden Särge an dessen Bord gebracht wurden. Das Achterdeck des Schiffes war in eine Kapelle umgewandelt worden und mit Kriegsflaggen und Fahnen geschmückt. Der Schiffsgeistliche nahm in Anwesenheit des ganzen Hofstaates, des Statthalters, der Offiziere und Mannschaften die feierliche Einsegnung der Leichen vor. Nach 9 Uhr früh lichtete der „Viribus unites“ die Anker und steuerte, die Kriegsflagge und die erzherzogliche Standarte auf Halbmast, dem Norden zu.

Das Leichenbegängnis.

Wien. Das Leichenbegängnis des Thronfolgerpaares wird Sonnabend in Artstetten erfolgen. Die Beisetzung in der Familiengruft erfolgt auf wiederholt geäußerten Wunsch des Erzherzogs. An dem Leichenbegängnis werden von Souveränen, wie bis jetzt bekannt ist, nur Kaiser Wilhelm und König Ludwig von Bayern teilnehmen. Die übrigen Fürstlichkeiten werden durch Botschafter oder Gesandten vertreten werden. Dies geschieht mit Rücksicht auf den greisen Monarchen, der durch die Anwesenheit so vieler Souveräne zu sehr in Anspruch genommen würde und Schaden an seiner Gesundheit erleiden könnte. Es heißt auch, daß der militärische Kondukt beim Leichenbegängnis ausfallen wird. Bei der feierlichen Einsegnung in der Hofburgkirche werden die gesamte Generalität und alle dienstfreien Offiziere, die Admiralität und Seeoffiziere, die gesamte Garnison und ein Detachement der Kriegsmarine zugegen sein.

Die verwaisten Kinder des Thronfolgerpaares.

Brag. „Hlas Naroda“ meldet aus Chlumetz: Die Schreckensbotschaft aus Sarajewo traf hier am Sonntag mittag ein und wurde den Kindern des Erzherzogs Ferdinand bis zum Abend verheimlicht. Nachdem die Kinder von der Gräfin Henriette Chotel schonend vorbereitet waren, übernahm der Erzieher Stanowski das schwere Amt, ihnen den Tod der Eltern mitzuteilen. Als die Kinder die Nachricht erfuhren, brachen sie in einen Weintrampf aus. Die

Szene ergriff alle Umstehenden auf das tiefste. Graf Ruthenau und seine Gemahlin, Fürst von Schönburg und Graf Kostiz bemühten sich, den verwaisten Kindern Trost zuzu sprechen.

Der wütende Nationalitätenhaß noch am Grabe.

Agram. Gestern begann um 11 Uhr vormittags eine Trauerfeier des kroatischen Landtages, an der auch der Banus Baron Skerlec und der Erzbischof Dr. Bauer teilnahmen. Die feierliche Sitzung begann mit

ungeheuren Ständszenen.

Als die Sitzung eröffnet wurde, stellte sich ein serbischer Abgeordneter vor die Bänke der kroatischen Rechtspartei, welche sofort mit Rufen begann: „Abzug Serben, Abzug Muechelmörder!“ Es entstand ein ungeheurer Lärm. Der Präsident vermochte keine Ruhe zu schaffen. Der Abgeordnete Franc rief: „Valeria Pribicevic war in Belgrad und hat dort das Attentat verabredet. Hinaus mit den Serben aus dem kroatischen Landtage!“ Die Demonstration richtete sich auch gegen den Präsidenten Dr. Medakowicz, der ein Serbe ist. Der Präsident versuchte das Wort zu ergreifen, und die Mitglieder der Regierung und der Mehrheit erhoben sich von ihren Bänken. Die oppositionelle Franc-Partei setzte jedoch den Lärm fort, weshalb die Sitzung unterbrochen wurde. Endlich verließen die Mitglieder der Regierung den Sitzungssaal. Die Franc-Leute blieben zurück und beschmückten die Tribünen. Das Präsidium kehrte nach kurzer Zeit wieder in den Saal zurück und nahm die Sitzung wieder auf, aber erst nach einer Reihe weiterer heftiger Rärmereien gelang es endlich dem Präsidenten, die Trauerrede zu halten und die Sitzung zu schließen.

Straßenkämpfe in ganz Bosnien.

Budapest. In ganz Bosnien und der Herzegowina, in Serajewo, Mostar, Banjaluka, Nevesinje usw. sind nach einem Telegramm der „L. N. N.“ starke serbenfeindliche Demonstrationen veranstaltet worden. In Nevesinje ist der Präsident der serbisch-radikalen oppositionellen Narodpartei, Athanasie Sola, verhaftet worden, als er aufreizende Reden hielt und die Bevölkerung zu Kundgebungen für die Attentäter aufforderte. Im Augenblick der Festnahme brachte er ein Hoch auf König Peter aus. Serajewo gleicht einem Militärlager. Überall sind die Bekanntmachungen des Standrechts angeschlagen. Ansammlungen, hauptsächlich von Jugendlichen, sind verboten. Die Kaffeehäuser und Gasthäuser werden früh geschlossen. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Frau des verhafteten Juweliers Mitrievics warf drei Bomben unter die serbenfeindlichen Demonstranten und verübte dann Selbstmord. Eine Hausdurchsuchung förderte viel belastendes Material zutage.

Die Verwüstungen in Serajewo.

Wien. Ueber die antiserbischen Demonstrationen in Serajewo schreibt die „Reichspost“:

Serajewo gleicht heute dem

Schauplatz eines Pogroms.

Den ganzen Tag hindurch machte die kroatische und moslemitische Bevölkerung förmlich Jagd auf die Serben. Auch als am Nachmittag das Standrecht proklamiert war, wurden serbische Kaufäden demoliert. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Bei einer Wagenfahrt in das Innere der Stadt empfängt man einen grauenhaften Eindruck. Die Wagenräder knirschen über die Glasscherben, die fuhhoch auf der Straße liegen. Man sieht 10 bis 20 Häuser hintereinander, die von der wütenden Bevölkerung demoliert worden sind. An ihnen ragen buchstäblich nur mehr die Mauern in die Luft, während das Innere zertrümmert wurde. Hier liegt das ganze Warenlager eines Geschäfts zerschlagen und zertrümmert auf der

Strasse. Am ärgsten, so schreibt das „Wiener Tageblatt“, wurde das Café de l'Europe heimgesucht, das fashionabelste Café Serajewos. Es gehörte dem serbischen Führer Zejtanowitsch, der schon seit langer Zeit in der ersten Reihe der serbischen Heher steht und nun schwer geschädigt wurde. Bis auf die letzte Kaffeeschale ist alles zertrümmert. Zuerst gingen die 15 kolossalen Fensterscheiben des Cafés in Scherben, dann drangen die Demonstranten in das Innere ein, hoben die Marmorplatten von den Tischen, zertrümmerten sie, zerbrachen Stühle und die sonstige Einrichtung des Lokals, sodaß das große Lokal ein Bild vollständiger Verwüstung bildet. Auch das Hotel und Restaurant waren stark bedroht. Noch jetzt wagen sich die Gäste nicht in die Zimmer der Gassenfront.

Demonstrationen vor der serbischen Gesandtschaft.

Wien. Gestern abend 9 Uhr fanden vor der serbischen Gesandtschaft in der Paulanagasse große Demonstrationen statt, an der etwa 300 deutsch-nationale und katholische Studenten teilnahmen. Die Studenten zogen in großen Trupps nach der serbischen Gesandtschaft. Es ertönten stürmische Rufe: Nieder mit den Hochverrätern! Nieder mit Serbien! Hoch Habsburg! Hoch Oesterreich! Dann sangen die Demonstranten die Volkshymne. Als die letzten Töne verklungen waren, wurde plötzlich eine große serbische Tricolore emporgehoben und verbrannt. Jetzt schritt die Polizei ein und nahm einige Verhaftungen vor. Die Bewohner aller umliegenden Häuser beteiligten sich durch Zurufe an den Demonstrationen. In der serbischen Gesandtschaft blieb alles still. Die Demonstranten versammelten sich hierauf am Schwarzenberg-Denkmal. Hier hielt ein Student eine Ansprache, die in den Ruf ausklang:

**Rache für den Nord!
Krieg mit Serbien!**

Fortsetzung der Untersuchung gegen die Urheber des Attentats.

Wien. Im Ministerium des Aeußern fand gestern, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, eine Beratung statt, an der Graf Berchtold, der Chef des Generalstabes, Baron v. Höhendorff und der Kriegsminister v. Kroatien teilnahmen. Wie verlautet, soll die österreichisch-ungarische Regierung die Absicht haben, an die serbische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die gegen die Urheber des Attentats geführte Untersuchung in Serbien fortzusetzen, da alle Spuren der Verschwörung nach Serbien führen.

Serbien lehnt jede Schuld ab.

Die serbische Gesandtschaft in Berlin läßt folgende Rundgebung veröffentlichen: „Die Gesandtschaften und Konsulate Serbiens sind von ihrer Regierung angewiesen worden, die Erklärung abzugeben, daß Serbien das verabscheuungswürdige Verbrechen in Serajewo ebenso auf das schärfste verurteilt, wie dies in Oesterreich-Ungarn und auf der ganzen Welt geschieht. Man kann doch nicht ein ganzes Volk verantwortlich machen für die Tat eines unreifen, wiren jungen Menschen. Wenn aus dem traurigen Anlasse durch nicht begründete Verdächtigungen gegen Serbien verschiedentlich erhoben werden, so muß dagegen auf das entschiedenste protestiert werden. Jeder denkende Mensch wird begreifen, daß Serbien dem verwerflichen Verbrechen völlig fern steht.“

Verschmelzung Serbiens mit Montenegro. Ein neuer Schlag gegen Oesterreich.

Paris. Der „Figaro“ veröffentlicht heute früh eine Information von höchster politischer Bedeutung. Das Blatt schreibt u. a. Wie sind in der Lage, melden zu können, daß Serbien und Montenegro den Entschluß gefaßt haben, ihre Vereinigung zu proklamieren. Dieser Beschluß sollte am Jahrestage der Schlacht von Rossowo, also vorgestern, bekanntgegeben werden. Durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ist das Datum der Bekanntgabe jedoch hinausgeschoben worden. Es handelt sich aber nur um eine Verzögerung. Serbien und Montenegro werden von Völkern derselben Rasse, derselben Sprache und derselben Religion bewohnt. Die Dynastien beider Länder unterhalten sehr enge Beziehungen, da König Peter mit einer montenegrinischen Prinzessin verheiratet ist. Die serbischen und montenegrinischen Armeen haben Seite an Seite im letzten Balkankrieg gekämpft, und beide Regierungen haben zusammen den Friedensvertrag unterzeichnet. Es ist also sehr natürlich, daß diese beiden Völker den Wunsch haben, sich miteinander zu vereinigen, um durch diese Verschmelzung eine kräftige Vermehrung zu erzielen. Mit diesem Entschluß will man etappenweise bis zur vollkommenen Verschmelzung vorgehen. Man plant nun, zunächst die Zollvereinheit zu proklamieren und die Finanzministerien und die Ministerien des Aeußeren zusammenzutun. Es ist dies ein äußerst wichtiger Schritt. Die Angelegenheit ist bis in die kleinsten Details geregelt. Die Verhandlungen werden unter Beobachtung des tiefsten Stillschweigens zwischen den beiden Kabinetten in Belgrad und Cetinje geführt unter der Regide Rußlands, das von Anfang an diese Bestrebungen unterstützte. Was die Situation der Dynastien anbelangt, so wird bei Lebzeiten des Königs Peter und Königs Nikitas nichts geändert werden, sobald diese Herrscher jedoch die Augen geschlossen haben, werden beide Länder vollkommen zusammengefallen unter der Herrschaft des Kronprinzen Alexander von Serbien.

Selbstverständlich soll die Anziehungskraft des geeinigten Reiches auf die österreichischen Südslawen durch diesen Zusammenschluß verstärkt werden.

Demonstration vor der serbischen Gesandtschaft.

Heute gegen $\frac{1}{10}$ Uhr abends hat ein Trupp Studenten vor der serbischen Gesandtschaft in der Gubhausstraße eine Demonstration veranstaltet, die aber im Keime von der Behörde unterdrückt worden ist. In den rings um die Gesandtschaft gelegenen Gast- und Kaffeehäusern hatten sich offenbar auf Verabredung und ganz unmerklich eine größere Anzahl Studenten versammelt, die gleichfalls auf Verabredung zur gleichen Zeit hervorkamen und den Weg zur Gesandtschaft einschlugen. Die schon vorher zum Schutze der Gesandtschaft aufgeboteene Sicherheitswache sperrte gleich den Zugang ab und konnte die Manifestanten hindern, in die unmittelbare Nähe der Gesandtschaft zu gelangen. Die Studenten stimmten das „Gott erhalte“ an und brachten auch in Ruf: „Nieder mit Serbien!“ aus. Ungefähr hundertfünfzig bis zweihundert Studenten hatten die Nähe des Gebäudes erreicht und ihr Zug hatte zur Folge, daß sich in der Umgebung auch eine große Anzahl Neugieriger versammelte. Inzwischen war die bereit gehaltene Verstärkung an Wache vorgekommen und zerstreute durch gütliches Abmahnen die Studenten. Sie zogen über die Wiedener Hauptstraße auf die Lastenstraße und sangen auf dem Wege auch die Volkshymne und brachten Ruf: „Nieder mit Serbien!“ aus. Dann wurden sie auf der Lastenstraße zerstreut. Ein Teil wollte über den Ring weiter ziehen und hatte die Absicht, eine Kundgebung vor dem Kriegsministerium zu veranstalten. Sie zerstreuten sich aber, von der Wache abgemahnt. Ein Teil wurde auf dem Schillerplatz veranlaßt, auseinanderzugehen. Dieser Trupp hatte vor dem Ministerium für Landesverteidigung eine Kundgebung zu veranstalten. Bei den Demonstrationen wurde am Gesandtschaftsgebäude gar kein Schaden angerichtet. Es ist auch keine Arretierung vorgenommen worden, da die Manifestanten den Anordnungen der Wache Folge leisteten.

Schändliche Aufführung der Merikalen Kroaten im Landtag.

Trauer in Skandalen.

Agram, 30. Juni. Der kroatische Landtag hielt heute eine Sitzung, um der Trauer über die Mordtat in Sarajevo Ausdruck zu geben. Die sogenannte Rechtspartei benützte die Trauersitzung zu einem gemeinen Skandal, dessen politischer Zweck so dick ausgetragen ist, daß es einfach Abscheu erregt. Die Rechtspartei ist jener Rest der Partei des David Starcevic, die die Verbindung mit Ungarn perwirft und die von dem Dr. Frank geleitet wird. Offensichtlich will sie das Attentat zu einem Sturmlauf wider die serbisch-kroatische Koalition, die heute im Lande herrschend ist, ausnützen. In dieser Koalition ist der alte Gegensatz zwischen Kroaten und Serben — die bekanntlich eine Nation sind und sich nur darin unterscheiden, daß die Kroaten Katholiken und die Serben Orthodoxe sind — ausgelöscht; die beiden Nationen, die sich einstmals in Kroatien heftig bekämpft haben, sind in der Koalition zu einer Partei geworden. Diese Koalition ist nun den Merikalen Kroaten ein Dorn im Auge und die meinen nun, in dem Attentat des Serben die Gelegenheit zu einem großen politischen Fischzug gewonnen zu haben.

Die Sitzung wurde um 11 Uhr eröffnet; die Abgeordneten und die Mitglieder der Regierung sind in Trauerkleidern erschienen. Als der Präsident Medakovic, ein Serbe, den Präsidentensstuhl besteigt, geht der Skandal los. Sofort fangen die Mitglieder der Frank-Gruppe ein Höllengeschrei an: Hinaus mit euch! Ihr seid Mörder! Menehlmörder! Wir lassen einen Serben hier nicht mehr präsidieren! Ihr steht im Dienste der serbischen Regierung! Dr. Frank schreit den Abgeordneten Pribicevic an: Valerian Pribicevic war in Belgrad und hat dort den Attentatsplan vorbereitet! Vergeblich läutet der Präsident mit der Glocke, es ist ihm unmöglich, sich Gehör zu verschaffen. Fortgesetzt schreien die Mitglieder der Frank-Gruppe: Hinaus, Mörder! Hoch der König! Es ist eine Schande, daß hier Serben sind! Ruhm dem Erzherzog Franz Ferdinand! Hinaus mit den Serben aus dem Landtag! Gegen den Schriftführer Wilder, der das Protokoll der letzten Sitzung verlesen soll, werden Bücher, Aktenstücke etc. geschleudert. Unter fortgesetztem Lärm wird das Protokoll verlesen. Als Medakovic nunmehr das Wort zu der Trauerkundgebung ergreifen will, erheben die Mitglieder der Frank-Gruppe neuerlich einen ungeheuren Lärm, strampeln mit den Füßen, beschimpfen den Vorsitzenden: Wir lassen ihn nicht reden! Er ist ein Serbe! Da der Lärm ungeschwächt fortbauert, muß die Sitzung unterbrochen werden. Die Mitglieder der Regierung und der Majorität verlassen den Saal. Während der Pause dauern die Beschimpfungen fort; die Frank-Leute verunreinigen die Präsidentenestrade. Nach Wiederaufnahme der Sitzung dauern die Lärmereien weiter. Die Abgeordneten Jatluka und Horvath eilen auf den Präsidenten Dr. Medakovic zu und schreien: Ihr seid Hochverräter! Ihr seid an dem Menehlmord von Sarajevo mitschuldig! Hinaus mit euch! Dr. Frank ruft: Die Geheimen Räte müssen aus der Koalition hinaus! Dr. Horvath ruft dem Vanus zu: Exzellenz, teilen Sie Seiner Majestät mit, daß das kroatische Volk immer loyal war! Dr. Frank ruft dem Präsidenten zu: Sie sind hier Präsident, aber nur Präsident der Partei des Pribicevic. Als solcher haben Sie kein Recht, hier im Namen des kroatischen Landtrages zu sprechen. Sind wir jetzt Denunzianten? Dr. Horvath ruft: Die serbische Politik heißt, die Monarchie zerreißen. Wir lassen einen serbischen Präsidenten nicht sprechen! Jatluka: Die kroatisch-serbische Koalition ist nicht würdig, das Mitleid auszudrücken. Suchen Sie die

Bomben aus Krugujevac bei diesen Herren! Dr. Horvath liest eine serbische Zeitung vor, bleibt jedoch im Lärm unverständlich und beschließt dann die Vorlesung mit den lauten Worten: Nieder mit allen Hochverrättern!

Die Mitglieder der Mehrheit und auch die Anhänger des (jungen) Starcevic, die sich von der Frank-Partei getrennt haben, lassen den Komödiantensturm ruhig an sich vorüberziehen. Endlich entschließt sich der Präsident (die Mehrheitsabgeordneten, die Regierungsmitglieder und die Galeriebesucher haben sich von den Sigen erhoben), die Trauerkundgebung vorzulesen; er teilt auch mit, daß er sich zu der Beichenseier nach Wien begeben werde. Weder im Sitzungssaal noch im Auditorium werden diese Worte verstanden, da sie im dem fürchtbaren Lärm untergingen. Der Präsident schließt rasch die Sitzung, nachdem er noch kurz mitgeteilt hatte, daß die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege einberufen werde. Die Abgeordneten bleiben im Sitzungssaal und die Lärmjungen bauern noch geraume Zeit weiter. Die Kravalle pflanzten sich auf die Straße fort, wo sich inzwischen ein zahlreiches Publikum angesammelt hatte und in Schmährufe gegen die Serben ausbrach. Als die serbischen Abgeordneten den Landtag verließen, wurden sie von der Menge beschimpft und tödlich bedroht. Polizei mußte zum Schutze der Abgeordneten einschreiten. Die Menge schlug im Nachhausegehen bei serbischen Geschäftskleuten die Fenster und die Auslagenscheiben ein.

Erzesse auf der Straße.

Gestern abend kam es in der Stadt neuerlich zu serbenfeindlichen Demonstrationen. Eine große Menschenmenge bewegte sich unter Vorantragung einer Schwarzumflorten kroatischen Tricolore durch die Straßen, wobei fortwährend Rufe wie: „Ehre dem Andenken der Toten!“, „Nieder mit den Mördern!“ ausgebracht wurden. Die „Manifestanten“ zogen zum Starcevic-Dom, wo Abgeordneter Jvan Jatluka und der Student Mastic Reden hielten, in welchen sie heftige Angriffe gegen die Serben richteten. Die Menge sang hierauf die kroatische Hymne und zog unter abermaligen Rufen: „Nieder mit den Mördern!“, „Nieder mit den Serben!“ durch die Straßen. Die Straßenkundgebungen dauerten bis nach 10 Uhr abends an. Dann begannen sich die Manifestanten in kleinen Gruppen zu zerstreuen. Einige junge Leute zertrümmerten an einem dem Landtagspräsidenten Dr. Medakovic gehörigen Hause auf dem Prinyiplaz und an einem Hause in der Illica, welches Eigentum der serbischen Kirchengemeinde ist, durch Steinwürfe einige Fenster Scheiben.

Erzesse in Güden.

Neue antiserbische Demonstration in Agram.

Auch in Agram wird demoliert.

Agram, 30. Juni. Um 8 Uhr abends erneuerten sich die Straßentunndgebungen. Eine ungefähr vierhundert bis fünfhundert Mann starke demonstrierende Menge, die aus Bürgern, Studenten und Gewerbetreibenden bestand, zog mit einer schwarz umflorten kroatischen Fahne und einem großen trauerumflorten Bilde des Erzherzogs Franz Ferdinand durch die Mica und mehrere Straßen und stieß demonstrative Rufe gegen Serbien und die Serben sowie Rufe: Abzug, König Peter! Nieder mit den Mörder! Ehre dem Andenken des Thronfolgers! aus. Die Demonstranten zogen zweimal vor dem auf dem Jellacicplatz befindlichen Nationalcafé vorbei. Zwischen einem Teile der vor dem Kaffeehause sitzenden Gäste und den Demonstranten kam es zu einem Zusammenstoß, dessen Ursache noch nicht völlig aufgeklärt ist. Es sollen aus dem Kaffeehause Steine geworfen worden sind, von denen einer das Bild des Erzherzogs durchlöcherte. Nach einer anderen Version sollen aus dem Kaffeehause Revolverkugeln abgefeuert worden sein. Die Demonstranten zertrümmerten die Fensterscheiben des Kaffeehauses und demolierten einen Teil der Einrichtungsgegenstände. Die Gäste verließen fluchtartig das Café. Inzwischen herbeigeeilte Polizei zu Pferde und zu Fuß trieb die Manifestanten auseinander, wobei einige Personen Verletzungen davontrugen. Eine größere Gruppe von Demonstranten zog vor das serbische Gebäude, aus dem Flaschen und Gläser herabgeworfen worden sein sollen. Die Demonstranten bombardierten sämtliche Fenster mit Steinen. Eine andere Gruppe der Demonstranten bombardierte den Geschäftsladen des Gemischtwarenhändlers Ducic. Inzwischen war eine Gruppe nationalistischer Studenten, die Gegner der Rechtspartei sind, vor den Starcevic-Dom gezogen, um ein Steinbombardement gegen dessen Fenster zu eröffnen, doch war eine Gruppe von Anhängern der Rechtspartei auf dem Plage erschienen, die die Studenten vertrieb.

Um 10 Uhr abends begaben sich die Demonstranten gleichfalls unter Vorantragung des Bildes des Erzherzogs Franz Ferdinand und kroatischer Fahnen auf den Ringplatz vor das Haus des Landtagsabgeordneten Dr. Medakovic, wo sie Steine gegen die Fensterscheiben schleudern wollten. Es waren jedoch dort einige Polizisten postiert, sowie Gendarmerie, so daß die Demonstranten zerstreut werden konnten. Es wurden im ganzen zehn Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden nach erfolgter Legitimierung wieder freigelassen. Von Seite der Behörden wurden entsprechende Vorkehrungen getroffen, um weiteren größeren Ausschreitungen vorzubeugen.

Es kamen zwei leichte Verletzungen vor. Die sozialistische Schriftstellerin Krieger und der Redakteur der sozialistischen Blätter Dimitrijevic wurde von der demonstrierenden Menge leicht verletzt.

Antiserbische Kundgebungen in Djalova.

Effeg, 30. Juni. In Djalova, der Residenz des serbischen Bischofs, kam es gestern abend zu großen antiserbischen Demonstrationen. Eine große Menschenmenge zog lärmend und unter Abzugerufen gegen die Serben vor die Wohnung des Abgeordneten Ribar, der zur kroatisch-serbischen Koalition gehört, und schlug die Fenster der Wohnung ein. Die Gendarmerie schritt ein und nach wiederholten Zusammenstößen gelang es, die Menschenmenge zu zerstreuen.

Heute nacht wurde auf einem Hause ein Bettel affiziert des Inhalts, man möge die Aufschrift der Straße, die den Namen des serbischen Dichters Zmaj Ivan führt, so rasch als möglich entfernen, da sie sonst mit Gewalt entfernt würde. Die Straße wurde erst kürzlich auf den Namen des Dichters umgetauft.

Patriotische Kundgebungen und Messerschereien in Mostar.

Mostar, 30. Juni. Hier kam es gestern wieder zu patriotischen Kundgebungen der Muslimanen und Katholiken und zu antiserbischen Demonstrationen, wobei in einigen serbischen Häusern die Fenster eingeschlagen wurden. Heute vormittag kam ein Kroate in das Geschäft eines Serben, um etwas einzukaufen. Der Kaufmann machte gegenüber dem Kroaten eine den ermordeten Erzherzog verunglimpfende Bemerkung, worauf der Kroate in seiner Wut dem serbischen Kaufmann einen Messerstich versetzte. Der Kroate wurde verhaftet. Auch aus Doboj Schamac und Brcko sowie aus anderen Orten werden Demonstrationen und kleinere Ausschreitungen gemeldet.

Die gestrige Blättermeldung von der Verhaftung des Abgeordneten Atanazie Schola in Nevesinje bestätigt sich nicht.

Die gestrigen Erzesse in Sarajevo.

Sarajevo, 30. Juni. Bei den gestrigen Demonstrationen wurden auch im Metropolitenpalais die Fenster eingeschlagen. Der serbische Metropolit Detica, welcher hinter einem geschlossenen Fenster stand, erlitt durch Glassplitter an der linken Hand leichte Verletzungen.

Heute früh erschienen mehrere der durch die gestrigen Demonstrationen geschädigten Kaufleute im Bureau der Handelskammer und ersuchten um Intervention bei den Behörden, damit ihnen gestattet werde, die vor ihren Läden noch liegenden Waren zu bergen. Im Laufe des Vormittags begab sich der Präsident der Handels- und Gewerbekammer Berkovic zum Landesgeschäftvertreter Dr. Mandic, um in diesem Sinne zu intervenieren. Dr. Mandic verfügte sofort, daß die geschädigten Kaufleute ihre Waren bergen können.

Im Laufe des gestrigen und vorgestrigen Tages wurden noch zahlreiche Personen verhaftet und zur Polizei, beziehungsweise vor den Untersuchungsrichter geführt. Viele von ihnen wurden nach dem Verhör wieder freigelassen.

Offizielle Rechtfertigung der Sarajevoer Krawalle.

Sarajevo, 30. Juni. An kompetenter Stelle wird zu den gestrigen Vorfällen folgendes bemerkt: Die gestrigen antiserbischen Demonstrationen sind aus der ungeheuren sittlichen und menschlichen Entrüstung der erdrückenden Majorität der katholischen und muslimanischen Bevölkerung hervorgegangen und leider in arge Erzesse ausgeartet. An den Demonstrationen beteiligten sich alle Schichten der Bevölkerung, sogar vornehme Damen. Charakteristisch ist es aber, daß kein einziger Serbe getötet, hingegen ein Katholik und ein Moslem von serbischer Seite erschlagen wurden; weiterhin, daß nicht geplündert wurde bis auf vereinzelte Fälle, wo der Mob die Situation sich zunutze machte; doch wurden die Klünderer sofort von den Demonstranten selbst vertrieben.

Das Militär, die Gendarmerie und die Polizei, die im ersten Moment vorhanden waren, befanden sich in der denkbar schwierigsten Situation. Die durch den Dienst des vorigen Tages ermüdete, in geringer Zahl verfügbare Polizei und Gendarmerie konnten die Erregte nicht sofort eindämmen, es wurde daher Militär requiriert, das aber nicht sofort an allen Punkten der Stadt sein konnte, weil es erst aus dem ziemlich weit entfernten Lager geholt werden mußte. Das Militär mußte außerdem angesichts der Beweggründe des Vorgehens der Demonstranten und ihrer patriotischen Kundgebungen, ferner weil auch die Jugend mit dabei war, äußerst vorsichtig vorgehen. Von der Waffe wurde kein Gebrauch gemacht, weil die Demonstranten stets, wo Militär erschien und sie zum Auseinandergehen aufforderte, sich zerstreuten. Hervorzuheben ist, daß sich die Volkswut vor allem gegen das großserbischen Tendenzen zuneigende Element richtete, während das loyale serbische Element verschont blieb.

Falsche Gerüchte von einem Anschlag auf die Belgrader österreichische Gesandtschaft.

Belgrad, 30. Juni. Das serbische Pressbureau erklärt die Gerüchte über einen Anschlag auf die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad für vollkommen erfunden.

Wie die Patrioten in Sarajevo gehaust haben.

Auch „herzbewegende Szenen“.

Sarajevo, 30. Juni. Die offizielle Berichterstattung über die „patriotischen“ Demonstrationen der Kroaten und Moslemin weiß nur von „herzbewegenden Szenen“ zu erzählen und zerfließt in Nührung über das höchstpatriotische Gehaben der kroatischen und mosleminischen Jugend (da heißt es natürlich nicht, die Jugend habe nicht zu politisieren). Ein Privatbericht der „N. Fr. Pr.“ liefert von den „herzbewegenden“ Treiben dieser Patrioten ein anderes Bild. Dem Blatte wird von Sarajevo heute gemeldet:

Wenn man sich Sarajevo nähert, gewinnt man den Eindruck, daß man zum Schauplatz eines ungewöhnlichen Ereignisses gelangt. Der Exerzierplatz, der vor dem Bahnhof liegt, ist in ein Feldlager verwandelt. In Leinwandzelten kampieren Kruppen und längs des Bahngleises stehen Posten mit aufgefälltem Bajonett. Auf dem Bahnhof herrscht ungeheure Aufregung. Militär hält den Bahnhof besetzt und niemand darf den Zug verlassen, der sich nicht legitimieren kann. Den Ankömmlingen wird von allen Seiten zugerufen, daß über die Stadt das Standrecht verhängt wurde.

Bei der Wagenfahrt in das Innere der Stadt empfängt man einen grauenhaften Eindruck. Die Wagenränder knirschen über Glascherben, die oft fußhoch auf der Straße liegen. Man passiert zehn bis zwanzig Häuser hintereinander, die von der wütenden Bevölkerung nahezu demoliert wurden. Da ragen buchstäblich nur noch Mauern in die Luft, während das ganze Innere zerschmettert wurde. Hier liegt das ganze Warenlager eines Geschäftes zerschlagen und zertrümmert auf der Straße, dort patrouilliert vor einem serbischen Warenhause, dessen eiserne Rollbalken herabgelassen sind, Polizei auf und ab. Würde man nicht von dem mohammedanischen Kutsher erfahren haben, was geschehen ist, so müßte man an ein Erdbeben denken, das die Verwüstungen angerichtet hat.

Nach den Berichten von Augenzeugen waren die gestrigen Szenen der Ausfluß des Volksfurors, der sich von Minute zu Minute bis zur Raserei steigerte. Um 1/211 Uhr rottete sich zuerst eine Schar junger kroatischer und muselmanischer Schüler zusammen, und man zögerte, ihnen entgegenzutreten, weil sie unter Abfingung der Volkshymne einherzogen. Bevor aber die Polizei, die in Sarajevo numerisch sehr schwach ist, die Situation überblickt hatte, zogen schon mohammedanische Männer und Burschen zu Hunderten aus dem türkischen Teile heran. Sie schlossen sich den Schülern an und nun begann ein Sturmzug durch die Stadt. Wo man einen Serben wußte, wo trug ein Schild einen serbischen Kaufmann verriet, begann zuerst ein Steinhagel und dann ein Sturm auf den Laden. Fenster und Türen wurden eingeschlagen und durch die eingeschlagenen Schaufenster, durch die Türen und Wohnungsfenster flogen die Einrichtungsgegenstände und Waren auf die Straße. Hier liegen Massen von Wäsche zerlegt auf der Straße, dort sieht man verwüstete Lederläden oder Lebensmittel, und einen schauerlichen Anblick bietet ein Sarggeschäft, das direkt in Trümmer gelegt wurde, während die Särge zerbeult und zerschmettert auf der Straße liegen.

Vielleicht hätte das Militär, das um die Mittagsstunde vom Manövergelände in die Stadt zurückgekommen war, etwas energischer auftreten können, man muß aber schließlich mit den menschlichen Empfindungen der Offiziere und Soldaten rechnen und berücksichtigen, daß inmitten des wütesten Tumults immer wieder Hochrufe auf den Kaiser und Töne der Volkshymne erklangen, so daß es psychologisch sehr begreiflich ist, wenn die Willenskraft des Militärs gelähmt und geschwächt wird.

Im Laufe der zwei Tage wurden auch zahlreiche Personen verletzt. Die Polizei und das Stadtphysikat, die während der ganzen Zeit im permanenten Sanitätsdienst standen, leisteten einer großen Anzahl Personen Hilfe. Die Verletzungen sind zumeist leichter Natur, nur wenige Personen, die schwer verletzt wurden, wurden in das Landeshospital übergeführt. Im ganzen wurden mehr als fünfzig Personen ärztlich behandelt.

Steinwürfe, Fenstereinschlagen, Plünderungen, unter dem Singen der Volkshymne verübt: das ist doch einmal was Neues. . . Ähnliche „patriotische Kundgebungen“ finden auch in Mostar, Travnik und Zibanja statt; es scheint, daß sie planmäßig organisiert werden. In Nevesinje wurde der serbische Führer Atanasie Sola (Präsident der serbischradikalischen Narodgruppe) verhaftet; er soll die dortige Bevölkerung „aufgereizt“ haben. Inzwischen werden immer neue „Kundmachungen“ herausgegeben. Der Regierungskommissär hat gestern die Sperrung der Gast- und Kaffeehäuser für 8 Uhr, der Gastore für 10 Uhr abends angeordnet; mehr als drei Personen dürfen auf der Gasse nicht zusammenstehen; nach 7 Uhr dürfen junge Leute (unter 15 Jahren) nicht auf der Straße sein; alles „Zuwiderhandeln“ wird mit Arrest bis zu zwei Monaten bestraft. Erst haben sie aber die „herzbewegenden Szenen“ abwickeln lassen! Nach Verkündigung des Standrechtes ist übrigens Ruhe eingetreten.

Narodna Obrana.

Die großserbische Agitation.

Sarajevo, 1. Juli.

Die Katastrophe, deren Schauplatz Sarajevo geworden ist, mußte kommen, wenn man all das berücksichtigt, was sich im Laufe der letzten Jahre hier und in Belgrad ereignet hat. Seit der Annexion wird Bosnien und ganz besonders die Herzegowina von einem Heer von serbischen Fanatikern überschwemmt, die den blutigsten Haß gegen die Monarchie und die Habsburger predigten. Die Behörden waren nur in den wenigsten Fällen in der Lage, dieser gewissenlosen Agitation in den Weg zu treten, aus dem einfachen Grunde, weil diese Lobfinger serbischer Größe in den verschiedensten Formen auftauchten, wie zum Beispiel als gewöhnliche Hausierer oder als serbische Popen, denen man nicht nahekommen konnte. Doch so lange es sich bloß um eine Propaganda mit Worten handelte, schien die Sache nicht so gefährlich. Die Gefahr kam erst nach der Beendigung der Balkankriege, namentlich zu der Zeit der höchsten Spannung zwischen der Monarchie und Serbien im vorigen Jahre. Da begannen die Serben Bomben in Massen nach Bosnien einzuschmuggeln und es entwickelte sich eine Agitation, die an die rohesten Instinkte der Einzelnen appellierte und den Leuten die Bomben in die Hand drückte. Die ganze Agitation ging von der revolutionären Organisation Narodna Obrana aus, die geschaffen wurde, um den ganzen

slawischen Süden zu revoltieren, zuerst die Gebiete des früheren Altserbien und dann Bosniens, das Serbien bekanntlich für sich beanspruchte. Die Attentate in Altserbien wurden von dieser Organisation verübt und gerade die terroristischen Attentate in Verane, die bekanntlich den Ausgangspunkt der großen Balkankrise waren, sind ihre Werke. Durch den Sieg der serbischen Waffen im Balkankriege war die Aufgabe der Narodna Obrana in Altserbien erfüllt und nun begann die Organisation ihr ganzes Augenmerk auf Bosnien zu richten.

Der moralische Führer der Narodna Obrana, der vielgenannte serbische Offizier Milan Pribicevic, leitete eine große Aktion ein, deren Zweck es war, Bosnien zu revoltieren und eventuell auch Kroatien, wovon übrigens in dem Ugramer Hochberrats-

prozeß die Rede war. Bei seinen Verbindungen mit den politischen serbischen Führern sowohl in Kroatien als auch in Bosnien wußte er seine Aktion so anzulegen, daß die Behörden auf sein Treiben nicht aufmerksam werden konnten. Langsam wurden die aus dem serbisch-türkischen Krieg zurückgekehrten Komitadschi nach Bosnien hinübergeleitet, um dort ihre revolutionäre Tätigkeit fortzusetzen. Die serbische Regierung ist natürlich über das Treiben der Narodna Obrana ganz gut unterrichtet und wenn es auch eine private Organisation ist, wurden die Leute dennoch vom Arsenal in Kragsujevac mit Bomben und anderen Waffen versehen. Es ist ja möglich, daß die serbische Regierung mit dem terroristischen System nicht einverstanden war, jedenfalls tat sie alles, um jeden Verdacht abzulenken, als würde sie irgend einen Einfluß auf die Narodna Obrana ausüben. Sie tat so, als würde sie dem Druck der Offizierskreise, die hinter der Narodna Obrana standen, nicht widerstehen können und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung den terroristischen Drohungen nachgab, um nicht selbst ihr zum Opfer zu fallen. Das eine ist gewiß, daß es der serbischen Regierung nach der Beendigung des Krieges sehr daran gelegen war, die Komitadschis aus Belgrad los zu werden und sie sah es daher gewiß nicht ungern, daß sie nach Bosnien dirigiert wurden. Darauf wurde gerade in diesem Blatte bereits im vorigen Jahre aufmerksam gemacht und vor dem Treiben der serbischen Freischärler in Bosnien gewarnt.

Eine der Hauptaufgaben der Narodna Obrana gegenüber der Monarchie war, vor allem alle dem serbischen Elemente nicht geneigten Elemente aus dem Weg zu räumen. In erster Reihe galt das für die hohen Funktionäre in Bosnien und dann auch für die Mitglieder des Herrscherhauses, ganz besonders aber für den verbliebenen Erzherzog-Thronfolger, der als der größte Feind der Serben verfahren wurde. Die Agitation gegen den Thronfolger begann damit, daß die serbischen Blätter über die politischen Pläne des Thronfolgers die sonderbarsten Märchen veröffentlichten und eine ganze Kampagne eingeleitet haben, die ebenso in Belgrad und in Sarajevo als auch in Ugram betrieben wurde. Gerade in letzter Zeit nahm diese

(Haldengrall) (Graz) T 878307

71, P. 101. F. S. : 587

Kampagne einen großen Umfang an, besonders von jenem Zeitpunkte an, als es bekannt geworden war, daß der Thronfolger zu den Manövern nach Sarajevo kommen werde. Die Narodna Obrana setzte die ganze Schar ihrer Terroristen in Bewegung und Bosnien wurde trotz des strengen Wachdienstes, der an der Grenze durchgeführt wurde, von Komitadschis überschwemmt, die zu Duzenden Bomben bei sich führten, wie die eben geführte Untersuchung erwiesen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Attentat auf das Thronfolgerpaar von derselben Organisation durchgeführt wurde, die früher jahrelang in Altserbien terroristische Attentate verübte. Auch der Zweck ist derselbe und die Untersuchung wird zweifellos ergeben, daß das Attentat von Belgrad ausgegangen ist, mit Wissen der Narodna Obrana und gewiß nicht ohne Kenntnis der serbischen Regierung, womit die serbische Regierung keineswegs verdächtigt werden soll, daß sie das Attentat selbst organisiert hat. Die Katastrophe in Sarajevo wird so manches Geheimnis lüften und das Geschwür öffnen, mit dem die Belgrader Narodna Obrana die Monarchie infiziert hat, besonders die Südslaven. Daß hierbei die Fehler der Wiener Politik dieser Propaganda der Tat zu Hilfe kamen, das braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Die Hezke gegen Serbien.

Ausagen des Mörders Princip.

Wien. Vorgestern abend legte Princip ein Geständnis ab und erklärte, daß er in Belgrad mit einem Komitatschi namens Ziga, den er durch Gabrinovic kennen gelernt hatte, bekannt geworden sei. Von diesem Komitatschi hatten sie erfahren, daß der Erzherzog nach Bosnien reisen werde. Schon damals wurde das Attentat beschlossen. Ziga übergab jedem eine Bombe, die sie nach Serajewo brachten und dort vergruben.

Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Mörders Princip wurden in seinem Lager 2700 Kronen versteckt aufgefunden, weitere 1000 Kronen in dem Rahmen eines Heiligenbildes, ungerechnet der 2000 Kronen, die bereits gefunden worden sind.

Die Personalien des Bombenwerfers.

Wien. Der Urheber des ersten Attentats heißt, wie amtlich festgestellt wurde, richtig Dedelco Caprina, rechte Budo. Er ist im März 1894 in Trebinje als zweitältester Sohn des Gastwirts Basa Caprina geboren und hat noch vier Schwestern. Er war vor längerer Zeit in einer Druderei in Triest tätig, blieb aber nur kurze Zeit dort, da er ein schlechter Arbeiter war, und kam ohne alle Geldmittel nach Fiume, wo er sich 10 Kronen bettelte, dann zog er zu Fuß nach Belgrad. Er trat dort in die nationalistische Partei ein. Er ist ein junger Mann von mittlerer Statur, stark gebaut und macht einen exaltierten Eindruck.

Ueber Princip wurde festgestellt, daß er nicht 19, sondern am Tage des Attentats schon 20 Jahre alt war. Daher bildet sein Alter kein Hindernis, ihn zum Tode zu verurteilen.

Ein entkommener Attentäter?

Wien. Erzbischof Stadler bestätigte einem Interviewer, es sei heute schon ganz gewiß, daß zwei Täter auf einmal geschossen haben. Der eine stand rechts, der andere links. Der erste Schuß traf die Herzogin, erst dann erhielt der Thronfolger die tödliche Kugel. Man konnte nur einen Täter fassen, der andere entkam.

Kriegerische Stimmung in Wien und Budapest.

Budapest. Die Erbitterung gegen die Serben in den beiden Hauptstädten Wien und Budapest äußert sich darin, daß man vielfach das Einmarschieren nach Belgrad verlangt. Die Stimmung der Bevölkerung ist genau so kriegerisch wie zur Zeit des gespanntesten Verhältnisses zwischen Serbien und der Monarchie anlässlich des Balkankrieges. Mit Serbien muß abgerechnet werden, heißt es überall an den Bierischen, da man sonst im ständigen Kriegszustande lebe.

Serbiens korrekte Erklärung.

Das serbische Pressbureau veröffentlicht mit Ermächtigung der Regierung folgende Erklärung: „Serbien ist, gleich wie die ganze übrige Kulturwelt, von Abscheu erfüllt gegen das Attentat und die Täter. Wie wundern uns, wie es möglich ist, daß deutsche und österreichisch-ungarische Blätter diese unqualifizierbare Tat eines verworrenen, geisteskranken Menschen zum Anlaß nehmen konnten, um Serbien zu beschuldigen und anzugreifen, das in jüngster Zeit nichts unterlassen hat, um die Beziehungen zur Nachbarmonarchie besser und freundschaftlicher zu gestalten. Die serbische Regierung ist der Ansicht, daß das traurige Ereignis von Serajewo es ihr zum Gebot macht, ihr ganzes Augenmerk auf die Umtriebe verdächtiger Elemente zu richten, wenn diese sich auf serbischem Gebiet befinden, und strengste Maßregeln zu ergreifen, um ihr Treiben zu vereiteln, insofern dies bei anormalen und exaltierten Menschen möglich ist. Der serbischen Regierung, die alles tut, um die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien auf eine freundschaftliche Grundlage zu stellen, sind Ereignisse wie das jüngste in Serajewo ebenso unangenehm wie der österreichisch-ungarischen, und sie wird nichts unterlassen, soweit es in ihrer Macht steht, damit die Geister sich beruhigen und die Beziehungen normal werden. Die serbische Regierung müßte es daher tief bedauern, wenn die weitere Entwicklung guter politischer und ökonomischer Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine Unterbrechung erfahren würde wegen Geschehnissen, für die man Serbien und die serbische Regierung nicht verantwortlich machen darf.“

Das Standrecht über die Städte Bosniens und der Herzegowina.

Das Standrecht über die Städte Bosniens und der Herzegowina. Budapest. Infolge großer Ausschreitungen, die sich trotz des Einschreitens der Polizei und des Militärs in allen Städten Bosniens und der Herzegowina täglich wiederholten, wurde gestern das Standrecht über ganz Bosnien und die Herzegowina verhängt. Keine Stadt mit Ausnahme von Banjaluka, wo alle Nationalitäten und Konfessionen sich in einer Rundgebung für das ermordete Thronfolgerpaar beteiligten, blieb von Ausschreitungen gegen die Serben verschont. Besonders stürmisch ging es in Tuzla zu.

Die Mitschuldigen der Mörder.

Wer am Sonntag nachmittag schon von der Nachricht erreicht wurde, Franz Ferdinand, der österreichische Thronfolger und seine Frau, die Herzogin von Hohenberg, seien einem Bombenattentat glücklich entgangen, aber dann wohlgezielten Revolverschüssen zum Opfer gefallen, der tat gut, sich von der Gesellschaft der Parteigenossen loszulösen und sich allein mitten in eine bürgerliche Gesellschaft zu setzen; dann konnte er tiefe Blicke in die Seele der deutschen Bourgeoisie tun.

Noch war wenig mehr von dem Attentat bekannt, als daß die beiden Attentäter Serben namens Princip und Cabrinovic seien, ein Buchdrucker und ein junger Student, und daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf Grund eines gemeinsamen Planes nach einer sorgfältigen Verabredung gehandelt hatten. Das genügte den Bürgerlichen an allen Viertischen, um ihren beiden politischen Hauptempfindungen, der Roheit und dem Sozialistenhaß, alle Zügel schießen zu lassen. Der Blutdurst der Spießbürgerbestie tobte sich am Sonntag in der Schenke und am Montag in den Kontoren, Verwaltungsstuben und Gerichtssälen in jeder Unterhaltung aus. „Acht Tage hindurch langsam zu Tode prügeln sollte man diese Kerle,“ brüllte der Sanfteste. „Und dann überhaupt 'mal eine gründliche Razzia unter den verfluchten Sozialdemokraten vornehmen,“ übertrumpfte ihn sein Nachbar. „Die sozialdemokratischen Kerle sollten im Zuchthaus erst 'mal ordentlich arbeiten und hungern lernen, dann würden sie wohl kuriert werden,“ stimmte der Politiker ein. „Wir sind viel zu weichlich geworden; Rußland hat die richtige Methode; mit dem Gefindel wird man nur durch die Knute und den Galgen, eine recht derbe Knute und recht viele Galgen, fertig; sonst ist an ihnen doch nichts zu bessern,“ schloß dann der prinzipiell durchgebildete Bürgerliche, Alldentscher und Rassistheoretiker, die erhebende Unterhaltung. Und alle vier feuchteten die entrüstungstrockenen Kehlen mit reichlich viel Bier und fühlten sich sehr patriotisch.

Am nächsten Tage hatten die Herren freilich vergessen, was sie da geredet hatten. Aber nicht alle Zuhörer haben ein so kurzes Gedächtnis. Wir könnten eine ganze Reihe von Chemnitzer Richtern, Rechtsanwälten, Fabrikanten und leider auch noch Angestellten hier mit Namen nennen, die sich am Sonntag und Montag in ähnlicher Weise ausgetobt haben. Aber wir wollen hoffen, daß es die Scham ist, die ihnen die Erinnerung an die eigene peinliche Uebereilung geraubt hat. Beim nächsten Attentat der englischen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen oder der kulturell rückständigen Glieder südländischer Nationen werden sie allerdings in genau derselben unverantwortlichen Brutalität ihre geheimsten Seelenregungen verateten.

Sollte man es für möglich halten, daß sich selbst zwei deutsche Zeitungen finden, welche die Greuelthat von Sera-

jewo zu solcher Scharfmacherei gegen die Arbeiterbewegung auszunutzen versucht haben? Es ist allerdings der letzte Abhub der deutschen Zeitungswelt, das Blatt der agrarischen Großgrundbesitzer, die „Deutsche Tageszeitung“, und das Organ der fortwährend nach Ausnahmegesetzen schreienden industriellen Scharfmacher, die „Post“, welche so aus der hohlen Hand ins Blaue hinein schreien und toben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht die Katastrophe des österreichischen Thronfolgerpaares in folgender Weise zu fruktifizieren:

„Eine Mahnung, den bürgerlichen, monarchistischen Staat so gut zu rüsten und so stark zu machen, daß niemand hoffen kann, ihn durch einzelne Verbrechen oder überhaupt durch revolutionäre Mittel zu zerstören; eine Mahnung, allen destruktiven und revolutionären Tendenzen überall, wo sie sich zeigen, mit der ganzen Macht des Staates entgegenzutreten und nicht mit ihrer Bekämpfung zu warten, bis sie stark genug sind, die „trockene“ Revolution durch die offene Gewalt zu erregen; eine Mahnung endlich, mit mehr Wachsamkeit und Entschiedenheit als bisher den Kampf gegen die ganze moralische Erkrankung zu führen, die in der systematischen, heherischen Untergrabung aller Zucht und Autorität auf Erden gegeben ist, und die doch der letzte Grund für Greuelthaten wie die von Serajewo ist und bleibt.“

Und das scharfmacherische Schwesterorgan von der industriellen Seite, die „Post“, die sich in Schmutz und Gemeinheit ja stets mit den Agrariern findet, heßt mit ganz ähnlichen Worten:

„In Reichsdeutschland haben wir nicht einmal das Recht, auf diese traurigen Zustände in Entrüstung hinzuweisen. Geschieht denn bei uns irgendetwas Ernsthaftes, um die antimonarchischen, umstürzlerischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen? Wird nicht in Deutschland täglich in Wort und Schrift Hunderttausenden der Geist des Aufbruchs und des Umsturzes beigebracht? Ist es nicht dieselbe Ruhelosigkeit und Schwäche, die uns verhindert, tatkräftig jenen Feinden von Kaisertum und Gesellschaft, Religion und Sitte entgegenzutreten? Wer bürgt uns dafür, daß nicht auch eines Tages ein versührter, zuchtloser Bursche die Mordwaffe gegen die Männer bei uns richtet, in denen er das größte Hindernis seiner umstürzlerischen Bestrebungen erblickt? So kann auch für uns die fürchterliche Tat im Nachbarstaate ein warnendes Zeichen sein, rechtzeitig den Feind niederzurücken und nicht zu warten, bis es zu spät ist.“

Die Scharfmacherei ist diesmal nicht ernst. Aber es hat schon Fälle genug gegeben, wie die Wahnsinnstaten der Lucheni und Caserio an der Kaiserin Elisabeth und dem Präsidenten Carnot, bei denen fast die ganze bürgerliche Presse die Arbeiterbewegung und besonders die Sozialdemokratie für die furchtbaren und törichten Gewalttaten verantwortlich zu machen suchte, und unvergessen ist in der deutschen Arbeiterschaft das Umsturzgesetz, mit dem die Regierung die Arbeiterklasse knebeln wollte, weil ein paar geistig minderwertige und erzieherisch

verwahrloste Verbrechernaturen im Ausland ihre Waffe gegen Angehörige von Herrscherhäusern erhoben hatten.

Die Sozialdemokratie kann mit dem besten Gewissen von der Welt diese Anwürfe zurückweisen. Sie predigt den Arbeitern unaufhörlich, daß nur die Organisation sie befreien kann, daß große gesellschaftliche Entwicklungen von einzelnen Menschen weder gemacht noch aufgehalten werden können. Keine Lehre vermag so wenig wie die sozialdemokratische individuelle Mordtaten hervorzurufen oder als vernünftiger erscheinen zu lassen.

Die Bluttat von Serajewo ist für jeden Menschen, der nicht absichtlich wider besseres Wissen lügt und entstellt, das Werk serbisch-nationalistischer Fanatiker, die in Franz Ferdinand den Feind ihrer großserbischen Staatsideen zu töten vermeinten. Aus einem überreizten Nationalitätsgesühl, aus wildem Nationalitätshat ist diese unselige Tat entsprungen.

Wir denken nicht daran, den wirklichen vaterländischen Gedanken, den wir empfinden und schätzen, wie nur irgendein anderer, für ein solches Verbrechen einzelner verantwortlich zu machen. Wir legen die Tat nicht einmal dem Serbentum an sich und seiner wilden Eroberungssucht zur Last. Die serbische Regierung sagt in ihrer offiziellen Erklärung, daß Serbien das verabscheuungswürdige Verbrechen in Serajewo ebenso auf das schärfste verurteilt, wie dies in Oesterreich-Ungarn und auf der ganzen Welt geschieht.

„Man kann doch nicht ein ganzes Volk verantwortlich machen für die Tat eines unreifen, wirren jungen Menschen. Wenn aus dem traurigen Anlasse durch nichts begründete Verdächtigungen gegen Serbien verschiedentlich erhoben werden, so muß dagegen auf das entschiedenste protestiert werden. Jeder denkende Mensch wird begreifen, daß Serbien dem verwerflichen Verbrechen völlig fern steht.“

Trotzdem toben die nationalistischen Lärmhämmer in Budapest und Wien, man müsse die serbische Gifthöhle ausräumen, nach Belgrad einrücken und im Kriege Genugtuung für die Tat eines einzelnen oder einer Verschwörungsgesellschaft suchen. Dieser Geist der Kriegshege ist genau derselbe Geist, der die Mörder befeelt hat, der Geist der Geringschätzung des Menschenlebens. Wie ist denn Prinzip zu seiner Tat gekommen? Ein 20jähriger Bursche von der Exaltiertheit, die man bei Lungenschwindsüchtigen häufig findet, meldete er sich als Freiwilliger zum Balkankrieg und wurde zurückgewiesen. Je mehr Blut aber in diesem Kriege vergossen wurde, desto fester setzte sich in seinem Hirn der Gedanke fest, daß auch er zur höheren Ehre Serbiens Blut vergießen müsse, und er hat nicht eher geruht,

als bis er sein Ziel erreicht hatte. Jetzt erst in der Zelle ist er aus seinem Sutrausch erwacht.

Aber wer darf über Prinzip richten, der fortwährend den Grundsatz vertritt, right or wrong, my country — ob gut, ob schlecht, mein Land hat recht. Wenn die Vaterlandsliebe auch die schlechtesten Handlungen entschuldigt, was hat dann Prinzip Unrechtes getan? Er wollte Serbiens Macht-erweiterung fördern, indem er den stärksten Mann aus dem gegnerischen Lager, den Führer der k. k. Armee in einem etwaigen Kriege, niederstreckte. Er hat nur nach den Grundsätzen gehandelt, welche die Nationalisten aller Länder predigen.

Und so braucht man denn nach dem Mitschuldigen des Mörders nicht lange zu suchen. Alle Fanatiker der nationalen Idee, alle Chauvinisten und Hegapostel, die für eine Bertha von Suttner nur ein verächtliches Lächeln haben, denen die Moral im Völkerleben als durchaus „unbismärdisch“ erscheint, sind mit schuld an der Tat, alle, die im Namen der alleinseligmachenden nationalen Phrase die Sozialdemokratie ächten, weil sie die nationalistische Mordpolitik verabscheut, haben Cabrinovic die Bombe gereicht und Prinzip die Patronen in den Lauf gesteckt. Alle, die jetzt nach Krieg mit Serbien schreien, die jetzt lügen, die österreichische Regierung habe bereits eine Drohnote nach Belgrad geschickt, alle, die leichtsin vom graulichen Völkermord des Krieges sprechen, verhindern, daß wir Kulturmenschen den Mordgedanken in der Menschheit ausrotten. Die Kriegsbereitschaft des satten Spießbürgers, der für die Mörder von Serajewo einen Martertod fordert, ist Geist vom Geiste dieser Mörder selbst.

Ihr Herren Chemnitzer Richter, Rechtsanwälte, Industrielle und Kaufleute, die ihr am Sonntag nach Knute und Galgen geschrien habt, die ihr nicht einsehen wollt, daß der Krieg verrotzt, sondern ihn als Erwecker der edelsten Eigenschaften preist, seht auf die Leiche Franz Ferdinands und der Herzogin von Hohenberg! Eure Lehren haben den Mörder entflammt, ihr seid, wie die Klassenjustiz es ausdrückt, die intellektuellen Anstifter des jüngsten Monarchenmordes. Jede Gemeinheit und Roheit im Völkerleben ist euer Werk, weil ihr vergessen habt, daß die Moral auch im internationalen Verkehr das höchste Gesetz sein soll. Die Mörder von Serajewo hängen an euren Radschöhen, ihr guten Bürger, und ihr werdet sie nicht abschütteln. Der Chauvinismus der Jungdeutschlandbändler, der Alldeutschen, der Ostmarkenvereiner, der Dänenfresser, der Wehr- und Flottenvereiner darf die Mordtat von Serajewo als sein Werk preisen.

Schritte in Serbien.

Wie die „N. Fr. Pr.“ meldet — sonst weiß allerdings niemand davon — habe gestern eine Besprechung zwischen dem Grafen Berchtold, dem Kriegsminister Krobatin und dem Generalstabschef Conrad stattgefunden, bei der der Minister des Aeußern die Mitteilung machte, daß er die Absicht habe, an die serbische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die in Bosnien gegen die Urheber der Attentate geführte Untersuchung im Königreich Serbien fortzusetzen, da alle Spuren der Verschwörung unzweifelhaft nach Serbien führen. Inzwischen ist von Belgrad eine Untersuchung zugesichert worden. Das serbische Presbureau ist nämlich, wie aus Belgrad gemeldet wird, von der Regierung ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben:

Serbien ist gleichwie die ganze übrige Kulturwelt von Abscheu erfüllt gegen das Attentat und die Attentäter. Wir wundern uns, wie es möglich ist, daß deutsche, österreichische und ungarische Journale, diese unqualifizierbare Tat verworken, geisteskranker Menschen zum Anlaß nehmen konnten, um Serbien zu beschuldigen und anzugreifen, das in jüngster Zeit nichts unterlassen hat, um die Beziehungen zur Nachbarmonarchie besser und freundlicher zu gestalten. Die serbische Regierung ist der Ansicht, daß das traurige Ereignis von Sarajevo ihr es zum Gebot macht, auf die Intrigue verdächtiger Elemente ihr ganzes Augenmerk zu richten und, wenn sie sich auf serbischem Territorium befinden, strengste Maßregeln zu ergreifen, um deren Treiben zu vereiteln, sofern dies bei anormalen, exaltierten Menschen möglich ist. Der serbischen Regierung, die alles tut, um die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien auf eine freundschaftliche Grundlage zu stellen, sind Ereignisse wie das jüngste in Sarajevo ebenso unangenehm wie der österreichisch-ungarischen, und sie wird, soweit es in ihrer Macht steht, nichts unterlassen, damit sich die Geister beruhigen und die ökonomischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien keine Unterbrechung erfahren wegen Geschehnisse, für die man Serbien und deren Regierung nicht verantwortlich machen darf.

Angeichts der „Urteile“, die wir gestern vernahmen, macht diese „Erklärung“ gerade keinen überzeugenden Eindruck. Gut „gewundert“!

Das Protestmeeting gegen die Sarajevoer Krawalle verboten.

Belgrad, 1. Jul. (Aus amtlicher serbischer Quelle.) Das für morgen angesagte Protestmeeting der Universitätsjugend gegen die von den Kroaten in Sarajevo, Agram und anderen Orten veranstalteten Demonstrationen wurde behördlich verboten.

Patriotische Demonstrationen.

Vor dem Hause Paulanergasse Nr. 4, in dem die serbische Gesandtschaft eingemietet ist, wurden an den letzten beiden Abenden patriotische Demonstrationen veranstaltet. Volkshymne! Mufe gegen Serbien! Viel Geschrei und dann ruhiges Abziehen der einigen hundert meist jungen Leute. Heute war der Schauplatz ein anderer. Das enge Paulanergäßchen war schon den Nachmittag über durch Polizei abgesperrt und auf dem benachbarten Mozartplatz hatten berittene Polizisten ein förmliches Feldlager aufgeschlagen. Dies darun, weil sich schon nachmittags einige überhitzte Patrioten über die Form aufgeregt hatten, in der der serbische Gesandte Jowanowitsch seiner Trauer über den Tod des Erzherzogs Ausdruck gegeben hat. Während auf dem Hause der Gesandtschaft eine schwarze Fahne wehte, hatte der Gesandte auf dem Balkon seiner an der Ecke der Favoritenstraße und Taubstummengasse befindlichen Wohnung die serbische Fahne ausgesteckt, und zwar der herkömmlichen Sitte entsprechend, um Halbmaß zu markieren, bis zur Hälfte zusammengerollt und dort mit einem schwarzen Bande von der Breite eines Hutbandes zusammengehalten. Dieses schwarze Band sollte die Trauerbezeigung darstellen. Dieses Trauerband war aber den vorbeikommenden Patrioten zu wenig breit, und aus ihren Bemerkungen war leicht zu schließen, daß es wegen dieser Fahne abends vor dem Hause zu Demonstrationen kommen werde. Darun die Vorbereitungen der Polizei, die sich denn auch nicht als unnütz erwiesen. Auch die benachbarten Geschäftsleute und die anderen Mieter dieses Hauses sahen Demonstrationen voraus und suchten schon nachmittags auf den Gesandten einzuwirken. Der Hausbesitzer begab sich zu ihm und machte ihn aufmerksam, daß diese Form der Ehrenbezeigung Unwillen

erzeuge. Der Gesandte ließ nun an der Fahne einen etwa halbmeterbreiten Trauerflor anbringen, dessen lange Schleifen von der halbzusammengerollten Fahne herunterwehten.

Aber auch das genügte den Patrioten nicht, es war die Lösung ausgegeben: „Der Fahn muß weg!“ Und mit dieser Lösung zog gegen 9/9 Uhr abends ein Häuflein junger Leute gegen das bezeichnete Haus. Die Polizei war zur Stelle und sperrte die Straße ihrer ganzen Breite nach ab. Das erregte sehr den Unwillen der Patrioten und sie machten sich nun in verschiedenen Rufen Luft. Bunt durcheinander schrie der in zwei Trupps geteilte Haufen „Hoch der Kaiser!“, „Nieder mit Serbien!“, „Der Fahn muß weg!“, „Hoch Habsburg!“, „Nieder mit die serbischen Mörder!“, „Net amal der Königsmord war so!“, „Nieder mit Frankreich!“ und so fort, nicht immer gerade begründet. Die Polizei hatte eine doppelte Aufgabe. Erstlich mußte sie das Haus des Gesandten schützen; dann aber liegt auf diesem Stück der Favoritenstraße, zwischen den Paulanern und der Taubstummengasse, auch das Haus der Erzherzogin Maria Theresia, in dem heute Nacht der künftige Thronfolger Quartier nehmen soll. Sollte der Erzherzog in seine Wohnung gelangen können, so mußte der Platz geräumt werden. Diese Aufgabe war keine leichte, da die Patrioten in Uniform diesmal ja nicht Arbeitern gegenüberstanden, die etwa gegen einen übermütigen Fabriksherrn demonstrierten. Man konnte also die Polizei von einer ganz, ganz neuen Seite kennen lernen. Wir wollen gleich gesehen: sie hat außerordentlich unseren Beifall gefunden. Am besten tun wir wohl, wenn wir die Art mit liebevoller Breite schildern.

Also: In der Favoritenstraße stockt aller Verkehr. Die von der Stadt kommenden Straßenbahnwagen stehen weit über die Wiedener Hauptstraße hinunter bis knapp vor die Taubstummengasse, wo die erste Polizeisperre ist. Gegen Favoriten zu ist die zweite und auch dort stehen die Wagen die Favoritenstraße hinauf. Der Verkehr ist unterbunden. Vor jeder Polizeisperre natürlich Berittene, ein wildschreiender Haufen von meist jungen Leuten, ab und zu sind auch Volks- und Bürgerschüler unter ihnen. Im großen und ganzen sind es Leute zwischen siebzehn und fünfundzwanzig.

Der Haufen tobt: „Weil mir die serbische Fahn' herunter haben wollen. Es is ja gar ka Fahn', das is ja a Fegen.“

Die Polizeirösse trippeln einen Schritt vor. Die Demonstranten weichen einen Schritt zurück und stimmen sofort die Volkshymne an. Um Gottes willen nur keinen Reiterangriff! Wieder stehen die beiden feindlichen Parteien. „Nieder mit die serbischen Bluthund!“ „Herr Kommissär, wann der Fahn' herunt' is, gehn in'r!“ „Nieder mit die feigen Mörder!“ „Hoch der Kaiser, hoch, hoch!“ „Heil Oesterreich!“ „Hoch Habsburg!“ Wieder ein Trippeln der Polizeisperre und wieder die Volkshymne.

Bei der andern Polizeiabsperrung dieselbe Geschichte. Dort hat ein Polizeioffizier den Oberbefehl der Berittenen, der es in seiner Jugend einmal zuwege brachte, sieben sozialdemokratische Abgeordnete und einen Redakteur der Arbeiter-Zeitung auf einen Sitz darum zu verhaften, weil sie sich ansehen wollten, wie er mit den ausgesperrten Arbeitern umsprang, die vor der Alpha-Separator-Fabrik in Meidling demonstrierten. Kurz entschlossen ließ damals Herr Stillebacher alle die unbehaglichen Zuschauer verhaften und dann hatte er mit den Arbeitern leichtes Spiel. Dieser Mann ist nun hier der Kommandant der Berittenen. Wir gestehen, er hat sich außerordentlich zu seinem Vorteil verändert. Zu seiner alten Schneidigkeit kommt noch, daß er seither keine Rednerbegabung entdeckt hat. Er hält wirklich Reden.

Zuerst freilich sucht er sich die Volksgunst durch einen besonderen Befehl zu erwerben. Er gibt den Berittenen Auftrag, die Säbel zu versorgen. Bravo aus der Menge. Ein dicker, glattrasierter Zukunftsgeistlicher, heute wahrscheinlich noch Student, drängt sich durch den Haufen hin zu Herrn Stillebacher und spricht ihn also an: „Herr Kommissär: Vox populi, vox dei (Volkes Stimme, Gottes Stimme). Die Fahne muß herunter, das ist eine Provokation, haben wir denn keine Minister, die solches sehen?“

Herr Stillebacher: Ja, lieber Freund, wir können nichts machen, wir haben den Auftrag, hier die Absperrung aufrecht zu erhalten, aber man könnte ja wirklich telephonieren; ich bitte, beruhigen Sie doch die Menge. Ist denn kein Beamter da, der telephonieren könnte? Ich werde selbst telephonieren.

Der Dicke gibt sich zufrieden und schiebt sich wieder in die Masse hinein, der er Mitteilung macht von dem Beripprechen des Polizeireiters. Die Menge antwortet: „Die Fahne herunter, die Fahne weg, ob a mit ihr!“

Da richtet sich Stillebacher im Sattel auf und mit weithin schallender Stimme spricht er also: „Meine Herren! Darüber können wir ja morgen reden. In den Zeitungen wird ja gewiß darüber geschrieben. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, wir können die Fahne nicht herunternehmen. Meine Herren! Gehen Sie doch nach Hause, es hat ja keinen Zweck, hier zu sein.“

Dunapf antwortet die Menge: „Der Fahne muß ab!“ „Die Fahne weg!“ „Herunter mit der Fahne!“ Aber Stillebacher läßt sich nicht so leicht unterkriegen. Wenn er sich einmal in den Kopf gesetzt hat, eine demonstrierende Volksmenge mit liebevoller Güte vom Tage zu bringen, so hat er geradezu reizende Einfälle. Nichtig langt er in seine Hosentasche und im nächsten Augenblick blizt in seiner Hand (nur nicht erschrecken, kein Browning etwa), nein, seine silberne Uhr. Hoch schwingt er sie mit der Rechten und also lautet seine Rede: „Meine Herren, es ist halb zehn Uhr, es wird besser sein, Sie empfangen den toten Erzherzog, als daß Sie hier stehen. Beweisen Sie ihm doch Ihre Liebe, gehen Sie auf die Ringstraße!“ — Der Fahne muß runter!“ schreit es aus der Menge.

„Meine Herren, Ihre patriotische Gesinnung haben Sie ja gezeigt, wir können nichts machen, das muß vom Ministerium ausgehen!“

Ein Ruf aus der Menge: Zu was hab'n m'r denn die Minister!

Stillebacher (freundschaftlich mit dem Finger winkend): Sie Herr, kommen S' einmal her zu mir, bitt' schön, kommen S' nur. Ich werde Ihnen das erklären.

Nichtia drängt sich der Aelteste aus der Menge, so

ein Mann Anfang der Vierzig, vor und geht zu dem Polizeioffizier.

Bitt Sie! Sagen Sie doch der Menge: Morgen ist doch auch noch ein Trauertag. Morgen kommt ja die ganze Sache in die Zeitung und da werden wir ja sehen, ob die Fahne noch bleibt. Sagen Sie doch den Leuten, es ist gescheiter, sie gehen auf die Ringstraße, wir dürfen sie hier nicht durchlassen. Und wegen der Fahne wird morgen sicher etwas geschehen.“

Der Zwischenrufer zieht sich befriedigt zurück und sucht dieses Versprechen vom Pferde herab in der Menge weiterzuverbreiten. Aber da ist schon wieder neuer Zündstoff da. Vom Südbahnhof her über die Favoritenstraße herunter Pferdegetrappel, polizeilicher Sukturs. Mit großen weißen Mandetten über den Aermeln sprengen die Paraderitter der Polizei herein. Das regt natürlich auf. Wieder erneuerte Ruhe, in denen immer von neuem die Entfernung der Fahne begehrt wird. Stillebachers Geduld macht schon gelinder Verzweiflung Platz. Ein letztes Auskunftsmittel hat er noch. Er wird ganz gemüthlich. Er greift zum Volkston.

„Aber meine Herren, san m'r do g'scheit, das hat do gar kein Zweck. Schaun S', morgen kommt's do eh in die Zeitung, i hab' Ihnen ja schon alles g'sagt. Durchlass'n können wir Ihna net, da hab'n m'r zu strengen Befehl, da kann man nix machen.“

Fünf Minuten später müssen die Polizeiroffe dennoch gegen die Patrioten vorrücken. Diesmal hört man keine Volkshymne mehr, nur Psuirufe und schrille Pfiffe, die einem durch Mark und Bein gehen. Die Menge ist nun tatsächlich empört, auch gegen die Polizei.

„Greifen Sie mich nicht an mit Ihren schmutzigen Händen!“ ruft ein Student einem Wachmann zu. „Ich hab' keine schmutzigen Hände!“ ist die Abwehr des Amtsehreubeleidigten. Sie können so sanft sein, wenn sie wollen. Auf die Bürgersteige reiten sie auch, aber sachte, sachte, Schritt vor Schritt, und die pfeifende und psuirufende Menge wird in die Seitengassen gedrängt, in die Floragasse, in die Mozartgasse, Schritt vor Schritt weicht sie zurück, aber sie weicht, und fünf Minuten später ist der Platz „gefäubert“. Ohne Aufregung, ohne Säbelhiebe, ohne Auftritte. Es ist ein wahres Vergnügen, zu sehen, wie sehr sich seit den letzten Arbeiterdemonstrationen die Polizei ihre Vorschrift zu Herzen genommen hat, daß sie im Dienste tatkräftig, aber unter allen Umständen taktvoll einzugreifen habe. Wir freuen uns, daß sich dieser Wandel bei der Wiener Polizei unter dem neuen Präsidenten vollzogen hat, der ja in den schlimmen Zeiten der Höchstkommandierende der Polizeimannschaft war und dem manches von dem zur Last gelegt wurde, was sich bei solchen Anlässen die Polizei an Uebergriffen erlaubt hat. Wir sind mit dem System Gorup-Stillebacher voll-

kommen einverstanden, so sehr, daß wir künftighin eifersüchtig darüber wachen werden, daß es beibehalten werde. Es war wirklich sehr schön, und umso verdienstlicher, als sich vorher ein Vorfall ereignet hat, der bisher geeignet war, die Polizei in höchste Aufregung zu versetzen. Es wurde nämlich im Angesicht der Polizei vor dem Hause Favoritenstraße Nr. 15 mitten in einem Volkshaufen eine serbische Fahne öffentlich verbrannt. Die Flammen schlugen auf und nicht einmal das konnte die Polizei aus der Fassung bringen.

Zusammenstöße.

1/12 Uhr nachts: Die scheinbare Ruhe, die gegen 10 Uhr dadurch eingetreten war, daß die Polizei die Demonstranten in die Nebengassen abgedrückt hatte, war nur die Ruhe vor weit ernstern Zusammenstößen, die sich nach der Leichenfeier ereigneten. Die Demonstranten hatten Stillebachers Rat befolgt, waren zu den Spalieren geeilt, die den ganzen Weg, den der Leichenzug nahm, in vier- und fünfsacher Reihe einsäumten und hatten dort neue Streiter gegen die serbische Fahne geworben. Aus dem Häuflein vom Abend war um 1/11 Uhr plötzlich ein mächtiger Haufe geworden, der, in mehrere Abteilungen getrennt, gegen alle Seitengassen, die zur Favoritenstraße von der Prinz Eugengasse her einmünden, heranzog. Fast gleichzeitig versuchten durch die Taubstummengasse, durch die Guphausstraße und über die Wiedener Hauptstraße Menschenmassen gegen das Haus des Gesandten vorzudringen und die Polizei hatte nur die allergrößte Mühe, den Platz freizuhalten. Sie versuchte, die Demonstranten zum Café Mafart zu drängen, was ihr auch nach etwa einer Viertelstunde gelang.

Sehr kritisch sahen die Dinge bei der Paulanerkirche aus. Dort wurde die Kette der Wachleute mit Steinen beworfen und die vordersten Patrioten schlugen auf die Wachleute mit Stöcken ein. Dem Pferde eines Polizeireiters wurde durch einen Steinwurf ein Auge ausge schlagen. Die Wache versuchte sich wohl dieser Angriffe zu erwehren, aber so oft sie etwas tatkräftiger vorstieß, stimmte die Menge die Volkshymne an, was die Tatkraft der eben angegriffenen Polizisten immer wieder lähmte. Wenn Steinwerfer und Leute, die mit Stöcken auf die Hüter der Ordnung einschlugen, die Volkshymne sangen, dann sind die armen Hüter der Ordnung entwaffnet. So ging der Hummel fort bis etwa 1/12 Uhr nachts. Zur Abwechslung wurden nur hie und da auch andere patriotische Lieder gesungen. Zur Stunde stehen die Demonstranten noch immer vor der Paulanerkirche und doch immer gilt ihr Schreien der Fahne mit dem halbmeterbreiten Flor und noch immer hat die Polizei ihre erfreuliche Geduld. Auch einige Knallfrösche, die gegen die Polizeipferde geworfen wurden, haben sie nicht aus der Fassung bringen können. Im Gegenteile, die Wachorgane selbst waren es, die sofort an Ort und Stelle den Gerüchten entgegentraten, daß etwa geschossen worden sei.

Eine Schlacht.

1/1 Uhr nachts. Genau um Mitternacht kam es an der Einmündung der Guphausstraße in die Favoritenstraße zu einem ersten Zusammenstoß. Die Polizei ging gegen die Demonstranten, die einen Angriff auf die Postenkette der Berittenen machten, mit einer Attacke vor. Diese war so ernst, daß eine ganze Reihe von Perionen zu Boden geworfen und verletz wurden. Auch Wachorgane zu Fuß stürmten gegen die Menge an und an vielen Stellen kam es zu förmlichen Einzelkämpfen zwischen den beiden Parteien. Die Wachleute hatten auch die Säbel gezogen. Mitten im größten Tumult, der den Platz umtobte, und in dem Geheul und Lärm, durch den nun nicht mehr

Nr.:

TAG:

die Volkshymne klang, stürzte ein junger Mensch in das Café Mafart mit blutüberströmtem Gesicht. Er erzählte in höchster Erregung, daß er entweder von dem Hufschlag eines Pferdes oder von einem Säbelhieb ins Gesicht getroffen worden sei. Die Ursache zu diesem schärferen Vorgehen der Polizei soll darin gelegen sein, daß in der Gußhausstraße ein Schuß abgefeuert wurde. Die zweite Abteilung der Polizeimannschaften mußte den Zugang gegen die Wiedener Hauptstraße verteidigen. Auch sie machte eine Attade und trieb die Menge der Demonstranten bis gegen den Raschmarkt zu, dort sammelten sich die Fliehenden von neuem und stürmten wieder gegen die Paulanerkirche hinaus. Zur Stunde tobt das Geseul weiter, sowohl in der Gußhausstraße als auch in der Favoritenstraße und Wiedener Hauptstraße. Von den Fenstern vieler Wohnungen werden die Demonstranten ermuntert, indem ihnen einzelne Bewohner mit Tüchern zuwinken. Die Aufregung wächst allmählich ins Große.

Die Ruhe kehrt ein.

⁹/₁ Uhr nachts. Es ist etwas ruhiger geworden, die Polizei hat große Verstärkungen erhalten und dichte Polizeizüge sperren jetzt die Wiedener Hauptstraße und die Favoritenstraße sowie die Zugänge zur Favoritenstraße ab. Das Gerücht, daß geschossen wurde, erhält sich hartnäckig. Augenblicklich ist mehr Polizei auf dem Platze als demonstrierende Jugend. Ab und zu kommt durch irgend eine Gasse ein Trupp junger Leute angerückt, singt und schreit, aber im allgemeinen verläuft sich schon die Menge.

Die Trauerfeier für Franz Ferdinand. Die Suche nach Mitschuldigen. — Neue Krawalle.

In Triest.

Triest. Die Ueberführung der Leichen des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin vom Schlachtschiffe „Viribus Unitis“ ans Land vereinigte gestern alle Schichten der Bevölkerung zu einer imposanten Trauerkundgebung für die unglücklichen Opfer des verabscheuungswürdigen Attentats. Schon in den frühen Morgenstunden besetzte ein vieltausendköpfiges Publikum das Ufer sowie sämtliche Fahrzeuge im Hafen. Auf der Riva San Carlo wurde ein großer Platz freigehalten, in dessen Mitte zwei in Gold und Schwarz drapierte Katafalken errichtet worden waren. Links von den Katafalken stellten sich die Generalität, die Admiralität und das Offizierkorps mit Marinekommandant Haus an der Spitze auf, rechts Statthalter Prinz Hohenlohe und die Spitzen der staatlichen und sonstigen Zivilbehörden. Um 8 Uhr früh wurden die in die Kriegslagge eingehüllten Särge von dem Schlachtschiff auf einen schwarzverhängten Kahn gebracht, der, von einem Schlepper gezogen, sich gegen die Riva in Bewegung setzte. Unter dem Geschützsalut der Kriegsschiffe, dem Geläute der Kirchenglocken und dem tiefen Schweigen der Trauergäste brachten Marineoffiziere die beiden Särge ans Land, wo sie auf die Katafalken gehoben wurden. Die Gefolge der Verbliebenen traten an die Katafalken heran und die Ehrenkompanie sowie die übrigen Truppen präsentierten. Dann wurde unter erneutem Geschützsalut von Bischof Karlin unter großer Assistenz die Einsegnung vorgenommen. Darauf formierte sich der lange Zug. Die Särge wurden auf zwei sechsspännige Galaleichenwagen gehoben, voran schritt hinter sieben schwerbeladenen Blumenwagen die gesamte Geistlichkeit. Es folgte der Leichenwagen mit dem Sarge der Herzogin, dann der Leichenwagen des Erzherzogs, dahinter schritten die Mitglieder des Gefolges der Verbliebenen, der Statthalter, der Marinekommandant, der Podesta, die Admirale und Generale, die übrigen Trauergäste, die Korporationen und zwei Militärkompanien. Der Zug bewegte sich durch ein dichtes Menschenpalier, das sich hinter dem Spalier der Infanterie- und Marinemannschaften, der Finanz-, Sicherheits- und Munizipalwache und der Feuerwehren in allen Straßen drängte und in lautloser Ergriffenheit entblöhnten Hauptes den imposanten Zug passieren ließ. In den Straßen brannten die trauerumflorten Laternen und die ebenfalls umflorten Beleuchtungskörper der geschlossenen Geschäfte. Um 9 Uhr traf der Zug vor dem schwarzdrapierten Südbahnhof ein. Die Särge wurden von Marineunteroffizieren auf den Bahnsteig getragen, während die Ehrenkompanie des Bosnisch-Herzegowinischen Regiments die Ehrenbezeugungen leistete. Darauf wurden die Särge in den zu einer Kapelle umgewandelten Waggon gehoben und auf Katafalken gestellt, worauf der Bischof Federzoli die Leichen neuerlich einsegnete. Dann wurden die Verschlusstüren des Waggons plombiert, das Gefolge der Verbliebenen bestieg den Zug, der sich um 9 Uhr 45 Minuten in Bewegung setzte, während eine große Menschenmenge ehrfurchtsvoll grüßte. Der Zug trifft abends in Wien ein.

Ankunft der Leichen des Thronfolgerpaares in Wien.

Wien. Viele Tausende hatten sich gestern abend in den Straßen angeammelt, die der Leichenzug des ermordeten Thronfolgers und seiner Gemahlin passieren mußte. Auf dem Südbahnhof hatten sich sämtliche dienstfreien Offiziere, an der Spitze der nunmehrige Thronfolger, Erzherzog Karl Franz Josef, eingefunden. Punkt zehn Uhr rollte der Zug in die Halle. Die Leichen wurden aus dem Waggon gehoben und von neuem eingeseignet. Dann wurden die Särge auf die Wagen gehoben. Der Zug bewegte sich unter lautlosem Schweigen der Menge über den weiten Platz des Südbahnhofes, an dem Belvedere, der Wiener Residenz des verstorbenen Thronfolgers vorbei, durch die Prinz-Eugen-Straße, den Ring, nach der Hofburg, wo der Trauerzug halt machte. Nach der nochmaligen Einsegnung in der Halle wurden dann die Särge nach der ganz mit Schwarz ausgeschlagenen Hofburg-Kirche getragen und auf das Schaubett gehoben. Während die Sänger der Hofkapelle das Miserere sangen, übergab Baron Runerskirch dem Oberhofmarschall die beiden Sargschlüssel, worauf die Kirche geschlossen wurde. Heute früh 8 Uhr erfolgt die Zulassung des Publikums zur Besichtigung, die bis mittags 12 Uhr dauert.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten.

Wien. Die Beisetzungsfeierlichkeiten des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg erfolgt in Artstetten am Sonnabend vormittag 10 Uhr 30 Min. Außer den Kindern des Thronfolgerpaares soll, wie verlautet, niemand außer dem Erzherzog Karl Franz Josef mit der Erzherzogin Zita, den Erzherzoginnen Maria Annunziata, Maria Theresia und dem Erzherzog Max und den Angehörigen der Herzogin von Hohenberg anwesend sein.

Die Absage der Staatsoberhäupter.

Gestern mittag wurde plötzlich bekannt, daß Kaiser Wilhelm ebensowenig wie ein anderer Monarch zur Beisetzung des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand nach Wien fahren würde. Aus welchem Grund die Reise unterblieben ist, ist nicht bekannt. Vielleicht hegt Oesterreich Furcht, in diesen aufgeregten Zeiten nicht für die körperliche Sicherheit der auswärtigen Monarchengäste garantieren zu können, vielleicht wünscht man mit Rücksicht auf den allen Kaiser die Trauerfeierlichkeiten so einzuschränken, daß er nicht übermäßig davon angegriffen wird, vielleicht besorgte man Kampfreden eines ausländischen Fürsten gegen eine österreichische Nationalität oder einen Nachbarstaat. Die Erklärung

der deutschen Offizien, daß Wilhelm II. unpäplich geworden sei, ist jedenfalls unzutreffend. Es muß ein allgemeiner Grund vorliegen; denn, wie uns ein Eigentelegramm aus Berlin meldet, hat auch Prinz Heinrich, der zusammen mit dem Großadmiral von Tirpitz von Kiel nach Berlin kam, zu den Beisetzungsfeierlichkeiten zu fahren, die Reise nach Rücksprache mit dem Kaiser plötzlich aufgegeben.

Auf der anderen Seite wird aus Wien gemeldet, daß Kaiser Wilhelm auf Anfrage bei Franz Joseph die Zusage erhalten hat, daß sein Besuch im Laufe der nächsten Woche angenommen werden würde. Der Kaiser wird sich also in einer Woche nach Tschl begeben, um Franz Joseph persönlich zu kondolieren.

Eine Proklamation Franz Josefs.

Wien. Nach Nachrichten aus gutunterrichteten Hofkreisen wird der Kaiser nach den Beisetzungsfeierlichkeiten eine Proklamation an die Völker seines Reiches erlassen, in welcher der Kaiser die großen Verdienste und die Aufopferung des durch Mörderhand dahingerafften Erzherzogs hervorhebt. In einem besonderen Abschnitt der Proklamation wird die neue Stellung des Erzherzogs Karl Franz Joseph als des nächsten Thronmagnaten hervorgehoben.

Ein serbischer Generalführer Anstifter des Attentats.

Ofen-Pest. Dem hiesigen Mittagsblatt „Eti Ujsag“ zufolge hat der in Serajewo als dritter Attentäter verhaftete Gymnasiast Risko Grades den

serbischen Major Milan Pribitschewitschs

der Bruder des kroatischen Landtagsabgeordneten Valerian Pribitschewitschs, welcher im Ugramer Hochverratsprozeß zu Kerkerstrafe verurteilt, vom Kaiser aber begnadigt wurde, als Urheber des Attentats bezeichnet. Milan Pribitschewitschs war früher Oberleutnant im österreichisch-ungarischen Heer, wurde im Hochverratsprozeß ebenfalls verurteilt und trat nach Niederschlagung des Prozesses in die serbische Armee als Major. In dieser Stellung wendete er alles auf, um die bosnischen Serben im monarchenfeindlichen Sinne zu bearbeiten.

Neue serbenfeindliche Kundgebungen.

(Vergl. den Artikel an der Spitze der Beilage.)

Ofen-Pest. Am Bischofsitz Djakovo erneuerten sich gestern die serbenfeindlichen Kundgebungen. In der Franz-

Ferdinand-Straße wurden mehrere serbische Häuser zerstört. Dem Bischof Krapaz bereitete die Menge Huldi- gungen. Auch in Brod fanden große Ausschreitungen statt. Die serbische Schule und viele Häuser wurden ver- wüdet. Sowohl in Djakovo, wie in Brod wurden die polizei- lichen Maßnahmen verschärft. Die an den Ausschreitungen Beteiligten wurden verhaftet.

Kindereien in Wien.

An der Wohnung des serbischen Gesandten, der in der Nähe der Gesandtschaft wohnt, war gestern eine serbische Tri- kolore mit einem ganz kleinen Trauerflor angesteckt. Dies erregte unter den Bewohnern des Hauses große Erregung. Auf Intervention wurde ein längerer Trauerflor an der Trikolore befestigt. Am Abend versammelte sich wieder eine große Menschenmenge vor dem Gebäude der serbischen Ge- sandtschaft, ebenso vor der Wohnung des Gesandten. Die Straßen waren von einem Polizeiaufgebot besetzt. Es gelang aber der Menge, den Polizeikordon zu durchbrechen. Der kommandierende Polizeioffizier ließ sofort von den zur Spalierbildung angerückten Mannschaften 50 Mann herbei- rufen, und die Ruhestörer wurden zerstreut. Nachdem der Reichenzug die Ringstraße passiert hatte, vermehrten sich die Lärmjenen. Es wurden aus der Menge gegen die Wache Steine geworfen, und Polizeimannschaften mußten mit blanker Waffe gegen die Ruhestörer vorgehen. Erst später trat dann wieder Ruhe ein.

Die bevorstehende Vereinigung Serbiens mit Montenegro bestätigt.

Wien. Der „Reichspost“ wird aus diplomatischen Kreisen zu dem zwischen Montenegro und Serbien beabsichtigten, von uns bereits gemeldeten Abkommen über eine Verschmelzung dieser beiden Staaten zu einem serbischen Bundesstaate mit- geteilt: Es soll ein serbischer Bundesstaat aus den beiden serbischen Einzelstaaten gebildet werden, ohne daß jedoch die Souveränität des montenegrinischen Herrscherhauses im montenegrinischen Gebiete berührt würde. Die praktische Durch- führung dieses bereits abgeschlossenen Vertrages wird nicht lange mehr auf sich warten lassen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Vereinigung Montenegros und Serbiens zu einem Bundesstaate ein Werk der russischen Diplo- matie ist. Serbien gelangt dadurch über Montenegro un- mittelbar an die adriatische Küste. Die Gerüchte von einer Abdankung des Königs Nikolaus sind ebenso unbegründet, wie die der Errichtung einer Personalunion zwischen Montenegro und Serbien.

Patriotische Demonstrationen.

Vor dem Hause Paulanergasse Nr. 4, in dem die serbische Gesandtschaft eingemietet ist, wurden an den letzten beiden Abenden patriotische Demonstrationen veranstaltet. Volkshymne! Ruße gegen Serbien! Viel Geschrei und dann ruhiges Abziehen der einigen hundert meist jungen Leute. Heute war der Schauplatz ein anderer. Das enge Paulanergäßchen war schon den Nachmittag über durch Polizei abgesperrt und auf dem benachbarten Mozartplatz hatten berittene Polizisten ein förmliches Feldlager aufgeschlagen. Dies darum, weil sich schon nachmittags einige überhitzte Patrioten über die Form aufgeregt hatten, in der der serbische Gesandte Jovanowitsch seiner Trauer über den Tod des Erzherzogs Ausdruck gegeben hat. Während auf dem Hause der Gesandtschaft eine schwarze Fahne wehte, hatte der Gesandte auf dem Balkon seiner an der Ecke der Favoritenstraße und Taubstummenstraße befindlichen Wohnung die serbische Fahne ausgesteckt, und zwar der herkömmlichen Sitte entsprechend, um Halbmast zu markieren, bis zur Hälfte zusammengerollt und dort mit einem schwarzen Bande von der Breite eines Gürtbandes zusammengehalten. Dieses schwarze Band sollte die Trauerbezeigung darstellen. Dieses Trauerband war aber den vorbeikommenden Patrioten zu wenig breit, und aus ihren Bemerkungen war leicht zu schließen, daß es wegen dieser Fahne abends vor dem Hause zu Demonstrationen kommen werde. Darum die Vorbereitungen der Polizei, die sich denn auch nicht als unnütz erwiesen. Auch die benachbarten Geschäftsleute und die anderen Mieter dieses Hauses sahen Demonstrationen voraus und suchten schon nachmittags auf den Gesandten einzuwirken. Der Hausbesitzer begab sich zu ihm und machte ihn aufmerksam, daß diese Form der Ehrenbezeigung Unwillen erzeuge. Der Gesandte ließ nun an der Fahne einen etwa halbmeterbreiten Trauerflor anbringen, dessen lange Schleißen von der halbzusammengerollten Fahne herunterwehten.

Aber auch das genügte den Patrioten nicht, es war die Losung ausgegeben: „Der Fahn muß weg!“ Und mit dieser Losung zog gegen 9 Uhr abends ein Häuflein junger Leute gegen das bezeichnete Haus. Die Polizei war zur Stelle und sperrte die Straße ihrer ganzen Breite nach ab. Das erregte sehr den Unwillen der Patrioten und sie machten sich nun in verschiedenen Rufen Luft. Bunt durcheinander schrie der in zwei Trupps geteilte Haufen „Hoch der Kaiser!“, „Nieder mit Serbien!“, „Der Fahn muß weg!“, „Hoch Habsburg!“, „Nieder mit die serbischen Mörder!“, „Net amal der Königsmord war so!“, „Nieder mit Frankreich!“ und so fort, nicht immer gerade begründet. Die Polizei hatte eine doppelte Aufgabe. Erstlich mußte sie das Haus des Gesandten schützen; dann aber liegt auf diesem Stück der Favoritenstraße, zwischen den Paulanern und der Taubstummenstraße, auch das Haus der Erzherzogin Maria Theresia, in dem heute Nacht der künftige Thronfolger Quartier nehmen soll. Sollte der Erzherzog in seine Wohnung gelangen können, so mußte der Platz geräumt werden. Diese Aufgabe war keine leichte, da die Patrioten in Uniform diesmal ja nicht Arbeitern gegenüberstanden, die etwa gegen einen übermächtigen Fabriksherrn demonstrierten. Man konnte also die Polizei von einer ganz, ganz neuen Seite kennen lernen. Wir wollen gleich gestehen: sie hat außerordentlich unseren Vorkall gefunden. Am besten tun wir wohl, wenn wir die Art mit liebevoller Breite schildern.

Also: In der Favoritenstraße stockt aller Verkehr. Die von der Stadt kommenden Straßenbahnwagen stehen weit über die Wiedener Hauptstraße hinunter bis knapp vor die Taubstummenstraße, wo die erste Polizeisperrung ist. Gegen Favoriten zu ist die zweite und auch dort stehen die Wagen die Favoritenstraße hinauf. Der Verkehr ist

unterbunden. Vor jeder Polizeisperrung natürlich Verittene, ein wildschreiender Haufen von meist jungen Leuten, ab und zu sind auch Volks- und Bürgerkrieger unter ihnen. Im großen und ganzen sind es Leute zwischen siebzehn und fünfundschwanzig.

Der Haufen tobt: „Weil mir die serbische Fahn' herunten haben wollen. Es is ja gar ka Fahn', das is ja a Feh'n.“

Die Polizeiroffe tritt einen Schritt vor. Die Demonstranten weichen einen Schritt zurück und stimmen sofort die Volkshymne an. Um Gottes willen nur keinen Reiterangriff! Wieder stehen die beiden feindlichen Parteien. „Nieder mit die serbischen Bluthund!“ „Herr Kommissär, wann der Fahn' herunt' is, gehn' m'r!“ „Nieder mit die feigen Mörder!“ „Hoch der Kaiser, hoch, hoch!“ „Heil Oesterreich!“ „Hoch Habsburg!“ Wieder ein Trippeln der Polizeisperrung und wieder die Volkshymne.

Bei der andern Polizeisperrung dieselbe Geschichte. Dort hat ein Polizeioffizier den Oberbefehl der Verittenen, der es in seiner Jugend einmal zuwege brachte, sieben sozialdemokratische Abgeordnete und einen Redakteur der Arbeiter-Zeitung auf einen Stuhl darum zu verhaften, weil sie sich ansehen wollten, wie er mit den ausgesperrten Arbeitern umsprang, die vor der Alpha-Separator-Fabrik in Meidling demonstrierten. Kurz entschlossen ließ damals Herr Stillebacher alle die unbehaglichen Zuschauer verhaften und dann hatte er mit den Arbeitern leichtes Spiel. Dieser Mann ist nun hier der Kommandant der Verittenen. Wir gestehen, er hat sich außerordentlich zu seinem Vorteil verändert. Zu seiner alten Schneidigkeit kommt noch, daß er seither seine Rednerbegabung entdeckt hat. Er hält wirklich Reden.

Zuerst freilich sucht er sich die Volksgunst durch einen besonderen Befehl zu erwerben. Er gibt den Verittenen Auftrag, die Säbel zu versorgen. Bravo aus der Menge. Ein dicker, glattrasierter Zukunftsgeistlicher, heute wahrscheinlich noch Student, drängt sich durch den Haufen hin zu Herrn Stillebacher und spricht ihn also an: „Herr Kommissär: Vox populi, vox dei (Volles Stimme, Gottes Stimme). Die Fahne muß herunter, das ist eine Provokation, haben wir denn keine Minister, die solches sehen?“

Herr Stillebacher: Ja, lieber Freund, wir können nichts machen, wir haben den Auftrag, hier die Absperrung aufrecht zu erhalten, aber man könnte ja wirklich telephonieren; ich bitte, beruhigen Sie doch die Menge. Ist denn kein Beamter da, der telephonieren könnte? Ich werde selbst telephonieren.

Der Dide gibt sich zufrieden und schiebt sich wieder in die Masse hinein, der er Mitteilung macht von dem Versprechen des Polizeireiters. Die Menge antwortet: „Die Fahne herunter, die Fahne weg, ob a mit ihr!“

Da richtet sich Stillebacher im Sattel auf und mit weithin schallender Stimme spricht er also: Meine Herren! Darüber können wir ja morgen reden. In den Zeitungen wird ja gewiß darüber geschrieben. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, wir können die Fahne nicht herunternehmen. Meine Herren! Gehen Sie doch nach Hause, es hat ja keinen Zweck, hier zu sein.“

Dampf antwortet die Menge: „Der Fahn' muß ab!“ „Die Fahne weg!“ „Herunter mit der Fahne!“ Aber Stillebacher läßt sich nicht so leicht unterkriegen. Wenn er sich einmal in den Kopf gesetzt hat, eine demonstrierende Volksmenge mit liebevoller Güte vom Plage zu bringen, so hat er geradezu reizende Einfälle. Nüchtern langt er in seine Hosentasche und im nächsten Augenblick blüht in seiner Hand (nur nicht erschrecken, kein Browning etwa), nein, seine silberne Uhr. Hoch schwingt er sie mit der Rechten und also lautet seine Rede: „Meine Herren, es ist halb zehn Uhr, es wird besser sein, Sie empfangen den toten

Erzherzog, als daß Sie hier stehen. Beweisen Sie ihm doch Ihre Liebe, gehen Sie auf die Ringstraße! — Der Fahnenmüßer unter! schreit es aus der Menge. Meine Herren, Ihre patriotische Gesinnung haben Sie ja gezeigt, wir können nichts machen, das muß vom Ministerium ausgehen!

Ein Ruf aus der Menge: Zu was hab'n m'r denn die Minister!

Stillebacher (freundschaftlich mit dem Finger winkend): Sie Herr, kommen S' einmal her zu mir, dritt' schön, kommen S' nur. Ich werde Ihnen das erklären.

Nichtig drängt sich der Älteste aus der Menge, so ein Mann Anfang der Vierzig, vor und geht zu dem Polizeioffizier.

Witt Sie! Sagen Sie doch der Menge: Morgen ist doch auch noch ein Trauertag. Morgen kommt ja die ganze Sache in die Zeitung und da werden wir ja sehen, ob die Fahne noch bleibt. Sagen Sie doch den Leuten, es ist gescheiter, sie gehen auf die Ringstraße, wir dürfen sie hier nicht durchlassen. Und wegen der Fahne wird morgen sicher etwas geschehen.

Der Zwischenrufer zieht sich befriedigt zurück und sucht dieses Versprechen vom Pferde herab in der Menge weiterzuverbreiten. Aber da ist schon wieder neuer Zündstoff da. Vom Südbahnhof her über die Favoritenstraße herunter Pferdegetrappel, polizeilicher Sulkurs. Mit großen weißen Manchetten über den Ärmeln sprengen die Paradereiter der Polizei herein. Das regt natürlich auf. Wieder erneuerte Rufe, in denen immer von neuem die Entfernung der Fahne begehrt wird. Stillebachers Geduld macht schon gelinder Verzweiflung Platz. Ein letztes Auskunftsmitglied hat er noch. Er wird ganz gemüthlich. Er greift zum Volkston.

Aber meine Herren, san m'r do g'scheit, das hat do gar kein Zweck. Schauen S', morgen kommt's do eh in die Zeitung, i hab' Ihnen ja schon alles g'sagt. Durchlass'n können wir Ihna net, da hab'n m'r zu strengen Befehl, da kann man nix machen.

Fünf Minuten später müssen die Polizeiroffe dennoch gegen die Patrioten vordrücken. Diesmal hört man keine Volkshymne mehr, nur Puirufe und schrille Pfliffe, die einem durch Mark und Bein gehen. Die Menge ist nun tatsächlich empört, auch gegen die Polizei.

Greifen Sie mich nicht an mit Ihren schmutzigen Händen! ruft ein Student einem Wachmann zu. Ich hab' keine schmutzigen Hände! ist die Abwehr des Amtschrenbefeidigten. Sie können so sanft sein, wenn sie wollen. Auf die Bürgersteige reiten sie auch, aber sachte, sachte, Schritt vor Schritt, und die pfeisende und puiurufende Menge wird in die Seitengassen gedrängt, in die Floragasse, in die Mozartgasse, Schritt vor Schritt weicht sie zurück, aber sie weicht, und fünf Minuten später ist der Platz „gefäubert“. Ohne Aufregung, ohne Säbelhiebe, ohne Hufstritte. Es ist ein wahres Vergnügen, zu sehen, wie sehr sich seit den letzten Arbeiterdemonstrationen die Polizei ihre Vorschrift zu Herzen genommen hat, daß sie im Dienste tatkräftig, aber unter allen Umständen taktvoll einzugreifen habe. Wir freuen uns, daß sich dieser Wandel bei der Wiener Polizei unter dem neuen Präsidenten vollzogen hat, der ja in den schlimmsten Zeiten der Höchstkommandierende der Polizeimannschaft war und dem manches von dem zur Last gelegt wurde, was sich bei solchen Anlässen die Polizei an Uebergriffen erlaubt hat. Wir sind mit dem System Gorup-Stillebacher vollkommen einverstanden, so sehr, daß wir künftighin eifersüchtig darüber wachen werden, daß es heibehalten werde. Es war wirklich sehr schön, und umso verdienstlicher, als sich vorher ein Unfall ereignet hat, der bisher geeignet war, die Polizei in höchste Aufregung zu versetzen. Es wurde nämlich im Angesicht der Polizei vor dem Hause Favoritenstraße Nr. 15 mitten in einem Volkshausen eine

serbische Fahne öffentlich verbrannt. Die Flammen schlugen auf und nicht einmal das konnte die Polizei aus der Fassung bringen.

Zusammenstöße.

1/2 12 Uhr nachts: Die scheinbare Ruhe, die gegen 10 Uhr dadurch eingetreten war, daß die Polizei die Demonstranten in die Nebengassen abgedrückt hatte, war nur die Ruhe vor weit ernsteren Zusammenstößen, die sich nach der Leichenseier ereigneten. Die Demonstranten hatten Stillebachers Rat befolgt, waren zu den Spalieren geeilt, die den ganzen Weg, den der Leichenzug nahm, in vier- und fünfsacher Reihe einsäumten und hatten dort neue Streiter gegen die serbische Fahne erworben. Aus dem Häuflein vom Abend war um 1/2 11 Uhr plötzlich ein mächtiger Haufe geworden, der, in mehrere Abteilungen getrennt, gegen alle Seitengassen, die zur Favoritenstraße von der Prinz Eugengasse her einmünden, heranzog. Fast gleichzeitig versuchten durch die Laubstummengasse, durch die Guxhausstraße und über die Wiedener Hauptstraße Menschenmassen gegen das Haus des Gesandten vorzudringen und die Polizei hatte nun die allergrößte Mühe, den Platz freizuhalten. Sie versuchte, die Demonstranten zum Cafe Makart zu drängen, was ihr auch nach etwa einer Viertelstunde gelang.

Sehr kritisch sahen die Dinge bei der Paulanerkirche aus. Dort wurde die Kette der Wachleute mit Steinen beworfen und die vordersten Patrioten schlugen auf die Wachleute mit Stöcken ein. Dem Pferde eines Polizeireiters wurde durch einen Steinwurf ein Auge ausgeschlagen. Die Wache versuchte sich wohl dieser Angriffe zu erwehren, aber so oft sie etwas tatkräftiger vorlieb, stimmte die Menge die Volkshymne an, was die Tatkraft der eben angegriffenen Polizisten immer wieder lähmte. Wenn Steinwerfer und Leute, die mit Stöcken auf die Hüter der Ordnung einschlugen, die Volkshymne sangen, dann sind die armen Hüter der Ordnung entwaffnet. So ging der Nummel fort bis etwa 1/2 12 Uhr nachts. Zur Abwechslung wurden nur hie und da auch andere patriotische Lieder gesungen. Zur Stunde stehen die Demonstranten noch immer vor der Paulanerkirche und noch immer gilt ihr Schreien der Fahne mit dem halbmeterbreiten Flor und noch immer hat die Polizei ihre erfreuliche Geduld. Auch einige Knallfrösche, die gegen die Polizeipferde geworfen wurden, haben sie nicht aus der Fassung bringen können. Im Gegenteil, die Wachorgane selbst waren es, die sofort an Ort und Stelle den Gerüchten entgegentraten, daß etwa geschossen worden sei.

Eine Schlacht.

1/2 1 Uhr nachts. Genau um Mitternacht kam es an der Einmündung der Guxhausstraße in die Favoritenstraße zu einem ersten Zusammenstoß. Die Polizei ging gegen die Demonstranten, die einen Angriff auf die Postenkette der Berittenen machten, mit einer Attacke vor. Diese war so ernst, daß eine ganze Reihe von Personen zu Boden geworfen und verletzt wurden. Auch Wachorgane zu Fuß stürmten gegen die Menge an und an vielen Stellen kam es zu förmlichen Einzelkämpfen zwischen den beiden Parteien. Die Wachleute hatten auch die Säbel gezogen. Mitten im größten Tumult, der den Platz umtobte, und in dem Geheul und Lärm, durch den nun nicht mehr

Nr.:

TAG:

Patriotische Demonstrationen.

Die Volkshymne klang, stürzte ein junger Mensch in das Cafe Matart mit blutüberströmtem Gesicht. Er erzählte in höchster Erregung, daß er entweder von dem Hufschlag eines Pferdes oder von einem Säbelhieb ins Gesicht getroffen worden sei. Die Ursache zu diesem schärferen Vorgehen der Polizei soll darin gelegen sein, daß in der Guxhausstraße ein Schuß abgefeuert wurde. Die zweite Abteilung der Polizeimannschaften mußte den Zugang gegen die Wiedener Hauptstraße verteidigen. Auch sie machte eine Urtacke und trieb die Menge der Demonstranten bis gegen den Naschmarkt zu, dort sammelten sich die Fliehenden von neuem und stürmten wieder gegen die Paulanertirche hinaus. Zur Stunde tobt das Geheul weiter, sowohl in der Guxhausstraße als auch in der Favoritenstraße und Wiedener Hauptstraße. Von den Fenstern vieler Wohnungen werden die Demonstranten ermuntert, indem ihnen einzelne Bewohner mit Lächeln zuwinken. Die Aufregung wächst allmählich ins Große.

Die Ruhe kehrt ein.

1/1 Uhr nachts. Es ist etwas ruhiger geworden, die Polizei hat große Verstärkungen erhalten und dichte Polizeizüge sperren jetzt die Wiedener Hauptstraße und die Favoritenstraße sowie die Zugänge zur Favoritenstraße ab. Das Gerücht, daß geschossen wurde, erhält sich hartnäckig. Augenblicklich ist mehr Polizei auf dem Platze als demonstrierende Jugend. Ab und zu kommt durch irgend eine Gasse ein Trupp junger Leute angerückt, singt und schreit, aber im allgemeinen verläuft sich schon die Menge.

Die Patrioten auf der Straße.

Erste Zusammenstöße mit der Polizei.

Die patriotischen Straßendemonstrationen haben gestern ihre Fortsetzung gefunden, obgleich der Gegenstand der Aufregung, die umflorte serbische Fahne, nicht mehr zu sehen war. Sie wurde nachmittags eingezogen, und zwar, wie es hieß, auf die Bitte des Ministers des Neuhern. Da offiziell über die Sache nichts gemeldet wird, wissen wir nicht, ob es sich wirklich so verhält, aber Tatsache ist, daß die Fahne nachmittags vom Balkon der Gesandtenwohnung verschwand. Die Polizei hatte durch ein weit größeres Aufgebot als an den Tagen vorher schon tagsüber für das nötige Aufsehen in der Umgebung der Wohnung des Gesandten gesorgt und so wurde auch durch die vielen Neugierigen allgemein bekannt, daß die Fahne verschwunden sei. Diese Vorbereitungen hatten zunächst für die zu erwartenden abendlichen Demonstrationen günstig gewirkt. Es hatten schon viele der jungen Leute die Freude daran verloren und so waren es etwa vier- bis fünfhundert vorwiegend ganz junge Leute, die sich um 8 Uhr abends herum in der Gegend des Naschmarktes zu sammeln begannen. Bis dorthin reichte das polizeiliche Schutzbereich für die Gesandtschaftswohnung, und alle Versuche der jungen Leute, gegen die Wiedener Hauptstraße und durch diese gegen die Favoritenstraße vorzudringen, scheiterten an dem Massenaufgebot. Polizeireiter ritten zwischen Naschmarkt und Paulanerkirche im Trab auf und ab und dort, wo ihnen vorkam, daß Ansammlungen gebildet werden, ritten sie auch auf die Bürgersteige. Das rief Erbitterung hervor und gegen 9 Uhr abends kam es aus diesem Anlaß auch zu einem

ziemlich heftigen Zusammenstoß

zwischen den Patrioten mit und ohne Uniform. Ein Trupp junger Leute wollte im Sturmschritt durch die Paniglasse gegen die Frankenberggasse zu vordringen, um durch sie die Karls- und Gubhausstraße zu gewinnen. Da verstand aber die Polizei keinen Spaß mehr. Sie machte einen ziemlich heftigen Reiterausfall auf die Menge, die nun auseinanderstob, aber sich doch auch zur Wehr setzte. Es wurden Holzstücke und Steine gegen die Wache geworfen, was erhöhte Schmeidigkeit der durch den Dienst auch schon übermüdeten Polizisten zur Folge hatte. Die belächelte Scherze vom Tag vorher mit dem Singen der Volkshymne und dem Prinz Eugen-Lied verdingen in diesem Augenblick nicht. Bald wandelte sich denn auch der patriotische Sang in heftige Psuirufe, die diesmal der Polizei galten. Auch die Pfiffe waren weniger den Serben als der unbequemen bewaffneten Macht zugebracht, die nicht mehr so mit sich umspringen ließ wie am Donnerstag.

Der kleine Haufen war bald zersprengt, für die größere, noch auf dem Naschmarkt versammelte Masse wurde wieder zur Stillebachschen Taktik gegriffen: auf gute Weise loskriegen die Demonstranten. Das Werkzeug war ein junger Mann, der sich als Schulternreiter und als patriotischer Redner zu üben hatte. Von den Schultern einiger Begeisterten getragen, hielt er eine Rede und schwang dabei ein aus einer Zeitung gerissenes Bild des Erzherzogs Franz Ferdinand. Er forderte die Menge auf, ihm auf die Ringstraße zu folgen. Das war sichtlich mit der Polizei abgemacht. Tatsächlich zog der Menschenhaufen, und es waren vorwiegend junge Leute, die ganze Breite der Wiedener Hauptstraße füllend, durch die Kärntnerstraße zum Ring. Auf dem Wege fühlten sie sich ganz als die Herren und belästigten die Entgegenkommenden mit Kommandorufen: Gut ab! Auf dem Ring angekommen, marschierten sie geradeaus. Dies schien gegen die Verabredung mit der Polizei zu sein, denn eilig lief ihnen ein Polizeioffizier nach und stellte den Schulternreiter. Der hielt nun wieder eine Ansprache und die Wirkung war, daß der Zug seine Front änderte. Nicht mehr gegen die Stadt, sondern gegen die

Ringstraße zu, und zwar Richtung Kolowratring formierte sich nun der Zug, dem der junge Mann mit weit aus-geschnittenem weißen Halskragen, den er über den Kopf gestülpt hatte, „voranritt“. Unbehütet von der Polizei ging er weiter, und nur vor dem Hotel Imperial brach er in heftige Psuirufe aus. Von dem Balkon wehte eine rotschwarzrote Fahne mit weißem Stern in der Mitte, die die konfus gewordenen Patrioten wohl auch für die serbische Fahne gehalten haben mußten. In Wirklichkeit war es die Fahne jenes Staates, bei dessen Namensnennung jedem Patrioten von der „Reichspost“-Färbung das Herz höher schlagen muß. Es war die Fahne Albaniens, das gegenwärtig wieder einen bevollmächtigten Mann im Hotel Imperial sitzen hat. Da man als echter Patriot im Zweifel immer „Psui!“ ruft, wenn man eine fremde Fahne sieht, begrüßten sie denn die Fahne des einzigen befreundeten Staates, der uns noch auf dem Balkan geblieben ist, auch mit Psuirufen. Sicher ist eben sicher. Sechs Wachleute standen vor dem Hotel Imperial für alle Fälle bereit. Jöhrend und singend zogen die Demonstranten, die ganze Fahrbahn der Ringstraße füllend, gegen die Landstraße zu.

Weitere Polizeiangriffe. — Frösche. — Der abgekühlte Patriot.

Sie entfernten sich dadurch immer mehr vom eigentlichen Kriegsschauplatz, der ja doch der Platz bei der Paulanerkirche blieb. Wenn sie gewußt hätten, was es dort für eine Hege gab, wären sie gewiß nicht dem Schulternreiter mit dem weißen Kragen so willig gefolgt. Kaum war der Leichenzug auf dem Wege zum Westbahnhof auf der Ringstraße vorüber, als eine Menge Leute, deren Schaulust noch nicht völlig auf die Kosten gekommen war, nachschauen kam, was es denn bei der Wohnung des serbischen Gesandten gebe. Sie zogen in mehreren Trupps heran. Einer kam die Wiedener Hauptstraße herauf, ein anderer durch die Schleismühlasse. Beiden warf sich die Polizei sehr tatkräftig entgegen. Als die singende Menge heran kam, sprengten sofort Polizeireiter in sie hinein und drängten sie gegen den Naschmarkt zu. Die durch die Schleismühlasse Kommenden stießen auf eine Polizistenkette und so suchten sie auch durch die Margaretenstraße und über den Erzherzog Rainerplatz auf die Wiedener Hauptstraße zu kommen. Nun folgte Stoß und Gegenstoß. Die Demonstranten bildeten festgeschlossene Ketten und zogen, das Kaiserlied singend, gegen die Polizei und diese sprengte unbekümmert um das Lied in die Menge. Schließlich war die Menge gegen den Naschmarkt zurückgedrängt und wurde dort in Schach gehalten. Aber es war in den Patrioten nicht wenig Erbitterung gegen die Polizei angehäuft. Diese kam zum Ausbruch, als sich der Anführer der reitenden Polizisten allein an die Demonstranten heran machte, vielleicht um ihnen durch gütliches Zureden ernstere Unannehmlichkeiten zu ersparen. Kaum war er in der Nähe der Demonstranten als sich eine Menge Leute mit Stöcken auf den Polizeioffizier stürzten und auf ihn und sein Pferd einhieben. Im nächsten Augenblick kamen dem bedrängten Polizeioffizier zwei Berittene zu Hilfe, die mit flacher Klinge auf die Demonstranten einhieben, sie so in die Flucht treibend.

Zu handgreiflichen Zusammenstößen kam es auch an anderen Stellen. In der Schleismühlasse, wo sich das Café Paulanerhof befindet, wurde bei einem Reiterangriff ein etwa fünfundsiebzigjähriger Mann niedergeworfen. Auf der Flucht vor den Polizeiroffen nahm die fliehende Menge den Vorgarten des Cafés arg mit. Jeden, den sie erreichen konnte, faßte die Polizei hart an und wies ihn seiner Wege. Eine Dame, die auch in die Menge geraten war — ob mit Absicht oder unabsichtlich, wissen wir nicht — wurde von einem Polizisten sehr unsanft in das Kaffeehaus gestoßen.

Um 11 Uhr kamen einige hundert Leute durch die Gubhausstraße angestürzt. Sie konnten bis zum Johann Straußtheater auf der Favoritenstraße vordringen. Dort warf sich ihnen Polizei entgegen und drängte sie wieder in die Gubhausstraße ab. Dabei kam es an vielen Stellen zu einem förmlichen Handgemenge, und gegen die Pferde der Wagen wurden so wie am Donnerstag fleißig Frösche geworfen, um die Pferde unruhig zu machen. An derselben Stelle gelang es eine halbe Stunde später einer größeren Gruppe, die Kette der Wachleute zu durchbrechen. Sie stürmte gegen die Neumannsgasse zu, aber hier warf sich ihr wieder Polizei entgegen und drängte sie gegen die Wiedener Hauptstraße ab. Auf dieser Flucht fiel ein Mann in das Wasser neben der Paulanerkirche, allwelsche Abkühlung eines Patrioten einige Heiterkeit in die Aufregung dieser Augenblicke brachte.

Beruhigung.

9/12 Uhr nachts. Die Beruhigung setzt allmählich ein. Die älteren Leute, die zunächst auch unter den von den Bestattungsfeierlichkeiten gekommenen Demonstranten waren, haben sich schon zumeist entfernt und nur jüngere Leute bleiben übrig, unter ihnen recht zweifelhafte, denen man es ansieht, daß es ihnen nur um die „Heh“ zu tun ist. Mit diesen jungen Leuten macht die Polizei keine besonderen Geschichten und drängt sie immer weiter vom eigentlichen Schauplatz ab. Erst jetzt wird bekannt, daß bei einer der Attacken auch ein Wachmann vom Pferde gestürzt ist, daß er sich aber nicht verletzt hat. Er konnte weiter Dienst machen. Das Gejohle und Pfeifen hält an.

12 Uhr nachts. Es ist Ruhe. Die Polizei ist wieder abgejessen.

*

Eine Verwahrung der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Korrespondenz verwahrt sich gegen die Meldung einer Zeitung, daß bei den Demonstrationen am Donnerstag Mitglieder des deutschen Wehrausschusses beteiligt gewesen seien und erklärte, sie würden morgen mit ihren Abgeordneten wiederkommen, um zu verhindern, daß die Polizei gegen die patriotischen Kundgebungen einschreite. Deutschnationale Abgeordnete teilen der Korrespondenz mit, daß niemand berechtigt gewesen sei, eine derartige Erklärung abzugeben, da die deutschnationalen Abgeordneten keinen Anlaß haben, sich an den Straßenkundgebungen in irgend einer Form zu beteiligen.

Partherpfeile.

Von zwei revolutionären Mittelpunkten aus wird seit Jahren der Kampf gegen Österreich-Ungarn geführt: von Moskau und von Belgrad. In der nordischen Hauptstadt sind die Bobrinskis am Werke, welche Galizien, die Bukowina und Nordungarn mit einem Verschwörernetz übersponnen haben und in ihren Vereinsversammlungen offen den Satz aussprechen: auf den Karpathen müsse einmal die russische Flagge wehen. In Belgrad war früher der Slowinski jup und ist jetzt die Narodna obrana an der Bühlarbeit, deren Programm im Jahre 1906 von dem ehemaligen österreichischen und damals serbischen Offizier Milan Pribitschewitsch in einer ausführlichen Denkschrift entwickelt wurde, welche Bomben und Dynamit als Mittel gegen die österreichische Herrschaft in Bosnien und in Kroatien empfahl. Dieser Pribitschewitsch ist jetzt an leitender Stelle in Belgrad tätig, da Männer mit Verbindungen in Südungarn der serbischen Regierung überaus nützlich erscheinen. Die Bobrinski wie die Pribitschewitsch behaupten, der großen slawischen Sache zu dienen, aber sie tun es ebenso wie die serbischen Offiziere, welche 1903 den König Alexander und seine Gemahlin zu Belgrad ermordeten und die Leichname vom Fenster des Königs hinabgeworfen haben. Dort in Moskau die Anhänger des Absolutismus und der strengen Rechtgläubigkeit, in Belgrad die Bekenner der Revolution. Innerlich aber sind sie enge verwandt, wenn auch vielleicht keine persönlichen Beziehungen zwischen ihnen bestehen.

In Hinblick auf diese Sachlage ist der russische Hof und Zar Nikolaus II. ein Rätsel. Im Kaiserpalast zu Petersburg, wo man sich niemals vor Attentaten sicher fühlt und wo nur durch die strengsten Sicherheitsmaßregeln eine wenig feste Bürgschaft für das Leben der Zarenfamilie zu gewinnen ist, sollte man doch wissen, daß die revo-

lutionären Kräfte sich eines Tages wieder gegen den Zaren wenden können, wie damals, als Alexander II. von den Bomben der Verschwörer zu Petersburg in Stücke gerissen wurde. Das Königspaar aus dem Hause Obrenowitsch und das unglückliche österreichische Thronfolgerpaar waren die Opfer desselben anarchistischen Geistes, welcher sich vermischt, durch Mordtaten in die Weltgeschichte regelnd und herrschend einzugreifen. Weiß man in Petersburg nicht, daß die Ermordung des Zaren Alexander eine unmittelbare Folge des aus nationalistischen Gesichtspunkten geführten Krieges Rußlands gegen die Türkei war? Im Jahre 1877 ließ sich der später ermordete Zar von der panslawistischen Strömung und um ihr zu huldigen, bestimmen, die Waffen gegen die Türkei zu ergreifen; aber der Feldzug brachte Rußland nicht den geringsten Gewinn, da die russischen Heere durch den Beschluß des Berliner Kongresses zum Abzug aus der Balkanhalbinsel genötigt wurden. Der Nationalismus war keine Deckung mehr für den absoluten Herrscher Rußlands. Vielmehr brach infolge der elenden Verwaltung und Verpflegung der russischen Heere, infolge der diplomatischen Niederlagen der Regierung die Erbitterung noch stärker hervor und 1879 wurde Alexander II. in einer feierlichen Versammlung der revolutionären Partei in aller Form zum Tode verurteilt. Diese schreckliche Lehre ging aber an seinen Nachfolgern spurlos vorüber. Auch der jetzige Zar läßt die Nationalisten gewähren, bedient sich ihrer zur Erregung der Unzufriedenheit gegen das benachbarte Österreich-Ungarn, und seine Ratgeber sind offenbar der Ansicht, daß, solange sie die Revolution nach Österreich-Ungarn und der Türkei wegzulenkten imstande sind, der Thron und das Leben des russischen Kaisers geschützt sind. Das aber ist ein Irrtum. Der Rückschlag kann furchtbarlich sein. Von den politischen Erfolgen Rußlands kann nach dem Ausgange des letzten Balkankrieges nicht die Rede sein; schon die Lossprengrung Bulgariens vom Balkanbund war eine Niederlage

Der panslawistischen Idee. Dringt aber der Pan-
russismus nicht durch, so wird sich die Erbitterung
wider den Zaren und seine Regierung kehren und
es kann wohl geschehen, daß die Welt eines schönen
Tages mit demselben Entsetzen den Sieg eines
Komplottes gegen den Zaren aller Neufen ge-
wahren muß. Das tolldreiste Spiel mit der Revo-
lution und mit der Erregung von Unzufriedenheit
und Erbitterung gegen das Nachbarreich kann ein
blutiges Ende nehmen. Ist niemand am Hofe des
Zaren, der ihm diese schreckliche Möglichkeit er-
öffnet und ihn dazu bringt, dem frevelhaften Trei-
ben der Panslawisten ein Ende zu machen? Ist
niemand, der ihn an der Bahre des österreichischen
Thronfolgers und seiner Gemahlin an den Unter-
gang seines Großvaters und an die Gefahren er-
innert, die er selbst bei solchem Gang der Politik
gegen sich heraufbeschwört? Der preußische Ab-
geordnete Jakob sagte einmal zu König Friedrich
Wilhelm IV.: „Es ist das Unglück der Könige, daß
sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Daran wird
man erinnert, wenn man die russische Politik mit
ihren revolutionären Verzweigungen und die furcht-
baren Folgen ins Auge faßt, zu denen die pan-
slawistischen Agitationen in Sarajevo geführt
haben.

Die intellektuellen Urheber.

Die Bewegungen unter den Südslawen.

Die Meldung, daß das schreckliche Attentat in Sarajevo in Belgrad angestiftet wurde, gibt der breiten europäischen Öffentlichkeit wieder Gelegenheit, sich mit den verschiedenen Strömungen, die bei den Südslawen bestehen, zu beschäftigen. Es ist daher gut, um jeder Verwirrung der Begriffe vorzubeugen, diese Strömungen zu kennzeichnen, denn es hat sich schon bisher herausgestellt, daß sie von jenen, die die Verhältnisse nicht genau kennen, verwechselt werden. Hier soll nur von jenen Strömungen die Rede sein, bei denen auch Belgrad in Betracht kommt, denn die sogenannte großkroatische Bewegung verhält sich gegenüber den Serben exklusiv und strebt die staatsrechtliche Vereinigung aller kroatischen Länder in der Monarchie unter der Dynastie Habsburgs an. Die großkroatische Idee wird von den beiden Flügeln der kroatischen Rechtspartei vertreten und hat, wie nochmals betont werden muß, mit den übrigen Bewegungen nichts gemein, da sie rein exklusiv-kroatisch ist. Bei dem Sarajevoer Attentat kommen zwei Bewegungen in Betracht: die großserbische und die nationalistische, während es so ziemlich feststeht, daß die Attentäter mit dem Anarchismus nichts zu tun haben. Die großserbische Bewegung hat besonders nach der Annexion von Bosnien einen großen Umfang angenommen und geht von Belgrad aus. Ihre Urheber und eigentlichen Führer sind in den Reihen der serbischen Armee zu suchen. Anfangs trug die Bewegung keinen dynastischen Charakter, vielleicht eher einen republikanischen, indem sie die Vereinigung aller Südslawen unter der Führung Serbiens anstrebte. In Wirklichkeit handelt es sich da um eine national-

exklusive Bewegung serbischer Kreise, die unter dem serbischen Namen alle Südslawen vereintigen wollte, so daß man fast sagen könnte, ihr Ziel habe einen panserbischen Charakter. In dieser Richtung wurde die Agitation in Altserbien und Mazedonien durchgeführt, wo die panserbischen Agitatoren den heftigsten Kampf gegen die bulgarischen Nationalisten eröffneten. Diese Bewegung scheint in dem serbischen Offizierskorps den stärksten Anhang zu haben und auf ihren Einfluß ist es wahrscheinlich auch zurückzuführen, daß es zu dem serbisch-bulgarischen Krieg kam. Ihre Organisation besitzt die großserbische Bewegung in der Narodna obrana in Belgrad. In den letzten Jahren hat die Narodna obrana ihre Tätigkeit auch auf die südslawischen Länder der Monarchie erstreckt, in erster Linie auf Bosnien-Herzegowina, welche Länder die großserbische Bewegung stets für das Königreich Serbien beansprucht hat. Es ist möglich — die bisherigen Berichte über die Aussagen der Attentäter bedürfen noch der offiziellen Bestätigung — daß auch das Attentat in Sarajevo das Werk dieser großserbischen oder besser gesagt panserbischen Bewegung ist, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß es das Werk der nationalistisch-revolutionären Propaganda ist, die keinen exklusiven serbischen Charakter trägt, sondern vielmehr mit der großserbischen Bewegung im Gegensatz steht, sofern sie die Vereinigung aller Südslawen, unter Beibehaltung ihrer historischen Namen, in einem südslawischen Föderativstaat mit republikanischer Verfassung anstrebt.

Die Untersuchung in Sarajevo wird jedenfalls die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und auch der maßgebenden Kreise auf diese Strömungen unter den Südslawen innerhalb und außerhalb der Monarchie lenken und es ist nur zu wünschen, daß alle interessierten Kreise über den wahren Charakter dieser Bewegungen, die alle für sich

zahlreiche Anhänger unter der heranwachsenden Intelligenz der Kroaten, Serben und Slowenen haben, unterrichtet werden, damit jene Strömungen, die gegen die Interessen der Monarchie sind, von jenen unterschieden werden können, die eine entsprechende Lösung des südslawischen Problems in der Monarchie anstreben. Dies ist im Interesse der Monarchie und muß gerade jetzt vor Augen gehalten werden, wo als Folge der Sarajevoer Mordtat sowohl die Öffentlichkeit als auch die maßgebenden Faktoren der Monarchie in die Lage gedrängt werden, sich mit dem südslawischen Problem intensiver zu befassen. Es wäre ein großer und kaum gutzumachender Fehler, wenn man alle Strömungen unter den Südslawen generalisieren und als revolutionär und monarchiefeindlich behandeln würde. Auf diese Weise würde man das südslawische Problem, das nun einmal besteht und gelöst werden muß, nicht lösen, sondern nur noch mehr verwirren und vielleicht gerade das Gegenteil von dem erreichen, was man im Interesse der Monarchie erreichen muß, um die Monarchie vor einer schweren südslawischen Krise zu bewahren.

Belgrader Stimmungen.

Von unserem Korrespondenten.

Belgrad, 6. Juli.

Niedergeschlagenheit in den verantwortlichen Kreisen, schlecht verhehlte Genugtuung in den nichtverantwortlichen, das ist in kurzen Worten die Stimmung in Belgrad seit dem Sarajevoer Attentat. Beide Stimmungen sind recht wohl begreiflich. Das verantwortliche Serbien sieht sich von der ganzen Welt wegen des Attentats zur moralischen Verantwortung gezogen und überdies vor der Gefahr, auch noch von der Nachbarmonarchie besonders zur Verantwortung gezogen zu werden. Es fehlt der serbischen Regierung allem Anscheine auch nicht an gutem Willen, die in Serbien weilenden Urheber oder Mitschuldigen an dem Sarajevoer Mordanschlag der Strafe zuzuführen, aber sie fürchtet, daß ein solches Vorgehen von ihren Gegnern weidlich ausgenützt werden könnte, was ihr jetzt, wo die Skupschinawahlen sozusagen vor der Tür stehen, verhängnisvoll werden könnte. Die Opposition entfaltet bereits seit den ersten Nachrichten von einer Untersuchung österreichisch-ungarischer Organe auf serbischem Territorium eine fieberhafte Agitation, um es der Regierung unmöglich zu machen, einem derartigen Ansuchen der österreichisch-ungarischen Diplomatie nachzukommen. Tatsächlich wird das Kabinett Pasic, falls von österreichisch-ungarischer Seite die Ausdehnung der Untersuchung auf Serbien verlangt werden sollte, vor dem Dilemma stehen, einen Konflikt mit der Monarchie heraufzubeschwören oder sich für alle Zukunft in Serbien als „Söldling Wiens“ (dies ist der beliebteste Aus-

druck in Belgrad für alle, die mit der Nachbarmonarchie in Frieden leben wollen) in Verruf zu bringen und unmöglich zu machen.

Über die Stimmung der nichtverantwortlichen Kreise hat die jüngste Versammlung der „Omladina“ reichlichen Ausschluß gegeben. Wenn auch in dieser Versammlung das Attentat nicht gerade verherrlicht wurde, so ist es auch mit keinem Worte verurteilt worden. Dagegen fand man nicht genug scharfe Worte der Verurteilung für die Unterdrückung und Verfolgung, denen die Südslawen Österreich-Ungarns nimmehr noch viel schlimmer ausgesetzt seien als bisher. So wie die Omladina denken ungefähr neunundneunzig Prozent aller Serben, und dieser Stimmung zu trohen dürfte sich selbst Pasic nicht stark genug dünken. Das ist der Grund, weshalb man trotz aller Friedensliebe Österreich-Ungarns unter der serbischen Regierung mit der Möglichkeit einer ernstern Komplikation rechnen muß.

Einer der wenigen monarchiefreundlichen serbischen Politiker sagte mir dieser Tage: Wenn es infolge des Sarajevoer Attentates zu einer neuerlichen ernstern Spannung — an die Möglichkeit eines ernstern Konfliktes kann ich vorläufig nicht glauben — zwischen uns und Österreich-Ungarn kommt, so wird daran einzig unsere Presse, oder richtiger gesagt unser Pressegesetz schuld sein. Jetzt zeigt es sich, welch schwerer Fehler es war, daß seinerzeit die vom Minister des Innern, Protitsch, geplante Presseform nicht durchgeführt wurde. Für ein Land, in dem unreife junge Leute ohne Verantwortlichkeit die öffentliche Meinung machen, taugen keine liberalen modernen Gesetze. Wenn die Regierung Pasic aus ihrer heutigen peinlichen Lage mit heiler Haut herauskommt, wird es ihre erste Aufgabe sein, den Mißbrauch unmöglich zu machen, den heute unsere schulpflichtigen Jünglinge mit der öffentlichen Meinung treiben. Erst gilt es unser Land zu modernisieren, dann erst werden wir ohne Gefahr zu dem heutigen modernen Pressegesetz zurückkehren dürfen.

Schritte in Serbien und Maßnahmen in Bosnien.

Wien, 8. Juli.

Graf Berchtold hat sich heute nach Ischl begeben und wird vom Kaiser morgen empfangen werden, um über die Beschlüsse des gemeinsamen Ministerrates zu berichten und sie der Genehmigung vorzulegen. Alles Interesse wendet sich dabei der Frage zu, welche Schritte unser Auswärtiges Amt in Belgrad zu tun gedenkt, wohin, wie es im offiziellen Sprachgebrauch heißt, die von der Untersuchung aufgedeckten Zusammenhänge des Sarajevoer Attentats weisen. An sich, sollte man denken, wäre das eine recht einfache Sache. Gibt es Mitschuldige des Mordes in Serbien, so sollen sie der Strafe zugeführt werden wie alle Helfershelfer einer Mordtat. Und wenn bei ihrer Verfolgung die Hilfe der serbischen Behörden in Anspruch genommen wird, ist das bloß selbstverständlich, so selbstverständlich, daß es des Aufsehens und des Apparats, der diesmal aufgewendet wird, nicht bedarf. Nicht der gemeinsame Ministerrat, die Justizverwaltung von Bosnien wäre die zuständige Stelle, die Unterstützung Serbiens bei dem gerichtlichen Akt zu verlangen.

Will man aber mehr, will man anderes, was kann man denn wohl zu fordern beabsichtigen? Bevor noch von einer Untersuchung und Ergebnissen der Untersuchung so recht die Rede sein konnte, wußten diejenigen, die mit der Schreibfeder alle fingerlang in Belgrad einmarschieren, haargenau, daß die leitenden Männer, sei es des serbischen Staates, sei es des serbischen Heeres, an den Vorbereitungen des Mordes mitbeteiligt, ja geradezu die geistigen Urheber des Attentats wären. Und andererseits wird wieder in offiziellen Kundgebungen in Zweifel gezogen, ob die Ergebnisse der Untersuchung schon zur vollen Klarheit gelangt seien. Und doch wird eines nicht bestritten werden können: wer eine Anklage so schwerer Art gegen einen Nachbarstaat erhebt, muß stichhaltige Beweise in der Hand haben. Was ist es jedoch für eine Manier, inzwischen in Blättern, die den Regierungen von Wien oder Budapest nahe stehen, die Möglichkeit erörtern zu lassen, es wären leitende amtliche Stellen in Belgrad in das Verbrechen mitverwickelt? Solche Auseinandersetzungen wiegen das Freche und Herausforderndste, das die chauvinistischen Belgrader Zeitungen gegen Oesterreich-Ungarn vorgebracht haben, reichlich auf. Die Untersuchung hat entweder unzweifelhafte Schuldbeweise geliefert, dann wird ihre Veröffentlichung zerschmetternd auf die Entlarvten niedersinken und die moralische Vernichtung der Belgrader Schürer und Urheber der Mordtaten herbeiführen, Oesterreich-Ungarn eine Genugtuung gewähren, die durch herausfordernde und den Frieden gefährdende „Aktionen“ nie zu gewinnen wäre. Oder aber diese Ergebnisse fehlen oder sind unklar und vieldeutig, dann wird jedes Verlangen, das über die Forderung, bei der Untersuchung Hilfe zu leisten, hinausgeht, dem Wiener Kabinett nur den Ruf verschaffen, daß es Händel suche, und Serbien bei seinen Gönnern den Rückhalt sichern.

Nun gibt es bei uns Schreier und Kriegsheher

genug, die den Ruf des Händelsuchens nicht scheuen, die in allen möglichen Ereignissen der Vergangenheit Gelegenheiten erblicken, die man versäumt habe, über Serbien herzufallen. In der Phraseologie dieser Armseligen, die auf den Schultern statt des Kopfes ein aufgesperstes Maul tragen, fügt sich alles äußerst leicht und gefahrlos zusammen. Man muß in das Wespennest hineingreifen, man muß das Rattenest zerstören, man muß austräuchern — und eine Reihe ähnlicher schöner Bilder. Die Herrschaften kommen sich sehr mutig vor, wenn sie Ausdrücke gebrauchen, mit denen man gern Wirtshausfeiereien einleitet. Aber hier liegen die Dinge doch wohl ein wenig anders und komplizierter. Als wir unter Mehrenthal und dann wieder im Balkankrieg in Konflikt mit Serbien gerieten, stand sichtbar und fühlbar zu unserem Gegner Rußland, und da Deutschland nicht den Beruf fühlt, wegen unserer Balkanstreitigkeiten die Hauptlast eines Weltkrieges auf sich zu nehmen, so hat es in beiden Fällen, wenn auch mit verschiedenen Mitteln und Methoden, den Frieden errettet, ja erzwungen. Wird heute von einigen Wiener und Budapester Blättern dem russischen Zaren zugeredet, er möge sich auf die Berufssolidarität der Monarchen erinnern und den Urhebern des Fürstenmordes die Hilfe entziehen, so ist darauf zu erwidern, daß Peter selbst dem „Fürstenmord“ seinen Thron verdankt — und doch waren die Beziehungen Rußlands zu Serbien nie so innig, als seitdem dort ein Geschlecht regiert, dem durch Blut der Weg zur Herrschaft gebahnt wurde. Es handelt sich also nicht um das kleine Serbien, mit dem der große Nachbar einmal kräftig ins Gebet gehen wird; sondern es handelt sich um Gefahren, die heraufzubeschwören Wahnmwiz wäre, und wenn in einem Hezerblatt dem Wiener Kabinett geraten wird, kühn und stark den entscheidenden Schritt zu tun, weil dann Deutschland mitzugehen gezwungen wäre, so können doch wohl nur Verantwortungslose so viel Frivolität mit so viel Torheit verbinden.

Indes, die Beschlüsse des gemeinsamen Ministerrates beziehen sich auch auf eine Neuordnung der inneren Verhältnisse Bosniens. Da soll vor allem das Schulwesen völlig umgestaltet werden. Die serbische Kirchenautonomie in Bosnien habe die Schulen zu Pflgestätten des wütendsten Nationalismus gemacht, statt Kirchengeschichte werde die serbische Nationalgeschichte gelehrt und anderes mehr. An die Stelle der bisherigen Anstalten hätten reine Staatsschulen zu treten. Nun, wir haben wenig übrig für die konfessionelle Organisation des Schulwesens, und noch weniger für nationalistische Geschichtsfälschungen. Allein wenn man die Staatsschule einrichtet, so meine man nicht, durch dynastische Geschichtsfälschungen, über die schon in Oesterreich die Volksschüler wüheln, Patrioten erziehen zu können. Und will man die Polizei, die es

allerdings sehr nötig zu haben scheint, reorganisieren, und ist erschreckt, daß so viele Großserben in den verschiedensten Staatsstellungen sich befinden, so ist die Frage wohl gestattet, in welchem Sinne die Reorganisation der Polizei gedacht ist und wer es bestimmt und feststellt, ob ein serbischer Beamter ein Großserbe ist. Denn da nun einmal zwei Fünftel der Bevölkerung aus Serben besteht, würde ihre Ausschließung von allen Beamtenstellungen das Gefühl nur verstärken, unter einer Fremdherrschaft zu stehen.

Soll etwa der neue antiserbische Kurs in dem Sinne fortgesetzt werden, wie ihn die patriotischen Pogromisten in Sarajevo eingeleitet haben? In deutschen Blättern findet sich abgedruckt das Telegramm, das der Serbenführer und Besitzer des zerstörten Hotels de l'Europe Jestanowitsch an seinen in Berlin wohnenden Sohn gerichtet hat. Darin heißt es:

Gott sei Dank sind wir alle am Leben. Am Wohnhause ist nur das Dach und die Mauern geblieben, im Innern ist alles vernichtet. Das Silberzeug und alle Schmucksachen sind gestohlen. Die Stallungen sind samt dem Wagenpark, Pferdegeschirren und allen anderen Gebrauchsgegenständen total vernichtet, nur die Pferde sind geblieben. Das ganze „Hotel Europa“ ist von außen und im Innern beschädigt und ausgeplündert.

Was meint man wohl, was mit diesen Plünderungen und Zerstörungen mit zerstört worden ist und ob diese Laten mohammedanischer und katholischer Patrioten des Augenblicks und der Gelegenheit nicht die beste Arbeit für die großserbischen Zwecke geleistet haben? Außerdem stellen sie die bosnische Verwaltung vor Europa bloß und erleichtern es der serbischen Presse, für ihre Behauptung, als lebten die Serben in Bosnien unter hartem, empörendem Drucke, Glauben zu gewinnen. Eine künftige „reformierte“ Verwaltung, die nur noch von der Spionenangst der Offiziere und den Eingebungen der Polizei beherrscht würde, wäre am besten geeignet, es demjenigen Teil der Serben, der sich von der großserbischen Propaganda bisher noch nicht hat ergreifen lassen, unmöglich zu machen, seinen Platz innerhalb der Ordnung der bosnischen Dinge zu finden. Sie wäre das beste Mittel dazu, alle Serben Bosniens in das großserbische Lager zu treiben.

Die Haltung Serbiens.

Von besonderer Seite.

Von Rechts wegen sollte eine Aufforderung der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische, die Spuren des in Belgrad gegen das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand angezettelten Komplots zu verfolgen, nicht notwendig sein. Ein Staat, in dem Ordnung und Gesetz gehandhabt wird, müßte von Entsetzen ergriffen sein, daß eine solche Tatsache sich unabweisbar einstellt und um seiner eigenen Ehre willen müßte die Regierung dieses Landes die Spuren des Verbrechens bis in seine feinsten Aderm bloßlegen. Die Herren in Belgrad wissen heute mit vollster Bestimmtheit, daß sich die Mörder Princip und Cobrinovic vor dem Anschlag in Serbien aufgehalten haben und hier mit den Werkzeugen des Attentats ausgerüstet worden sind. Diese Tatsache müßte ihnen nicht erst durch eine Anzeige der Sarajevoer Polizei zu Gemüte geführt werden. Es ist Sache der Regierungsbehörden in Belgrad, selbst auf die Suche zu gehen und die Urheber des verabscheuungswürdigen Verbrechens mit der Strenge des Gesetzes zu treffen. Wenn also aus Belgrad keine Nachricht von dem Beginn und dem Fortgang einer Untersuchung eintrifft, so genügt dies, um den Standpunkt der serbischen Regierung zu kennzeichnen und zu beweisen, daß sie der Erforschung der Hintermänner des Attentats ablehnend gegenübersteht.

Die Behörden in Bosnien befinden sich bei der Untersuchung in einer eigentümlichen Lage. Sollten die Fäden des Verbrechens bis zu den serbischen Behörden oder zu Offizieren der serbischen Armee

reichen, so muß man es sich doppelt überlegen, ob Mitteilung hierüber an die Regierung in Belgrad gemacht werden soll. Es liegt im Interesse Serbiens, in diesem Falle die Spuren zu verwischen, weil es vor aller Welt doppelt bloßgestellt wäre, wenn Persönlichkeiten in amtlicher Stellung als Anstifter und Mitschuldige am Morde enthüllt werden. Es ist daher vorzuzusehen, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich erst dann an Serbien wenden wird, wenn sie bestimmte und unverwischbare Anhaltspunkte besitzt und mit ganz positiven Tatsachen an die serbische Regierung herantreten kann. Liegt wirklich eine Aussage der verhafteten Mörder vor, daß sie von bestimmten Personen in Belgrad gedungen und mit Waffen und Geld ausgerüstet wurden, dann, aber auch nur in diesem Falle, muß die sofortige Verhaftung dieser Mitwisser verlangt werden. Aber, wie gesagt, nicht leere Zeitungsgerüchte, nicht die zumal in Budapest schwingvoll betriebene Fabrikation von Schauer- nachrichten sollen die Grundlage und die Anhaltspunkte für das Vorgehen Österreich-Ungarns sein. Es ist ganz in der Ordnung, daß aus dem Verhör nichts veröffentlicht wird und die Zeitungsleser werden gut daran tun, alle Nachrichten, die nicht in amtlicher Form darüber veröffentlicht werden, mit äußerstem Skeptizismus aufzunehmen. Es handelt sich also darum, ob eine bestimmte Aussage der verhafteten Personen vorliegt. Ist dies der Fall, so sollte unverzüglich die Verhaftung der Angeschuldigten von der serbischen Regierung verlangt werden, eine Forderung, der sich Belgrad schlechterdings nicht entziehen kann. Erst wenn Ausflüchte gemacht werden und die Beschuldigten durch das Zögern der serbischen Regierung Gelegenheit zur Flucht be-

kommen, dann erst wäre es an der Zeit, mit jener Energie vorzugehen, die Österreich-Ungarn im Verlaufe der ganzen letzten Balkankrise fast in jedem Stadium vermissen ließ. Schon jetzt sind die guten Freunde der Serben, in England die „Times“, in Rußland die nationalistischen Blätter, eifrig an der Arbeit, um Österreich-Ungarn von jedem energischen Schritt abzuhalten und ihm vor Augen zu führen, daß es den Frieden in Europa nicht durch ein eigenmächtiges Vorgehen gefährden dürfe. Wenn solche Warnungen im Ministerium des Äußern zu Wien Gehör finden, wenn die Monarchie sich verblüffen läßt, so wäre dies ein weiterer Schritt zum Niedergang der Macht Österreich-Ungarns. Keine übereilung also, ruhige Erwägung aller von den Verhafteten gemachten Aussagen, dann aber kraftvolles Auftreten, welches von allen unbefangenen Beurteilern außerhalb der Monarchie gebilligt werden wird.

Gegen die großserbische Bewegung.

Die Maßnahmen des Ministerrates.

Aus informierter Quelle.

An die Monarchie rückt nunmehr die Frage heran, welche Konsequenzen sie aus dem Attentat in Sarajevo zieht. Der gemeinsame Ministerrat hat dazu Stellung genommen, eine Anzahl von Maßnahmen beschlossen, Graf Berchtold hat diese Beschlüsse dem Kaiser mitgeteilt und die Genehmigung der Krone zu ihrer Durchführung eingeholt. Auf die einfache Formel gebracht, handelt es sich darum, in welcher Weise die großserbische Irredenta, die in den südlichen Teilen der Monarchie insbesondere seit dem Balkankriege so bedenkliche Formen angenommen hat und aus der auch das Attentat in Sarajevo hervorgegangen ist, eingedämmt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß sich eine Großmacht die fortwährende Beunruhigung nicht nur an ihren Grenzen, sondern auf ihrem eigenen Territorium auf die Dauer nicht gefallen lassen kann. Das hat nichts mehr mit einer friedliebenden auswärtigen Politik zu tun, das betrifft einfach schon die eigene Existenz.

Der Herd der großserbischen Agitation in Bosnien liegt jetzt offen da. Der von Belgrad ausgehende Infektionsstoff hat sich in Bosnien in die Schulen und in die serbischen Intelligenzkreise verpflanzt und die großserbische Irredenta ist nunmehr so weit gekommen, daß sie nur mehr mit gewalttätigen Mitteln arbeitet. Das verabscheuungswürdige Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand ist nicht mehr ein Einzelfall fanatisierter Mordbuben, es ist vielmehr die Teilercheinung eines Systems, das sich dort bereits eingenistet hat. Das greift an

den Lebensnerv des Staates und schreit nach Remedur nach innen und nach außen. Die vom gemeinsamen Ministerrat beschlossenen Maßnahmen für die innere Verwaltung in Bosnien und teilweise auch in den übrigen, der großserbischen Propaganda ausgesetzten Ländern der Monarchie sind nur gegen diese Propaganda, nicht aber gegen die in der Monarchie lebenden Serben selbst gerichtet. Sie enthalten zunächst eine strengere Überwachung der Agitatoren selbst. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß in Bosnien, wahrscheinlich aber auch in Kroatien Tausende von Exemplaren von Flugschriften aufreizenden Inhaltes verbreitet waren, die alle von Serbien ausgingen, daß selbst der Polizei verdächtige Individuen ungehindert zwischen Belgrad und einzelnen bosnischen oder kroatischen Orten verkehren konnten, daß die Verbreitung großserbischer Ideen auch von Persönlichkeiten geschehen konnte, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen. Diese Lage wird jetzt aufhören, der Grenzverkehr und der Überwachungsdienst wird strenger gehandhabt werden, die Agitation wird sich nicht mehr, wie bisher, in aller Öffentlichkeit abspielen können. Weitere eingreifende Maßnahmen stehen im Schulwesen bevor. Etwas spät wurde jetzt die geradezu unglaubliche Tatsache entdeckt, daß speziell die Mittelschulen in Bosnien geradezu Zentren für die großserbische Propaganda dargestellt haben, daß die Fanatisierung der serbischen Jugend sozusagen ex cathedra unter den Augen der Behörden betrieben wurde. Auch hier soll nunmehr eingegriffen werden durch Verstaatlichung sämtlicher Mittelschulen und durch eine strengere Schulaufsicht. Außerdem dürfte auch der Besuch der Belgrader Universität für bosnische und kroatische Staatsangehörige verboten werden. Der bisherige Regierungskurs in Bosnien selbst wird

Zum Attentat in Sarajevo.

r. Budapest, 10. Juli. Graf Tisza äußerte sich gestern in den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses über die Folgen des Sarajevoer Attentates: Er meinte, was die politischen Folgen betreffe, so müsse man mit der größten Vorsicht bei der Beurteilung der ganzen Sache vorgehen. Stimmungen und Gefühle können nicht die Basis der Politik bilden. Wir müssen uns fernhalten von der Reaktion und von Illusionen. Wir gehen selbstbewußt weiter und verfolgen mit viel wachsamere Sorge unsere bisherige Politik. Schließlich sei es Tatsache, daß zwei Tage vor der Abreise des Thronfolgerpaares sämtliche kompetenten Faktoren von der Reise nach Sarajevo benachrichtigt waren, mit Ausnahme des gemeinsamen Finanzministeriums.

r. Sarajevo, 10. Juli. Beim Landeschef Feldzeugmeister Potiorek fand eine vertrauliche Konferenz statt, an der der Landeschef-Stellvertreter Dr. Mandić und für die serbische Partei Doktor Jošić teilnahmen. Dr. Jošić erklärte im Namen der Dimović-Partei, daß die Serben nach den letzten Ereignissen die Regierungspolitik nicht unterstützen können und daß sie die Schließung der jetzigen Landtagsession fordern. Auch die Mohammedaner und Kroaten stellten diese Forderung auf. Auf die Frage des Landeschefs, ob die Dimović-Partei im Falle der Einberufung des Landtages in die Opposition treten würde, antwortete Dr. Jošić mit einem entschiedenen Ja.

r. Sarajevo, 10. Juli. Das Organ der Serben in Bosnien veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Wir haben beschlossen, unser Blatt trotz der bestehenden Schwierigkeiten auch weiterhin erscheinen zu lassen. Unser Volk, das das Attentat verdammt, hat unschuldigerweise viel gelitten, dadurch, daß das Schicksal es gefügt hat, daß die zwei Attentäter zufällig Serben sind. Wir dürfen aber nicht gestatten, daß das gesamte serbische Volk in Österreich-Ungarn, das wiederholt bewiesen hat, daß es der Dynastie treu und ergeben ist und für diese wiederholt sein Blut vergossen hat, für das Attentat verantwortlich gemacht werde.

K.-B. Sarajevo, 10. Juli. Die „Istina“, das Organ der serbischen Nationalpartei, führt in Betrachtung der politischen Folgen der letzten Ereignisse aus: Die direkte Folge ist nun, daß unser Landtag nicht funktioniert und infolgedessen die Lösung der Agrarfrage auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben ist. Zwischen den Serben einerseits, Moslims und Kroaten andererseits wurde eine große Kluft geschaffen. Der gemeinsame Finanzminister hat bei seinem Antritt das Axiom aufgestellt, daß er nur mit allen drei Konfessionen gemeinsam arbeiten wolle.

Man weiß, daß diesen Grundsatz auch der Monarch billigt. Werden die letzten Katastrophen imstande sein, diesen Grundsatz umzustößen? Wir hoffen und vertrauen, daß dies nicht der Fall sein wird. Wird man dies aber versuchen wollen, so wird man sich überzeugen, daß sich ohne die Serben nicht regieren läßt, noch weniger aber gegen die Serben.

K.-B. Köln, 10. Juli. Die Kölnische Zeitung nimmt in einem Berliner Brief, überschrieben Nach-

wehen Sarajevo's, zu den Forderungen Österreich-Ungarns an Serbien Stellung und sagt: Es ist die politische Kultur Europas, die aus Wien heute ihre Stimme erhebt. Nie war man in Deutschland inniger von der Bedeutung der historischen Aufgabe Österreich-Ungarns überzeugt, nie einmütiger in dem Gedanken, daß Deutschland unerschütterlich hinter seinem Bundesgenossen zu stehen habe.

Eine Rechtfertigung der bosnischen Verwaltung.

K.-B. Sarajevo, 10. Juli. Zu einer von einem Wiener Blatte veröffentlichten Korrespondenz aus Budapest, worin von Vernachlässigungen des politischen Dienstes in Sarajevo gesprochen wird, wird von kompetenter Stelle folgendes festgestellt: Die in der Korrespondenz aufgestellte Behauptung, daß Sektionschef Dr. Zurmie als Hauptschuldiger an den Versäumnissen der bosnischen Polizeiverwaltung angesehen werde, ist absolut unwahr und durch nichts gerechtfertigt. Dr. Zurmie hatte auf dem Gebiete des Verwaltungsapparates schon während der kurzen Zeit, seit er die administrative Abteilung leitete, mehrere Erfolge erzielt und es ist bezeichnend, daß einzelne bezügliche Maßnahmen gerade in der serbisch-oppositionellen Presse zu vehementen Angriffen gegen Sektionschef Dr. Zurmie Anlaß gegeben haben. Er widmete namentlich der Gendarmerie und ihrer Entwicklung seine vollste Aufmerksamkeit und traf Anstalten, um die schon seit langer Zeit in Aussicht genommene Reform der Polizeiverwaltung sofort nach Verabschiedung der Sarajevoer Gemeindestatuten durch den Landtag durchzuführen.

Was weiter die in der erwähnten Korrespondenz enthaltene Behauptung anbelangt, der zufolge ein Anbot des Kommandanten des Gendarmeriekorps Generalmajors Enjarić betreffend die Heranziehung der Gendarmerie zum Sicherheitsdienst in Sarajevo von der Zivilbehörde abgelehnt worden wäre, so ist diese ebenfalls unwahr, nachdem tatsächlich die verfügbare Mannschaft des Gendarmeriekorps zur Ergänzung des Sicherheitsdienstes in Sarajevo zur kritischen Zeit herangezogen worden war. Ebenso unwahr ist, daß die

Attentäter Cabrinovic und Princip durch die zur Ergänzung des Sicherheitsdienstes herangezogenen Budapester Detektifs als schwer verdächtige Personen bezeichnet worden wären. Der Attentäter Cabrinovic war als Streifhitzer vor Jahren einmal vorübergehend aus Sarajevo abgeschoben worden. Dieses Faktum und sein sonstiges Verhalten konnten jedoch keine Grundlage dafür bieten, daß Cabrinovic aus Anlaß des Besuches des Erzherzogs Franz Ferdinand als „gefährliche Person“ interniert oder neuerlich hätte abgeschoben werden sollten. Der Attentäter Princip endlich war früher überhaupt nie verhaftet oder abgeschoben worden und war der Polizei nur als einer jener vielen Jünglinge bekannt, die in den letzten ereignisreichen Jahren ihrer serbisch-nationalen Gesinnung gelegentlich Ausdruck gaben.

Untersuchungen und Verhaftungen.

S. Wien, 10. Juli. Auf Grund des Materials, das in den Wohnungen der südslawischen Studenten in Berlin vorgefunden wurde, wurde heute die Untersuchung bei den Wiener südslawischen Studenten wieder aufgenommen. Der Führer der slowenisch-nationalistischen Studenten in Wien, stud. Phil. Josef Kosak, wurde verhaftet. Auch die Untersuchung in Laibach wird fortgesetzt.

r. Laibach, 10. Juli. Die Polizei verhaftete in den letzten Tagen zahlreiche Mittelschüler wegen Zugehörigkeit zur südslawischen Dmlabina. Unter den Verhafteten befinden sich auch zwei Maturanten, die vorgestern die Matura hätten ablegen sollen. Über Bitten der Eltern wurde den Maturanten gestattet, die Prüfung im Gerichtsgebäude ablegen zu dürfen. Im letzten Augenblicke hat jedoch der Landeschulrat die Prüfung mit der Mitteilung sistiert, daß die Ablegung der Prüfung im Gefängnisse unzulässig sei.

W. Luffingraude, 10. Juli. Wegen Gutheißung der Sarajevoer Mordtat wurde hier der 33 Jahre alte Michael Slepovich aus Karlstadt in Kroatien verhaftet. Er war als Wächter beim hiesigen Strophulosenheim des Landes Niederösterreich angestellt.

r. Budapest, 10. Juli. „Az Est“ erhält aus Sarajevo folgende Meldung: In einem kroatischen, hier erscheinenden Blatte wird heute folgendes geschrieben: Am Tage, an dem das Attentat erfolgte, wurde hier ein Telegramm ausgegeben, das an den Major Pribicevic gerichtet war und lautete: Beide Pferde gut verkauft. Das Telegramm trägt keine Unterschrift. Die Untersuchung wird auch nach dieser Richtung hin geführt.

r. Sarajevo, 10. Juli. Der Untersuchungsrichter hat einen Haftbefehl gegen den Mohammedaner

Mehemed Bagics, einen Tischlergesellen, erlassen; der an dem Attentat beteiligt gewesen sein soll. Heute wurde in Mostar der Hofphotograph Marianovic verhaftet, der verdächtig ist, dem Bagics Geld gegeben zu haben, damit er nach Montenegro flüchten könne.

Serbenseindliche Demonstrationen.

W. Zara, 10. Juli. In der ganzen Provinz dauern die antiserbischen Demonstrationen fort. Der Fanatismus der Massen auf dem Lande wird durch Priester und Anhänger der kroatischen Rechtspartei angestachelt. In Ombla bei Ragusa haben die Demonstranten eine serbische Fahne, die auf einer Badeanstalt gehißt war, niedergerissen; sie demonstrierten und steckten das Haus des Serben Percovich in Brand. In Sign, Castelnovo und Trau kam es ebenfalls zu serbenseindlichen Demonstrationen, wobei auch serbische Fahnen verbrannt wurden. In Metkovic wurden die serbischen Aufschriftstafeln entfernt. In manchen Dörfern halten die Priester und serbische Bauern bewaffnet Wache bei ihren Kirchen.

Eine Erklärung der serbischen Regierung.

r. Belgrad, 10. Juli. Die Regierung hat ihren Vertretern im Auslande eine Zirkularnote mit dem Auftrag überreicht, sie den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, zur Kenntnis zu bringen. Darin wird erklärt, daß sowohl die offiziellen, wie die inoffiziellen Serben das Sarajevoer Attentat auf das entschiedenste verurteilen, aber daß sie es zugleich als ihre Pflicht betrachten, folgende Erklärung abzugeben: Die serbische Regierung duldet auf ihrem Territorium keine Konzentration von anarchistischen Elementen und wird sie auch nicht dulden. Das Gesetz gegen die Anarchisten sei bereits fertiggestellt und werde noch in diesem Jahre in Kraft treten; außerdem werden Maßnahmen getroffen, um die exaltierten Elemente Serbiens in Schranken zu halten.

Neue Nachrichten.

Zum Attentat in Sarajevo.

Die Schließung des bosnischen Landtages.

A. Sarajevo, 10. Juli. Die Session des Landtages wurde heute geschlossen. Die in Sarajevo anwesenden muslimanischen und kroatischen Abgeordneten hielten eine Konferenz über die weitere Haltung gegenüber den der Arbeitsmehrheit angehörenden Serben und dem gemeinsamen Finanzminister v. Bilinski ab, gegen den sich eine große Mißstimmung geltend macht, da er die Serben zu sehr begünstigt hätte. Auch die serbische Dimitowigruppe hielt eine Konferenz ab, in der sie die Bereitschaft zur weiteren Arbeit im Landtage und das Festhalten der Treue und Anhänglichkeit der Serben am Kaiserhaus besonders stark betonte, und gegen jede Umsturzbewegung sowie gegen das Attentat in Sarajevo in entschiedener Weise Stellung nahm.

A. Wien, 10. Juli. Von maßgebender Seite wird betont, daß die Schließung des bosnischen Landtages keineswegs als eine Etappe zur gänzlichen Entziehung der parlamentarischen Tribüne in Bosnien anzusehen sei. Die Schließung erfolgte erstens angesichts der Erregung in allen Schichten der bosnischen Bevölkerung, um nicht neue Gelegenheit zu erregten Debatten zu schaffen, und zweitens wegen der in den nächsten Tagen beginnenden fünf Wochen dauernden mohammedanischen Feiertage. Der bosnische Landtag wird aller Voraussicht nach in der zweiten Hälfte des August wieder einberufen werden, um das Budget zu erledigen.

Die Untersuchung.

A. Sarajevo, 10. Juli. Die Untersuchung in der Attentatsaffäre nähert sich bereits dem Abschlusse. Heute schon läßt sich sagen, daß sie insofern einen vollen Erfolg ergeben hat, als sie alle Fäden der Verschwörung bloßlegt. Von den im Zusammenhang mit dem Attentat verhafteten Personen kann die Schuld oder Mitschuld an dem Verbrechen bei acht-

zehn als erwiesen betrachtet werden. Von diesen achtzehn sind neun als an der Ausführung des Attentats direkt beteiligt in Haft, ein zehnter Teilnehmer, und zwar ein Muselmane, namens Mohammed Basits, konnte bisher nicht festgenommen werden und man nimmt an, daß es ihm gelungen sei, nach Montenegro zu flüchten.

Wie die Untersuchung ergab, hat anfangs bei den Verschwörern die Absicht bestanden, den Thronfolger in Mostar zu ermorden. Da jedoch dort kein längerer Aufenthalt des Thronfolgers geplant war, sondern nur eine einstündige Rundfahrt durch die Stadt, wurde davon Abstand genommen. Dann dachte man daran, die Tat während der Manöver in Tarris zu verüben; dies war jedoch angesichts der strengen Absperrungsmaßregeln nicht möglich.

Eine günstige Gelegenheit glaubten die Verschwörer auch in Klidze zu finden, und zwar nach der Hofafel am Vorabend des Attentats. Auch dort konnte jedoch der Plan nicht zur Ausführung gebracht werden und so wurde schließlich der Sonntag, an welchem der Thronfolger mit seiner Gemahlin die Fahrt nach Sarajevo unternahm, für die Ausführung des Attentats bestimmt.

Außer den Teilnehmern und den Mitwissern an der Verschwörung, gibt es auch noch Leute, die nach Ausführung des Attentats einigen der Mitverschworenen bei ihren Fluchtversuchen oder beim Verstecken der Bomben behilflich waren, von denen nunmehr auch die letzte, die sechste gefunden worden ist. Alle diese Leute werden natürlich mitangeklagt werden. Im ganzen rechnet man, daß achtzehn bis zwanzig Personen wegen des Attentats vor Gericht gestellt werden.

Eine Vorstellung der Tripelentente?

A. Wien, 10. Juli. Wie das Neue Wiener Tagblatt von unterrichteter Seite erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß die Tripelentente einen freundschaftlichen Schritt in Belgrad unternehmen werde, um Maßnahmen gegen die anarchistischen Elemente anzuempfehlen. Der Schritt der

Tripartente dürfte unmittelbar bevorstehen. Man hat Grund zur Annahme, daß die Gesandten der Tripartente ihren freundschaftlichen Rat auch in dem Sinne abgeben werden, daß Serbien durch solche Maßregeln zur Beruhigung Oesterreich-Ungarns beitragen möge.

U. **Wien**, 10. Juli. Dem Londoner Korrespondenten des „Neuen Wiener Tagblattes“ wurde auf seine Anfrage erklärt, daß über einen englischen Schritt in Belgrad nichts bekannt sei. Wenn ein solcher Schritt erfolgt sei, wäre er spontan unternommen worden und würde erst später zur Kenntnis anderer Kreise gelangen.

I. **Paris**, 10. Juli. An hiesigen kompetenten Stellen wird erklärt, daß von einer Demarche in Belgrad oder von einem sonstigen Schritte Frankreichs in Belgrad nichts bekannt sei. Doch sei es möglich, daß von hier nach Serbien diskrete Ratschläge gegeben worden seien.

*
K.-B. **Budapest**, 10. Juli. In der Generalversammlung des Torontaler Komitates, in welcher die Serben die relative Mehrheit besitzen, erklärte der Führer der Serben, Giorgjevic, er fühle sich verpflichtet, namens der Serben der tiefsten Entrüstung über das Attentat in Sarajevo Ausdruck zu geben. Er fühle sich bewogen, namens der Serben zu erklären, daß sie dem Herrscherhaus in treuer Anhänglichkeit ergeben seien und darin keinem anderen Volke nachstehen. Die Serben weisen mit Entrüstung den Gedanken zurück, daß sie nach außen gravitieren und sich sehnen, einem fremden Staate anzugehören. Die Generalversammlung nahm eine Resolution einstimmig an mit dem Hinzufügen, daß die Regierung ersucht werde, nur in Ungarn erzogene patriotische Geistliche und Lehrer anzustellen und die Passkontrolle mit größter Sorgfalt auszuüben. Auch in anderen, von Serben bewohnten Städten und Komitaten ergreifen die Serben die Gelegenheit, ihren Gefühlen patriotischer Anhänglichkeit an die Dynastie und der Entrüstung über die von zwei ihrer Stammesverwandten verübten Attentate demonstrativ Ausdruck zu verleihen.

K.-B. **Sarajevo**, 10. Juli. Heute fand in der hiesigen Kaisermoschee eine Dova (Gebet) statt, die vom Reis ul Ulema verrichtet wurde. Das Gebet für den Kaiser wurde vom Reis ul Ulema mit einer Ansprache eingeleitet, worin er ausführte: Wir Moslims, die wir nach den Vorschriften des erhabenen Islam verpflichtet sind, sowohl die Freuden, wie den Schmerz des Herrschers und seines erlauchten Hauses zu teilen, müssen stets zum großen Allah innigst beten für allerhöchst seine Gesundheit und sein Wohlergehen. Hierauf flehte der Reis ul Ulema den Segen Gottes auf den Kaiser und das Kaiserhaus herab und schloß mit dem Wunsche, daß sich die Herzen aller Untertanen in Eintracht finden mögen zur Liebe zu ihrem Herrscher.

U. **Sarajevo**, 10. Juli. Wie verlautet, ist man in den Mittelschulen verschiedenen revolutionären Verbindungen auf die Spur gekommen.

Die Folgen des Attentates von Sarajevo.

Die Beschlüsse des gemeinsamen Ministerrates.

r. Zischl, 9. Juli. Von hervorragender Seite erfährt der Korrespondent des „N. W. Tgbl.“ zur heutigen Audienz des Grafen Berchtold: Der vom gemeinsamen Ministerrat für Bosnien in Aussicht genommene Kurs wurde vom Kaiser genehmigt. In der Tat ist demnach in Bosnien eine Reihe von Veränderungen verwaltungsrechtlicher Natur, so auf dem Gebiete der Polizei, der Schulen und des Versammlungswesens, über die Ritter von Wilinski morgen dem Kaiser im einzelnen berichtet wird, zu gewärtigen, mit denen Hand in Hand eine straffere Handhabung der Grenzpolizei zu erwarten ist. Was den Schritt unserer Regierung beim serbischen Kabinett betrifft, so wird er in kürzester Zeit erfolgen. Er wird aber keinen Eingriff in die staatlichen Hoheitsrechte des benachbarten Königreiches beinhalten; unsere Regierung wird der serbischen nichts zumuten, was als Unfront oder Demütigung gedeutet werden könnte. Daher ist zu erwarten, daß die serbische Regierung unseren Forderungen, die einerseits auf die Bestrafung der an der Anstiftung zum Attentat Beteiligten, andererseits auf Vorkehrungen zur Abstellung jener Übelstände seitens Serbiens abzielen, deren Weiterbestand den Kontakt nachbarlichen Verkehrs ausschließen müßte, voll und ganz Rechnung tragen werde.

S. Wien, 9. Juli. Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Zischl melden: Was Bosnien und die Herzegowina betrifft, so sind nach der heutigen Audienz des Grafen Berchtold weder Personalveränderungen noch eine Änderung des bisherigen Kurses, der die Heranziehung der lokalen Serben ins Auge faßt, geplant, sondern die zu gewärtigenden Maßnahmen werden sich auf eine strengere Überwachung der Grenze, auf Reformen der Mittelschulen und auf eine straffere Handhabung des Versammlungsrechtes beschränken. Die serbische Regierung wird nach dem Abschluß der Untersuchung vom Tatbestande und von den Namen der kompromittierten Personen verständigt und im diplomatischen Wege aufgefordert werden, in ihrem Wirkungskreise die kompromittierten Personen zur Verantwortung zu ziehen und gewisse Sicherheiten zu bieten, daß auch in Serbien in Zukunft die großserbische Propaganda auf dem Gebiete der Monarchie von der serbischen Regierung nicht nur nicht begünstigt, sondern auch verhindert werde.

l. Budapest, 9. Juli. Nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelten sich am Abend die Mitglieder der ungarischen Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Tisza zu einem Ministerrat, in dem der Kabinettschef über die Beschlüsse des letzten gemeinsamen Ministerrates referierte. Wie verlautet, wird in der nächsten Zeit in der

korrektesten diplomatischen Form an Serbien die Aufforderung ergehen, es möge die Untersuchung im Interesse der Eruiierung und Bestrafung der Schuldigen unterstützen und dafür Sorge tragen, daß in Zukunft die großserbische Bewegung in Bosnien nicht durch eine Agitation von Serbien aus genährt werde. Die Wünsche unserer Monarchie dürfte unser Gesandter Baron Gieszl noch im Laufe dieser Woche an kompetenter Stelle verbalmeschen, und von der Antwort, die man hierauf erhält, wird jeder weitere Schritt abhängen. Man erwartet, daß Serbien in ebenso höflicher wie entschiedener Weise unsere Anfragen beantworten werde. Es ist zu erwarten, daß nunmehr, da Serbien offiziell jede Meinungslosigkeit mit der hochverräterischen Agitation

in Bosnien ablehnt, auch denjenigen Serben ein Licht aufgehen wird, die sich jetzt von der Zweideutigkeit der serbischen Politik irreführen ließen.

Das Schicksal des bosnischen Landtages.

S. Wien, 9. Juli. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, entbehren die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung des bosnischen Landtages jeder Grundlage.

F. Sarajevo, 9. Juli. Das Präsidium des Landtages ist aus Wien zurückgekehrt. Über die Ergebnisse der Wiener Reise und die Beratungen mit dem Reichsfinanzminister N. v. Bilinski wird strengstes Geheimnis gewahrt, umso mehr, als auch hier noch Konferenzen stattfinden. Heute fand beim Landeschef F. M. Potiorek eine Konferenz mit dem Präsidium des Landtages statt. Morgen halten der Kroatische und der moslimische, sowie der Klub der serbischen Nationalpartei Sitzungen ab. Sicher ist, daß das Präsidium des Landtages selbst den Antrag auf Schließung der Session unterbreiten wird.

Zur Rede des Grafen Tisza.

A. B. Köln, 9. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Ausführungen, mit denen Ministerpräsident Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause die Interpellation des Grafen Andrássy über das Attentat in Sarajevo beantwortet hat, werden in hiesigen politischen Kreisen mit Zustimmung begrüßt. Ministerpräsident Graf Tisza betonte das große Interesse an der Erhaltung des Friedens, wies aber auch in ernster Weise auf die Wahrung der Lebensinteressen und des Prestiges der österreichisch-ungarischen Monarchie hin. Die Ruhe, wie die Entschlossenheit, die aus dieser Erklärung sprechen, bezeugt hier vollem Verständnis.

Europas Solidarität gegen die großserbische Propaganda.

K.-B. Berlin, 9. Juli. Der „Lokalanzeiger“ veröffentlicht unter der Überschrift „Europas Solidarität gegen die großserbische Propaganda“ einen Artikel, worin zunächst darauf hingewiesen wird, daß von der österreichisch-ungarischen Regierung keinerlei diplomatische Schritte gegen Serbien in Aussicht genommen werden und daß man sich in Wien und Budapest einstweilen auf Maßnahmen gegen die großserbische Agitation im Bereiche der bosnisch-herzegowinischen Reichslände beschränken werde. Das Blatt fährt dann fort: Diese maßvolle Haltung der Donaumonarchie ist um so verständlicher, als zurzeit noch kein abschließendes Ergebnis der Untersuchung über den Zusammenhang der Mordtat von Sarajevo vorliegen dürfte. Solange diese nicht beendet und keine Beweise für die Schuld privater oder gar offizieller Persönlichkeiten im Königreiche Serbien auf amtlichen Wege erbracht sind, müssen alle Gerüchte von angeblich erwiesenen Tatsachen mit Vorsicht aufgenommen werden. Für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien wird der Ausgang dieser amtlichen Untersuchung allerdings von einschneidender Bedeutung sein und wir glauben, daß man in Wien fest entschlossen sein würde, in Belgrad energisch vorzusprechen, falls sich dazu eine ausreichende Veranlassung bieten würde. Ist zwar der Königs-mord in Serbien kein unmögliches Ereignis, so hat man es dort bisher nicht gewagt, Spießgesellen zu dinge, um so in einer benachbarten Monarchie blutige Arbeit für großserbische Zwecke verrichten zu lassen. Gegen eine solche Schamlosigkeit eines Nachbarstaates, vorausgesetzt immer, daß sie erwiesen wird, wird sich nicht nur die von ihr unmittelbar betroffene Donaumonarchie mit Entrüstung auflehnen und mit vollem Rechte Sühne heißen, auch die ganze gesittete Welt wird sich in diesem Falle mit Abscheu gegen die serbische Nation wenden. In Deutschland aber, das in Sarajevo einen Freund und Bundesgenossen verloren, würde dann jeder Schritt, denn man von Wien aus gegen die Schuldigen unternimmt, volle moralische Unterstützung finden, und auch das amtliche Deutschland würde hierbei nicht nachsehen. Hier müßte sich unsere Nibelungentreue aufs neue bestätigen, und nun kann es nur gutgehen werden, daß die Regierung des Kaisers Franz Josef offensichtlich entschlossen ist, die Ergebnisse der Untersuchung mit Ruhe abzuwarten, um ihr weiteres Verhalten danach einzurichten. Wir irren wohl nicht, wenn wir die Annahme aussprechen, daß auch in andern Staaten, in denen gesittete Auffassungen vorherrschen, diese Haltung der Donaumonarchie als unansehbar angesehen wird. Denn nicht nur Österreich-Ungarn, nicht nur Deutschland, sondern das gesamte Europa, sei es monarchisch oder republikanisch gesinnt, sei es germanisch, romanisch oder slawisch, muß ein berechtigtes Interesse daran haben, zu wissen, ob sich in seinem berichtigten politi-

schen Wetterwinkel wirklich ein Staatsleben findet, das nicht nur den Mord seiner Staatsoberhäupter betreibt, sondern die Mordwaffen auch gegen die Fürstlichkeiten anderer Staaten richten läßt.

Die Untersuchung.

U. Wien, 9. Juli. Von besonderer Seite erhält das „N. W. Tagbl.“ eine Zuschrift, die ausführt, daß die Monarchie die Forderung an Serbien, die österreichischen behördlichen Organe auf serbischem Boden die Untersuchung führen zu lassen, selbsterständlich nicht stellen werde, denn man werde von Serbien nichts verlangen, was gegen die Souveränität eines Staates verstoße. Hingegen werde man wenigstens die Konfrontation der in Sarajevo Verhafteten mit den in Serbien befindlichen Personen verlangen, gegen die sich der Verdacht der Urheberschaft richtet. Für ein solches Verlangen gebe es gerade in der Geschichte der österreichisch-serbischen Beziehungen einen Präzedenzfall.

Als im Jahre 1868 der Fürst Michael Obrenovic in Topschiber ermordet wurde, verlangte die Belgrader Regentschaft die Auslieferung des wegen Verdachtes der Anstiftung zum Morde in Ungarn verhafteten Fürsten Alexander Karageorgievic. Die Auslieferung wurde von den ungarischen Behörden verweigert. Darauf verlangte Kistice namens der Regentschaft die Konfrontation des Fürsten mit dem Attentäter. Dies wurde von der ungarischen Regierung bewilligt und in der Weise durchgeführt, daß ein österreichisch-ungarisches Schiff den Fürsten und ein serbisches Schiff die dort verhafteten Attentäter in die Mitte der Donau brachte. Dort legten die beiden Schiffe Bord an Bord an und die Konfrontation wurde vorgenommen. Was Österreich-Ungarn damals auf Verlangen der serbischen Justiz bewilligte, das müsse wohl oder übel auch Serbien der österreichischen Justiz gewähren.

Die Erzeße der serbischen Presse.

K.-B. Belgrad, 9. Juli. Anknüpfend an die Äußerung des Premierministers Asquith bei der Mitteilung der Todesnachricht im Parlament, daß er für das Schicksal der Menschheit besorgt sei, sagt „Balkan“, daß das serbische Volk stets in diesem Zeitraum den fürchtbaren Qualen der jesuitischen Politik Österreich-Ungarns ausgegesetzt war. Schließlich mußte Erzherzog Franz Ferdinand, wie alle Söhne Loholad, die nur im Blute der Menschen arbeiten und dem Prinzip „Der Zweck heiligt die Mittel“ huldigen, vom Schicksal ereilt werden, wie es auch das ganze Österreich-Ungarn werden wird.

Die „Tribuna“ schreibt: Am besten sei es, aus Österreich-Ungarn nichts zu beziehen, auch die österreichischen und ungarischen Wäber nicht zu besuchen und keine Ärzte aus Österreich-Ungarn zu berufen. Die Privatinitiative könne in der ange deuteten Richtung viel ausrichten. Der Staat und die Behörden haben sich darein nicht einzumischen.

„Piemont“ veröffentlicht eine angeblich von einem fortschrittlichen Kroaten aus Agram stammende Zuschrift anlässlich der Demonstrationen der Frankpartei, worin ausgeführt wird, daß Serben und Kroaten ein Volk seien. Für dessen Zukunft sei es notwendig geworden, nicht mehr bei Worten zu verbleiben, sondern zu nationalen gemeinsamen Werken überzugehen. Es sei die Vereinigung zu einem Staate notwendig geworden.

Nr.:

TAG:

„Politika“ fährt aus: Die zwischen den Serben und Kroaten bestehende Eintracht sei bereits derart stark, daß sie durch keine Macht mehr zerstört werden könne.

„Stampa“ behauptet, daß die Sarajevoer Polizei die verhafteten Attentäter der unmenschlichsten und schamlosesten Tortur aussetze (?), um von ihnen unwahre Geständnisse zu erpressen, auf Grund welcher dann Anklagen gegen das serbische Volk erhoben werden können.

Eine offizielle österreichische Erwiderung.

S. Wien, 9. Juli. Die „Wiener Allg. Ztg.“ schreibt: In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die jetzt vorliegenden Belgrader Zeitungsstimmen das Ergebnis oder, richtiger gesagt, den Mißerfolg der Einflußnahme darzustellen scheinen, die im Auftrage des Ministerpräsidenten Pasić der Chef des serbischen Preßbureaus auf die führenden Journalisten der serbischen Hauptstadt zu üben versucht hat. Die Blätter leisten ihm lieber keine Folge und fahren mit ihrer heberischen Sprache nicht nur fort, sondern haben sie nur noch gesteigert. Wenn man vorher nicht vor der Alternative stand, anzunehmen, daß Herr Pasić nicht imstande oder nicht gewillt sei, den Ausschreitungen der Presse zu begegnen, so ist man heute bereits geneigt, als sicher anzunehmen, daß Herrn Pasić keine Mittel zur Verfügung stehen, um die auch

gemäß seiner Überzeugung den Interessen Serbiens und dem serbischen Rufe so sehr widersprechenden Exzesse der Belgrader Presse einzudämmen. Daraus ergeben sich aber zwei wichtige Folgerungen: Erstens daß die serbischen Publizisten die haßerfüllte Propaganda fortsetzen, weil sie, offenbar in genauer Kenntnis der wahren Stimmung des Landes, überzeugt sind, ihrem Lesepublikum zu Gefallen zu schreiben. Wenn dem aber so ist, so ist die weitere unvermeidliche Folgerung, daß die fast allgemein erhobene Anklage, die von vornherein den Ursprung der Sarajevoer Bluttat auf serbischem Boden gesucht hat, nachträglich durch die Haltung der serbischen Presse und der von ihr mit leider nur zu genauer Treue zum Ausdruck gebrachten öffentlichen Meinung des serbischen Königreiches vollauf gerechtfertigt wird. Die jahrelang ausgestreute Saat des Hasses und der moralischen Verwilderung ist eben aufgegangen, und heute stehen die Dinge bereits so, daß das verführte Volk die gewohnte Tonart in der Presse nicht mehr missen möchte. Heute schon ist es nicht nur unserer, sondern auch der weiteren europäischen Öffentlichkeit klar geworden, daß die Monarchie den weiteren zu gewärtigenden Folgewirkungen des an ihrer Grenze lauernden und, wie das Attentat gezeigt hat, zu allem fähigen Hasses unmöglich mit verschränkten Armen entgegensetzen kann und daß sie fortan zu einer Politik äußerster Vorsichtigkeit und Wachsamkeit gezwungen sein wird.

Die Stimme der Neue.

Die Sprache der russischen Presse.

Mit Ausnahme eines oder zweier wilder nationalistischer Blätter besleibt sich die russische Presse in der gegenwärtigen Krise einer ruhigen, Serbien zur Selbstbeherrschung und Einlenkung mahnenden Sprache. Sowohl die konservative wie die liberale Presse des Zarenreiches ist monarchisch gesinnt und hört in der auswärtigen Politik auf die Stimme der Regierung, welche es in der Hand hat, Stürme zu entfesseln oder die Geister zu beruhigen. Offenbar erweckte das Verbrechen von Sarajevo am Petersburger Hof und in den Regierungskreisen tiefes Entsetzen und brachte den Machthabern zum Bewusstsein, welche Gefahren ihnen erstehen, wenn der Terror, der in Rußland bereits zahlreiche Opfer gefordert hat, den Weg aus Belgrad wieder in die russische Heimat zurücknimmt. Auch diesmal gehen die russischen Blätter im ganzen maßvoller vor als die französischen, welche anlässlich der letzten serbischen Anleihe politische Verpflichtungen gegenüber der Belgrader Regierung eingegangen sind und sich für die empfangenen Zuhwendungen jetzt dankbar zeigen. Die Höfe von Wien und von Petersburg sind zudem durch die Solidarität der monarchischen Interessen verbunden, von denen sich das demokratische Frankreich demonstrativ frei erklärt. Wenn also Österreich-Ungarn die angekündigten Schritte in Belgrad machen und die Eindämmung der Verschwörerthaten fordern sollte, so ist von Rußland her ein Einspruch nicht zu erwarten. Im Gegenteil. Die Mahnungen der Presse des Zarenreiches an Serbien lassen darauf schließen, daß zwischen Wien und Petersburg eine Aussprache stattgefunden hat

und man bis zu einem gewissen Grade über die Notwendigkeit einig geworden ist, den Mordexzessen der großserbischen Agitation Einhalt zu gebieten.

Bei diesem Anlasse zeigt es sich wieder, daß die beiden großen Parteien Rußlands, die Liberalen wie die Konservativen, im Hinblick auf das Friedensbedürfnis der Nation zu einer ruhigen Erörterung des österreichisch-russischen Verhältnisses bereit sind und daß nur die in der Mitte zwischen ihnen stehenden Nationalisten eine direkte und unbedingt österreichfeindliche Haltung einnehmen. Die „Nowoje Wremja“ und ähnliche Organe werden unter allen Umständen im Lager des Großzarentums zu finden sein, selbst die Verbrechen beschönigend, die aus diesem Lager hervorgegangen sind. Die russischen Konservativen haben niemals für die französische Allianz geschwärmt, schon im Hinblick darauf, daß aus dem republikanischen Frankreich die demokratischen und sozialistischen Ideen in das Zarenreich Eingang gefunden und die Fundamente des Staatswesens zur Erschütterung gebracht haben. Der alte Fürst Meschtscherksi, der selbst während der Aufregungen des Balkankrieges von 1912/13 für eine ruhige Aussprache mit Österreich-Ungarn eingetreten ist, findet sich jetzt nicht mehr allein, und der Chefredakteur des Organes der äußersten Rechten, der „Semitschina“, Herr Glinka, erklärte dieser Tage in seinem Blatte, daß er gleich Meschtscherksi ein Feind des russisch-französischen Bündnisses sei. Nun ist es ausgeschlossen, daß die russische Politik einen anderen Kurs einschlagen und die durch das Bündnis von 1891 mit Frankreich angebahnten Beziehungen lösen werde. Stimmen wie die Glinkas beweisen nur, daß auch in kernrussischen Kreisen eine Gegenströmung besteht, die einem Einvernehmen, mindestens mit Deutschland, günstig

gestimmt ist. Einer der angesehensten russischen Publizisten, Iwan Golowin, der für die Aufrechterhaltung der Regierungsautorität, aber auch für freie Staatseinrichtungen das Wort ergriffen hat, gibt in seinen interessanten, auch ins Deutsche übersetzten Erinnerungen, die Ansichten jener verständigen Russen wieder, welche ihr Vaterland von einer abenteuerlichen äußeren Politik abhalten und die Aufmerksamkeit auf innere Reformen hinlenken möchten. Golowin setzt auseinander, daß, wenn Rußland das sogenannte panslawistische Ideal zum Ziele seiner Politik machen und nach der Herrschaft über die Balkanhalbinsel und über Konstantinopel streben sollte, es in eine Reihe furchtbarer Kriege verwickelt würde, in denen ganz Europa Partei nehmen müßte. Es sei nicht ausgemacht, so führt Golowin aus, daß sich der größere und stärkere Teil von Europa auf Seite Rußlands stellen werde, um es zur ersten Macht des Erdenrundes zu erheben. Jetzt aber nach dem Fall der tiefbetroffenen Opfer des Sarajevoer Attentates regt sich etwas wie Neue bei ihnen und äußert sich in den Stimmen des größeren Teiles der russischen Presse. Das sollte für Serbien eine Warnung sein, sich den nicht unbilligen Forderungen der Monarchie zu verschließen, welche überall dort Zustimmung erhalten werden, wo die Gerechtigkeit oder doch wenigstens die konservativen Interessen Gehör finden.

Zum Attentat in Sarajevo.

Die Frage einer Demarche in Belgrad.

S. Wien, 11. Juli. Der Petersburger Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblattes“ erhielt heute an

berufener russischer Stelle folgende Mitteilungen: Eine amtliche Einflussnahme von russischer Seite in Belgrad zur Herbeiführung des notwendigen Entgegenkommens Serbiens gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie müsse angesichts des eng begrenzten Charakters der vorliegenden Fragen als eine Angelegenheit der beiden Kabinette untereinander unterbleiben. Sollte die Petersburger Diplomatie um einen Rat angegangen werden, was ja immerhin wahrscheinlich sei, dann werde für die hiesige Politik eine friedfertige, jedoch würdevolle Haltung die einzig mögliche Richtschnur sein. An berufener Stelle ist man übrigens überzeugt, daß die direkten Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad einen durchaus ruhigen und befriedigenden Verlauf nehmen werden.

r. Belgrad, 11. Juli. Auf eine Anfrage des Berichterstatters der „Neuen Freien Presse“ beim österreichisch-ungarischen Gesandten Freiherrn von Giesl, ob die Nachricht von einer bevorstehenden Demarche Österreich-Ungarns richtig sei, erklärte Baron Giesl, daß eine Demarche vorläufig nicht erfolgen werde, da ja, wie bekannt, die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist und man erst ihren Abschluß abwarten werde.

Schärfere Grenzüberwachung in Bosnien.

S. Wien, 11. Juli. Wie die Mil. Rundschau von informierter Seite erfährt, ist eine beträchtliche Vermehrung und Ausgestaltung der bosnisch-herzegowinischen Grenzjägertruppe sowie der Gendarmerie in den Reichslanden beschlossen worden. Auch eine einheitliche Organisation der Finanzwache für Bosnien und Herzegowina wird weiter ausgebaut werden. Überdies finden gegenwärtig im Kriegsministerium und im gemeinsamen Finanzministerium Besprechungen statt, über die ein Elaborat schon in wenigen Tagen der Militärkanzlei des Kaisers vorgelegt werden wird. Die Vorkehrungen stehen im engsten Zusammenhang mit der vom letzten Ministerrat beschlossenen schärferen Grenzüberwachung. Die finanziellen Mittel werden zum Teil aus dem gemeinsamen Heeresbudget, zum Teil aus dem Budget für Bosnien und Herzegowina bestritten werden.

Fortdauernde Hege der serbischen Presse.

A. B. Belgrad, 11. Juli. Die „Politika“ richtet nicht wiederzuegebende Beleidigungen gegen Mitglieder des Habsburger Kaiserhauses.

„Balkan“ greift die Sarajevoer Polizei an und sagt, ihr System sei dasselbe, das immer bei staatlichem Niedergang benutzt wird. Die letzten Tage Roms, Byzanz, Venedigs und der Türkei erinnern an die gegenwärtige Situation in Österreich-Ungarn. Europa, das noch vor kurzer Zeit sich mit dem kranken Mann am Bosphorus beschäftigte, wird bald mit dem kranken Mann an der Donau zu tun bekommen.

Das Handelsblatt „Trgovinski Glasnik“ spricht von der Verderbtheit und Strupellosigkeit der österreichisch-ungarischen Politik, die sie jesuitisch, rücksichtslos und unehrenhaft nennt. Die Verfolgung der Serben in Bosnien und der Herzegowina beweise der ganzen Welt, daß diese Politik barbarisch und räuberisch sei und das volle Glas überlaufe. Sie werde dem serbischen Volke in Österreich-Ungarn eine Mahnung sein, daß es nicht in einem Kulturstaat lebt, welcher Leben und Eigentum garantiert, sondern, daß es stets bereit und bewaffnet sein müsse, sich vor der Räuberei der Behörden und der Regierung zu verteidigen. Nach den letzten Ereignissen dürfe das serbische Volk nicht mehr wie ein Lamm warten, das jeden Tag abgeschlachtet werden könne, sondern wie ein Löwe, der bereit ist zur blutigen Abwehr. Dasselbe Blatt schreibt: Während die sogleich nach dem Attentate beschlossene Trauerkundgebung des Landtagspräsidentiums klug war, sei durch die Trauerkundgebung des Gemeinderates die Gasse zur Säuberung der Bevölkerung aufgefordert worden. Auf dem Ausruf sei als Vizepräsident der Serbe Risto Damjanovic unterzeichnet.

A. B. Belgrad, 10. Juli. Die „Stampa“ veröffentlicht ein offenes Schreiben des Petar Hedhi Rocevic an den Bürgermeister Fehim Curcic in Sarajevo, worin dem Letzteren zur Last gelegt wird, daß er durch seinen Ausruf an die Bevölkerung den Unterdrückern Bosniens und der Herzegowina einen Dienst erwiesen habe, indem er das mohammedanische und das katholische Gesindel Sarajevos zum Plündern und Morden der Serben aufgefördert habe. Er habe sich dadurch zu einem Hundling erniedrigt. Alles, was auf der Welt serbokroatisch spreche und denke, verurteile und verfluche ihn. Sein Verbrechen gegen die wehrlosen Serben werde sich an ihm furchtbar rächen. Nichts sei ewig, auch Österreich-Ungarn werde nicht ewig in Bosnien und der Herzegowina bleiben. Die Zeit sei nicht ferne, wo die Serben, welche die Macht der Türken brachen und die Bulgaren strasten, um die Ivan-Planina und am Trebevic kreisen werden; dann würde

Curie und jenes Gesindel, das ihm gehorchte, Rechnung legen müssen. Nichts und niemand, selbst nicht die Flucht, werden ihn vor der verdienten Strafe retten können.

„Piemont“ veröffentlicht einen Agramer Brief, worin dargelegt wird, daß an den Demonstrationen kein Kroat, sondern nur eine Partei teilgenommen habe, welche sich aus streberischen Geistlichen, k. k. Beamten und Spionen, Juden, Magyaren, Deutschen und Italienern zusammensetzte und welcher die kroatische Firma aufgedrückt worden sei. Die Zeiten des Bruderkampfes seien unabweislich vorbei. Das Kroatentum sei identisch mit dem Serbentum. Die österreichischen Kleriker, die Streber und die Spione seien keine Kroaten.

„Pravda“ fordert unter dem Titel „Gegen die Nichtsnutzigen“ zum Boykott der österreichischen Firmen in Belgrad sowie der österreichischen Waren auf und sagt, es sei Pflicht der Narodna Obrana, die strengste Durchführung des Boykotts zu überwachen.

„Novosti“ kündigen für morgen die Veröffentlichung einer der Redaktion am Vidostan, dem Attentatstage, von einem Mädchen zugegangenen schriftlichen Prophezeiung des bevorstehenden Unterganges Österreich-Ungarns an.

P. B. Belgrad, 11. Juli. „Samouprava“ druckt wörtlich einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ ab, betitelt „Nach dem Sarajevoer Attentat“, und bemerkt zu dem Passus, worin die herausfordernde Haltung einzelner serbischer Blätter verurteilt wird, daß auch die „Samouprava“ die Haltung einzelner serbischer Blätter verurteilt habe. Es müsse aber anerkannt werden, daß in dieser Hinsicht die österreichische und die ungarische Presse nicht nur den Rekord erreicht habe, sondern daß auch ein Teil dieser Presse die Verantwortung für die Haltung eines Teiles der serbischen Presse gegenüber dem traurigen Ereignisse von Sarajevo trage. Es sei selbstverständlich, daß sich die serbische Presse durch die Schreibweise der österreichischen und der bulgarischen Presse nicht verleiten lassen und ihren Herausforderungen zum Schaden der serbischen Staatsinteressen nicht an die Hand gehen dürfe.

Die Petersburger Politik.

Nach dem Tode Hartwigs.

Serbien ist von einem schweren Schlag getroffen worden, von einem Schlage, der fast einer Niederlage gleichkommt. Die Natur, das unerbittliche Naturgesetz des Todes, hat in die Räder des Schicksals des aufwärts strebenden Serbien eingegriffen und sie in einem für Serbien äußerst wichtigen Moment zum Stillstand gebracht. In einem solchen historischen Moment ist auch Ministerpräsident Dr. Milovanovic, der Vollstrecker der Pläne der russischen Diplomatie, gestorben und jetzt ist auch Hartwig tot, jener Diplomat, der mit dem Feuer auf dem Balkan gespielt hat, der eigentlich alle Fäden der vom orientalischen Geiste besessenen Balkanpolitik in seinen Händen vereinigte. Was Hartwig in Belgrad war, daß weiß wohl die Monarchie am besten, und nirgends wird sein Schwinden aus dem Leben richtiger gewertet werden, als gerade in der Monarchie. Aber auch nirgends wird die Trauer nach ihm größer sein als in Serbien, nirgends wird man die Lücke, die er zurückgelassen hat, mehr empfinden, als auf den Terazije in Belgrad, wo alle Pläne geschmiedet wurden, die gegen die Monarchie gerichtet waren und wo die Aufteilung Österreich-Ungarns das wichtigste Gespräch bildete, das Ceterum censeo einer Politik, die die Folge der Annexionskrise war.

Man muß dem Toten Gerechtigkeit widerfahren lassen: er hat die Stelle, die er eingenommen hat, als ganzer Mann ausgefüllt und alle seine Kräfte in den Dienst einer Idee gestellt, die in Petersburg ihren Ursprung hat, deren Ausführung aber Belgrad übertragen wurde. Hartwig war der Vollstrecker jener Pläne, die nach dem Waffengang Graf Mehrenthal-Iszwozki in Petersburg ausgeheckt wurden, um für die Annexion Bosniens an Österreich-Ungarn Rache zu nehmen. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Pläne von Iszwozki selbst oder von dessen Mitarbeiter Tscharykow, dem Vorgänger Hartwigs in Belgrad, stammen. Tatsache ist, daß die russische Diplomatie nach der Annexion ihre besten Männer in den Dienst dieser Pläne stellte. Iszwozki wurde mit der Aufgabe betraut, die Verbündeten Rußlands mit Rußlands Wünschen bekannt zu machen und Hartwig fiel die Aufgabe zu, auf dem Balkan zur Propaganda der Tat zu schreiten. Denn vom Balkan aus sollte der Schlag gegen Österreich-Ungarn geführt werden, und zu diesem Zwecke mußte zuerst der Balkanbund geschaffen werden. Der Balkanbund war aber das ureigenste Werk Hartwigs; er hat Serbien und Bulgarien einander näher gebracht, er hat Griechenland mit in das Netz gezogen, er hat die Geschäfte

des Balkanbundes besorgt und seine europäische Bildung mit orientalischer Schlaueit der Balkandiplomaten verbunden.

Es braucht wohl nicht wiederholt zu werden, daß die Spitze des Balkanbundes gegen Österreich-Ungarn gerichtet war. Das wurde durch die Veröffentlichung des Bündnisvertrages zwischen Bulgarien und Serbien außer jedem Zweifel festgestellt. Die Verträge zwischen den Balkanstaaten trugen die Unterschriften der Minister der Balkanstaaten, aber eigentlich hätten sie die Unterschrift Hartwigs tragen sollen, denn er hat sie zustande gebracht. Der Balkanbund war natürlich nicht den Balkanstaaten zu Liebe geschaffen, er war das Mittel zum Zweck, er war ein Glied in der Kette der Pläne, die Rußland entworfen hat, um Österreich-Ungarn auf dem Balkan niederzuwerfen, um Rußland den Weg durch die Dardanellen frei zu machen. Serbien mußte das tun, was man in Petersburg direkt nicht zu tun wagte, Belgrad war die Expositur des Palais an der Petersburger Sängerk

prücke und alles, was zwischen Belgrad und Wien geschah, war Petersburger Probenienz. Darin liegt die Bedeutung Hartwigs für die russische Politik, darin liegt auch die Schwere des Verlustes, den Rußland erlitten hat.

Es wäre aber unvernünftig und naiv, wenn man sich dem Glauben hingeben wollte, daß mit dem Tode Hartwigs auch seine Politik gestorben ist. Hartwig war nur ein einzelner in dem Kampf gegen Österreich-Ungarn, er war nur ein ausgezeichnete Schüler jener Schule, die Iszwozki herangezogen hat, um seine Politik durchzuführen. Die russische Diplomatie verfügt über eine ganze Reihe von solchen Männern, die Hartwigs Politik in Belgrad fortsetzen werden. Es ist bloß eine Frage, ob sie auch die Fähigkeit besitzen, Hartwigs Agilität zu entwickeln, ihn ganz zu ersetzen. Der Nachfolger Hartwigs in Belgrad wird erst zeigen, was Rußland in Hartwig verloren hat, und von ihm hängt es auch ab, ob er imstande sein wird, den Weg, den Hartwig erfolgreich gegangen ist, auch fortzusetzen. Man darf sich daher in der Monarchie keinen übertriebenen Erwartungen hingeben, daß nach Hartwigs Tod in Belgrad ein neuer Kurs eingeschlagen werden wird. Im Gegenteil, man muß damit rechnen, daß jetzt in Belgrad eine noch größere Agilität entfaltet werden wird, daß der neue Mann sich mit noch größerem Eifer dem Werke hingeben wird, dessen Endziel die Abrechnung Rußlands mit Österreich-Ungarn ist. Dazu wird auch die Sarajewer Tragödie beitragen, die natürlich für die Politik Serbiens von entscheidendem Einfluß ist. Der Tod Erzherzog Franz Ferdinands und der Tod Hartwigs sind zwei Ereignisse, deren Wirkung für die Zukunft nicht nur der serbisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen, sondern auch der internationalen Politik von ausschlaggebender Bedeutung ist. In Hartwig verliert Iszwozki seinen besten Mitarbeiter, Serbien seinen größten Staatsmann und die Monarchie einen ihrer gefährlichsten Gegner. In Belgrad wird aber die Petersburger Politik fortgesetzt werden.

Die Hehe.

Die Flucht der Österreicher aus Serbien.

Es wird immer schöner: Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Freiherr von Giesl, muß jede Minute mit der Möglichkeit rechnen, samt dem Gesandtschaftsgebäude in die Luft zu fliegen. Das ist nicht etwa ein Hirngespinnst, ein Gerücht, das überspannte Nerven erzeugt haben oder die Sonnenglut, die auf phantastiebegabte Schädel brennt, sondern eine offizielle Mitteilung und Warnung des serbischen Ministerpräsidenten, der die bestimmte Nachricht von einem Attentatsplane auf die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad erhielt. Freiherr von Giesl muß natürlich auf seinem Platze ausharren, aber er hat seine Familie über die Donau nach Semlin gesendet und auch den Mitgliefern der österreichisch-ungarischen Kolonie den Rat gegeben, sofern sie in Ruhe und Sicherheit schlafen wollen, Belgrad zu verlassen und die Nächte in Semlin zu verbringen. Diejenigen, die diesem Räte nicht folgen können, müssen in dem schwer bedrohten Gesandtschaftsgebäude nächtigen, auf die Gefahr hin, den Morgen nicht mehr zu erleben. Das alles ereignet sich auf Büchsenenschußweite von der österreichisch-ungarischen Grenze, ereignet sich in einem Staate, der der Donaumonarchie alles verdankt, der auf sie angewiesen ist, der ein Zwerg gegen ihre Riesenmacht ist. Die Ursachen dieser geradezu skandalösen Zustände sind bekannt. Man hat erwarten können, daß der plötzliche Tod des russischen Gesandten Hartwig in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft zu einer neuerlichen Hehe gegen die Monarchie ausgenützt werden wird. Gleich nach der ersten Nachricht von dem Vorfall haben wir auch an dieser Stelle dieser Befürchtung Ausdruck gegeben. Es ist aber noch viel ärger gekommen: nicht nur, daß man den österreichisch-ungarischen Gesandten des gemeinen Giftmordes an Hartwig ganz öffentlich unter den Augen der serbischen Regierung zeigt, ohne daß diese auch nur eine Hand rühren würde, den niederträchtigen Verdacht abzuwehren, ergeht man sich noch in den schärfsten Drohungen gegen die Monarchie. Der serbische Gesandte in Konstantinopel, Herr v. Gjorgjevic, kündigt ganz ruhig den Krieg gegen Österreich-Ungarn als geradezu selbstverständlich an und niemand weist ihn deshalb zurecht.

Trotzdem könnte man das Geschmeiße dieser serbischen Massfliegen mit derselben verächtlichen Handbewegung abtun, wie hierzulande das ihrer sozialdemokratischen Pressengenossen, die den traurigen Mut — sofern dieses Wort überhaupt hier am Platze ist — aufbringen, der großserbischen Propaganda und allem, was gegen die Heimat gerichtet ist, die Stange zu halten. Nun werden aber ehrsame Arbeiter, fleißige Gewerbetreibende und Kaufleute, die sich mühsam und sauer ihr Brot in dem Lande der Unkultur verdienen müssen, an Hab und Gut,

an Leib und Leben bedroht. Man befürchtet ein Blutbad, das die großserbische Propaganda unter den Angehörigen der österreichisch-ungarischen Kolonie in Belgrad und wohl auch sonst wo in Serbien anrichten will. Das ist offenbar der Dank dafür, daß das Österreichische Rote Kreuz im Balkankrieg die serbischen Verwundeten pflegte, daß die Monarchie eine wohlwollende Neutralität bewahrte und daß sie selbst nach der grauenhaften Tat von Sarajevo den ruhigen Gang der Gerechtigkeit nicht störte, sondern nur die verfolgte, die sich mit der Blutschuld belastet haben. Ob sich unter solchen Verhältnissen die maßgebenden Kreise in Wien nicht doch entschließen werden müssen, den alten Kurs aufzugeben und etwas für den Schutz des Lebens und Eigentums der Angehörigen der Monarchie zu unternehmen, ist jetzt die Frage. Schließlich

läuft auch dem Geduldigsten und Ruhigsten die Galle über, wenn er fortgesetzt zusehen muß, wie man der Monarchie eine Rolle zumutet, die der des Watschenmannes im Prater auf ein Haar gleicht. Im Auslande beginnt man über unser Vaterland schon zu lachen. Viel von dem einstigen Prestige Österreich-Ungarns ist ohnehin nicht mehr vorhanden, ein Verdienst der vom Ballplatz dirigierten Diplomatie. Soll auch der letzte Felsen an Unsehen flöten gehen, weil man sich in Wien nicht zu dem Entschlusse aufraffen kann, einmal kräftig mit der Faust auf den Tisch zu hauen und den serbischen Größenwahnsinn vor das: Aut-aut zu stellen? Sechs Jahre dauert jetzt schon diese unerhörte Hehe gegen die Monarchie. Unermesslicher wirtschaftlicher Schaden ist dadurch den Völkern ohne Unterschied durch die fortgesetzten Krisen entstanden. Einmal muß die Sache ein Ende nehmen, sei es auch ein solches mit Schreien.

Die Krise.

Politische und wirtschaftliche Erschütterungen.

Kein Zweifel mehr; sie ist wieder da die Krise, die man schon zweimal in kaum sechs Jahren durchgemacht und die so ungeheure Verheerungen angerichtet hat. Die Börse zeigt sie an mit ihren Kursstürzen, die den kleinen Sparern die paar Notpfennige rauben, die geschäftliche Lage der Industrie und des Handels beweist sie, die Panik an der Grenze illustriert sie und die Sprache der serbischen Presse benimmt die letzten Zweifel. Wilde Gerüchte von Attentaten flattern auf, man spricht von Truppenbewegungen und stellt sie wieder in Abrede, kurz der ganze Segentanz wie anno 1908 und anno 1912 beginnt von neuem. Von offizieller Seite geschieht nichts, um die erregten Gemüter zu beruhigen. Das auswärtige Amt hüllt sich in tiefes Schweigen und läßt allen Vermutungen und Befürchtungen ihren Lauf. Man könnte sich damit abfinden, wenn nicht so bedeutende wirtschaftliche Werte, wenn nicht das ganze erwerbende und nährnde Geschäftsleben dadurch schwer getroffen würde. Den Zeiten einer übertriebenen Hochkonjunktur vor 1912 ist eine Depression nach der anderen gefolgt, die genau genommen ebenso unberechtigt waren oder zumindest rechtzeitig hätten eingedämmt werden können, wie die überspannten Erwartungen der guten Zeit. Der Rückschlag in den Kursen der überwerteten Papiere war zu erwarten; deshalb hätte es aber nicht zu Derouten kommen müssen, wie sie gerade jetzt wieder der Wirtschaftsmarkt zu verzeichnen hat.

Eine kribbelnde Angst und Sorge belastet alle Kreise, unterbindet jeden Unternehmungsgeist und schlägt so dem Wirtschaftsleben schwere Wunden, die erst in jahrelanger harter Arbeit werden heilen können. Und doch ist diese Angst ganz unberechtigt und unbegründet. Die Monarchie verfolgt seit Jahren eine rein defensible Politik und hat

auch in der Tat nicht das geringste Interesse, diese mit einer offensiven Richtung zu vertauschen. Selbstverständlich können im Leben der Völker wie in dem jedes Einzelnen Katastrophen eintreten; aber diese Gefahr besteht immer, wenn sie auch nicht immer gleich stark in Erscheinung tritt. Abgesehen davon hat die Monarchie nicht die geringste Ursache, eine begehrlische Politik zu machen, zumal der Traum vom Weg nach Salonichi der Vergangenheit angehört. Nach Osten kann das Begehren der Monarchie nicht gehen, denn es liegt nicht in ihrem Interesse, sich durch Gebiete zu vergrößern, die ihre nationalen Schwierigkeiten nur erhöhen würden. Dasselbe gilt noch viel mehr gegenüber den serbischen Grenzen, wo höchstens die Lovzen-Frage gegenüber Montenegro in Betracht käme. An einen Waffengang wegen des Cattaro beherrschenden Höhenzuges ist aber nicht ernstlich zu denken.

Alle Gerüchte von einer Kriegspartei, von Annexionsgelüsten der Monarchie, sind also Annemärchen, an die kein Mensch glaubt; denn niemand kann vernünftigerweise daran denken, Serbien oder Montenegro der Donaumonarchie einzuverleiben, sich also eine — sit venia verbo — neue Laus in den Pelz zu setzen. Anders nimmt sich die Sache allerdings vom defensiven Standpunkte aus. Daß Serbien die südslawischen Länder der Monarchie begehrt, daß Petersburg Rumänien auf Kosten Österreich-Ungarns von seinem berechtigten Verlangen in Bessarabien abbringen und seine Westgrenze durch staatliche Verschiebungen stärken, daß es endlich einen Stein beseitigen möchte, der seinem Begehren nach der freien Dardanellen-Durchfahrt und nach Beherrschung des Balkans und des Orients im Wege steht, das ist nicht zu bezweifeln. Wohl aber kann man sehr berechtigte Zweifel dazwischen setzen, ob man im Palais an der Sängerbücke zu Petersburg für dieses Unternehmen den Zeitpunkt gekommen sieht. Wiederholt hat Serbien die Rolle des wütenden Kläffers übernommen, der aber von seinem Herrn und Gebieter immer rechtzeitig an die

Stette gelegt wurde, wenn er sich zu weit vorwagte.

Das scheint auch jetzt die Sachlage zu sein, sofern nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, die alle menschliche Voraussicht umstoßen und daher in die Kategorie der jederzeit möglichen Katastrophenpolitik eingereiht werden können. Umso leichter wäre es den verantwortlichen Stellen, durch umfassende Aufklärungen und durch energisches Handeln sowohl die breite Öffentlichkeit über die bestehenden und nicht bestehenden Gefahren aufzuklären, als auch der serbischen Regierung klar zu machen, daß sie es mit einem starken und auf seine innere Ruhe vollbedachten Gegner zu tun hat, der sich nötigenfalls zwangsweise Genugtuung für erlittene Unbill und Schutz vor fortgesetzten Beunruhigungen zu verschaffen vermag. Und das verlangt die gesamte Bevölkerung des Staates, nicht aber den Krieg, der schließlich selbst im besten Falle nur ein gefühlsmäßiges Aktivum erstellen könnte. Aus demselben Grunde fordert man auch ein entsprechendes Verhalten der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, damit die loyale Bevölkerung geschützt und die staatliche Sicherheit garantiert werde. Mit dem Schweigen und mit der Phrase vom alten Kurs ist niemandem gedient, denn dadurch wird die Verwirrung und der damit verbundene Schaden stets größer. Es wäre daher Pflicht der verantwortlichen Stellen, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß die Krise, die eben wieder eingesetzt hat, so rasch als möglich beseitigt werde und allseits Beruhigung eintrete oder, wenn das nicht möglich ist, durch völlige Aufklärung die Öffentlichkeit auf die kommende Gefahr aufmerksam zu machen. Diese verliert jeden schreckhaften Charakter, wenn man sie kennt und wenn man weiß, wie ihr begegnet werden wird. Dann wird auch in das Wirtschaftsleben die notwendige Ruhe und Sicherheit wieder eintreten, selbst dann, wenn man sich mit dem Gedanken vertraut machen müßte, die Werkzeuge friedlicher Arbeit mit jenen des Kriegshandwerkes zu vertauschen.

Rückwärts, Don Rodrigo!

Die Beruhigungsversuche Serbiens.

Das serbische Pressbureau hat auf einmal seine Sprache wiedergefunden, die es schon verloren zu haben schien. Natürlich ist alles nicht wahr, die serbischen Pressestimmen nicht, die Bedrohung der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft nicht, die angedrohten Attentate nicht, kurz, wenn es ginge, würde auch der Meuchelmord von Sarajevo gezeugnet werden. Das sind Mätzchen, die für den dummen Kerl der sozialdemokratischen und serbophilen Presse genügen, nicht aber für den anständig und ruhig denkenden Teil der Bevölkerung. Mit dem glatten Leugnen ist nichts getan, da muß sich die serbische Regierung schon bequemen, ihrer Hezypresse den Mund zu stopfen und wenigstens den Versuch lokalen Vorgehens zu machen. Sie muß vor allem aber durch eine einwandfreie Darstellung den Verdacht, am Meuchelmord in Sarajevo beteiligt gewesen zu sein, entkräften und von der großserbischen Bewegung sichtsbar und aufrichtig abrüden. Das ist das Mindestmaß dessen, was man von einem Staate verlangen kann, der Anspruch auf Achtung erhebt. Endlich müssen Garantien für ein ruhiges und anständiges Verhalten in der Zukunft gegeben werden; denn die Monarchie kann sich nicht fortwährend schweren Erschütterungen aussetzen, wenn es ein paar größenwahnsinnigen Hezern in Belgrad gefällt.

Aus freien Stücken wird die serbische Regierung kaum bereit sein, lokale Beziehungen zu pflegen und ihre Wühlarbeit in der Monarchie aufzugeben. Man wird sie dazu zwingen müssen, genau so wie damals, als der famose Exkronprinz Georg die Kampagne gegen die Monarchie führte. Im Laufe des heutigen Tages wird man aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tísa — dem einzigen Sprachrohr des Auswärtigen Amtes — hoffentlich einiges darüber erfahren, was an maßgebender Stelle geplant und unternommen wird. Man kann darauf begierig sein, wie sich die Zukunft in der Optik des Grafen Berchtold darstellt.

Die Einkreisung.

Die Monarchie und die serbisch-montenegrinische Verschmelzung.

Von einem I. u. I. General.

Es ist gewiß nur ein Zufall, daß das Gerücht von einer Verschmelzung Serbiens und Montenegros, das seit Abschluß des Bukarester Friedens trotz aller Dementis immer wieder auftaucht, gerade in dem Augenblicke den Gegenstand einer neuerlichen öffentlichen Diskussion bildete, als ganz Europa durch das tragische Ereignis von Sarajevo auf die Gefahren der südslawischen Frage und die großserbischen Umtriebe aufmerksam wurde. Die Verschmelzung der beiden serbischen Königreiche bildet zweifellos einen Herzenswunsch sowohl der großserbischen als auch der russischen Politiker, wobei es weniger von Belang ist, in welcher Form diese Vereinigung durchgeführt werden soll und wie weit die diesbezüglichen Verhandlungen bisher bereits gediehen sind. Osterreich-Ungarn interessiert vor allem das Wesen der Angelegenheit, daß eine derartige Absicht im Bereiche der Möglichkeit liegt und daß es sich jeden Tag vor eine vollendete Tatsache gestellt sehen kann. Um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden, muß man sich jederzeit klar sein, welche Bedeutung eine derartige politische Veränderung für die Donaumonarchie besitzen würde, in welchem Sinne sie also gegebenenfalls hierzu Stellung nehmen muß.

Ein von der Save-Donau bis an die Adria und von der Drina bis tief nach Mazedonien hinein reichendes Serbien würde neben der politischen Anziehungskraft, die es auf die serbische Bevölkerung der Monarchie als Kern eines zukünftigen Großserbien ausüben könnte, auch einen respektablen militärischen Machtfaktor darstellen. Die Monarchie müßte fortan mit einer unter einem einheitlichen Oberbefehl stehenden Armee von über einer halben

Million Streiter rechnen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Armee jemals aus eigener Initiative selbständig oder nur im Vereine mit anderen Balkanstaaten gegen die Monarchie auftreten würde — und wenn auch: für diesen Fall sind keine besonderen Vorkehrungen nötig. Umso entscheidender wäre dagegen im wahrscheinlicheren Fall einer Kooperation der russischen und serbischen Streitkräfte das Eingreifen der verstärkten serbischen Armee. Sie würde große Teile der österreichisch-ungarischen Armee vom nordöstlichen Hauptkriegsschauplatz abziehen, mithin die Hauptentscheidung wesentlich beeinflussen. Die militärische Umzingelung der Monarchie hätte nach den russischen Plänen ursprünglich der Balkanbund zu besorgen gehabt. Nachdem dieser in die Brüche gegangen war, setzten die lebhaften, durch die Zusammenkunft in Constanza gekrönten russischen Liebeswerbungen um die Gunst Rumäniens als des neuen Führers auf dem Balkan und die Bemühungen um die Verschmelzung der beiden serbischen Königreiche ein. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß die Spitze des Verschmelzungsplanes gegen die Monarchie gerichtet ist und den Zweck verfolgt, das Gefüge des eisernen Ringes, der die Monarchie bereits vom Nordwesten bis an die Adria umschließt, noch fester zu gestalten.

Aus dieser Erkenntnis sowie aus dem Umstande, daß eine weitere Steigerung der Heeresstärke Osterreich-Ungarns für den Augenblick nicht durchführbar ist, ergibt sich zunächst als Folgerung, daß es die Aufgabe der Diplomatie wäre, die Verschmelzung Serbiens und Montenegros, da sie eine Bedrohung der Monarchie, somit eine Störung des Gleichgewichtes bezweckt, zu verhindern. Würde diese Folgerung zur Forderung erhoben werden, müßte sie allerdings mit aller Energie und bis in die letzten Konsequenzen vertreten werden. Es entsteht nun die Frage, ob der mögliche Einsatz mit dem möglichen Gewinn im Einklange stünde. Die Ver-

(Abdruck) (1910) T. 100. 100. 100.

71. P. P. P. F. 21. 100.

681

schmelzung wäre wohl mit einer bedeutenden Festigung des Gefüges der Gegner gleichbedeutend, würde speziell Serbien und seinen Hintermännern einen Stützpunkt an der Adria bringen, eine effektive Stärkung des Feindes an Kopfszahl der Streiter würde sie aber nicht mit sich bringen, denn ob mit oder ohne Verschmelzung, es besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß sich im Falle eines Konfliktes Serbien und Montenegro im Lager unserer Feinde finden würden. Der Einsatz stünde also mit dem zu erreichenden Ziele in einem argen Mißverhältnis. Hat man das erkannt, muß der Gedanke eines von Haus aus zu erhebenden Einspruches gegen die Verschmelzung von der Hand gewiesen werden, da es niemand verantworten könnte, diesen Protest mit allen Konsequenzen zu vertreten. Ein formaler Einspruch aber, der nicht von einem ganzen Entschluß getragen wird, wäre ein verhängnisvoller Fehler, ähnlich dem unhaltbaren Status quo-Standpunkt bei Ausbruch des Balkankrieges oder dem Revisionsverlangen anläßlich des bekannten Friedensabschlusses. Die Erfahrungen der Balkankrise lassen es übrigens nicht befürchten, daß sich die Diplomatie inzwischen so verändert haben sollte, um zu einem unbedingten Protest das Herz zu finden. Die Gefahr, daß sich die Monarchie neuerdings blindlings der Entwicklung eines durchaus natürlichen Prozesses in den Weg stellen sollte, besteht also nicht.

Wenn man sich einerseits auf Grund dieser Erwägungen entschlossen hat, der Verschmelzung an sich von Haus aus keine Hindernisse in den Weg zu legen, müssen andererseits aus der Tatsache, daß die Verschmelzung eine Bedrohung der Monarchie bedeutet, die Konsequenzen in der Form gezogen werden, daß man die Zustimmung von der Erfüllung jener militärischen Forderungen abhängig macht, die geeignet sind, die Verbesserung der gegnerischen Situation auszugleichen. Als solche Forderungen müssen aufgestellt und bis zu den letzten

Konsequenzen vertreten werden: Serbien darf keine wie immer gearteten Befestigungen der österreichisch-ungarischen Grenze gegenüber oder an der adriatischen Küste aufführen und ebenso niemals weder eigene noch fremde Kriegsfahrzeuge an der Donau-Save-Drina oder in der Adria unterhalten; die Grenze, speziell jene gegen Montenegro muß dem militärischen Interesse entsprechend reguliert, hiemit der Lobcen mit dem ganzen die Bocche von Cattaro beherrschenden Höhenzug an die Monarchie abgetreten werden, letzteres selbst dann, wenn man dem italienischen Bundesgenossen die durch die Ermöglichung eines Kriegshafens Cattaro erreichte Stärkung unserer, somit auch seiner Position im Mittelmeere auch gegen seinen Willen aufzwingen müßte.

Ohne Erfüllung dieser Bedingungen darf die Verschmelzung der serbischen Königreiche — ob der Zeitpunkt vor oder nach dem Tode König Nikitas gewählt wird, ist einerlei — nicht vor sich gehen, denn sie betreffen Lebensinteressen der Monarchie. Befindet sie sich im Besitze einer günstigen, entsprechend befestigten und, wenn man den neuesten Nachrichten glauben darf, nach altbewährtem Muster militärisch organisierten Grenze, kann die am südöstlichen Nebenkriegsschauplatz verwendete Defensivarmee entsprechend schwach, die Hauptarmee also um so stärker gehalten werden. Hiedurch wäre erst die durch den Balkankrieg verschobene Kräftegruppierung einigermaßen wieder ausgeglichen. Diese Minimalforderungen müssen also durchgesetzt werden. Gelingt es der Diplomatie überdies, der Passivpost der russisch-serbisch-montenegrinischen Feindschaft die Aktivpost einer bulgarisch-türkischen und womöglich auch rumänischen und griechischen Freundschaft entgegenzusetzen, was mit Rücksicht auf die gleiche Gefährdung all dieser Staaten durch Rußland durchaus nicht unmöglich ist, wird das Gleichgewicht und mit ihm auch der europäische Friede um so besser gewährleistet.

Nach dem Attentat von Sarajevo.

Eine Rundgebung der serbisch-nationalen Partei Bosniens.

r. Sarajevo, 16. Juli. Gegenüber den Meldungen, daß sich die serbisch-nationale Partei (Dimovicgruppe) gegen den Landeschef Potiorek ausgesprochen und dessen Abberufung verlangt habe, wird folgende parteiunabhängige Rundgebung verlautbart: Die Lösung der Frage, ob der Landeschef auf seinem Posten verbleibt oder nicht, fällt nach unserer Überzeugung in die ausschließliche Kompetenz der Krone. Es kann daher als ausgeschlossen gelten, daß politische Persönlichkeiten oder Parteien sich in solche Fragen einmengen, so lange sie nicht um ihre Meinung befragt werden. An diesem Grundsatz des Verfassungslebens, in dem in gleicher Weise die Rechte der Krone als auch die Rechte des bosnischen Landtages gewahrt werden müssen, haben wir immer festgehalten und werden es auch in Zukunft tun.

Beschlagnahme eines serbischen Denkmalfonds.

r. Budapest, 16. Juli. „Pesti Naplo“ meldet aus Karlowitz: Die Polizei hat beim Präsidenten der serbisch-radikalen Partei, Dr. Kratojevic, die Gelder des Miletic-Denkmalfonds in der Höhe von 17.000 Kronen beschlagnahmt. Miletic wurde bekanntlich im Jahre 1876, obwohl er Abgeordneter war, unter dem Verdachte verhaftet, daß er eine Freiwilligentruppe ungarländischer Serben anläßlich des türkisch-serbischen Krieges organisierte. Er wurde damals zu einer Kerkerstrafe von 18 Jahren verurteilt. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Beschlagnahme des Fonds im Zusammenhange mit dem Sarajevoer Attentate steht. Dr. Kratojevic hat gegen die Beschlagnahme beim Banus Baron Skerlec und beim kroatischen Landtag Protest eingelegt.

Die großserbische Propaganda.

r. Berlin, 16. Juli. Die Erhebungen der hiesigen Polizei im Anschlusse an die Hausdurchsuchungen bei den serbischen Studenten ergaben, daß diese Mitglieder einer über den ganzen Kontinent verbreiteten Vereinigung sind, deren Mittelpunkt anscheinend Belgrad ist. Zu einem Entschreiten gegen die Vereinsmitglieder hat die Polizei keinen Anlaß gefunden, doch wurde die Universitätsbehörde von dem Bestehen des Vereines verständigt und ihr anheimgestellt, ob die Mitgliedschaft bei diesem Vereine nicht gegen die Universitätsgesetze verstößt.

r. Laibach, 16. Juli. Gestern fand die erste Verhandlung wegen Gutheißung des Sarajevoer Attentates statt. Der Arbeiter Franz Rupan wurde zwar von der Gutheißung einer geföhrlich verpönten Handlung freigesprochen, dagegen wegen Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses zu einem Jahre schweren Kerkers verurteilt.

r. Budapest, 16. Juli. Der Banus von Kroatien, Baron Skerlec, hatte heute vormittag mit dem Ministerpräsidenten Grafen Tisa eine längere Beratung über Angelegenheiten, die mit dem Sarajevoer Attentat im Zusammenhang stehen.

r. Sarajevo, 16. Juli. Im Lande herrscht vollständige Ruhe. Im ganzen sind nur drei Fälle standrechtlicher Justifizierung in Bosnien und der Herzegowina notwendig geworden.

Unsere Beziehungen zu Serbien.

Die Haltung Deutschlands.

A. Berlin, 16. Juli. Der bevorstehende Schritt Österreich-Ungarns in Belgrad, der sich, wie man hier annimmt, vielleicht um einige Zeit verzögern wird, wird in Deutschland mit größter Sympathie begleitet.

I. Berlin, 16. Juli. Während alle Blätter die Rede des Grafen Tisa ohne Kommentar wiedergeben, begleitet die Kreuzzeitung die Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten mit stark betonten Bemerkungen: Das leitende konservative Blatt schreibt: Die Rede bedeutet, daß Österreich-Ungarn entschlossen ist, den ganzen Fragekomplex der österreichisch-serbischen Beziehungen einer gründlichen Klärung entgegenzuführen und daß man dabei wohl auf einen friedlichen Verlauf der Aktion hoffe, jedoch vor kriegerischen Möglichkeiten keineswegs zurückzuweichen gewillt sei.

Das Blatt fährt fort: Wir können die österreichisch-ungarische Regierung, vorausgesetzt, daß das ihr unabänderliche Standpunkt ist, zu einer solchen Beurteilung der gegebenen Notwendigkeiten nur beglückwünschen. Man hat in Wien die Frage der endgültigen Zukunft der österreichisch-serbischen Beziehungen allzulange dilatorisch behandelt und nicht genügend in Betracht gezogen, daß es sich bei dieser Frage um die vitalsten Interessen der Donaumonarchie

handelt. In Deutschland ist man dagegen seit langem von der Notwendigkeit einer gründlichen Klärung der österreichisch-serbischen Beziehungen überzeugt und demgemäß auch entschlossen, die sich für Österreich-Ungarn ergebenden Konsequenzen unter dem Gesichtspunkte des bestehenden Bündnisvertrages zu behandeln.

Der Schritt in Belgrad.

Die Ergebnisse der Untersuchung über das Sarajevoer Attentat.

Für den Lauf der nächsten Woche erwartet man das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat in Sarajevo. Da das ganze Material der Öffentlichkeit übergeben werden soll, macht sich in gewissen Kreisen des Auslandes eine nervöse Stimmung bemerkbar. In Wiener eingeweihten Kreisen bringt man den Besuch des russischen Botschafters beim Grafen Berchtold damit in Zusammenhang. Wenn dem so ist, dann handelt es sich jedenfalls um den Versuch, die schwer kompromittierten Belgrader Kreise, zu denen auch der verstorbene russische Gesandte v. Hartwig zählen soll, zu retten. Darüber soll nun die Entscheidung des Monarchen eingeholt werden und zu diesem Zwecke begibt sich Graf Berchtold demnächst wieder nach Bad Ischl.

Die Veröffentlichung des gesamten Untersuchungsmaterials ist eine Maßnahme, die schon deshalb geboten erscheint, weil erst dadurch ein vollständig richtiges und einwandfreies Urteil über den Umfang der großserbischen Bewegung innerhalb der Grenzen der Monarchie möglich ist. Ferner ist davon die Beurteilung der Schuld abhängig, welche die einzelnen Behörden und Organe durch Unterlassung rechtzeitiger Sicherheitsmaßnahmen anlässlich des Besuches des Thronfolgerpaares in Sarajevo trifft. Endlich wird erst durch das Material der Untersuchung klar werden, welche Schritte die Monarchie in Serbien unternehmen kann und welche Sühne sie fordern muß. Darüber soll sich die ganze Bevölkerung ein klares Urteil bilden können. Aus allen diesen Gründen darf man wohl erwarten, daß die regierenden Kreise fest bleiben und ihren Entschluß durchführen werden. Dadurch würde auch die herrschende Mißstimmung in der Bevölkerung einigermaßen beseitigt und eine gewisse Beruhigung geschaffen werden.

Die Frage, ob die österreichisch-ungarische Regierung in Belgrad Schritte unternehmen werde oder nicht, ist dadurch endlich gelöst. Es ist selbstverständlich, daß die serbische Regierung in sehr ruhiger, aber nachdrücklicher Form aufgefordert werden muß, auch ihrerseits die notwendigen Folgerungen aus dem Ergebnisse der Untersuchung zu ziehen und jene Pflichten zu erfüllen, die einem Staate obliegen, der Anspruch erhebt, in den Reihen der Kulturstaaten genannt zu werden. Die serbische Regierung hat sich ohnehin einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht, daß sie nicht aus eigenem Antriebe und ohne dazu aufgefordert zu sein, eine objektive Untersuchung über die Schuld anstellte, die ihre Staatsangehörigen an der Mordtat von Sarajevo trifft. Zum drittenmal innerhalb kürzester Frist muß Belgrad von der ganzen zivilisierten Welt an die primitivsten Begriffe des staatlichen Kulturlebens erinnert werden; hoffentlich zum letztenmal, denn auch die Geduld der Monarchie, die wahrlich die härtesten Proben zu bestehen hat, muß einmal erschöpft werden.

Das entschleierte Bild.

Aus der Mappe der südösterreichischen Politik.

Zur Laufe dieser, längstens aber der nächsten Woche soll das Ergebnis der Untersuchung über das Sarajevoer Attentat veröffentlicht werden. Begreiflicherweise ist man allgemein darauf gespannt, was die bosnischen Gerichtsbehörden zutage gefördert haben und was die Folgen dieser Entdeckungen sein werden. Noch ruht ein dichter Schleier auf dem, was im Militärgefängnis zu Sarajevo in den letzten Tagen vorgegangen und zu Protokoll gegeben wurde. Nur so viel ist bekannt, daß unwiderleglich festgestellt wurde, woher die Bomben stammen, die die Attentäter gegen das Thronfolgerpaar schleuderten und wo der Plan zu der Tat ausgeheckt wurde. Diese amtliche Mitteilung wird kaum sonderliche Überraschungen bringen, denn darin hat sich die öffentliche Meinung nie getäuscht, wenn sie die Urheber aller Umtriebe im Süden des Reiches und auf dem Balkan in Belgrad suchte. Viel interessanter, weil die Triebkräfte der serbischen Politik darlegend, dürften die Aussagen Principis und seiner Genossen über die Motive der Tat sein. Darüber nun erzählt eine eingeweihte Persönlichkeit aus Sarajevo, daß Princip ganz offen und unumwunden eingestanden habe, die Tat sei gerade deshalb verübt worden, weil man dem Erzherzog-Thronfolger Sympathie für die Südslawen nachrühmte und weil man befürchtete, daß durch seine Politik der Monarchie eine Anziehungskraft erwachsen würde, gegen die alle Ideale des großserbischen Gedankens verblassen müßten. Daraus geht klar hervor, daß man es nicht mit der Tat einzelner Desperados zu tun hat, sondern mit einer zielbewußten Politik, die

zwar allen sittlichen Grundsätzen Hohn spricht, die aber andererseits nichts gemein hat mit dem über die ganze Erde verbreiteten Bunde der Terroristen nihilistischen Charakters. Die Großserben haben zwar von dieser Pestbeule der Menschheit das System, die Propaganda der Tat übernommen, ihre Ziele sind aber grundverschieden von denen eines Bakunin und Krapotkin. Die Anarchisten leugnen jede nationalstische Idee, die Großserben haben sie zum höchsten Ideal erhoben.

Noch ein Ergebnis der Untersuchung ist bezeichnend. Man hat nicht nur die Fäden des Komplottes aufgedeckt, sondern auch die ganze Organisation kennen gelernt. Danach haben verschiedene Gruppen, die miteinander in gar keinem Zusammenhange standen, die sich nicht einmal kannten, demselben Ziele zugestrebt. Diese Organisation ist über dem ganzen Süden des Reiches, sowohl in der ungarischen als auch in der österreichischen Reichshälfte, hauptsächlich aber in den Reichslanden verbreitet. Es ist eine weit ausgebreitete Organisation, die, einheitlich geleitet, nach bestimmten Plänen geführt wurde, deren Einzelheiten jed. Mitgliedern der verschiedenen Gruppen nur insoferne bekannt waren, als ihre Aufgabe reichte. Auf diese Weise hat man sich gegen Verrat zu schützen gesucht, und dem Bunde den Nimbus des Geheimnisvollen gegeben, das auf die Gemüter besondere Anziehungskraft übte.

Endlich ist ein Ergebnis der Untersuchung wertvoll, das gezeigt hat, wie lange, wie sorglos und wie ruhig man gearbeitet hat. So wurde ein Bombenlager aufgedeckt, das noch aus den Tagen der Krisen 1908 und 1912 rührte und dessen Zweck mit dem Plane zusammenhing, im Falle eines Angriffes auf Serbien durch die Monarchie eine Revolution in ihren südslawischen Ländern

herbuzurufen. Seit vollen sechs Jahren also, wahr-
scheinlich aber schon länger wird planmäßig von
der großserbischen Propaganda gearbeitet, und ob-
wohl manches davon bekannt war, haben die maß-
gebenden Faktoren bis heute keinen Grund ge-
funden, den alten Kurs aufzugeben. Sie haben alle
warnenden Rufe überhört und selbst dann nicht
geglaubt, als der Landeschef Pottiorek auf alle die
Gefahren eindringlich aufmerksam machte. Damit
ist man beim schwierigsten Kapitel des Unter-
suchungsergebnisses angelangt. Es ist begreiflich,
daß die maßgebenden Faktoren, das sind die Ver-
treter des alten Kurses, alle Ursache haben, sich
gegen die Empörung der öffentlichen Meinung zu
schützen, die mit elementarer Gewalt hervorbrechen
müßte, wenn auch die politischen Seiten der Sache
schonungslos dargelegt würden. Man wird daher
manches nicht erfahren, was heute in Sarajevo
von Mund zu Mund geht. Noch mehr; wenn heute
in ganz Bosnien unter den lokalen Elementen
tiefe Niedergeschlagenheit herrscht, so hat das seine
Ursache in der Befürchtung, daß man in Wien
auch diesmal auf halbem Wege stehen bleiben und
dem Lande nicht den notwendigen inneren Frieden
durch eine strenge, aber objektive Verwaltung geben
wird.

•

Das ist ein Stimmungsbild, das uns aus
Bosnien zugeht. Ihm etwas beizufügen scheint
überflüssig; es spricht für sich. Vielleicht sehen die
braven Leute da drunten, die unter den schwie-
rigsten Verhältnissen ausgeharrt und unter einer
ganz verfehlten Politik schwer gelitten haben, zu
schwarz. Wir wollen abwarten, was die offiziellen
Kreise zu sagen haben und dann urteilen.

Die Tripelentente.

Zur Russlandreise Poincarés.

Die Zeit der hochsommerlichen Monarchen-entrevues wird heuer durch die Fahrt des französischen Präsidenten an den russischen Kaiserhof eingeleitet. Sang- und Klanglos geht dieses Ereignis in Szene und nur der Telegraph wird ausführlich zu berichten wissen, wenn Herr Poincaré heute russischen Boden betritt. Die Stimmung der beteiligten Völker ist sehr zurückhaltend — zunächst deshalb, weil der Ernst der internationalen Situation auch auf Frankreich und Rußland drückt und frohe Allianzstimmung nicht aufkommen läßt; dann aber auch deshalb, weil da wie dort die Verbrüderungsgefühle durch die Ereignisse der letzten Zeit stark irritiert wurden. Der fortgesetzte Kampf gegen die Dreijahrsdienstzeit in Frankreich wirkt auf den französischen Chauvinismus niederdrückend und hat in Rußland naturgemäß eine Abkühlung für die französische Freundschaft zur Folge, wovon Herr Poincaré nach seiner Rückkehr seinen Vertrauten manches erzählen können. Gilt es doch schon als sicher, daß in Frankreich die dreijährige Dienstzeit im Prinzip wieder fallen gelassen ist und dafür nur eine dreißigmonatige Dienstzeit eingeführt wird. Es ist begreiflich, daß das autokratische Rußland für die demokratischen Allüren der französischen Kammermehrheit kein Verständnis besitzt und mit Mißgefühl die Rückständigkeit des französischen Heereswesens betrachtet, von der erst kürzlich der Kriegsminister ein anschauliches Bild im Senat entworfen hat. Der Allianzwert Frankreichs hat somit tatsächlich gelitten und der Zar kann seinen westlichen Helfer nicht mehr als vollwertig ansehen. Das britische Reich hat zudem im letzten Jahre so deutliche Absagen auf die Liebeswerbungen der Franzosen gegeben, daß auch dort die Rechnung nicht stimmen will. Alles in allem: Mit der Tripelentente steht es heute nicht mehr so gut, wie unter König Eduard: sie hat an innerer Festigkeit verloren, und in militärischer Hinsicht wurde sie durch die Dreibundstaaten, besonders durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn erreicht, wenn nicht überholt.

Für die Sache des Friedens ist diese Entwicklung nur zu begrüßen. Die französische Republik verfolgt heute allerdings keine aggressive Politik, wohl aber Rußland, das nicht müde wird, seinen westlichen Anrainern die enorme Fülle seiner Machtmittel durch fortgesetzte Probemobilisierungen vor Augen zu führen und Angst um sich her zu verbreiten. Die Buldogge, mit der es seine Widersacher heßt, ist das kleine Serbien, und vom

Balkan aus beunruhigt das Zarenreich Österreich-Ungarn, gefährdet es nach wie vor den Frieden Europas. Frankreich mit seinen finanziellen Engagements im nahen und im fernen Orient ist auf diese Politik so wenig eingestellt wie England, das sich aus dem engeren Bunde vielleicht eben deshalb schon zurückgezogen hat, und es wäre zumindest denkbar, daß bei den Aussprachen in Jarskoje-Selo die wunden Stellen der russischen wie der französischen Politik zur Sprache kommen werden. Der Zar hat aus Gründen der Allianz das Recht, von Frankreich eine Forcierung seiner Machtmittel zu fordern, aber ebenso würde Herr Poincaré im Interesse Frankreichs handeln, wenn er den Friedenszaren an die selbst gestellte Mission gemahnen würde. Gerade in der Perspektive des Attentates von Sarajewo wäre eine Freundeswarnung auch in Petersburg am Platze: viel Unheil wäre unterblieben, wenn der Zar ein Friedensfürst in der Tat wäre, und diese seine selbstgestellte Sendung vor allem auf dem Balkan und

im besonderen durch energische Einflußnahme auf die serbische Politik betätigte. Eine baldige Änderung des russischen Kurzes ist aber kaum zu erwarten; die heute bekannt werden den Belgrader Pressstimmen überbieten sich wieder an frechen Ausfällen gegen die Monarchie, Herr Poincaré kommt gewiß mit friedlichen Tendenzen nach Petersburg, aber eine Kursänderung der destruktiven russisch-serbischen Politik wird auch er nicht anbahnen.

Ernstes Mienen.

Die internationale Lage.

In Wien beurteilt man die augenblickliche Sachlage sehr ernst. Der Minister des Außern Graf Berchtold hat sich zum Vortrage nach Bad Ischl begeben, um die Zustimmung des Monarchen zu den Beschlüssen des Ministerrates einzuholen, die, wie schon im Morgenblatte gemeldet, eben so knapp als deutlich sein sollen. Auch alle anderen Vorbereitungen sind getroffen, um dem Verlangen der Monarchie in Belgrad den nötigen Nachdruck zu verleihen. Darüber wird der Chef des Generalstabes in Ischl Bericht zu erstatten haben. Die Belgrader Staatslenker werden sich also bald zu entscheiden haben, ob sie ihre Praxis der Verhekung und Beunruhigung fortsetzen oder ein anständiges Nachbarverhältnis mit der Monarchie eingehen wollen. Hoffentlich läßt man sich diesmal in Wien nicht wieder mit Phrasen und Versicherungen abspewen, sondern beharrt auf Garantien, die der Monarchie den dauernden Frieden an der serbischen Grenze sichern. Die Uhr der Geduld in Osterreich-Ungarn nähert sich auf wenige Minuten der zwölften Stunde. Das bedeutet noch nicht, daß es unbedingt zu einem Waffengange kommen muß. Die serbischen Staatsmänner wären sehr schlecht beraten, wenn sie jetzt, da alle Welt ihr Treiben verurteilt, wo kaum eine Hilfe für sie zu erwarten ist, lediglich wegen der bevorstehenden Skupschtina-Wahlen ihr Land einer Katastrophe zuführen würden. Und dazu müßte es kommen, wenn dem Verlangen der Monarchie nicht Erfüllung würde. Die schmachvolle Tat von Sarajevo hat das Maß der Nachsicht voll gemacht; ein weiteres Zuwarten und Gewährenlassen wäre eine Sünde an der Monarchie, die die leitenden Staatsmänner nicht verantworten könnten.

Es ist wohl nur ein Zufall, daß in demselben Augenblicke, da in Osterreich-Ungarn die Würfel fallen, der Zar mit dem Präsidenten der französischen Republik den Brüderfuß tauscht und die

Segnungen des Friedens preist. Aber der Zufall spielt hier eine drollige Rolle. Der Friede, der am Zarenhose gepriesen wird, hat einen eigenartigen metallischen Beigeschmack. In Belgrad ist man da viel offener als in den Trinksprüchen von Zarskoje Selo. Herr Poincaré mag übrigens bei der überschwenglichen Umarmung des Zaren etwas ängstlich seine Taschen befühlt haben; denn die Liebe des Zarenhofes ist eine teure Sache. Die Sparrer der französischen Republik mögen manchmal mit schmerzlichen Gefühlen der Millionen gedenken, die sie die russische Freundschaft kostet. Möglich, daß sehr bald wieder an die Kassen Frankreichs appelliert wird, wenn schon nicht in Petersburg, so über diesen Umweg für Belgrad. Davon ist in den genau abgemessenen und eigentlich ziemlich inhaltslosen Trinksprüchen nicht die Rede. Dafür wird nach den offiziellen Ausprüchen davon um so mehr gesprochen werden. Wie sich Paris und Petersburg in nächster Zukunft verhalten werden, ist klar. Die Entscheidung über die Weltgeschichte liegt aber heute in London. Was im Buckingham-Palast beschlossen wird, das ist maßgebend dafür, ob der Konflikt zwischen Osterreich-Ungarn und Serbien lokal bleibt und bestimmt somit, ob es zum Kriege kommt oder nicht.

Klärung.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Die gestrige Börse hat eine neue Route auf dem Wiener Markte gebracht. Die Ursache soll in den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der Verstimmung der Berliner und Pariser Märkte gelegen sein. Diese Verstimmung hat wieder ihre Ursache in dem kriegerischen Tone der Auslandspresse, die der Ansicht zuneigt, daß eine Klärung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien auf friedlichem Wege kaum möglich sei. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Man muß sich auf eine endgültige Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gefaßt machen, die sich friedlich vollziehen wird, wenn die Serben rüchhaltlos auf ihre „piemontesischen“ Ambitionen verzichten und der österreich-ungarischen Monarchie Garantien ihres freundschaftlichen Verhaltens geben, mit hohem Grade von Wahrscheinlichkeit aber zum kriegerischen Konflikt führt, wenn die serbische Regierung entweder zu schwach ist, von ihrer nationalistisch erregten Bevölkerung einen solchen Verzicht zu erzwingen, oder sich stark genug fühlt, in der Hoffnung auf mächtige Unterstützung das österreichische Begehren zurückweisen zu dürfen. Vor einem Jahre noch hätte Graf Berchtold mit einem solchen Ansinnen an den Nachbarstaat die größten Schwierigkeiten nach innen wie nach außen gehabt. Eine Rückwirkung des innerösterreichischen Nationalitätenstreites zwischen Deutschen und Slawen war die unbehohlene Sympathie eines Teiles der österreichischen Slawen für die südlichen Wettern; eine Folge des allgemein

anerkannten nationalen Gedankens war die Zuerkennung des Rechtes auch an das serbische Volk, sich national zu sammeln und unter eigener staatlicher Leitung kulturell zu entfalten. Selbst unter den deutschen Intellektuellen war ein nicht geringer Bruchteil geneigt, den nationalen Wünschen der Serben einen Vorrang vor den Existenzbedürfnissen des österreichischen Staates einzuräumen. Das hat sich radikal geändert. Selbst im keineswegs österreichfreundlichen England werden die serbischen Wühlereien gegen den europäischen Frieden heute mit der äußersten Härte besprochen. In Österreich-Ungarn selbst wagt noch ein Häuflein unterbesserlicher Tschechisch-Radikaler, sich für die serbischen Ansprüche einzusetzen und Verständnis für die serbische Volksseele zu fordern.

Das ist in der Tat die Stimmung, die heute in Österreich-Ungarn herrscht. Die Verhältnisse der Staaten untereinander können aber durch Stimmungen beeinflusst, jedoch nicht geregelt werden. Maßgebend ist innerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle der Wille der Krone; in Serbien mag das anders sein. Darüber nun erfährt man aus eingeweihten Kreisen, daß die Frage sehr rasch ins Rollen kommen wird. Wenn auch am Sonntag kein offizieller Ministerrat stattgefunden hat, so kam es doch zu einer Aussprache der maßgebenden Faktoren, die zu einem Ergebnisse führte. Der Minister des Innern Graf Berchtold wird sich heute nach Bad Ischl an das Hoflager begeben und die Zustimmung des Monarchen zu den Beschlüssen der Ministerkonferenz einholen. Selbstverständlicherweise wird darüber strengstes Stillschweigen bewahrt. Man kann sich also nur mit den Gerüchten befassen, die gestern in den

(Hallergrall) (1887) TAGEBUCH

1887 781

Preisen des Ballplatzes auftauchten. Danach soll die an die serbische Regierung zwischen Mittwoch und Freitag zu richtende Note in äußerst kurzer und knapper Form gehalten sein und die Aufforderung enthalten, binnen einer nach Stunden zu bemessenden Frist — man spricht von 48 Stunden — sich zu äußern, ob Serbien geneigt ist, den Wünschen der Monarchie zu entsprechen oder nicht. Der serbische Ministerpräsident scheint von dem scharfen Wink, der von Wien her weht, Bitterung erhalten zu haben, denn er verreis in Wahlangelegenheiten in einem Augenblicke, wo der leitende Staatsmann Serbiens eigentlich in Belgrad unentbehrlich wäre. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß ähnliche Manöver in Belgrad stets aufgeführt wurden, wenn es auf Spitz und Knopf ging.

Wenn also die Gerüchte — von denen wir vorherhand mit allem Vorbehalte Akt nehmen — den Tatsachen entsprechen, dann würden die Würfel noch in dieser Woche fallen. Und das wäre jedenfalls zu begrüßen. Mag die Entscheidung ausfallen wie immer; die Monarchie bedarf der Klärung dringend im Interesse ihrer finanziellen Kriegsbereitschaft, die durch die fortgesetzten Krisen und Derouten beeinträchtigt wird.

Die ganze öffentliche Meinung der Monarchie wird aufatmen, wenn es einmal heißt: Hic Rhodus, hic salta. Serbien mag es sich dann überlegen, ob es die Rolle Piemonts weiterspielen will oder nicht. Es trifft sich jedenfalls sehr günstig, daß gerade der Präsident der französischen Republik vor dem Zaren den Notau macht. Bei dieser Gelegenheit kann dann auch das Verhältnis zwischen Dreibund und Trivulentente geklärt werden, was

jedenfalls leichter ist, wenn die Monarchie mit Serbien reinen Tisch gemacht hat. Auch in Petersburg steht man am Scheidewege, wenn die Beschlüsse des Ministerrates heute in Ischl die Genehmigung erhalten. Dahin nun richten sich alle Blicke im Reiche und darüber hinaus.

zum Attentat in Sarajevo.

r. Sarajevo, 20. Juli. Die Untersuchung gegen die Attentäter wird noch etwa zehn Tage in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen sollen im Dezember stattfinden und zwei Wochen dauern.

r. Budapest, 20. Juli. Aus Sarajevo wird dem „Nz Es“ gemeldet: Samstag abends wurden sechzehn verhaftete Serben in das Gefängnis von Travnik gebracht. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Popen, ein Lehrer und ein Kaufmann.

r. Ugram, 20. Juli. Der „Dzbor“ meldet aus Sarajevo: Vor zwei Tagen explodierte unter einer Brücke eine Bombe. Die Brücke wurde beschädigt und der Bombenschleuderer selbst leicht verletzt. Es liegt kein Attentat vor, der Mann wollte sich nur der Bombe entledigen, warf sie statt ins Wasser durch seine Ungeschicklichkeit gegen eine Brückenstütze, wo sie explodierte. Der Mann wurde verhaftet.

Die Monarchie und Serbien.

Dementi des letzten Pasic-Interviews.

R.-B. Belgrad, 20. Juli. Das serbische Pressbureau meldet: Das von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Pasic ist weder dem Worte noch dem Sinne nach richtig wiedergegeben; ja, einige Stellen sind sogar ganz willkürlich verunstaltet worden, besonders ist die Phrase, daß die Zeit für uns arbeitet, in einem falschen Zusammenhange gebracht worden. Diese Phrase bezieht sich auf das Thema von der Gerechtigkeit, die Serbien nach Aufhellung aller Tatsachen später einmal zugestanden werden wird, und keineswegs auf den Vorderatz über Verschwörungen. Ebenso unrichtig wiedergegeben sind jene Stellen, die von der Unmöglichkeit einer Überwachung jenseits der Grenzen und von der Unterdrückung unserer Landsleute

sprechen, denn der Ministerpräsident wollte ausdrücken, daß man im eigenen Lande genug zu tun und keine Zeit habe, sich mit Dingen zu befassen, die außerhalb der serbischen Grenze liegen. Dadurch erhält das Gespräch einen ganz anderen Sinn als derjenige ist, den man dem Ministerpräsidenten in tendenziöser Weise untergeschoben möchte. Der Ministerpräsident bedauert, daß überhaupt seinen Worten ein Sinn unterlegt wurde, der so gar nicht seinen Anschauungen entspricht.

Bemerkenswerte Erklärungen des serbischen Presschefs.

r. Budapest, 20. Juli. Im Auftrag des Ministerpräsidenten Pasic gab der Chef des serbischen Pressbureaus, Stefanovic, dem Spezialkorrespondenten des „Esi Ušag“ folgende wichtige Erklärungen. Er sagte unter anderem: Wir stehen vor den Stupschitzwahlen. Heute früh reist Pasic zur Leitung der Wahlen

nach Osterreich ab. Wir denken augenblicklich gar nicht an die Ergebnisse der Sarajevoer Untersuchung. Von einer Demarche ist bisher nicht die Rede. Die serbische Regierung erwartet eine solche nicht. Sollte sie erfolgen, dann wird sich die Regierung gewissenhaft mit der diplomatischen Note befassen. Ich erkläre im Namen der Regierung: Wenn es sich um das Verhör verdächtiger serbischer Untertanen als Beschuldigte oder Zeugen handelt, werden wir unsere Pflicht erfüllen. Das wird nur geschehen, wenn das Ansuchen in diplomatischer Form erfolgt, die die Souveränität Serbiens nicht in Zweifel zieht. Ich kann nicht glauben, daß die Bomben aus dem Arsenal von Kragnjevac stammen. Pribicevic steht dem Attentat ganz bestimmt fern. Princip glaubte, er werde Serbien einen Dienst leisten und hat viele kompromittiert. Nicht Serbien ist schuldig. Der Sündenbock muß in der bosnischen Administration gesucht werden. Für die Sicherung des Thronfolgers hätte eine bessere Polizei sorgen müssen. Cabrinovic war uns verdächtig. Hätte uns nicht die bosnische Landesregierung gesagt, daß Cabrinovic ein anständiger Mensch sei, dann hätten wir ihn eingesperrt. Wir werden uns verteidigen, weil wir keinen Krieg wollen, und ich hoffe, daß der Konflikt sich friedlich beilegen lassen wird. Auch Graf Tisa will dies. Niemand will hier einen Krieg, aber Beleidigungen können wir uns nicht gefallen lassen. Einen Boykott in Serbien gibt es nicht und auch keine Mobilisierung. Es wird sich doch der Frieden aufrecht erhalten lassen.

S. Wien, 20. Juli. Die hiesige serbische Gesandtschaft hat den in Wien studierenden reichserbischen Studenten, die im Genusse von Stipendien sind — und das ist die Mehrzahl — unter Androhung des Verlustes der Stipendien untersagt, Wien ohne Erlaubnis zu verlassen, auch wenn sie nur einen Tag außerhalb Wiens verweilen, müssen sie die Einwilligung der Gesandtschaft einholen und den Aufenthaltsort bekanntgeben. Diese Meldepflicht bestand zwar früher auch schon, doch wurde ihre Nichtbefolgung stillschweigend geduldet. Die jetzige strenge Handhabung dieser Bestimmung wird auf das Bestreben der Gesandtschaft zurückgeführt, eventuelle Verhaftungen serbischer Studenten und die daraus sich ergebenden Beschuldigungen, die serbische Regierung unterstütze und erhalte in der Monarchie österreichfeindliche Elemente, zu verhindern.

r. Belgrad, 20. Juli. Der Autor der Artikel in der „Samouprava“ ist der Minister des Innern Protic. Die Ausführungen sollen in einer Ministerbesprechung zur Veröffentlichung bestimmt worden sein.

Zwischenakt.

Erläutes und Erlebtes.

Das Volk hat keine politische Einsicht, aber ein dunkles politisches Gefühl. Das Wort Larmartines kommt jedem in Erinnerung, der nun auf des Volkes Stimme zu hören versteht. Nicht auf die Stimme jenes Volkes, von dem Bismarck mit Recht sagt: Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr mißbraucht worden als das Wort Volk. Jeder hat das darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die er für seine Ansicht gewöhnen hatte; indes — das Volk muß man hören, dem nicht geprügelte Agitatoren eine obstruse Meinung vorkläuen, die Volkessstimme, die sich frei und ungezwungen im vertraulichen Gespräche äußert, da draußen in der Vorstadt, in den engen kleinen Gaststuben, da muß man sie hören, wie sie sprechen, wie sie Pläne schmieden und Schlachten liefern, wie sie über die leitenden Staatsmänner sprechen und wie sich in ihren Köpfen die Zukunft malt. Im Tenor wird das Gespräch kaum anders sein wie in den eleganten Cafés, wo die Herren mit und ohne Uniform nur ein Thema kennen: den Krieg. Das ist nicht politische Kannegießerei, nicht Bierbankpolitik, sondern heiße warmblütige Vaterlandsliebe, der natürlich das radikalste Mittel Ordnung und Ruhe zu schaffen gerade gut genug ist.

Für die leitenden Staatsmänner regelt sich die Sache nicht so einfach. Graf Tisza hat mit dem Worte von der traurigen ultima ratio angedeutet, daß man in den maßgebenden Kreisen

nicht gerne den Waffengang versucht, er hat aber auch angedeutet, daß man ihn, wenn unausweichlich, nicht scheuen wird. An dieser Station halten wir stehen. Der Monarch hat gestern den Vortrag des Außenministers Grafen Berchtold entgegengenommen und — wie verlautet — seine Unterschrift auf jenes Schriftstück gesetzt, das zum Instrumente der nächsten Zukunft werden soll. Die serbische Regierung wird in befristeter Note aufgefordert werden, ihre durch ihre Teilnahme an dem Sarajevoer Morde bloßgestellten Untertanen ohne Rücksicht auf Stand und Klasse durch eine objektive, gerichtliche Verfolgung der verdienten Strafe zuzuführen; die serbische Regierung wird aufgefordert werden, mit jenen Organisationen, die den Frieden der Monarchie beeinträchtigen, zu brechen und sie abzuschaffen; sie wird endlich aufgefordert werden, durch lokale Erklärungen und ebensolche Maßnahmen die Sicherheit der Grenze zu garantieren und eine Politik friedlicher Nachbarschaft zu beginnen. Diese selbstverständlichen Forderungen der Monarchie würden von einem Kulturstaate mit ebenso vielen selbstverständlichen Bejahungen beantwortet werden können, das heißt, es könnte zu einer solchen Fragestellung gar nicht kommen, da das geschriebene und ungeschriebene Völkerrecht ein Verhalten, wie es Serbien bisher an den Tag legte, geradezu verbietet. Es ist also schon an und für sich traurig, daß es zu einer solchen Demarche kommen muß, noch trauriger, daß das schon zum drittenmal innerhalb von sechs Jahren sich als notwendig erweist. Zweimal hat die serbische Regierung sich mit papierenen Zugeständnissen herausgewunden, die sich hinterher als wertlos erwiesen. In dieselbe Kategorie ge-

hört auch die Abdankung des Kronprinzen Georg, dessen unerfreuliche Gestalt zwar von der Bildfläche verschwunden, dessen verheerende und zerstörende Politik aber geblieben ist.

Man kann hundert gegen eins wetten, daß auch diesmal der gleiche Versuch mit den gleichen Mitteln gemacht werden wird. Die serbische Regierung wird eine papierene Niederlage einer solchen durch die Waffen vorziehen und alsbald das alte Spiel beginnen. Und davor bangt man im Volke, und deshalb meint man, daß nur die Sprache der Kanonen die Bedingungen für den künftigen loyalen Frieden verkünden könne. Die leitenden Staatsmänner sind anderer Ansicht, und deshalb sieht man in maßgebenden Kreisen die heutige Lage zwar als sehr ernst an, meint aber doch, daß auch der ereignisreiche Hochsommer 1914 nicht den Krieg bringen werde, der heute in aller Mund ist. Es liegt keine Ursache vor, dieser Meinung nicht beizupflichten, umso weniger, als niemand ernstlich an den im Hintergrunde lauernden Weltkrieg glaubt, ohne den Serbien kaum die Partie wagen dürfte.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Die Demarche in Belgrad.

S. Wien, 21. Juli. Wie aus ISG I gemeldet wird, verlautet dort, daß der Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad noch im Laufe dieser Woche erfolgen werde. Die Demarche soll in der Form sehr höflich, im Inhalte jedoch sehr unterschieden sein. Die Demarche wird voraussichtlich befristet sein und die österreichisch-ungarische Regierung wird von Serbien verlangen, die Antwort innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, der noch nicht feststeht, vermutlich jedoch 48 Stunden kaum überschreiten wird, zu geben. Die Forderungen dürften sich auf folgende Angelegenheiten erstrecken: Sofortige Einleitung der Untersuchung gegen die durch das Attentat bloßgestellten serbischen Staatsbürger und Organe unter der Bürgerschaft, daß diese Untersuchung zu einer wirklichen und gründlichen Ergänzung der Untersuchungsergebnisse, die in Sarajevo festgestellt worden sind, werde. Die österreichisch-ungarische Regierung dürfte ferner verlangen, daß die serbische Regierung gegen jene Organisationen und Jugendvereine, die die Agitationen gegen unsere Grenzen führen und die Stimmungen, aus denen die Attentate hervorgehen, erzeugen, mit der größten Entschiedenheit einschreite, solche Vereine nicht mehr dulde und ebenso die Agitationen, wie sie bisher stattfanden und eine Gefahr des Friedens geworden sind, einschränke. Die österreichisch-ungarische Regierung dürfte weiter den Wunsch aussprechen, daß die Überwachung der Grenzen besser eingerichtet werde. Der Schritt hat aber nicht bloß den Zweck, offenkundige Mißbräuche zu beseitigen, sondern die serbische Regierung überhaupt zu einer Politik in der Richtung eines dauernden und bleibenden Friedens zu bewegen.

Berichte des Gesandten Baron Giesl.

S. Wien, 21. Juli. Gestern ist der Belgrader Gesandtschaftssekretär R. v. Stork in Wien eingetroffen. Er brachte eine Reihe wichtiger Berichte des Gesandten Barons Giesl an den Minister des Äußern Grafen Berchtold, der die Schriftstücke noch vorgestern erledigte. Vermutlich hat Graf Berchtold in seiner heutigen Audienz beim Kaiser auch die neuesten Berichte des Gesandten Barons Giesl dem Monarchen unterbreitet.

Serbische Rüstungen.

S. Wien, 21. Juli. Die „Militärische Rundschau“ erzählt: Die serbischen Rüstungen werden weiter betrieben. Eine Mobilisierung serbischer Truppen wurde amtlich nicht verlautbart, findet aber in aller Stille statt. Die Ein-

berufung von Reservisten geht ebenfalls vor sich. Truppentransporte sind aus den neuerworbenen Gebieten nach Norden im Abgange. Die Truppenmärsche abseits der Bahnen werden größtenteils bei Nacht zurückgelegt. In den Räumen bei Baljevo und Uzice werden Streitkräfte zusammengezogen. Die Vorbereitungen zur Formierung von Freiwilligenbänden an der Drina werden beschleunigt, die Zensur militärischer Nachrichten und die Grenzbeobachtung schärfer gehandhabt. Aus dem Arsenal von Kragevac gehen große Transporte von Kriegsmaterial in die Grenzgebiete ab. Auch Montenegro rüstet eifrig. Am Lovcen finden Truppenzusammenziehungen statt, ebenso im Grenzraume nördlich von Kosmac. Die alten Forts von Nozdre, Bostup und Preštel am Dugavaß werden zum Teile hergestellt und armiert. Alle wehrfähigen Männer sind durch die Zivilbehörden vertraulich verständigt worden, sich für eine jeberzeitige Einberufung bereit zu halten. In den letzten Tagen haben sich mehrere Überfälle auf Munitionsdepots, Pulverdepots und andere wichtige militärische Anstalten im Gebiete der Monarchie ereignet. Es wiederholt sich das alte Spiel. Militärischerseits sind nun im Einvernehmen mit den Zivilbehörden alle Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit der militärischen Etablissements, wie die von militärisch wichtigen Objekten, Brücken, Tunnels usw., unter allen Umständen zu gewährleisten.

Ein Grenzzwischenfall.

I. Semlin, 21. Juli. Baron Giesl übergab der serbischen Regierung eine Note, in der Beschwerde darüber erhoben wird, daß vor einigen Tagen serbische Gendarmen auf österreichische Untertanen, die auf einem Kahn auf der Donau fuhren, geschossen haben. Wie die Note ausführt, wurden zehn Schüsse gegen die österreichische Grenze abgegeben. Die serbische Regierung hat eine Untersuchung zur Bestrafung der Täter eingeleitet.

Serbische Blätterstimmen.

K.-B. Belgrad, 21. Juli. „Politika“ behauptet, daß Österreich-Ungarn bestrebt ist, durch Intrigen Deutschland gegen Serbien zu stimmen. Es scheine, daß Österreich-Ungarn daran gelegen sei, um jeden Preis die starken serbisch-deutschen Handelsbeziehungen zu lockern. In Wirklichkeit werden jedoch Kaiser Wilhelm vom serbischen Volke nur Sympathien entgegengebracht.

„Balkan“ bringt in Form eines mit „Alter Bosnia“ gezeichneten offenen Schreibens eine Darlegung der politischen Situation in Österreich-Ungarn. Es sei heute klar, daß die Sarajevoer Polizei den Attentätern an die Hand ging. Das amtliche Österreich-Ungarn habe den Thronfolger förmlich in den Tod getrieben.

Die Sarajevoer Untersuchung biete keinerlei Garantie der Objektivität. Serbien sei von solchen hinterlistigen Taten weit entfernt. Die Ermordung des Königs Alexander, schreibt das Blatt, war kein Attentat, sondern eine zum Wohle des ganzen Volkes stattgefundene Revolution. Österreich-Ungarn darf nicht durch eine diplomatische Note die Unterdrückung der großserbischen Idee und Propaganda von Serbien fordern, da dies bedeuten würde, von Serbien verlangen, daß es im eigenen Lande der österreichisch-ungarische Gendarm der österreichisch-ungarischen Finsternis sei. Die großserbische Propaganda ist eine Folge der serbischen Freiheit. Wir gewannen indessen die Überzeugung, daß die Türkei zusammenbrach, weil sie ihre Kraft nicht organisierte und daß Österreich-Ungarn das gleiche Schicksal wegen seiner geordneten Fäulnis erreichen werde.

Erst Klarheit schaffen!

Wien, 22. Juli.

Man muß die Beendigung der Untersuchung in Sarajevo abwarten, denn auf Grundlage ihrer Ergebnisse werden die Forderungen an die serbische Regierung gestellt werden! So wird es versichert und so ist es eigentlich selbstverständlich: denn Oesterreich-Ungarn kann die Mordtat zum Anlaß von Forderungen an Serbien nur dann nehmen, wenn aus der Untersuchung irgend ein Beweis für die Mitschuld serbischer Kreise hervorgekommen ist; nur insofern nehmen, als diese Mitschuld durch die Untersuchung bewiesen worden ist. Nun möchten wir fragen, wie eigentlich dargetan werden soll, was in der Untersuchung herausgefunden und durch die Untersuchung bewiesen worden sei! Denn das müssen wir erstens Serbien beweisen und zweitens auch dem übrigen Europa beweisen: weil nur dann, wenn wir dem zivilisierten Europa für die Schuld Serbiens einen schlüssigen Beweis vorlegen, unsere Forderungen an die serbische Regierung Europas Zustimmung und Beglaubigung finden werden. Diese Anerkennung, daß wir im Rechte sind, wenn wir uns über Serbien beklagen, ist unerlässlich, wenn die österreichisch-ungarische Forderung durch Europa die moralische Rechtfertigung erhalten soll. Worauf beruht denn die Hoffnung, daß sich das übrige Europa, Rußland voran, in den österreichisch-serbischen Handel nicht einmischen werde, daß der Konflikt, in der Sprache des Berliner Kanzlerblattes zu reden, „lokalisiert“ bleiben wird? Auf unserem moralischen Recht! Also darauf, daß in der Untersuchung entweder eine förmliche Mitschuld der serbischen Regierungskreise oder doch wenigstens ihre sträfliche Duldung der Umtriebe wider den schwarz-gelben Staatenverband unzweideutig herausgefunden sei, durch die Untersuchung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise bewiesen worden ist. Wir rufen Europa gleichsam zu Zeugen dafür auf, daß der kleine Nachbar uns nicht Ruhe geben will, uns ohne Unterlaß und in gewissenloser Weise heunruhigt; und indem wir es Europa beweisen, klar und deutlich beweisen, verlangen wir von ihm, daß es unsere Forderungen als notwendig und berechtigt anerkenne und Serbien klarmache, daß sein hinterlistiges Treiben durchschaut sei und seine auf die Beunruhigung Oesterreichs gerichtete Politik von ganz Europa verurteilt wird. Wenn wir, um es so zu sagen, in der Lage sind, Serbien vor Europa an den Pranger zu stellen, so wird Serbien vereinsamt

bleiben und außerstande sein, den sachlich berechtigten Forderungen Oesterreichs Widerstand zu leisten.

Aber ganz selbstverständlich: wir müssen Serbien und müssen Europa die serbische Schuld beweisen. Wie will nun Graf Berchtold diesen Beweis eigentlich führen — diesen Beweis, der seinen Forderungen allein den moralischen Rückhalt verschaffen kann! Wie stellt sich der Ballplatz diese unerlässliche Beweisführung eigentlich vor? Daß Berchtold behaupten und erzählen wird, in der Untersuchung sei dies und jenes hervorgekommen? Wer wird das glauben, wer muß das glauben? Angaben, zumal von Angeklagten, in einer Untersuchung sind noch lange kein Beweis; auf die Aussagen der Attentäter, die man überdies gar nicht vernimmt, auf ihre plötzlich hereinbrechenden Bekenntnisse wird sich Europa wahrscheinlich nicht verlassen. Sehr richtig formuliert ein hervorragendes englisches Blatt die Sachlage folgendermaßen: „Hat auch jeder Staat das in seiner Souveränität liegende Recht, einen Aufruhr in seinem eigenen Gebiet zu unterdrücken und von anderen Staaten die Nichtduldung von gegen ihn gerichteten Verschwörungen zu verlangen, und mag auch die Nichtanerkennung dieser Rechte gerechten Grund zu äußersten Schritten, ja selbst zum Kriege geben, so ist die Macht, die diese Rechte ausüben will, gerechterweise doch gehalten, zu zeigen, daß eine Verschwörung wirklich existiert und sie eine wirkliche Gefahr für ihren inneren Frieden sei. Diese Macht kann nicht von einem Nachbarstaat verlangen, daß er auf bloßen Verdacht hin einschreite, bloße Behauptungen als notwendig wahr annehme und Beweise ohne Prüfung glaube; die Macht muß ihre Anklage zur Befriedigung der Meinung Europas beweisen oder sich den Vorwurf zuziehen, daß sie aggressiv und eine Gefahr für den allgemeinen Frieden sei.“ Durchaus richtig; um so nötiger für den Grafen Berchtold, es sich doch zu überlegen, wie er Europa diesen Beweis zu liefern gedenkt. Denn allem Anschein nach hat er sich diese Frage bisher noch gar nicht gestellt, obwohl sie die allerwichtigste ist. Das Papier seiner offiziellen Presse ist allerdings geduldig; da kann man Tag um Tag mit dem Anschein unbezweifelbarer Gewißheit hinschmieren, die Untersuchung habe für die Schuld Serbiens „untrügliche Beweise“ geliefert. Aber auf bloße Behauptungen wird man sich, wie schon die englische Stimme zeigt, in Europa nicht einlassen; schon deshalb nicht, weil man über die Be-

schaffenheit der Wahrheitsliebe unseres Auswärtigen Amtes nach den Erfahrungen des Balkankrieges in Europa satzsam unterrichtet ist. Wie aber will Berchtold sonst den Beweis führen, den Beweis, daß das, was er Serbien vorhält, in den Ergebnissen der strafgerichtlichen Untersuchung begründet ist? Will er vielleicht die Untersuchungsprotokolle veröffentlichen? Das geht wohl nicht; aber auch die Protokolle wären kein Beweis: weil das, was auf die Mitschuld Serbiens zielt, in der Hauptsache nur die Aussagen der Attentäter selbst sein werden. Und denen zu trauen, wird man sich ohne Ueberprüfung nicht leicht entschließen. Der Beweis der Schuld und Mitschuld der serbischen Regierungskreise ist aber unerläßlich, wenn die Forderungen Oesterreichs vor Europa moralisch gerechtfertigt dastehen sollen! Das möge Berchtold genau bedenken!

Es gibt nur eine Beweisführung, gegen die kein Einwand erhoben werden kann, der der durchschlagende Charakter sicher ist, deren Eindruck sich niemand entziehen können und auch nicht entziehen wollen wird: das ist die öffentliche Gerichtsverhandlung gegen die Attentäter! In der öffentlichen Verhandlung wird die Wahrheit kund, da sieht gleichsam das ganze Europa die Mitschuld Serbiens, und dann kann keiner mehr die Forderungen, die wir an Serbien zum Schutze unserer Sicherheit erheben, unberechtigt oder unbillig schelten! Wenn es wahr ist, daß die Untersuchung gegen die Attentäter für die Mitschuld Serbiens „untrügliche Beweise“ geliefert habe, wenn es so wahr ist, als es bestimmt behauptet wird: dann heraus mit den Beweisen! Dann würde ja der Prozeß gegen die Attentäter zu dem Prozeß gegen die serbische Regierung! Deshalb gibt es nur eine vernünftige und logische Politik: ohne Verzug an die öffentliche Gerichtsverhandlung heranzutreten, ohne weiteres Lärmen sie vor Europa aufzurollen! Wird das unterlassen, wird der „Schritt“ in Belgrad, statt mit Beweisen ausgerüstet zu sein, nur mit unbewiesenen Behauptungen sich rechtfertigen wollen, so wird eine große und verhängnisvolle Dummheit getan werden! Erst Klarheit über Grad und Umfang der Mitschuld Serbiens schaffen und danach die aus der bewiesenen Schuld sich ergebenden Forderungen stellen: das allein ist das richtige Vorgehen! Bevor Graf Berchtold seinen Schritt unternimmt, denke er daran, wohin er führt!

Das Ultimatum an Serbien.

Wien, 23. Juli.

Der Schritt ist getan; und über die fürchterlichen Folgen, die aus ihm entspringen können, ist keine Täuschung mehr möglich. Graf Berchtold hat heute der serbischen Regierung die Forderungen Oesterreich-Ungarns unterbreitet, und wenn auch die wörtliche Bezeichnung in der Note vermieden ist, so spricht es aus jeder einzelnen dieser vielen, allzuvielen Forderungen mit fürchterlicher Klarheit: es ist ein **U l t i m a t u m a n S e r b i e n**, jenes letzte Wort, das immer blutig-schwere Dinge ankündigt. Am Samstag um sechs Uhr soll die serbische Regierung ihre Antwort geben, die Antwort geben, daß sie alles tun und erfüllen will, was in dieser Note, die in der Geschichte unserer Zeit kein Beispiel findet, von ihr geheißt wird. Und wenn sich Serbien der Erfüllung weigert, wenn es sich auslehnt, die Unterwerfung auszusprechen und zu vollziehen? Dann nimmt das Verhängnis seinen Lauf und das blutige Ringen hebt an! Der Tag, da Oesterreich-Ungarn dieses Ultimatum stellt, wird ein Tag sein, der der österreichischen Menschheit in ewig-schmerzlicher Erinnerung bleiben wird.

Es ist wahr: die serbischen Regierungskreise haben schwer gefrevelt an menschlicher Gesittung, haben Menschen- und Völkerrecht arg verlehrt. Sie haben nach der Annexion Urfehde geschworen und sich verpflichtet, Ruhe und Frieden zu halten, und sie haben mit dem heimlichen und offenen Wähler gegen die Monarchie nicht innegehalten. Wenn alles wahr ist, was die Note als Feststellungen der Untersuchung gegen die Attentäter angibt, so hat die Sarajevoer Mordtat ihren Ursprung in Belgrad und für die Mitschuld serbischer Regierungsorgane besteht wenigstens ein starker Verdacht. Oesterreich-Ungarn ist also befugt und ist im Recht, die strafgerichtliche Verfolgung der Mitschuldigen zu begehren, und es ist wohl auch berechtigt, von der serbischen Regierung eine gewisse Bürgschaft dafür zu verlangen, daß es mit der Duldung der Bestrebungen, deren letztes Ziel die Sprengung des österreichischen Staatenverbandes ist, ein Ende mache, daß es sich zur Respektierung der österreichischen

Grenzen verpflichte. Hätte Oesterreich-Ungarn auf diese Forderungen, zu denen es das Recht hat und die im Interesse seiner staatlichen Ruhe auch notwendig sein mögen, sich beschränkt, so wäre ihm die Zustimmung des ganzen zivilisierten Europa sicher und Serbien könnte es nicht wagen, seinen moralisch begründeten Forderungen Widerstand entgegenzusetzen. Dann wäre der Konflikt friedlich geschlichtet worden, ohne Einbuße an Ehre für Oesterreich-Ungarn, und mit der Sicherheit, daß nichts unterlassen worden ist, was dem gekränkten Rechte die erforderliche Sühne, was den gefährdeten Interessen des Reiches den notwendigen Schutz verschafft. Aber bleiben die Forderungen Oesterreich-Ungarns in dem Rahmen des Berechtigten und Notwendigen? Europa wird darauf die Antwort geben.

Derartige Forderungen hat ein Staat an den anderen noch niemals gestellt. Wir sind überzeugt, daß kein Bewohner dieses Reiches fähig gewesen wäre, all das nur auszubedenken, was Graf Berchtold in dieser Note von Serbien, das doch immer ein selbstständiges Staatswesen ist, zu fordern für nötig und angemessen findet. Und jede dieser Forderungen ist mit äußerster Härte formuliert, wird in einer Weise geheißt, die das Selbstgefühl des serbischen Staates aufs äußerste aufzureizen nur allzusehr geeignet ist; jede dieser Forderungen ist eine Verneinung der Unabhängigkeit Serbiens! Die serbische Regierung soll am nächsten Samstag eine feierliche Erklärung abgeben, mit der sie sich selbst richtet, um nicht zu sagen, hinrichtet; für die Erklärung wird nicht nur der Tag des Erscheinens, sondern auch der Platz in dem amtlichen Blatt bestimmt; fehlt nur noch, daß auch die Schrift angeordnet werde, in der die Erklärung zu veröffentlichen sei! Die Erklärung soll auch der König in einem Tagesbefehl an die Armee abgeben und kundmachen! Dann wird das ganze Arsenal der Unterdrückungen, das etwa in dem österreichischen Gesetz enthalten ist, wonach die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheiten suspendiert werden können, auf Serbien ausgedehnt; sozusagen über Serbien der österreichische Ausnahmezustand verhängt. Also Suspension der Pressefreiheit und Vereinsfreiheit in den Beziehungen zu Oesterreich-

Ungarn! Nun folgt die österreichische Ueberwachung des Schulunterrichtes in Serbien, die Maßregelung von Beamten und Offizieren, und dafür, wohl zum Ersatz, die Bekleidung österreichisch-ungarischer Beamten mit obrigkeitlicher Gewalt in Serbien! Wohlgeremert, Graf Berchtold begnügt sich nicht mit der Forderung, daß bei der gerichtlichen Untersuchung gegen die Mitschuldigen an dem Attentat österreichisch-ungarische Beamte mittun, obwohl auch das schon keine Kleinigkeit wäre, sondern österreichisch-ungarische „Organe“ sollen „bei der Unterdrückung der gegen die Monarchie gerichteten unterwühlenden Bestrebungen mitwirken“, also soll wohl Serbien dauernd unter österreichischer Kontrolle gehalten bleiben! Die Völker in Oesterreich werden nicht gefragt, da ein Schritt unternommen wird, dessen Einsatz ihr Gut und Blut werden kann; aber wir möchten den Grafen Berchtold und all die Verantwortlichen für diese Note doch fragen, ob sie wirklich meinen, daß Serbien diese Forderungen anerkennen kann, ob sie wirklich erwarten, daß Serbien sie erfüllen wird! Denn wenn sie dieser Meinung nicht sind, so haben sie die Forderungen nicht gestellt, weil sie auf ihre Erfüllung rechnen, so haben sie sie derart gestaltet, sie deshalb in dieser beispiellosen Härte verfaßt, damit sie nicht angenommen werden! In jedem „Punkte“ dieser Note des Grafen Berchtold schimmert es wie von Blut, von dem Blute, das vergossen werden soll in einer Sache, für die alle Möglichkeiten einer zuverlässigen und ehrenvoll — friedlichen Erfüllung gegeben waren! Es wird niemandem

leicht fallen, diesen Schritt zu verantworten, und keinem wird die Verantwortung erspart bleiben!

An dem dünnen Faden, daß sich Serbien diesen Forderungen unterwirft, hängt heute allein der Friede. Es steht in dem Konflikt nicht wenig auf dem Spiele auch für die Serben, deren innere und äußere Lage für das Königreich die schwersten Gefahren enthält. Vielleicht ist auch die Hoffnung noch nicht zur Gänze abzuweisen, daß ein vernünftiger und rüchhaltloser Schritt der serbischen Machthaber den Weg zu einer gewissen Verständigung, zu einem Verhandeln über die einzelnen Punkte eröffnen könnte, obwohl der ganze Ton der Note, in seiner ausgesuchten Schroffheit, in der Wahl der bitteren Worte die Hoffnung, daß die österreichischen Machthaber den Weg zum Frieden in ihrem inneren Bewußtsein noch nicht verlassen haben, sehr gering erscheinen läßt. Vielleicht auch, daß sich das übrige Europa, über das der österreichisch-serbische Konflikt die schwersten Bedrohnisse breitet, zu irgend einer Vermittlung aufraffen werde. Aber all das ist unsicher und zerfließt vor dem entsetzten Blick im Nebel. Was gewiß ist, was schreckliche Wahrheit, ist dieses Dokument, das einen Krieg in eine Nähe rückt, die wir nur schauernd empfinden. Drohend erhebt sich die Gefahr vor unserem Blicke und eine Zukunft eröffnet sich, in der Gut und Blut der Völker im Abgrund versinken. Im Namen dieser, die leiden und darben, schieben wir die Verantwortung für das Unheil, das im Zuge ist, denen zu, die diesen Schritt unternommen, der uns ins schrecklich Bodenlose führt.

Die Note Oesterreich-Ungarns an Serbien.

Die Note ist heute überreicht worden.

Der k. und k. Gesandte in Belgrad hat heute nachmittag der königlich serbischen Regierung nachfolgende Note überreicht:

Am 31. März 1909 hat der königlich serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrag seiner Regierung der kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben:

Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde und daß es sich demgemäß den Entschliessungen anpassen wird, welche die Mächte in Bezug auf den Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit dem vergangenen Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun und insbesondere die schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni haben das Vorhandensein einer subversiven (unterwühlenden) Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebietes loszutrennen. Diese Bewegung, die unter

den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebietes des Königreiches durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die königlich serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldet das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Antrieben, sie duldet eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldet schließlich alle Manifestationen, welche die serbische

Bevölkerung zum Hass gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten könnten. Diese Duldung,

der sich die königlich serbische Regierung schuldig machte,

hat noch in jenem Moment andauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Auszügen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni,

daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde,

daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Obrana angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf,

Antrieben ein Ende zu bereiten,

die eine ständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung

eine offizielle Versicherung zu verlangen,

daß sie die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken. Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die königlich serbische Regierung

auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom
26./13. Juli

nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

Die königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren letztes Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauerlicherweise auf fruchtig die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die königlich serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschichte der Bewohner was immer eines Teiles Oesterreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere, Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die königlich serbische Regierung verpflichtet sich überdies:

1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hass und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;

2. sofort mit der Auflösung des Vereines Narodno Odbrana vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn beschäftigen; die königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderen Namen oder in anderer Form fortsetzen;

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zu nähren

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der königlichen Regierung bekanntzugeben sich die k. und k. Regierung vorbehält,

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitzuwirken,

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden. Von der k. und k. Regierung hiezu

delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen.

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Boja Tankositsch und eines gewissen Milan Ciganovitsch, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind;

8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern; jene Organe des Grenzdienstes von Schabak und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei dem Uebertritt über die Grenze behilflich wären, aus dem Dienste zu entlassen und streng zu bestrafen;

9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Neußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und im Ausland, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet, nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Oesterreich-Ungarn auszusprechen;

10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigigen.

Die k. und k. Regierung erwartet die Antwort der königlichen Regierung

spätestens bis Samstag den 25. d. um 6 Uhr nachmittags.

* * *

Eine Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajevo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigegeben.

Das Ergebnis der Untersuchung.

Beilage der Note.

Die bei dem Gericht in Sarajevo gegen Gavrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni begangenen Mordmordes, beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthalts in Sarajevo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gavrilo Princip, Nedeljko Cabrinovitsch, einem gewissen Milan Ciganovitsch und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Boja Tankositsch gefaßt.

2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen samt Munition, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Cabrinovitsch und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovitsch und dem Major Boja Tankositsch verschafft und übergeben.

3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Pragujewahent stammen.

4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Ciganovitsch den Princip, Cabrinovitsch und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topshider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5. Um dem Princip, Cabrinovitsch und Grabez den Uebergang über die bosnisch-herzegowinische

ARBEITERKAMMER FÜR WIEN
DOKUMENTATION

Nr.:

TAG: 24.7.1924

Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganowitsch organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihrer Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabaz (Nade Popowitsch) und Loznica sowie von dem Zollorgan Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Die letzte Frist.

Das Wiener Kabinett an die Mächte. — Die Lage in Belgrad.

Österreich-Ungarn hat sich endlich auf seine Kraft besonnen. Das ist der allgemeine Eindruck, den die energische Note der Wiener Regierung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat, und wenn sich auch niemand über den hohen Ernst der Situation hinwegtäuscht, so geht es heute doch wie ein frischer Wind durch dieses Reich, da nun endlich mit einer schmachvollen Bergangenheit gebrochen wurde. Die Enthüllungen über die zerstörende Tätigkeit der serbischen Politik auf unserem vaterländischen Boden müssen auch den letzten Skeptikern die Augen öffnen. Nun ist die Marschrute für die Monarchie festgelegt, es gibt kein Zurück mehr. Im Laufe des heutigen Tages ergeht an sämtliche Mächte eine Zirkularnote der Wiener Regierung, in der diese ihr Verhalten für den Ernstfall skizziert. Österreich-Ungarn legt darin dar, welche Absichten es mit dem Ultimatum verfolgt und wie sich die Situation gestalten würde, wenn Serbien aus Gründen der Staatsraison die geforderte Genugtuung ablehnen sollte. Wie wir von informierter Seite erfahren, denkt Österreich-Ungarn im Falle kriegerischer Verwicklungen absolut nicht daran, Serbien zu annektieren, wohl aber besteht es darauf, eine Schwächung der Position Serbiens in dem Sinne vorzunehmen, daß jede großserbische Aktion auf weite Zeiten hinaus ausgeschlossen ist und daß künftig hin eine gewisse Kontrolle über die serbische Politik eintritt. Außerdem steht die Wiener Regierung auf dem Standpunkte, daß jedes Zurückweichen der Monarchie, sei es in Form von Verhandlungen, sei es im Wege einer Intervention, vollständig ausgeschlossen ist. Es gibt weder eine Erstreckung des Termins,

noch würde die Intervention einer dritten Macht irgendwelchen Erfolg haben. Die Wiener Regierung müßte jeden derartigen Versuch von vornherein zurückweisen. Im übrigen — und das ist der allgemeine Eindruck — ist man in Wiener Kreisen, soweit die Friedensmöglichkeit in Frage steht, pessimistisch gestimmt: Man hält den kriegerischen Zusammenstoß mit Serbien für unvermeidlich.

Das ist in kurzen Strichen die Situation, wie sie sich bis heute mittag darstellte. Aller Augen richten sich nun nach Belgrad, wo jetzt die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt. Ministerpräsident Pasic ist merkwürdigerweise aus Belgrad abwesend, denn für ihn wurde heute Minister Patschu als Vertreter bestellt. Die serbische Presse führt nach wie vor eine Sprache, die von Invektiven und gehässigen Ausfällen gegen die Monarchie strotzt und droht für den Kriegsfall mit dem Eingreifen guter Freunde Serbiens. Nun, die österreichisch-ungarische Politik wird sich durch nichts abhalten lassen, auf dem Weg restloser Vereinigung der bestehenden Konflikte fortzuschreiten. Es ist nicht zu leugnen, daß die Bedingungen, die die Wiener Regierung an das Kabinett in Belgrad gestellt hat, sehr hart sind, aber nach den unerhörten Ergebnissen der Unterjuchung des Sarajevoer Attentates und der ganzen langen Vorgeschichte aus den letzten Konfliktsjahren konnten sie um kein Zota milder gestellt werden; es ist nicht zu leugnen, daß die serbische Regierung, wenn sie jetzt der Not gehorchend den guten Willen haben sollte, Um- und Einkehr zu halten, vor eine fürchterliche Situation gestellt ist, denn Herr Pasic, sein Kabinett und das Geschlecht von Verschwörern, die armseltige Dynastie der Karageorge wären den letzten Tag auf der Höhe ihrer Macht und ihres Lebens, wollten sie heute, nachdem sie durch Jahre das Werk der großserbischen Propaganda in jeder

Form betrieben und gefördert haben, diesem Werk vor aller Welt de- und wehmütig abschwören. Es ist nicht zu leugnen, daß Serbien vor einer entsetzlichen Krise steht, daß es um seine Existenz kämpft, aber einzig und allein die serbische Politik selbst ist an allem Unglück schuld, von dem das Land jetzt bedroht wird. Die rächende Stunde ist angebrochen und sie findet ein starkes, im Wollen einiges Österreich-Ungarn.

Rußland — nicht indifferent.

Die „Petersburger Zeitung“, das amtliche Organ der russischen Regierung, erklärt heute, daß Rußland in dem Konflikt Österreich-Ungarns mit Serbien nicht indifferent bleiben könne. Was damit gesagt sein soll, ist noch nicht klar. Die Tätigkeit der russischen Regierung kann ebenso gut eine diplomatische als kriegerische sein. Bisher war die diplomatische Tätigkeit Rußlands zu verspüren, und sie hat der Monarchie mehr gekostet als ein Krieg. Sie trägt auch die Schuld daran, daß Serbien sich so weit vorwagte, sie ist mitschuldig, an der Schreckenstat von Sarajevo. Die Zusammenhänge zwischen der Petersburger und der Belgrader Politik sind so klar, daß eine Trennung unmöglich ist. Das mußten auch die maßgebenden Faktoren der Monarchie wissen, da sie das Ultimatum an Serbien richteten. Und sie haben es gewußt und haben damit gerechnet; und nicht nur sie, sondern auch die Verbündeten des Reiches: Berlin und Rom. Wenn man also mit dem Communiqué in der „Petersburger Zeitung“ eine Drohung ausstoßen und einen Druck ausüben wollte, so hat man sich verrechnet. Die Aktion gegen Serbien kann dadurch nicht im geringsten beeinflusst werden. Man weiß im Dreibund zu genau, wie es um Rußland und Frankreich steht, und man weiß auch ganz genau, was sich dort für die nächsten drei oder vier Jahre vorbereitet. Wenn also Rußland derzeit den Frieden unbedingt aufrecht erhalten will, weil es ihn notwendig braucht, dann gibt es nur eine Art der Betätigung: Serbien zur Unterwerfung unter den Willen der Monarchie zu zwingen. Andernfalls nimmt das Schicksal seinen Lauf.

Die Petersburger Politik hat sich also an die falsche Adresse gewendet. Nicht nach Wien soll sie ihre Drohungen und Ermahnungen richten, sondern nach Belgrad. Nur durch eine vollständige Wendung in dem politischen Verhalten wäre noch der Frieden zu retten. Die Note in der „Petersburger Zeitung“ deutet aber an, daß man auch dort die

Partie verloren gibt. Es ist ein letzter, ganz verfehlter Versuch, Österreich-Ungarn einschüchtern zu wollen. Ein Versuch, der schon mit Rücksicht auf die herrschende Stimmung ganz aussichtslos ist. Wenn Rußland den Weltkrieg, den es längst vorbereitet, heraufbeschwören will, dann kann es das tun. Jedenfalls ist es für die Monarchie und den Dreibund viel günstiger, die Krise, die ja doch unabwendbar ist, bricht jetzt aus, so lange die Gegner noch nicht vollständig gerüstet sind, als später, wenn die Rüstungen Rußlands vollendet sind und das wäre in drei bis vier Jahren. Das alles ist in Wien, in Berlin und Rom wohl erwogen worden, bevor der Schritt in Belgrad unternommen wurde. Gerade deshalb hat das Wiener Auswärtige Amt an alle Mächte die Zirkulardepesche ergehen lassen, daß mit dem Vorgehen gegen Serbien zunächst an keinen Vandalenwerb gedacht wird. So lange der Krieg auf die Monarchie und Serbien beschränkt bliebe, handelt es sich nur um die Korrektur eines unseidlich gewordenen Nachbarverhältnisses. Wenn aber das große Ringen der Völker beginnt, dann sind die Folgen einer kriegerischen Auseinandersetzung ganz andere. Dann wird die Karte Europas eine andere Gestalt erhalten, die den Frieden auf längere Dauer sichert.

In Petersburg scheint man mit dieser Entschlossenheit der Monarchie nicht zu rechnen. Man will in letzter Stunde eine Aufforderung an sie richten, die Frist des Ultimatus zu verlängern. Auch das ist aber in Rechnung gezogen worden und deshalb hat das Auswärtige Amt über Beschluß des Ministerrates erklärt, daß es keinerlei Intervention von dritter Seite, zu deutsch am allerwenigsten von Rußland, annehmen kann. Man bemüht sich also in Petersburg ganz vergeblich, in die Haltung der Monarchie Dresche zu schießen. Auch die Mobilisierung von sechs Armeekorps in Rußland, die heute gemeldet wird, ist ein Schreckschuß, der seine Wirkung verfehlt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Unterwerfung oder Krieg. Belgrad, beziehungsweise Petersburg erklären, daß die Unterwerfung unmöglich ist, gut, dann bleibt eben nur die zweite Möglichkeit. Nur noch wenige

Stunden trennen uns von der Entscheidung. Der heutige Tag zeigt bereits deutlich an, wie sie ausfallen wird. Es müßte ein Wunder geschehen, an das niemand glauben kann, wenn nicht schon heute abend Baron Giesl, der österreichisch-ungarische Gesandte, Belgrad verläßt.

Der Tag der Entscheidung.

Wenn heute die Sonne zur Ruhe geht, ist die Entscheidung darüber gefallen, ob die nächste Zukunft Krieg oder Frieden bringt. Heute um sechs Uhr abends läuft die Frist des Ultimatums, das Österreich-Ungarn an Serbien gerichtet hat, ab. Die Entscheidung wird formell in Belgrad fallen, tatsächlich aber in Petersburg. Wenn die Politik des Zarenreiches den Krieg, mit dem sie so lange gespielt hat, nicht verträgt, wenn er ihr zu früh auszubrechen droht, dann wird der russische Geschäftsträger, der Nachfolger Hartwigs heute im serbischen Ministerium erscheinen und den Befehl zum vollen Rückzug, zum Gang durchs kaudinische Loch erteilen. Serbien mag dann sehen, wie es sich mit der Sachlage abfindet, ob es sich in den Abgrund stürzen will, der sich gähnend vor ihm aufgetan hat und die Pose nationalen Heldentums bis zum Untergange spielen will oder ob es sich dem Zwange der Verhältnisse fügt und die Rechte und die Macht des benachbarten Großstaates anerkennen will. Fast scheint es ausgeschlossen, daß der serbische Chauvinismus eine so tiefe Demütigung ertragen könnte. König Peter steht vor der Wahl, Thron und Krone aufs Spiel zu setzen in einem aussichtslosen Kampfe, sein Land den Verheerungen eines Krieges preiszugeben, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, oder aber als Opfer einer inneren Revolution zu fallen, die unausbleiblich ist, wenn Serbien den jahrelang aufgepeitschten und großgezogenen Stolz und Übermut ablegen und im Büßergewande durch das Joch gehen muß. Das sind die Früchte der verheerenden und zeretzenden Politik Serbiens, die seit dem grausen Königsmorde im Belgrader Monat die wildesten Orgien gefeiert hat. Die so oft totgesagte,

angeblich von innerer Fäulnis zerfressene Monarchie hat sich mit einem Schlage erhoben. Wie aus Erz gegossen stehen die Reihen der Völker. Herzerfreuend ist die glühende Vaterlandsliebe, herzerfreuend die Haltung der Bevölkerung, die sich gerade jetzt in diesem ernstesten Augenblicke im schönsten Lichte zeigt. Ein Aufatmen ging durch die Lande, als das Ultimatum bekannt wurde, eine ruhige Entschlossenheit und Sicherheit macht sich überall bemerkbar, die prächtig abstricht von dem marktschreierischen Dramarbasieren serbischer Sernegröße. Es ist, als ob nichts geschehen wäre. Jeder geht seinem Tagewerk nach, jeder erfüllt nach wie vor seine Pflicht. Und doch hat alle eine glühende Begeisterung erfaßt. Das ist die Monarchie, die man totgesagt, der man den sicheren Zerfall verkündet hat, aus deren Leib sich jeder herauszuschneiden hoffte, was er gerade brauchte. Und mit dieser Monarchie, deren Armee auf den Augenblick brennt, wo sie die große Prüfung bestehen kann, will Serbien die Waffen kreuzen?

Ein zweiter Fall ist denkbar. Rußland hat eine Million Soldaten unter Waffen, angeblich zur Probemobilisierung. Ein Handzug des Zaren genügt, die Zahl zu verdoppeln und zu verdreifachen. Ein Handzug genügt, die Welt in Brand zu setzen. Österreich-Ungarn hat den schicksalschweren Schritt in Belgrad nicht mit dem Übermut des tollen Klünglings unternommen, der sich kopfüber in Gefahren stürzt, die er gar nicht kennt, nicht aus Lust zum Abenteuer, aus Wagemut und überschäumender Lebenskraft, sondern aus wohlüberlegten Gründen, aus Gründen der Selbsterhaltung, zur Wahrung seiner Lebensinteressen. Dabei haben die verantwortlichen Faktoren an dem mächtigen Protektor Serbiens, an dem Zarenreiche nicht vorübergehen können. Auch für den Fall, daß Ruß-

land mit seinem Miesenheere in den Kampf gegen die serbische Unmoral, für diese Partei eingreift, ist vorgesorgt. Die Monarchie hat treue Bundesgenossen: das Deutsche Reich und Italien. Der Schritt in Belgrad ist im Einbernehmen mit Rom und Berlin erfolgt; das heißt, wenn das Heer der Russen zur Grenze eilt und wenn sich der intime Freund und Bundesgenosse, der Franzmann jenseits der Vogesen, erhebt, stehen die Heere des Dreibundes geschlossen im Kampfe gegen Ost und West. Dann erheben sich auch die Balkanstaaten, aber nicht mehr in einem Bunde, nicht mehr gemeinsam die Spitze gegen das Donauraich lehrend. Auch da wird die Welt Überraschungen erleben, wie jene, die sie gestern den Atem anhalten ließen.

So ist alles vorgekehrt, falls die ehernen Würfel des Schicksals heute fallen und das Bild des Kriegsgottes Mars nach oben zu liegen kommt. Heute um 6 Uhr abends wird der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, die Antwort Serbiens erwarten. Kommt sie bis zu dieser Stunde nicht oder hält sie sich nicht an den Bibelspruch: Deine Rede sei ja, ja, oder nein, nein! dann hat er den gemessenen Befehl, die Stadt der Attentäter, des Treubruches und der Hinterlistigkeit sofort mit seinem gesamten Personale zu verlassen. Dann sind die diplomatischen Beziehungen noch in derselben Stunde abgebrochen und eine andere Sprache tritt in ihre Rechte. Dann ist die große Schicksalswende gekommen, auf die man seit Jahren sich vorzubereiten hatte, die das Donauraich mit unendlicher Geduld immer wieder hinaus-schob, dann ist der Tag angebrochen. Noch herrscht der Friede; aber sein Leben hängt an einem dünnen Faden, so dünn, daß niemand mehr daran glaubt, daß er diese Last noch länger zu tragen vermag.

Das Ultimatum an Serbien.

Die befristete Note.

W. Wien, 24. Juli. Die feste Entschlossenheit, die die österreichische Regierung bei der gestrigen Demarche in Belgrad bekundet wird, wie aus Berichten der Abendblätter hervorgeht, hier und in der ganzen Monarchie mit größter Befriedigung und einmütiger Zustimmung aufgenommen. Aus der Provinz laufen Meldungen ein und konstatieren übereinstimmend, daß der gestrige Schritt allenthalben als Erlösung aus der geradezu lähmenden Stimmung, die sich seit dem Sarajevoer Attentate der Bevölkerung bemächtigt hat, gewirkt hat.

W. Wien, 24. Juli. Mit Rücksicht auf die Meldung eines ungarischen Blattes, daß das Ultimatum an Serbien von dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza verfaßt wurde, ist Ihr Korrespondent ermächtigt festzustellen, daß diese Nachricht unrichtig ist. Die Note ist auf Grund des Materials, das das auswärtige Amt vorbereitet und in einem Entwurf gesammelt hat, vom gemeinsamen Ministerrat unter Wahrung der Einflüsse der beiderseitigen Ministerpräsidenten zustande gekommen.

R. B. Rom, 24. Juli. Der Inhalt der von der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gerichteten Note sowie das diese Note begleitende Zirkular der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte sind heute vormittag dem Generalsekretär des Ministeriums des Auswärtigen überreicht worden.

A. Rom, 24. Juli. Der Inhalt der österreichisch-ungarischen Note an Serbien hat hier die höchste Verblüffung hervorgerufen.

Die voraussichtliche Entwicklung der Krise.

S. Wien, 24. Juli. Für den Fall, als Serbien die Frist nicht einhält oder die Forderungen ablehnen sollte, wird die österreichisch-ungarische Regierung den Ausbruch des Krieges am Samstag um 6 Uhr abends auch formell ankündigen. Ein förmliches Ultimatum ist dagegen sehr unwahrscheinlich, da die Note ohnehin die letzten, nicht mehr abänderungsfähigen Bedingungen enthält. Dagegen dürfte die serbische Regierung auch formell vom Ausbruch des Krieges verständigt werden. In diesem Fall wird voraussichtlich der Kaiser, wie dies bei früheren Kriegen der Fall war, ein

Kriegsmanifest an die Bevölkerung der Monarchie erlassen.

W. Wien, 24. Juli. Wie Ihr Korrespondent erzählt, sind auf innerpolitischen Gebiete alle Maßnahmen für den Ernstfall schon seit Jahren vorbereitet. Selbstverständlich werden gewisse in Friedenszeiten bestehende Freiheiten im Ernstfall aufgehoben werden. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht früher zu erwarten, bevor nicht die Entscheidung gefallen ist. Man erwartet diese noch für Samstag nachts.

S. Wien, 24. Juli. Im Zusammenhang mit der Überreichung der Note an Serbien legt man sich die Frage vor, welches die nächsten Schritte unserer Regierung sein werden, falls die serbische Regierung bis morgen 6 Uhr abends keine oder nur eine unbefriedigende Erklärung abgeben würde. An unterrichteter Stelle wird erklärt, daß im Falle als bis 6 Uhr abends der österreichisch-ungarische Gesandte v. Gieszl nicht im Besitze der bedingungslosen Annahmeerklärung Serbiens sei, Baron Gieszl mit dem Gesandtschaftspersonal Belgrad zu verlassen habe. Den internationalen Gepflogenheiten zufolge, würde der Schutz der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Serbien einer befreundeten Macht, in diesem Falle dem deutschen Gesandten Baron Griesinger übertragen werden. Eine Erklärung des serbischen Gesandten Jovanovic in Wien wird hier nicht erwartet, sondern es ist, um einen Zeitverlust zu vermeiden, die oben angeführte Form der Entgegennahme der Erklärung Serbiens gewählt worden. Graf Berchtold wird sich im kritischen Momente nicht in Wien, sondern in Bad Ischl befinden, wohin er morgen früh abreist, um beim Eintreffen der Nachricht aus Belgrad, die ihm telephonisch nach Bad Ischl übermittelt werden wird, sofort dem Monarchen Bericht erstatten zu können.

Zur Abreise bereit!

W. Wien, 24. Juli. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Freiherr von Gieszl, hat den Befehl erhalten, für den Fall, daß entweder keine Antwort von der serbischen Regierung erfolgt oder diese Antwort nicht vollständig befriedigend ausfällt, nach Ablauf der Frist mit seinem Gesandtschaftspersonal die serbische Hauptstadt zu verlassen.

getan und sich solchergestalt in Widerspruch gesetzt mit dem Willen Europas und Österreich-Ungarn gegenüber eingegangenen Verpflichtungen.

Die Langmut, welche die k. und k. Regierung der herausfordernden Haltung Serbiens gegenüber beobachtete, war darauf zurückzuführen, daß sie sich frei von territorialem Eigennutz wußte und die Hoffnung nicht aufgab, daß die serbische Regierung die Freundschaft Österreich-Ungarns schließlich richtig bewerten werde. Die k. und k. Regierung hatte gelaubt, daß eine wohlwollende Haltung gegenüber den politischen Interessen Serbiens das Königreich am Ende doch veranlassen werde, eine gleiche Haltung zu beobachten. Österreich-Ungarn erwartete eine solche Evolution der politischen Ideen in Serbien, insbesondere in dem Momente, als nach den Ereignissen des Jahres 1912 die k. und k. Regierung durch ihre desinteressierte, von jedem Ubelwollen freie Haltung die so bedeutende Vergrößerung Serbiens möglich machte.

Das dem Nachbarstaate seitens Österreich-Ungarns bekundete Wohlwollen hat jedoch die Vorgangsweise des Königreiches nicht geändert, das fortwährend auf seinem Territorium eine Propaganda zu dulden, deren traurige Folgen am 28. Juni l. J. der ganzen Welt offenbar wurden an jenem Tage, da der Thronfolger der Monarchie und seine erlauchte Gemahlin einer in Belgrad entstandenen Veranschönerung zum Opfer fielen.

Bei dieser Lage der Dinge hat sich die k. und k. Regierung genötigt gesehen, einen neuen dringenden Schritt in Belgrad zu unternehmen, um solcherart die serbische Regierung dazu zu bringen, einer Bewegung Einhalt zu gebieten, welche die Sicherheit und Integrität Österreich-Ungarns bedroht. Die k. und k. Regierung ist überzeugt, sich, indem sie diesen Schritt unternimmt, in vollem Einklange mit den Gefühlen aller zivilisierten Nationen zu befinden, die es nicht zugeben könnten, daß der Königsmord zur Waffe wird, der man sich ungestraft im politischen Kampfe bedienen dürfe und daß der Friede Europas unausgesetzt durch Umtriebe gestört wird, die von Belgrad ausgehen.

Zur Unterstützung des Gesagten hält die k. und k. Regierung zur Verfügung der ... Regierung ein Dossier bereit, das über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Morde vom 28. Juni Aufklärung gibt.

Eine gleiche Mitteilung ergeht an die k. und k. Vertreter bei den übrigen Signatarmächten. Eure Excellenz sind ermächtigt, dem Herrn Minister des Außern eine Kopie dieser Depesche zu hinterlassen.

Verchtold m. p.

Kein Zurückweichen der Monarchie.

Wien, 21. Juli. Wie Ihr Korrespondent aus einem Gespräche mit einem leitenden aktiven Staatsmann entnommen hat, ist jedes Zurückweichen Österreich-Ungarns in Form von Verhandlungen mit der serbischen Regierung über das Ultimatum vollständig ausgeschlossen. Es gibt aber auch keine Erstreckung des Termins, und es gibt vor allem anderen — und das ist wesentlich festzuhalten — keine Intervention einer dritten Macht bei Österreich-Ungarn. Wenn eine Intervention seitens irgend einer Macht in Serbien erfolgen sollte,

so berührt das die Aktionen der österreichisch-ungarischen Regierung absolut nicht. Die österreichisch-ungarische Regierung würde jeden Versuch einer anderen Macht auf sie in irgend einer Weise einzuwirken, von vornherein zurückweisen.

In eingeweihten Kreisen ist man der Ansicht, daß der Konflikt mit Serbien, der nun durch das österreichisch-ungarische Ultimatum in ein entscheidendes Stadium getreten ist, nicht mehr auf friedlichem Wege werde beigelegt werden können.

Nachrichten aus Ungarn.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 24. Juli. Zu Beginn der Sitzung teilte Ministerpräsident Graf Tisza dem Hause mit, daß die Demarche in Belgrad gestern erfolgt sei, und hielt eine kurze Rede, in der er hervorhob, daß niemand uns beschuldigen könne, daß wir den Krieg suchen, aber im Bewußtsein dessen, daß wir unser gutes Recht vertreten und daß das Existenzinteresse der Monarchie auf dem Spiele steht, werden wir alle Konsequenzen zu tragen wissen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf spricht im Namen der gesamten Opposition Graf Andrássy, der gleichfalls in einer kurzen Rede das Vorgehen der Monarchie billigte und erklärte, daß trotz der großen Gegensätze, die die Opposition von der Regierung trennen, jeder Ungar seine Pflicht erfüllen werde. (Stürmischer Beifall.) Gleichzeitig ersucht er, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage, die Sitzungen des Hauses zu vertagen.

Ministerpräsident Graf Tisza spricht dem Grafen Andrássy seine wärmste Anerkennung aus und erklärt, daß er von ihm nichts anderes erwartet habe. (Stürmischer Beifall.) Was die Vertagung betreffe, so bemerke er, daß diese vorläufig seiner Ansicht nach nicht notwendig sei, da es sich nicht um eine solche Vorlage handle, die große Gegensätze hervorrufe. Dagegen sei er nicht abgeneigt, zuzustimmen, daß nach Erledigung dieser Vorlage das Haus vertagt werden soll.

Graf Andrássy ersucht um eine Pause von zehn Minuten, damit die oppositionellen Abgeordneten zu einer Besprechung zusammentreten können.

Der Präsident ordnet eine Pause an. Während der Pause versammeln sich die oppositionellen Abgeordneten zu einer Besprechung. Die Abgeordneten Jusch, Saghi und Johann Roth sprechen sich gegen die Vereinbarung aus, doch dringt Graf Andrássy mit seiner Ansicht durch. Nach einer Pause von zwanzig Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet.

Graf Andrássy erklärt, die Opposition werde der normalen Verhandlung der Gebührennovelle kein Hindernis in den Weg legen. Sollte aber vor Erledigung der außenpolitischen Angelegenheiten ein anderer Gesetzentwurf zur Beratung kommen, so werde dies die Opposition als Provokation betrachten.

Der Präsident erklärt, daß er es, da am Samstag und Montag keine Sitzungen stattfinden, nicht für opportun halte, einen anderen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu setzen.

Hierauf wird die Spezialdebatte für die Gebührennovelle fortgesetzt.

Nr.:

TAG:

r. **Budapest, 24. Juli.** Dem Abgeordnetenhaus wird schon in allernächster Zeit eine Vorlage zugehen, nach der die Regierung die **Ausnahmsverfügungen** des Gesetzkartells 13 vom Juli 1912 im Falle eines Krieges oder einer Kriegsgefahr in Anspruch nimmt. Nach diesem Gesetzkartell über den Ausnahmestatus kann das Ministerium alle Beschlüsse der **Municipal- oder Gemeindevertretungen**, die den Interessen der Kriegsführung zuwiderlaufen, annullieren, das Halten, die Benützung oder in Verkehrbringung von Gegenständen, die den Interessen der Kriegsführung schaden, verbieten, die Preise von Konsumartikeln vorschreiben, eine strenge Post-, Telegraphen- und Telephonkontrolle ausüben, das Vereins- und Versammlungsrecht suspendieren und eine Präventivzensur der Zeitungen ausüben.

r. **B. Budapest, 23. Juli.** Finanzminister Dr. von **Cseleky** hat heute nachmittag den Vertretern der großen Geldinstitute Mitteilung von der Demarche des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad gemacht. Der Zweck dieser Mitteilung war, daß die Nachricht von dieser Demarche den Geldmarkt nicht unvorbereitet treffe. Im Zusammenhange mit dieser Mitteilung des Finanzministers gaben die anwesenden Vertreter der Geldinstitute ihrer Anschauung Ausdruck, daß die ungarische Volkswirtschaft entsprechenden Widerstand werde entfalten können, was immer auch die Folgen dieser Demarche sein mögen. Auch sehen sie keine Ursache dafür, daß eine Störung des ungarischen volkswirtschaftlichen Lebens zu befürchten sei und daß Erregung und Kleinmütigkeit in den Kreisen des Publikums entstehen. Gleichzeitig erklärten die Vertreter der Geldinstitute, daß sie vollkommen das Bewußtsein der ihrer harrenden Aufgabe haben, die in erster Reihe darin besteht, das Publikum zu beruhigen und vor grundloser Schädigung zu bewahren. Auch erachten sie es als ihre Aufgabe, durch Aufrechterhaltung der gewährten Kredite und falls es notwendig wäre, durch erhöhte Unterstützung der sonstigen kreditfähigen kleinen Institute und Privaten eventuellen Wirren zuvorzukommen. Zugleich wurde ein Übereinkommen getroffen, daß die Institute, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, mit Intervention der österreichisch-ungarischen Bank und der Regierung eine entsprechende Organisation ins Leben rufen.

r. **Budapest, 24. Juli.** Im Laufe des gestrigen Abends fanden zahlreiche wichtige Beratungen statt. Der Präsident der Staatsbahnen, von **Tolnay**, und der Oberstadthauptmann **Boda** sind telegraphisch von ihren Urlauben zurückberufen worden und in Budapest eingetroffen. Sowohl im Handelsministerium als im Ministerium des Innern fanden Beratungen statt, die den ganzen Abend in Anspruch nahmen. Man rechnet in ungarischen politischen Kreisen mit einem raschen

Verlauf der Dinge und glaubt, daß dem Schritt der Monarchie in Belgrad in rascher Reihenfolge alle jene Maßregeln folgen werden, die im Rahmen des vom Monarchen genehmigten Aktionsprogramms noch zu führen sind.

Blätterstimmen.

K.-B. Wien, 24. Juli. Die Blätter konstatieren übereinstimmend, daß die an Serbien gerichtete Note der Anbeginn einer Verteidigung, nicht eines Angriffes ist, daß sie die Willensfestigkeit der Monarchie zeigt und nichts von Serbien verlangt, als dasjenige, was es längst aus eigenen Stücken zur Wahrung seines Ansehens vor Europa hätte tun sollen. Die gesamte Presse spricht die Hoffnung aus, daß Serbien durch rasche Annahme der Forderungen Österreich-Ungarns jeden Verdacht der Gemeinschaft mit den Mördern abweisen und einsichtsvoll genug sein wird, nicht einen Krieg, sondern den Frieden zu wollen.

Die Situation in Belgrad.

K.-B. Belgrad, 23. Juli. (Ausgegeben um 7 Uhr abends, eingelangt in Wien am 24. Juli um 11 Uhr vormittags.) Das serbische Pressbureau meldet: Da Ministerpräsident **Pasic** sich auf einer Reise im Innern des Landes befindet und unverzüglich ins Ausland abreisen soll, wird Finanzminister **Patschu** interimistisch den Vorsitz im Ministerrate und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Ein bezüglicher Ulas ist heute im Amtsblatt erschienen.

Serbische Pressstimmen.

K.-B. Belgrad, 23. Juli. Die „Politika“ führt aus, daß Serbien in der Frage der gerichtlichen Untersuchung bezüglich des Sarajevoer Attentates etwaigen bezüglichen strikten Wünschen betreffend die Unterstützung der Behörden bei der Aufhellung aller Umstände entgegenkommen werde. Alle anderen Forderungen Österreich-Ungarns, die politischen Charakters wären, werde Serbien trotz aller Kriegsdrohungen entschieden ablehnen. Übrigens werde jetzt nur ein Federkrieg geführt. Wer an einen ersten Krieg denke, der schweige und drohe nicht. Serbien sei nicht mehr das Serbien vor der Annexion Bosniens und der Herzegovina. Das heutige Serbien habe zwei blutige erfolgreiche Kriege hinter sich. Wenn aber Österreich-Ungarn vom Zeitungskrieg zum Waffenkrieg übergehen sollte, wird es sich überzeugen, daß die letzten Kriege Serbien außer der Erfahrung und dem Selbstvertrauen auch freundschaftliche Verbindungen gebracht haben, welche bewirken werden, daß Serbien nicht allein sein wird.

„Mali Journal“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Kriegslärm der österreichisch-ungarischen Presse nur auf Börsenspekulation zurückzuführen sei. Österreich-Ungarn dürfe mit Serbien keinen Krieg führen, da es seine ganze Existenz aufs Spiel setzen müßte. Serbien sei nicht mehr allein, sondern besitze Verbündete. Die österreichisch-ungarische Presse möge lächeln, so viel es ihr beliebt, Serbien werde sich nicht einschüchtern lassen.

„Nowosti“ besprechen die Nachrichten, daß Österreich-Ungarn Serbien kurz befristete Forderungen zu stellen beabsichtige. Der Zweck der kurzen Befristung soll die Isolierung Serbiens sein. Wenn alle Großmächte sich neutral erklären sollten, würde Österreich-Ungarn Serbien bekriegen. Dies wird jedoch nicht der Fall sein; deshalb lassen alle Drohungen die Serben gleichgültig. Die Partie gewinnt der lähle und tapfere Spieler; das seien jedoch jene in Wien jedenfalls nicht.

„Tribuna“ legt dar, daß Bosnien und die Herzegowina von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen seien. Man wisse nur, daß dort das Standrecht herrsche und daß die Galgen aufgerichtet wurden. Das seien die erprobten Kulturmittel der sogenannten Kulturträger. Das Blatt fragt, warum diejenigen, welche sich über die Brutalität der Balkanvölker erregten; nicht ihre Stimme gegen die Bedrückung eines ganzen Volksstammes erheben und wo die fremden Konsuln seien, vor deren Augen die Organe der österreichisch-ungarischen Behörden vandalische Massaker, unerhörte Verfolgungen, sowie räuberische Plünderungen, Verwüstungen und Zerstörung verüben? Aus Bosnien steigt ein Schrei des Entsetzens bis zum Himmel auf. Tausende von Familien seien ohne Dach und ohne Brot geblieben und Hunderte schwächen in finsternen Gefängnissen. Ihr Hab und Gut sei die Beute des Mobs und fremder Eindringlinge geworden. So hätten einst nur die Türken und Tataren gehandelt. Jetzt erlebe man es von sogenannten Kulturträgern. Das sei das grauenhafte, fürchtbare Bild des einst so stolzen Bosnien und der Herzegowina. Das sei die Gesetzlichkeit und Ordnung, welche Österreich in

den serbischen Ländern nach einer nahezu vierzigjährigen Regierung eingeführt habe.

*

S. Wien, 24. Juli. Wie verlautet, enthielten die früheren Entwürfe für die in Belgrad zu überreichende Note auch die Forderung nach der Verhaftung des Generals Janjovic. Erst in der endgültigen Fassung wurde diese Forderung eliminiert.

f. Sebenico, 24. Juli. Es heißt, daß 100.000 Dinars aus Belgrad zu Agitationszwecken hierher geschickt worden sind. Das Lokal des Sokolvereines, das als Agitationslokal dient, wurde behördlich geschlossen und die darin befindlichen Wahllisten beschlagnahmt.

r. Berlin, 24. Juli. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht ein Schreiben des serbischen Majors Milan Pribicevic, worin dieser erklärt, er habe stets die Absicht gehabt, nach Vollendung seiner Militärdienstzeit in Österreich in serbische Dienste zu treten. Er sei nicht außertourlich zum Hauptmann befördert worden, habe im Gegenteil durch seinen Übertritt von der österreichischen in die serbische Armee zwei Jahre und sieben Monate im Range verloren. Die „Narodna Obrana“ sei keine geheime Organisation, er sei Sekretär der Obrana, weil er sich persönlich und schriftstellerisch betätige. Die Narodna Obrana sei sechs Jahre nach dem Slowenski Zug gegründet worden, der seit dem Jahre 1912 überhaupt nicht mehr besteht.

Das Ultimatum an Serbien. Die Zirkularnote an die Mächte.

Wien, 24. Juli. Im Laufe des heutigen Tages wird an sämtliche Mächte eine Zirkularnote der österreichisch-ungarischen Regierung ergehen, in der sie ihr Verhalten für den Ernstfall skizzieren wird. Es wird sich in dieser Frage hauptsächlich darum handeln, welche Absichten Österreich-Ungarn verfolgt, wenn Serbien erklären sollte, aus Gründen der Staatsraison auf die Forderungen Österreich-Ungarns nicht eingehen zu können. Eine Absicht Österreich-Ungarns, im Falle kriegerischer Verwicklungen Serbien zu annektieren, besteht absolut nicht, sondern es wird sich lediglich darum handeln, eine Schwächung der Position Serbiens in dem Sinne vorzunehmen, daß unbedingt jede großserbische Aktion auf weite Zeiten hinaus ausgeschlossen ist und daß eine gewisse Kontrolle über die serbische Politik eintritt.

Der Wortlaut der Note.

Wien, 24. Juli. Den kaiserlichen und königlichen Botschaften im Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei ist nachstehende Zirkularweisung erteilt worden, die sie im Laufe des heutigen Vormittags auszuführen haben:

Die k. und k. Regierung hat sich gezwungen gesehen, durch ihren k. und k. Gesandten in Belgrad am Donnerstag den 23. d. folgende Note an die königlich serbische Regierung zu richten. (Folgt die bereits bekanntgegebene Note.)

Ich beehre mich, Eure Exzellenz zu ersuchen, den Inhalt dieser Note zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der Sie beglaubigt sind und diese Mitteilung mit folgenden Ausführungen zu begleiten:

Am 31. März 1909 hat die königlich serbische Regierung an Österreich-Ungarn eine Erklärung gerichtet, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist. Fast am Tage nach dieser Erklärung hat die Politik Serbiens in Wege eingelenkt, die dazu führten, bei den serbischen Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken und dadurch die Loslösung jener Gebiete Österreich-Ungarns vorzubereiten. Die an Serbien angrenzenden Serben wurden der Hort einer verbrecherischen Agitation. Es bildeten sich Vereine und Vereinigungen, die, sei es vor aller Welt, sei es im Geheimen, dazu bestimmt waren, auf österreichisch-ungarischem Territorium Unruhen hervorzurufen. Diese Vereine und Vereinigungen zählen zu ihren Mitgliedern Generale und Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, mit einem Worte führende Persönlichkeiten der offiziellen und nichtoffiziellen Welt des Königreiches.

Die serbische Presse steht fast zur Gänze im Dienste dieser gegen Österreich-Ungarn gerichteten Propaganda und kein Tag vergeht, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Haß und zur Verachtung gegen die Nachbarmonarchie oder zu Attentaten aufreizen, die mehr oder minder offen gegen die Sicherheit und Integrität der letzteren gerichtet sind.

Eine große Anzahl von Agenten ist damit beschäftigt, die Agitation gegen Österreich-Ungarn mit allen Mitteln zu fördern und die Jugend der an Serbien angrenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete zu verführen.

Der Geist der Verschwörung, der die politisierenden Kreise Serbiens beherrscht und der seine blutige Spur in den Annalen der serbischen Geschichte hinterläßt, ist seit der letzten Balkankrise im Wachsen begriffen. Mitglieder von Banden, die bisher in Mazedonien Beschäftigung fanden, haben sich der terroristischen Propaganda gegen Österreich-Ungarn zur Verfügung gestellt.

Die serbische Regierung hat sich nicht bemüht gesehen, gegen diese Umtriebe, den Österreich-Ungarn seit Jahren ausgeht, in irgendeiner Weise einzuschreiten. Die königliche Regierung hat schon der feierlichen Erklärung vom 31. März 1909 nicht Genüge

Die Situation in Belgrad.

B. Belgrad, 24. Juli. Das serbische Pressbureau meldet: Ministerpräsident Pasic hat seine Inlandsreise unterbrochen und ist heute um 5 Uhr früh nach Belgrad zurückgekehrt.

v. Belgrad, 24. Juli. Maßgebende Persönlichkeiten der serbischen Regierung erklärten gestern nacht, für den Augenblick nichts sagen zu können, gaben aber die Hoffnung nicht auf, daß der Krieg vermieden werden könne. In dessen weiß man vorläufig noch nicht, wie man sich zur Note stellen soll. Der Eindruck der Note war jedenfalls deprimierend. Selbst Leute, die immer eine sehr radikale Sprache führen, wurden plötzlich vollständig kleinlaut. Weiter heißt es, überall seien Truppenbewegungen festzustellen. Sämtliche Eisenbahnzüge seien mit einrückenden Reservisten überfüllt. Maßgebendenorts stellt man die umfangreichen militärischen Vorbereitungen nicht mehr in Abrede.

v. Budapest, 24. Juli. Dem „Az Est“ wird aus Belgrad gemeldet: Die Nachricht von dem Schritt Osterreich-Ungarns wurde in Belgrad gestern um 8 Uhr abends bekannt. Der Text der Note wurde jedoch heute vormittag noch nicht veröffentlicht. Die Nachricht von dem Schritt der Monarchie hat überall große Erregung hervorgerufen, die allmählich in einen Freudentaumel überging, als das Gerücht auftauchte, daß in Petersburg angeblich zwei Stunden vor der österreichisch-ungarischen Demarche in Belgrad von der russischen und französischen Regierung ein Rundschreiben an die in Petersburg beglaubigten Botschafter ergangen sei, in dem dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, daß von Osterreich-Ungarn keinerlei Aufforderung an Serbien gerichtet werden möge, die die Unabhängigkeit und das Selbstbewußtsein der serbischen Nation verletzen könnte. Die Menschen rotteten sich in den Straßen zusammen und riefen: „Väterchen verläßt seine Serben nicht.“ Gegen die Monarchie wurden höhnische Äußerungen laut. Gegen 11 Uhr nachts wurden von Patrouillen sämtliche Offiziere des in Belgrad garnisonierenden 7. Baradarregi-

mentes verständigt, sich sofort in die Kaserne zu begeben. Nach Mitternacht wurden den Kavallerie- und Artillerieoffizieren in geschlossenen Briefumschlägen Weisungen eingehändigt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Belgrader Garnison mobilisiert worden ist. Unkontrollierbare Gerüchten zufolge sind bereits heute nacht zwei Divisionen mobilisiert worden.

U. Belgrad, 24. Juli. Alle serbischen Blätter konstataren die Erregtheit der österreichisch-ungarischen Presse anlässlich der Demarche und viele Blätter heben hervor, daß Serbien nach den letzten zwei Kriegen gewohnt ist, kaltes Blut zu bewahren. Serbien will keinen Krieg. Wenn Osterreich-Ungarn ihn haben will, wird Serbien ihn annehmen, da Rußland keinesfalls Serbien im Stich lassen wird.

Die Mächte.

v. Berlin, 24. Juli. Wie verlautet, dürfte Kaiser Wilhelm seine Nordlandsreise, auf der er ohnehin schlechtes Wetter hat, abkürzen und dieser Tage, jedenfalls früher als beabsichtigt war, nach Berlin zurückkehren. Da auch die Urlaube des Chefs des Generalstabes und des Kriegsministers ablaufen, so ist auch deren Eintreffen in Berlin zu erwarten. Man hält hier zurzeit an der Hoffnung fest, daß der Streitfall zwischen Osterreich-

Ungarn und Serbien, selbst wenn es zu kriegerischen Konflikten kommt, lokalisiert bleibt, zumal die Großmächte davon überzeugt sind, daß ihre Einmischung sofort die andern Großmächte auf den Plan rufen würde. Daß deutscherseits jedes Eintreten einer Großmacht für Serbien als casus foederis betrachtet wird, weiß man in allen Kabinetten.

U. Wien, 24. Juli. Die „Wien. Zeitg.“ schreibt: Man müsse hoffen, daß die Großmächte die Berechtigung der österreichisch-ungarischen Forderungen anerkennen werden und daß darum keine von ihnen die Unterstützung dazu hergeben wird, um diesen berechtigten Forderungen entgegenzuwirken.

v. London, 24. Juli. Der Berliner Korrespondent der Daily Mail bestätigt, daß Deutschland und Italien die österreichisch-ungarische Note vollständig billigen. Die deutschen Offiziere hätten in den letzten Tagen nur unter der Bedingung Urlaub erhalten, daß sie auf das erste Telegamm sofort in ihre Garnison zurückkehren.

v. London, 24. Juli. Die Rede, mit der der König die Ulster-Konferenz eröffnete, enthielt ursprünglich auch einen Passus über die österreichisch-serbische Krise. Der Passus erklärte die inneren Zwistigkeiten in England für doppelt gefährlich in einem Augenblick, wo die österreichisch-serbische Krise die gespannte europäische Situation beherrscht. Der Satz wurde aber auf Verlangen Asquiths vom Konzept der Rede gestrichen.

Die Auffassung in Sofia.

U. Sofia, 24. Juli. Die österreichisch-ungarische Note hat hier allenthalben Befriedigung hervorgerufen. Die hervorragenden Politiker der verschiedenen Parteien nennen die Note einer Großmacht würdig. Man ist überzeugt, daß die Forderungen nicht angenommen werden und erblickt deshalb in der Note geradezu eine Kriegserklärung. In der Stadt zirkulieren die verschiedensten Gerüchte. So heißt es, Pasic sei vorgestern nach Petersburg abgereist und werde nach erfolgtem Einvernehmen mit Rußland durch Patschu die Antwort erteilen lassen. Genauer Kenner der serbischen Verhältnisse meinen, Pasic sei heute überhaupt nicht ausschlaggebend, da die Militärliga in ihrer Verblendung und in der Hoffnung auf Rußland, selbst wenn die Regierung annehmen würde, sie sofort kürzen und ihren Willen diktieren werde. Ein der Regierung nahestehender Deputierter sagte: Ich glaube nicht, daß Serbien Ja und Amen sagen wird. Denn dann wäre seine Würde als selbständiger Staat endgültig verschwunden. Die Aufhebung der Narodna Obrana und die Konfiszierung ihres Vermögens wird die Militärliga mit allen Mitteln zu vereiteln trachten. Allgemein spricht man von nichts anderem, als von der bevorstehenden Antwort und überwiegend ist die Ansicht, daß ein bewaffneter Konflikt unvermeidlich sei. Man freut sich über die erfolgte Demütigung Serbiens und würde nichts lieber sehen, als ein bewaffnetes Einschreiten der Monarchie, wobei man annimmt, daß dann zunächst der Sandschak okkupiert würde, wodurch der Traum einer Union mit Montenegro sofort verschwände. Im Kriegsfall würde Bulgarien ohne Rücksicht auf Rumänien ruhig zusehen.

Zum Attentat in Sarajevo.

S. Wien, 24. Juli. Der im Punkt 7 der österreichisch-ungarischen Note genannte serbische Staatsbahn-

Nr.:

TAG:

beamte Milan Ciganovic wurde, wie aus Belgrad mitgeteilt wird, sofort nach Bekanntwerden einzelner Mitteilungen aus der Untersuchung von der serbischen Regierung in das Innere des Landes versetzt und soll sich derzeit unter fremdem Namen in Serbien aufhalten.

Zeitungsstimmen.

r. Lemberg, 24. Juli. Die polnische Presse gibt in Besprechung der auswärtigen Lage einmütig der Anschauung Ausdruck, daß sich das polnische Volk, falls es zum Äußersten kommen wird, treu um Dynastie und Reich scharen werde. Die „Gazetta Wiezorna“ schreibt unter anderem: Wenn es dazu kommen sollte, daß Österreich-Ungarn aus dem gestrigen Ultimatum die äußersten Konsequenzen zieht, so werden die Polen in Österreich, wo sie so viel zu verteidigen, wo sie so viele zivilisatorische Güter und so viel nationales Eigentum haben, ihre Pflicht in voller Disziplin bis in die äußersten Konsequenzen erfüllen.

R.-B. Berlin, 24. Juli. Da die österreichisch-ungarische Note erst in den späten Nachtstunden den hiesigen Blättern zugestellt wurde, besprechen nur einzelne von ihnen dieselbe.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt: In Wien weiß man, was man will; es gibt kein Zurück. Das deutsche Volk atmet erleichtert auf, daß endlich auf dem Balkan Klarheit geschaffen werden soll. Es beglückwünscht den Verbündeten zu dem mannhafsten Entschlusse und wird es an Beweisen seiner Treue und Hilfsbereitschaft in den schweren Tagen, denen er vielleicht entgegengeht, nicht fehlen lassen.

Das „Berliner Tageblatt“ betont die uneingeschränkte Billigung, die die Forderungen Österreich-Ungarns finden und erklärt, so sehr jeder künftige Mensch die Erhaltung des Friedens wünschen muß, wird man doch anerkennen müssen, daß Österreich-Ungarn nicht anders handeln konnte und zum mindesten bei seinen Verbündeten wird es auf vollste moralische und tatkräftige Unterstützung zählen dürfen.

Die „Rössische Zeitung“ betont, jede Rücksicht gegenüber Serbien fehlt, da es Österreich-Ungarns erste Pflicht ist, sich selbst zu schützen.

r. Paris, 24. Juli. Ein Teil der französischen Presse wendet sich gegen Österreich-Ungarn, das beschuldigt wird, den Frieden durch die Stellung unannehmbarer Forderungen an Serbien zu gefährden. Die Blätter machen der österreichisch-ungarischen Politik den Vorwurf der Überstürzung in der Absicht, die Dinge auf die Spitze zu treiben.

r. London, 24. Juli. Die österreichisch-ungarische Note wird hier von den meisten Blättern in Zeitartikeln besprochen. Daily Chronicle spricht in pessimistischer Weise, als ob außer der ultima ratio andere Entwicklungen nicht mehr möglich wären. Der hier laut werdende Grundton der Betrachtungen kommt vielleicht am besten in den Worten der Morningpost zum Ausdruck, die sagt, die serbische Regierung wäre wohl beraten, wenn sie den Wünschen Österreich-

Ungarns so weit als möglich entgegenkäme, allen und jedweden raisonnablen Forderungen entspräche und so allen Vorwand für einen Angriff zu beseitigen suchen würde. Ähnlich äußern sich alle anderen Blätter und stimmen darüber überein, daß die Mächte der Tripelentente in Belgrad Ratschläge der Mäßigung und der Nachgiebigkeit erteilen werden.

A. London, 24. Juli. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die österreichisch-ungarische Note ist, wie zu erwarten war, ein fleißig gehaltenes Dokument. Das Blatt zitiert die in der Note enthaltenen Beschuldigungen und sagt weiter: Wir wissen nicht, wie viel Wahrheit in diesen Beschuldigungen steckt, aber sie lauten bestimmt und wenn sie bewiesen werden, würde es sich um eine Angelegenheit handeln, wo nicht bloß die Frage des Asylrechtes in Betracht käme. Die serbische Note muß notwendigerweise eine ernste Erwiderung auf eine Reihe schwerer Beschuldigungen sein. Wenn die Behauptungen der Note aufrecht erhalten werden können, so können wir nicht glauben, daß die russische Regierung irgend welche große Einwendungen dagegen erheben dürfte, daß man in Serbien Österreich-Ungarn Genugthuung gebe.

A. London, 24. Juli. Pall Mall Gazette schreibt, die österreichisch-ungarische Note zeichnet sich durch die Vereinigung von Festigkeit mit Zurückhaltung aus. Österreich hat das Recht, die strikte Erfüllung seiner Forderungen zu verlangen, und wir hoffen, daß die serbische Note aufrichtige Bereitwilligkeit der serbischen Machthaber hierzu zeigen wird.

*

R. Wien, 24. Juli. Sämtliche Minister, die auf Urlaub weilten, sind im Laufe des gestrigen und heutigen Tages in Wien eingetroffen. Auch alle Ministerialreferenten wurden auf telegraphischem Wege zurückberufen. An die Eisenbahnverwaltung

gen ist die Order ergangen, fernhin keine Urlaube mehr zu erteilen.

r. Baden bei Wien 24. Juli. Beim Trabfahren kam es nach dem zweiten Rennen zu großen patriotischen Kundgebungen. Die Musikkapelle spielte den Prinz Eugen-Marsch und die Volkshymne, die vom Publikum begeistert mitgesungen wurden.

r. Paris, 24. Juli. Der „Matin“ veröffentlicht ohne Kommentar folgende Erklärung einer hochstehenden österreichischen Persönlichkeit: Mit Schwächeren anzubinden ist gewiß nicht angenehm, aber noch schlimmer wäre zu weit getriebene Langmut. Serbien muß klein beigeben oder es muß die Folgen seines Widerstandes tragen. An dieser Anschauung wollen wir nicht rütteln und uns auch nicht durch die Gefahr eines Krieges beirren lassen.

r. Semlin, 24. Juli. Mit dem heutigen Belgrader Dampfer sind zahlreiche österreichische und ungarische Staatsbürger, meist Frauen und Kinder, hier eingetroffen.

Die Mitteilung an die Großmächte.

Eine Zirkularweisung.

Amlich wird gemeldet:

Den I. und I. Botschaftern im Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und der Türkei ist nachstehende Zirkularweisung erteilt worden, die sie im Laufe des heutigen Vormittags auszuführen haben:

Die I. und I. Regierung hat sich gezwungen gesehen, durch den I. und I. Gesandten in Belgrad am Donnerstag den 23. d. die folgende Note an die königlich serbische Regierung zu richten: (Folgt die bereits bekanntgegebene Note.) Ich beehre mich, Eure Excellenz zu ersuchen, den Inhalt dieser Note zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der Sie beglaubigt sind, und diese Mitteilung mit folgenden Ausführungen zu begleiten:

Am 31. März 1909 hat die königlich serbische Regierung an Oesterreich-Ungarn eine Erklärung gerichtet, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist. Fast am Tage nach dieser Erklärung hat die Politik Serbiens in Wege eingelenkt, die dazu führten, bei den serbischen Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken und dadurch die Loslösung jener Gebiete Oester-

reich-Ungarns vorzubereiten, die an Serbien angrenzen. Serbien wurde der

Sort einer verbrecherischen Agitation.

Es bildeten sich Vereine und Vereinigungen, die, sei es vor aller Welt, sei es im geheimen, dazu bestimmt waren, auf österreichisch-ungarischem Territorium Unruhen hervorzurufen. Diese Vereine und Vereinigungen zählen zu ihren Mitgliedern Generale und Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, mit einem Worte führende Persönlichkeiten der offiziellen und nichtoffiziellen Welt des Königreiches. Die serbische Presse steht fast zur Gänze im Dienste dieser gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Propaganda und kein Tag vergeht, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Hass und zur Verachtung der Nachbarmonarchie oder zu Attentaten aufreizen, die mehr oder minder offen gegen die Sicherheit und Integrität der letzteren gerichtet sind. Eine große Anzahl von Agenten ist damit beschäftigt, die Agitation gegen Oesterreich-Ungarn mit allen Mitteln zu fördern und die Jugend der an Serbien angrenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete zu verföhren. Der

Geist der Verschwörung.

Der die politisierenden Kreise Serbiens beherrscht und der seine blutigen Spuren in den Annalen der serbischen Geschichte hinterlassen hat, ist seit der letzten Balkankrise im Wachsen begriffen. Mitglieder von Bänden, die bisher in Mazedonten Beschäftigung fanden, haben sich der terroristischen Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zur Verfügung gestellt.

Die serbische Regierung hat sich nicht bemüht gesehen, gegen diese Umtriebe, denen Oesterreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, in irgend einer Weise einzuschreiten. Die königliche Regierung hat sohin der feierlichen Erklärung vom 31. März 1909 nicht Genüge getan und sich solchergestalt in Widerspruch gesetzt mit dem Willen Europas und der Oesterreich-Ungarn gegenüber eingegangenen Verpflichtung.

Die Langmut, welche die I. und I. Regierung der herausfordernden Haltung Serbiens gegenüber beobachtete, war darauf zurückzuführen, daß sie sich frei von territorialen Eigennutz wußte und die Hoffnung nicht aufgab, daß die serbische Regierung die Freundschaft Oesterreich-Ungarns schließlich richtig bemerken werde. Die I. und I. Regierung hatte geglaubt, daß eine wohlwollende Haltung gegenüber den politischen Interessen Serbiens das Königreich am Ende doch veranlassen werde, eine gleiche Haltung zu beobachten. Oesterreich-Ungarn erwartete eine solche Evolution der politischen Ideen in Serbien insbesondere in dem Moment, als nach den Ereignissen im Jahre 1912 die I. und I. Regierung durch ihre desinteressierte,

von jedem Uebelwollen freie Haltung

die so bedeutende Vergrößerung Serbiens möglich machte.

Das dem Nachbarstaat von Oesterreich-Ungarn bekundete Wohlwollen hat jedoch die Vorgangsweise des Königreiches nicht geändert, das fortzuhr, auf seinem Territorium eine Propaganda zu dulden, deren traurige Folgen am 28. Juni der ganzen Welt offenbar wurden, an jenem Tage, da der Thronfolger der Monarchie und seine erlauchte Gemahlin einer in Belgrad entstandenen Verschwörung zum Opfer fielen.

Bei dieser Lage der Dinge hat sich die I. und I. Regierung genötigt gesehen,

einen neuen und dringenden Schritt

in Belgrad zu unternehmen, um solcherart die serbische Regierung dazu zu bringen, einer Bewegung Einhalt zu gebieten, welche die Sicherheit und Integrität Oesterreich-Ungarns bedroht.

Die I. und I. Regierung ist überzeugt, sich, indem sie diesen Schritt unternimmt, im vollen Einklang mit den Gefühlen aller zivilisierten Nationen zu befinden, die es nicht zugeben könnten, daß der Königsmord zur Waffe werde, der man sich ungestraft im politischen Kampfe bedienen dürfe, und daß der Friede Europas unausgesetzt durch Umtriebe gestört werde, die von Belgrad ausgehen.

Zur Unterstützung des Gesagten hält die I. und I. Regierung zur Verfügung der Regierung

ein Dossier bereit,

das über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Morde vom 28. Juni Aufklärung gibt.

Eine gleiche Mitteilung ergeht an die I. und I. Vertreter bei den übrigen Signatarmächten.

Eure Excellenz sind ermächtigt, dem Herrn Minister des Aeußern eine Kopie dieser Depesche zu hinterlassen.

Verch to Id m. p.

Zwischen Ultimatum und Krieg.

Am Tage vor der Entscheidung.

Der Druck einer ernsten, düsteren Erwartung lag über dem heutigen Tage und er wächst mit jeder Stunde, die uns der Entscheidung nähert. Wenn die sechste Stunde morgen nachmittag herangerückt ist, wird die furchtbare Frage, ob Krieg oder Frieden, beantwortet sein. Aus dem Munde des Grafen Tisza haben wir noch einmal einen amtlichen Kommentar zu der Note vernommen. Schamröte treibt es ins Antlitz, wenn man betrachtet, wie das ungarische Parlament, und sei es auch nur der Form nach, seinen Willen in der dunklen Schicksalsstunde verkündigt, wie vor den Vertretern Ungarns die Regierung den Schritt verteidigt und begründet, während die achtundzwanzig Millionen Oesterreicher als bloße Untertanen, nur Objekte, nicht Subjekte des staatlichen Handelns und Geschehens, einen amtlichen Befehl stumm hinzunehmen haben. Doch was Tisza vor dem Abgeordneten Hause ausführte, war wenig überzeugend und machte nicht einmal den Eindruck, als sei es ernst gemeint. Denn er sagte, der Schritt Oesterreich-Ungarns sei nicht kriegerisch, es bestehe kein kriegerischer Zustand, noch ein solcher, der notwendigerweise die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören müsse. Doch wer glaubt dies ernsthaft, wer wagt es zu hoffen? Die Meinung ist fast allgemein und ausnahmslos, daß kaum noch eine Hoffnung besteht, Serbien werde einlenken und sich unterwerfen. Und es müßte sich bedingungslos unterwerfen. Die österreichisch-ungarische Note erscheint in dem Tone und in der Art, in der sie gehalten ist, als ein letzter Vorschlag, sie läßt weiter keine Unterhandlungen über ihren Inhalt zu. Tatsächlich verhandelt auch, so wird berichtet, die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad nicht mehr, sie wartet die Antwort der serbischen Regierung oder den Eintritt der sechsten Stunde morgen nachmittag ab.

Wird Serbien die vorgeschriebene Erklärung an der vorgeschriebenen Stelle des Amtsblattes veröffentlicht, wird es dem in zwei Kriegen siegreichen Heere einen in Wien diktierten Armeebefehl vorlesen lassen und das übrige alles, das nicht anders und nicht leichter ist als dieses? Wenn aber nicht, so sind die Verhandlungsmittel erschöpft und nach der Logik, die in unserem gestrigen Einschreiten liegt, muß unweigerlich der Kriegszustand eintreten. Schon hat ja auch der österreichisch-ungarische Gesandte Giesl den Auftrag erhalten, falls bis Samstag abend sechs Uhr die serbische Regierung die vorbehaltlose Annahme der gestern gestellten Forderungen nicht mitgeteilt haben sollte, mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft Serbien zu verlassen. Es wird angenommen, das Eintreten des Kriegszustandes werde im Falle der ablehnenden Antwort Serbiens in Form einer feierlichen Kriegserklärung eines kaiserlichen Manifests „An Meine

Völker“ geschehen. Denn der Haager Vertrag erheische dies, falls nicht ein Ultimatum mit der bedingten Kriegserklärung übergeben wurde. Die gestrige Note war aber wohl in der Sache ein Ultimatum, ein letztes Wort, bevor die Geschütze reden; doch fehlt ihm die Form eines Ultimatus, das heißt ihm fehlt der ausdrückliche Beisatz, daß bei Ablehnung der Bedingungen der Kriegszustand gegeben sei.

So hängt alles nur an dem Faden, an dem morschen Faden der Hoffnung, daß Serbien zurückweichen und die ihm auferlegten harten Bedingungen widerspruchslos annehmen werde. Gewiß, moralisch ist die Lage Serbiens nicht gut und heil. Mit Recht hebt die englische „Westminister Gazette“ hervor, Serbien werde die erhobenen Anklagen sehr ernst nehmen müssen, es werde über die Pflicht, sich zu reinigen, mit trostigen Redensarten nicht herumkommen. Noch nie in neueren Zeiten sind so schwere Beschuldigungen gegen einen Staat und gegen seine Regierung amtlich erhoben worden. Aber auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden: es sind Beschuldigungen, sie mögen glaubwürdig wie immer sein, sie sind durch zweifelsfreie Beweise nicht erhärtet. Doch wenn wir selbst hievon absehen und zugeben, daß Serbien auch, abgesehen von der Vorbereitung des Attentats, für Oesterreich-Ungarn stets eine Quelle der Beunruhigung war: ist es so leicht denkbar, daß es die Rolle des reuigen Sünders annimmt? Wer soll im Namen des Staates diesen folgenschweren Entschluß fassen? Der König ist ein Greis und krank, der regierende Thronfolger ein Jüngling, das Parlament aufgelöst, das Land von den wilden Leidenschaften des Wahlkampfes erfüllt. Und nun soll es Paschitsch sein, der die ganze Verantwortung auf seine Schultern nimmt? Ihm droht eine sehr heftig und erfolgreich kämpfende Opposition, die im Bunde steht mit denselben Offizieren, denen ein zweifacher Sieg unbegrenzten Dünkel eingegeben hat, und die schon wiederholt dargetan haben, daß sie es verstehen, mit gewaltsamer Faust ihren Willen im Staate durchzusetzen. Die Stimmungsbilder, die wir aus Belgrad erhalten, machen freilich den Eindruck, als habe die Note erschreckend, verblüffend, niederdrückend gewirkt und der Ton des Trostes sei umgeschlagen. Aber diese Stimmungsbilder sind gefärbt und die Farbe der Wahrheit können wir nicht sehen.

Doch nun erhebt sich die Frage, in der der ganze grauenhafte Ernst des Augenblicks eingeschlossen ist: Wird Serbien alle inbleiben? Wird Oesterreich-Ungarn die Auseinandersetzung zu weit ungestört pflegen können? Das

Wiener Kabinett hat an seine bei den Signatarmächten beglaubigten Botschafter eine Zirkularanweisung ab-
gesendet, die zugleich mit der Note zu überreichen
ist und deren Inhalt in der Form einer leb-
haften, in starken und tönenden Ausdrücken
sich bewegenden Aufлагeschrist zusammenfaßt. Hier
werden Serbien und Serbiens Laten vor den Richter-
stuhl Europas geladen, wiewohl dieses Europa nach dem
Wunsche unseres Kabinetts keine Rolle sonst als die
des Zuschers zu spielen hat. Die moralische Seite
des Verhältnisses wird entfaltet. Und selbst das
englische Regierungsblatt hält Rußland vor, es könnte,
falls die Anklagen begründet seien, nichts dawider ein-
wenden, daß Serbien Genugtuung gebe. Auch die mon-
archische Solidarität, die Rußland mit Hinblick auf das
Attentat zur Zurückhaltung verpflichtet, wird vielfach
hervorgehoben. Allein Moral und monarchische
Solidarität, wir haben es so oft erlebt, haben eine
begrenzte Wirkungskraft. Für Rußland wird sich die
Sache, fürchten wir, weit lebhafter vom Standpunkt
seines Ansehens auf dem Balkan, seines Prestiges als
slavische Schutzmacht vor Augen stellen und zu Gefühl
bringen.

Serbien ist Rußlands stärkster Vorposten auf
dem Balkan, sein besonderer Schützling, die Waffe, die
es im Süden gegen Oesterreich-Ungarn kehrt. Nehmen
wir an, es übe zu Beginn des Konflikts Zurück-
haltung: wird die panslawistische Agitation in der
Presse, in der Gesellschaft und am Hofe nicht mit aller
Macht einsetzen? Wir haben es nicht einmal mit-
angesehen, wie die panslawistische Strömung, wenn sie
mächtig an schwoll, schließlich die offizielle Politik
des Zaren abzulenken vermochte. Auch wenn Oester-
reich-Ungarn allein gegen Serbien steht, mag es wohl
bei der gegebenen Uebermacht ein mit Sicherheit sieg-
reicher Krieg sein; aber nicht im Handumdrehen
würde er gewonnen werden, und die Gefahr, daß
Rußland endlich doch eingreift, würde keinen Tag
geringer sein als am ersten Tage. Wohl kann man
sagen, die Streikbewegung in Rußland, die von
Humbert aufgedeckten Mängel der französischen
Rüstung müßten auf die Ententemächte einen mäßigen-
den Einfluß ausüben. Aber wir hören schon heute,
wo die Pariser und Petersburger Presse noch führer-
los schwankt, heftige Stimmen des Angriffs laut
werden, und innere Unruhen können auch den Ge-
danken nahelegen, durch Entflammung der pan-
slawistischen Ideen und durch Entfachen des Kriegs-
feuers die Erregung der Gemüter nach außen zu
kehren.

Die Gefahr eines Krieges, die ganz Europa in
einen Strudel von Blut und Grauen herabzieht, ist,
täuschen wir uns nicht, mit der gestrigen Note ge-
geben. Und aus den Stimmen der Presse des
deutschen Bundesgenossen, wie zustimmend sie auch
klingen, hört man die tiefe Besorgnis nur zu deutlich
heraus, nicht minder aus dem eifrigen Suchen der
italienischen Blätter nach den Möglichkeiten der Ver-
mittlung. In Oesterreich-Ungarn ist freilich
große Einmütigkeit der Stimmen und der
Stimmung in der Presse. Man nennt sie impo-
nierend. Sie ist es nicht so ganz. Allerdings
sind alle Serbenfreunde stumm geworden. Das Wiener
Blatt, das bisher ihr Fürsprecher war, hat sich dem öster-
reichischen Patriotismus zugewendet, und die tschechischen
Blätter, von den „Narodni Listy“ abwärts bis zum „Pravo
Bidu“, enthalten sich der Kritik der Note, die sie abdrucken,
mit der Bemerkung, sie könnten nicht sprechen. Jedem
Schreibenden sieht eben der Staatsanwalt über die
Schulter. Die Staatsanwälte haben als erste in dieser
schweren Stunde mobilisiert. So ist die Einmütigkeit
der Presse nicht ohne weiteres beweiskräftig und kein
sicherer Ausdruck der herrschenden Stimmung.

Vor der Entscheidung.

Die gemeinsamen Minister in Jschl.

Wien, 25. Juli. Graf Berchtold hat sich nach Jschl begeben, wo er nachmittags eintreffen und die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichische Note erwarten und unverzüglich dem Kaiser mitteilen wird. Da sich R. v. Bilinski bekanntlich zum Sommeraufenthalt in Jschl befindet und auch Kriegsminister R. v. Krobatin im Laufe des Nachmittags dort eintrifft, so wird das gesamte gemeinsame Ministerium in der Lage sein, sofort nach dem Bekanntwerden der serbischen Note die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es verlautet, daß auch die beiden Ministerpräsidenten Graf Stürglh und Tisza sich noch im Laufe des heutigen Tages nach Jschl begeben werden.

Ministerkonferenzen in Wien.

Wien, 25. Juli. Ministerpräsident Graf Stürglh hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Minister des Äußern Grafen Berchtold, bei dem sich später auch der Minister am kaiserlichen Hoflager Freiherr von Burian einfand.

Wien, 25. Juli. Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza ist heute hier eingetroffen.

B. Bad Jschl, 24. Juli. Minister des Innern Freiherr von Heinold ist nachts nach Wien abgereist.

Das Ultimatum an Serbien.

Budapest, 25. Juli. Viel bemerkt wird, daß ein Punkt der in Belgrad vorgestern überreichten Note im deutschen Text um eine Nuance anders lautet, als in der offiziellen ungarischen Übersetzung. Punkt 7

verlangt im deutschen Text die Verhaftung eines „Bekannt“ Milan Ciganovic, während der ungarische Text die Verhaftung eines „angeblichen“ Ciganovic fordert. An eingeweihter Stelle wird dieser Unterschied in der Fassung damit erklärt, daß der begründete Verdacht vorliege, daß der Name Ciganovic nur ein Pseudonym sei, hinter dem sich eine andere Persönlichkeit verberge.

A. B. Agram, 25. Juli. (Ung. Telegr.-Korr.-Bur.) Die von der Monarchie in Belgrad unternommene Demarche hat hier in allen politischen Parteilagern und in der breiten Öffentlichkeit einen starken Eindruck gemacht und wird mit voller Einmütigkeit von einem durchaus patriotischen Standpunkt beurteilt. Das beweisen alle Kommentare, welche in der

hiesigen Presse ohne Unterschied der Parteilagerung und der nationalen Färbung und Richtung der diplomatischen Demarche gewidmet werden. In allen diesen publizistischen Kundgebungen, auch in jenen der oppositionellen Presse, kommt eine unanfechtbare loyale Auffassung zum Ausdruck.

Fr. Sarajevo, 25. Juli. Die Nachricht von der Überreichung des Ultimatus in Belgrad hat hier und im ganzen Lande große Erregung und Begeisterung hervorgerufen. Alle Kreise äußern ihre Befriedigung darüber, daß die Note in so energischem und entschiedenem Tone gehalten ist. Um 9 Uhr morgens erschien eine Sonderausgabe der „Bosnischen Post“, die die Nachricht meldete. Das Blatt wurde aber konfisziert, da die offizielle Bestätigung der Nachricht wegen der Störung des Telegraphenverkehrs infolge eines Gewitters noch nicht eingelangt war. Mittags erst wurde der Wortlaut der Note bekannt und bildete das Tagesgespräch in der ganzen Stadt. Sämtliche Blätter hatten Sonderausgaben veranstaltet. Besondere Aufmerksamkeit erweckte das Memoire, das der Note beigelegt ist.

A. Rom, 25. Juli. Der Inhalt der österreichisch-ungarischen Note an Serbien wurde auch dem Heiligen Stuhl offiziell zur Kenntnis gebracht.

Blätterstimmen unserer Bundesgenossen.

B. Berlin, 24. Juli. Die gesamte Presse bespricht die österreichisch-ungarische Note, die allgemeine Zustimmung findet.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt: Der Totalindruck der österreichisch-ungarischen Note läßt sich am besten in die Worte zusammenfassen: Scharf, aber gerecht. Von der durch die Note geschaffenen politischen Situation muß gesagt werden: Es gibt kein Zurück mehr, weder für die Donaumonarchie, die nach reiflicher Überlegung ihre berechtigten Forderungen formuliert hat, noch für jene, die entschlossen sind, ihren Bündnispflichten im Ernstfalle treu nachzukommen. Man sollte meinen, daß diese auf bewiesenen Tatsachen beruhende Anlagenschrift der Habsburger Monarchie auch an jenen Stellen Enttäuschung über das serbische Verbrechen und seine Anstifter wachrufen wird, die sonst geneigt waren, den kleinen Balkanstaat gegen das große Nachbarreich politisch auszuspielen, und darum wollen wir es bis auf weiteres nicht glauben, daß man den Serben von dort aus auch heute Hilfe angedeihen lassen wollen, moralische oder materielle. Serbien wird die österreichisch-ungarischen Forderungen erfüllen oder aber es wird zugrunde gehen.

Die „Tägliche Rundschau“ wirft die Frage auf, was und wie die Sache Deutschland angeht, und beantwortet sie folgendermaßen: Zunächst gar nichts und auf keine Weise, falls man Österreich-Ungarn und Serbien unter sich läßt, aber alles und bis aufs Letzte, falls dies wider alle Erwägungen der staatsmännischen Klugheit und gegen alle elementarste moralische Einsicht nicht geschehen sollte.

Die „Bosnische Zeitung“ betont: Was Österreich-Ungarn tut, das zu tun ist es durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen. Wer aber ohne Not sich einmengen sollte, der würde den größeren Fehler an seinen eigenen und an allen Völkern Europas begehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: Vom Standpunkte der deutschen Regierung und des deutschen Volkes läßt sich gegen das Vorgehen Österreich-Ungarns im allgemeinen und im einzelnen nichts sagen.

Die „Kreuzzeitung“ befaßt sich eingehend mit der Frage der Haltung Rußlands, Frankreichs und Englands und erklärt: Es ist angezeigt, gerade im gegenwärtigen Augenblicke nachdrücklich zu betonen, daß das deutsche Volk unter allen Umständen bereit und gewillt ist, den aus dem Bündnisse erwachsenden Pflichten im weitestgehenden Maße gerecht zu werden. Wie am Trauertage von Sarajevo das Fühlen Alldeutschlands mit der verbündeten Monarchie und ihrem greisen Herrscher völlig eins gewesen ist, so wird man in Wien und im Auslande wissen, daß auch in der Stunde der Not das deutsche Volk nicht zögern würde, zu gemeinsamer Ab-

wehr Schulter an Schulter mit dem Bundes-

Selbstverständlich ist es, daß Deutschland den Dingen, Das Zentrumsorgan „Germania“ schreibt: Im ganzen zivilisierten Europa, so weit es noch Gefühle für Recht und Ehre hat, wird die Note als Befreiung von einem schweren Alp wirken.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt: Niemand, der ohne Vorurteil an die Prüfung der Tatsachen herangeht, wird auch nur einen Augenblick bestreiten können, daß Österreich-Ungarn zu seinen Beschwerden vollauf berechtigt und ebenso, daß es seiner Würde und seiner ganzen Existenz ein solches Hervortreten schuldig war. Selbstverständlich ist es, daß Deutschland den Dingen die kommen können, aufmerksam und mit festem Entschlusse entgegenzusehen muß.

R.-B. Wien, 24. Juli. Die „Wölbische Zeitung“ schreibt: Die österreichische Note ist eine Anklagerede von einer Wucht und einem Ernst, wie man sie zwischen Staat und Staat in der neuesten Geschichte noch nicht gehört hat. Die Beschriftung verleiht den Zug unbedingter Entschlossenheit. Mit Erstaunen wird Europa aus den Einzelheiten der Note entnehmen, bis wohin die Fäden der Verschwörung reichen, deren Ergebnis der Mord in Sarajevo war. Man steht in einem Abgrund politischer Entartung und Unkultur, wenn man liest, wie das verbrecherische Treiben wahnwütiger Mörder unterstützt und gefördert wird. Dies gibt der Angelegenheit eine allgemeine europäische Bedeutung. Angesichts des bedeutamen Inhaltes der Note wird es wohl niemand in Europa zweifelhaft sein, daß es das Interesse des Friedens erfordert, daß durch die Sprache der europäischen Presse in Belgrad der Eindruck vertieft wird, Serbien müsse solchen gerechten Forderungen nachgeben, um einen Konflikt zu vermeiden. Aus den Tatsachen der Note ergibt sich, daß die politische Vernunft und die elementarste Gerechtigkeit gebieten, in die Auseinandersetzung nicht einzugreifen, um einen möglichen Zusammenstoß örtlich begrenzt zu halten. Für alle europäischen Zuschauer bei der Auseinandersetzung erfordert die Rücksicht auf den europäischen Frieden, demjenigen, der in dem Streite so schwer unrecht hat, nicht den Rücken zu stärken, sondern ihn zum Entgegenkommen zu mahnen, damit der Streit eine Sache der öster-

reichisch-serbischen Beziehungen bleibe. Vom europäischen Standpunkte sei es wünschenswert, daß, nachdem Serbien Genugtuung gegeben haben wird, sich die Beziehungen doch wieder normal und ersprießlich gestalten.

R.-B. Rom, 24. Juli. „Tribuna“ und „Giornale d'Italia“ heben den ungewöhnlichen Ernst der österreichisch-ungarischen Note hervor.

„Giornale d'Italia“ gibt der Befürchtung Ausdruck, daß eine schwere internationale Krise entstehen werde, die dem europäischen Frieden gefährlich werden könnte. Wir wünschen, sagt das Blatt, daß es nicht zu diesem Äußersten komme. Auf die Regierung müssen die gegen die Belgrader Politik erhobenen spezifizierten und eingehenden Beschuldigungen einen ersten Eindruck machen. Es ist zu hoffen, daß die serbische Regierung ihnen Rechnung tragen wird. Serbien kann und darf um seiner nationalen Ehre, um des Heiles seines Volkes, um der Sicherung der erreichten Vorteile und Fortschritte, um der Hoffnung seiner Zukunft und um des Friedens willen den Forderungen seines mächtigen Nachbarn keine blinde und kategorische Ablehnung entgegensetzen.

Die „Tribuna“ schreibt: Entgegen der Behauptung eines deutschen Blattes ist die österreichisch-ungarische Note den europäischen Blättern erst heute vormittag mitgeteilt worden, und es ist nicht wahr, daß die Note eine vorherige Billigung erhalten hätte, die übrigens nicht verlangt worden ist. Die „Tribuna“ fügt hinzu, es wiederhole sich jetzt mit vielleicht noch ernsterem Charakter die Situation des vergangenen Jahres, als die vermittelnde Rolle der Mächte, besonders Englands und Italiens, einen Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu verhindern vermochte. Heute geht dieselbe vermittelnde Wirksamkeit mit geringerem Eifer vor sich. Italien hat bereits aktiv in Belgrad interveniert, indem es eine versöhnende Haltung empfahl, und unternahm auch in Wien und Petersburg analoge Schritte. Italien hat sich auch bemüht, Rumänien zu überreden, in Belgrad zu intervenieren und zur Ruhe zu raten. Die italienische öffentliche Meinung ist sich der schweren Gefahren bewußt, die die großserbische Propaganda und Bewegung für die Sicherheit Österreich-Ungarns bildet, und findet es deshalb gerecht, daß Serbien beruhigende Zusicherungen geben kann und muß.

Die Zirkularnote an die Mächte.

r. Budapest, 25. Juli. In der Zirkularnote an die Mächte erwähnt der Minister des Außern unter anderem auch, daß der Regierung ein Dossier zur Berurteilung steht, das über die serbische Mordpropaganda Aufklärung gibt. Dieses Dossier wurde schon zur Zeit des Ministers des Außern Grafen Aehrenthal angelegt und jetzt mit den Akten der Untersuchung

gegen die Urheber der Attentate auf den Banus Baron Skerlec, auf den Korpskommandanten Varesanin und gegen den Thronfolger Franz Ferdinand ergänzt.

Die Stimmung in Belgrad.

r. Belgrad, 24. Juli. (8 Uhr abends.) Jetzt erst wird der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Note bekannt. Sie wirkt geradezu niederschmetternd. Zugleich hört man betrefis der Forderungen: Das werden wir niemals tun, lieber untergehen! Der ganze Geschäftsgang ist vollkommen ins Stocken geraten. Die Banken haben ihre Tätigkeit eingestellt. Für morgen früh wird die Ankunft der österreichisch-ungarischen Donaufloßtille in Semlin erwartet.

Nr.:

TAG:

A. B. Belgrad, 24. Juli. Der Text der österreichisch-ungarischen Note gelangte abends durch Sonderausgaben der Blätter zur allgemeinen Kenntnis. Wie verlautet, soll die aufgelöste Stupschina für den 26. d. zu einer außerordentlichen Session einberufen und die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

A. Belgrad, 26. Juli. Ministerpräsident Pasic wurde bekanntlich von dem mit der interimistischen Leitung des Ministeriums betrauten Finanzminister Patschu plötzlich zurückberufen. Die Annahme, daß sich Pasic auf einer Agitationsreise befinden habe, ist unrichtig. Wie jetzt bekannt wird, hatte sich Pasic zu einer Zusammenkunft mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos begeben. Es verlautet, daß an dieser Besprechung, die in Nisch stattgefunden hat, auch ein Vertreter Rumaniens und ein Vertreter der russischen Regierung teilgenommen hätte. In Belgrad ist das äußere Bild der Stadt fast unverändert.

Die Haltung Rußlands.

R. B. Petersburg, 24. Juli. Das amtliche Organ veröffentlicht folgendes Communiqué: Die kaiserliche Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien durch Österreich-Ungarn gerichtete Ultimatum verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes, in welchem Rußland nicht indifferent bleiben kann.

A. London, 25. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 24. d.: Der heutige Ministerrat dauerte fast vier Stunden. Man versichert, daß Rußland unverzüglich intervenieren und von Österreich-Ungarn verlangen werde, die Frist des Ultimatums hinauszuschieben, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß geltend zu machen.

A. Petersburg, 25. Juli. Das österreichisch-ungarische Ultimatum hat hier wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt, zumal die maßgebenden Kreise noch Donnerstag davon überzeugt waren, daß eine Entspannung zu erwarten sei. Im Ministerium des Auswärtigen äußert man sich sehr erbittert über Österreich-Ungarn und verschiedentlich wird erklärt, daß Rußland dabei unmöglich teilnahmslos bleiben könne. Es verlautet, daß Rußland sechs weitere Armeekorps an die österreichische Grenze werfen wolle. Dieser Beschluß soll noch während der Anwesenheit Poincarés gefaßt worden sein.

A. Petersburg, 25. Juli. „Wetšerna Wremja“ behauptet, im Ministerium des Auswärtigen folgende Erklärung erhalten zu haben: Das Ultimatum überraschte in der bedauerlichsten Weise. Die Gefahr ist dadurch auf das äußerste gestiegen. Rußland kann Serbiens Schicksal nicht teilnahmslos mit ansehen, um so mehr, als die Beschuldigungen des Ultimatums gänzlich unbegründet (?) sind und das Bestreben offensichtlich ist, die Tatsachen tendenziös zu färben.

Vollständige Übereinstimmung Rußlands und Frankreichs.

R. B. Petersburg, 25. Juli. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht folgendes Communiqué: Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik dem Kaiser von Rußland abgestattet hat, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die vollkommene Übereinstimmung ihrer Anschauungen über verschiedene Probleme zu konstatieren, vor die die Sorge um den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht, namentlich im Orient, die Mächte stellt.

Vor dem Kriegsausbruch.

Am letzten Tag.

Wien, 24. Juli.

Immer näher umkreist uns der Krieg, und wenn man dem ganzen furchtbaren Ernst ins Auge sieht, so muß man sagen, der Krieg ist schon da. Nur daß noch die formelle Beglaubigung fehlt, daß er noch vielleicht nicht in aller Form erklärt ist, das ist das einzige, woran sich die Hoffnung klammert, die letzte Hoffnung, die niemand fahren lassen will, so lange sich der eiserne Schlund der Kanonen nicht geöffnet hat. Aber wie gering ist diese Hoffnung, da doch schon alles eingetreten ist, was einem Kriege vorangeht! Die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sind abgebrochen, der Gesandte Oesterreich-Ungarns hat mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal heute abend Belgrad verlassen. Serbien hat seine Armee schon mobilisiert, hat die Hauptstadt geräumt. Der Hof, die Regierung, die Truppen sind von Belgrad bereits fort: diese Flucht ist gleichsam die erste Kriegshandlung, die uns mit nicht bezweifelbarer Furchtbarkeit mitten in den Krieg stellt. Es ist den Menschen angeboren, bis zum letzten Augenblick zu hoffen; und wie nahe schien die Wendung den heutigen ganzen Tag hindurch, da die Meldungen von der Unterwerfung Serbiens immer bestimmter auftraten und man schon glaubte, das Allerschwerste überwunden zu haben! Aber nun rückt das Schicksal immer näher, der letzte Schimmer verblaßt und verlöscht, und vor der Gewalt der Dinge, die wir nicht meistern können, versinken die letzten Hoffnungen in den Abgrund. Der Krieg umflammt uns alle mit seiner furchtbaren Macht.

Wenige Minuten vor Ablauf jener sechsten Abendstunde, die in dem österreichisch-ungarischen Ultimatum Serbien gefordert worden ist, erschien der serbische Ministerpräsident bei dem österreichisch-ungarischen Gesandten, um ihm Serbiens Antwort zu übergeben. Die Zeit hatte also Serbien eingehalten. Die amtliche Meldung bezeichnet die Antwort als „ungenügend“. Daraus kann wohl zweierlei gefolgert werden: daß Serbien einem beträchtlichen Teil der österreichisch-ungarischen Forderungen zu entsprechen zwar bereit war, die Forderungen aber nicht in ihrer Gänze angenommen hat; diese unteilbare Gesamtheit ist jedoch, wie man weiß, von Oesterreich-Ungarn als unerbittliche Bedingung gestellt worden.

Die Brücke, die durch Verhandlung zur Verständigung hätte führen können, hatte Graf Berchtold vorweg abgebrochen; nun führt keine mehr nach Belgrad, auf der nicht kriegsbereite Soldaten stehen. Aber daß Serbien, das doch wahrscheinlich manches und mancherlei angenommen hat, den letzten Schritt, der nicht der größte gewesen wäre, dennoch weigerte; den Schritt, der es von der Gefahr des Krieges mit dem großen Militärstaat befreit hätte, nicht tun wollte, nicht getan hat: das müssen wir wohl als einen Beweis dafür ansehen, daß Serbien glaubt, in dem Kriege mit Oesterreich-Ungarn nicht allein zu bleiben. Denn wenn Serbien glauben müßte, zu fürchten hätte, daß es den Krieg allein auszufechten haben wird, daß ihm in dem Strauß mit einer der größten unter den europäischen Militärmächten niemand zu Hilfe kommen werde, so hätte es in seinem Widerstand nicht beharren können, so hätte es sich unterworfen und den Krieg gescheut, in dem die militärischen Machtmittel so ungleiche sind. Das ist es nun, was der Entscheidung des heutigen Tages ein so furchtbar-ernstes Gepräge gibt: daß niemand weiß, ob es bei dem Kriege mit Serbien bleibt, niemand sagen kann, ob aus der „lokalisierten“ Kriegsoperation nicht der Funke entspringen wird, der die ganze europäische Welt in Brand setzt, das ganze Europa in einen Feuerherd verwandelt. Ist es doch schon heute, als ob die Flammenzeichen rauchten und der Horizont der europäischen Zivilisation blutig-rot unsäumlte wäre: eine Ahnung des Furchtbaren, das aus dem Streit mit dem serbischen Unruhstifter dem gesamten Europa entstehen kann.

Es wäre freilich wider das Gewissen der Menschheit selbst, wider alle menschliche Vernunft, daß wegen der dreisteu Machtansprüche der Balkanerben ganz

Europa in einen Krieg verwickelt werden könnte, daß sich Europas Kulturvölker zersplittern sollen, weil Serbien die Lust nach fremdem Gute antreibt. So drohend auch die Sprache Rußlands klingt: es ist jedem, dem die Wohlfahrt der Menschen heilig, fast unmöglich, zu glauben, daß der Parisismus fähig sein könnte, um seines elenden Prestiges willen auf Europa die Heimsuchung eines Weltkrieges zu wälzen. Wie immer: ernste und bittere Tage stehen vor uns, und sich in der Zeit voll ernster Anspannung zu behaupten, wird bei uns allen männliche Kraft und ernstes Bewußtsein erheischen. Der gewöhnliche Lauf der Dinge ist aufgehoben, die staatsgrundgesetzlichen Rechte sind im ganzen Reiche sistiert; der Krieg breitet seine Schatten über den ganzen Staat. Und so rufen

mir allen Genossen zu: Die Herzen hoch
und tapfere Ausdauer bei allem! Nun heißt die Losung:
Es bewähre sich der Mann und erweise seine Kraft!

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Amtliche Meldung. Ausgegeben um 3/8 Uhr abends.
Wien, 25. Juli. Ministerpräsident Paschitsch
erschien wenige Minuten vor 6 Uhr
in der I. und I. Gesandtschaft in Belgrad und
erteilte eine ungenügende Antwort auf
unser Notiz.

Baron Giesl notifierte ihm hierauf den
Abbruch der diplomatischen Be-
ziehungen und verließ mit dem Gesandt-
schaftspersonal um 6 Uhr 30 Minuten Belgrad.

Die serbische Regierung hatte schon früher, um
3 Uhr nachmittags, die Mobilmachung der
gesamten Armee angeordnet.

Der Hof, die Regierung sowie die
Truppen räumen Belgrad.

Die Regierung soll nach Kragnjevac
verlegt werden.

Ausnahmestanz in Oesterreich.

Der Reichsrat geschlossen.

Amlich wird gemeldet:

Die auswärtige Lage hat nunmehr eine Gestaltung angenommen, welche die Bedachtnahme auf die militärischen Erfordernisse zum obersten Gebot macht. In dieser Erwägung wurde eine Reihe von Verfügungen im Innern der Monarchie getroffen, welche einerseits dazu dienen sollen, freierischen Unternehmungen gegen die Sicherheit und die Verteidigung des Staates entgegenzutreten, andererseits aber bestimmt sind, auch unbeabsichtigte Gefährdungen und Beeinträchtigungen der öffentlichen Interessen hintanzuhalten. Die Geheimhaltung und Sicherung aller militärischen Vorkehrungen gegen Auslandschaftung, Störung und unbefugte Veröffentlichung im eigenen Lande soll verbürgt, alle Vorbereitungen der bewaffneten Macht sollen gefördert und ihr die Hilfsquellen des eigenen Landes im weitesten Maße erschlossen werden.

Wenngleich diese schon seit Jahren als wohlhermene Vorkehrung vorbereitet waren, Maßnahmen in mancher Richtung einschneidende Wirkung auf das normale bürgerliche Leben haben, so darf im Hinblick auf den Ernst der Stunde doch mit Sicherheit erwartet werden, daß die schwere Verantwortung, welche zu diesen Schritten bestimmen mußte, von allen Bewohnern des gemeinsamen Vaterlandes gewürdigt werden wird.

Die Regierung ist sich der großen Opfer, welche allen Kreisen der Bevölkerung auferlegt sind, wohl bewußt; verständnisvolle, bereitwillige Befolgung der Ausnahmeverfügungen wird diese Opfer mildern und jene Beschränkungen leichter tragen lassen, die, nur unter dem Zwange der Notwendigkeit verfügt, sobald als möglich wieder normalen Verhältnissen Platz machen sollen.

Es wurden fünf kaiserliche Verordnungen auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes, ferner eine Reihe von Ministerialverordnungen erlassen, welche sogleich in Kraft treten.

Die kaiserlichen Verordnungen

beziehen sich auf:

1. die Uebertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung an den Höchstkommmandierenden der Streitkräfte in Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien;

2. die Mitwirkung der Gemeinden und öffentlichen Beamten an den Aufgaben der Landesverteidigung und die Bestrafung der Verletzung einer Amtspflicht;

3. die Bestrafung der Störung des öffentlichen Dienstes oder eines öffentlichen Betriebes und der Verletzung einer Lieferungspflicht;

4. die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit.

5. die Unterstellung der auf die Kriegartikel nicht beideten, in aktiver Dienstleistung stehenden Militärpersonen unter die Bestimmungen des zweiten Teiles des Militärstrafgesetzbuches.

Die gleichzeitig erlassenen

Ministerialverordnungen

betreffen:

die Suspension staatsgrundgesetzlicher Bestimmungen bezüglich der persönlichen Freiheit, des Hausrechtes, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Briefgeheimnisses und der Pressefreiheit; beschränkende polizeiliche Anordnungen über das Patwesen; beschränkende polizeiliche Anordnungen in Bezug auf den Besitz von Waffen, Munitionsacacen-

ständen und Sprengstoffen und den Verkehr mit denselben;

die Einstellung der Wirksamkeit der Schwurgerichte;

die Unterstellung von Zivilpersonen, die sich strafbarer Handlungen wider die Kriegsmacht des Staates schuldig machen, unter die Militärstrafgerichtsbarkeit;

die Einschränkung und Ueberwachung des Telegraphen- und Telephonverkehrs;

ein ausdrückliches Verbot der Veröffentlichung militärischer Nachrichten in Druckschriften;

die Anordnung des Verbotes der in Serbien erscheinenden periodischen Druckschriften und der Revision der von dort einlangenden nichtperiodischen Druckschriften;

die Behandlung der Postsendungen; ein Verbot der Einfuhr mehrerer Artikel;

ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr mehrerer Artikel;

die Verhütung von Wehrpflichtverletzungen durch Grenzüberschreitung;

das Inkrafttreten der Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes;

die Festsetzung der Vergütungen für die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes geleisteten persönlichen Dienste, beigeestellten Fuhrwerke, Tiere, Kraftfahrzeuge und Verpflegungsartikel;

die Hintanhaltung des Mißbrauchs von Briefstauben.

In welchem Umfang die Suspension der staatsgrundgesetzlichen Rechte in Kraft tritt, wird in dieser Mitteilung nicht dargelegt. Man muß, um sich über das Maß des Ausnahmestanzes Klarzuwerden, erst die amtliche Kundmachung abwarten.

Der Reichsrat geschlossen.

Auf Grund kaiserlicher Ermächtigung wurde die XXI. Session des Reichsrates mit 25. Juli d. J. für geschlossen erklärt.

Die Sitzungen des **Permanenz Ausschusses** des Abgeordnetenhauses des Reichsrates zur Beratung der Regierungsvorlage über Sozialversicherung wurden mit Vorbehalt der Wiedereinberufung der Mitglieder einstweilen eingestellt.

* * *

Die Landtage geschlossen.

Die Landtage in Dalmatien, Krain, Görz-Gradiska, Mähren, Niederösterreich, Oberösterreich, Schlesien und Steiermark wurden über kaiserlichen Auftrag geschlossen.

Gleichzeitig erfolgte die Vertagung der auf Grund besonderer Landesgesetze von einigen Landtagen eingesetzten **Permanenz Ausschüsse**, und zwar des **Permanenz Ausschusses** in Kärnten zur Beratung der Volks- und Bürgerschulgesetze, des **Permanenz Ausschusses** in Schlesien zur Beratung der Gesetze über die Landes- und Gemeindevertretungen, des **Permanenz Ausschusses** in Mähren zur Beratung nationalpolitischer Angelegenheiten und des **Permanenz Ausschusses** in Oberösterreich zur Beratung der Reform der Gemeindeverwaltung und der Gemeindeordnung.

* * *

Ähnliche Ausnahmeverfügungen sind auch in Ungarn und in Bosnien erlassen worden.

Die Verordnungen für den Kriegsfall.

Wie schon telegraphisch mitgeteilt, veröffentlichte die gestrige „Wiener Zeitung“ eine Anzahl von kaiserlichen Verordnungen und Verordnungen des Gesamtministeriums, von denen einzelne für die Bevölkerung von besonderer Wichtigkeit sind.

Die Behandlung der Postsendungen zu Kriegszeiten.

Eine Verordnung der Ministerien des Handels und des Innern vom 25. Juli 1914, R.-G.-Bl. Nr. 162, bestimmt:

§ 1. Die zuständigen landesfürstlichen Sicherheitsbehörden sind ermächtigt, alle Postsendungen jeder Art bei den Postanstalten jederzeit durch hierzu gehörig legitimierte Beamte der Durchsicht unterziehen und Sendungen ohne Angabe der Gründe mit Beschlagnahme oder eröffnen zu lassen. Diese Durchsicht der Sendungen durch den abgeordneten Beamten der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde darf nur in ununterbrochener Gegenwart des Postamtsvorstandes oder eines zu dieser Amtshandlung von der Post- und Telegraphendirektion besonders beauftragten Beamten geschehen.

§ 2. Über besonderes Verlangen der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde müssen die bei einzelnen, bestimmt bezeichneten Postämtern mit geringerem Verkehr aufgegebenen oder zur Abgabe einlangenden Postsendungen an ein anderes Postamt, zur allfälligen Durchsicht seitens des Abgeordneten der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde, überwiesen werden. Der Tag des Beginnes und der Einstellung jeder einzelnen derartigen Maßnahme wird von der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde, der zuständigen Post- und Telegraphendirektion, die den in Betracht kommenden Postanstalten die notwendigen Weisungen erteilt, rechtzeitig bekanntgegeben.

§ 3. Alle Postanstalten sind verpflichtet, von den vorgeordneten Behörden, sowie von den landesfürstlichen Sicherheitsbehörden bestimmt bezeichnete Postsendungen von der Weiterbeförderung und Bestellung vorläufig auszuschließen und sie zur Verfügung der zuständigen landesfürstlichen Sicherheitsbehörden bereitzuhalten.

§ 4. Alle Postanstalten sind verpflichtet, alle Postsendungen, von denen mit Grund anzunehmen ist, daß sie militärische Interessen zu schädigen geeignet sind, der Post- und Telegraphendirektion vorzulegen, welche unverzüglich die Verfügung der zuständigen landesfürstlichen Sicherheitsbehörden einzuholen hat.

§ 5. Briefe mit Wert und Pakete mit Wertangabe über 100 Kronen verbleiben bis zur Entscheidung über die Beschlagnahme im Gewahrsam der Postanstalt und werden an die landesfürstlichen Sicherheitsbehörden erst dann ausgeliefert, wenn sie mit Beschlagnahme belegt worden sind.

Die Eröffnung der Briefe mit Wert und der Pakete mit Wertangabe über 100 Kronen darf nur in Gegenwart eines hierzu beauftragten Beamten des Postamtes, unter den für die Eröffnung solcher Sendungen im Postverkehr vorgezeichneten Vorschriften, stattfinden.

§ 6. Postsendungen jeder Art, welche an die landesfürstlichen Sicherheitsbehörden zur Beschlagnahme oder Eröffnung übergeben werden, sind vom Postamte nach ihren Merkmalen in ein doppelt auszufertigendes Verzeichnis aufzunehmen. In dem beim Postamte verbleibenden Original wird von der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde die Übernahme bestätigt; die Kopie wird der übernehmenden Behörde übergeben. Postsendungen jeder Art, welche nach erfolgter Besichtigung oder Eröffnung von der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde an das Postamt zurückgestellt werden, sind vom Postamte gegen

Bestätigung in der Verzeichniskopie zurückzuübernehmen. Derlei Sendungen, welche eröffnet worden waren, müssen von der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde amtlich geschlossen und mit dem Vermerk: „Staatspolizeilich eröffnet“ versehen sein. Die von der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde an das Postamt zurückgelangten Sendungen werden in der gewöhnlichen Weise behandelt.

§ 7. In jenen Städten mit eigenem Statute, in welchen sich keine eigene landesfürstliche Polizeibehörde befindet, sind die in dieser Verordnung der zuständigen landesfürstlichen Sicherheitsbehörde übertragenen Befugnisse von jener Bezirkshauptmannschaft auszuüben, welche in der betreffenden Stadt ihren Amtssitz hat, oder welche vom Landeschef mit der Ausübung dieser Befugnisse betraut wird.

§ 8. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Schutz der für den Staat wichtigen Unternehmungen.

Von großer Bedeutung in diesen Tagen sind die Bestimmungen für die staatlich besonders geschützten Unternehmungen. So wird verfügt:

Der öffentliche Beamte, der Bedienstete eines Staatsbetriebes, der Bedienstete einer Eisenbahn, eines Schiffsahrtsunternehmens oder einer staatlich geschützten Unternehmung, der im Vereine mit anderen in der Absicht, den Dienst oder Betrieb zu stören, die Erfüllung seiner Pflichten ganz oder zum Teile verweigert oder unterläßt, oder seine Arbeit in einer Weise verrichtet, die geeignet ist, den Dienst oder Betrieb zu erschweren, wird wegen Vergehens mit strengem Arreste von 6 Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

Wer gegen einen anderen ein Mittel der Einschüchterung oder Gewalt anwendet, um eine Verabredung zustande zu bringen, zu verbreiten oder zwangsweise durchzuführen, die darauf gerichtet ist, durch ein pflichtwidriges Verhalten den öffentlichen Dienst, den Dienst in einem staatlichen Betriebe oder den Betrieb

einer Eisenbahn, eines Schiffahrtunternehmens oder einer staatlich geschützten Unternehmung zu stören; wer in der Absicht, einen solchen Dienst oder Betrieb zu stören, Betriebsmittel oder Betriebseinrichtungen beschädigt oder der Benützung entzieht, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von 6 Wochen bis zu einem Jahre bestraft.

Wer vorsätzlich seine durch Vertrag oder Vorschrift begründete Pflicht verletzt, für die bewaffnete Macht der Monarchie oder eines Bundesgenossen Gegenstände des Kriegsbedarfes zu liefern, solche Gegenstände oder Truppen zu befördern oder Arbeiten auszuführen; der Unterlieferant, Vermittler oder Bedienstete bei einer solchen Lieferung, Beförderung oder Arbeit, der vorsätzlich durch Verlegen seiner Pflichten die Leistung gefährdet oder vereitelt, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann in beiden Fällen Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt werden.

Unabhängig von der strafgerichtlichen Verfolgung kann die Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen durch ihre Organe die sofortige Entlassung des schuldigen Bediensteten, sowohl der Staats- als Privatbahnen ohne weiteres Verfahren verfügen und den Vollzug anordnen.

Von Wesenheit für das Publikum sind auch die Bestimmungen über die Einschränkung und Überwachung des Telegraphen- und Telephonbetriebes. Es heißt da:

Alle Telegramme können einer besonderen amtlichen Zensur unterworfen werden. Der Absender eines im Inlande zur Aufgabe gelangenden Privattelegrammes ist verpflichtet, auf der Originalniederschrift seinen Namen und seine Wohnung anzugeben. Privattelegramme, welche teilweise oder zur Gänze in geheimer, das ist verabredeter oder chiffrierter Sprache abgefaßt sind, sowie Privattelegramme in offener Sprache, welche abgekürzte Ausdrücke der Handelsprache oder Handelsmarken enthalten, dann Privattelegramme ohne Text, endlich Privattelegramme, in welchen Daten militärischer Natur vorkommen, dürfen von den Telegraphenämtern weder befördert noch im Falle des Einlangens dem Adressaten zugestellt werden. Privattelegramme mit militärischen Nachrichten sind nur dann zuzulassen, wenn sie den vom Kriegspressequartier des k. u. k. Armeekorps oberkommandos oder vom Pressbureau des k. u. k. Kriegsministeriums beigelegten Vermerk „Vom Kriegspressequartier genehmigt“ oder „Vom Pressbureau des k. u. k. genehmigt“ tragen. Solche Telegramme dürfen nur beim Haupttelegraphenamte am Sitze des Kriegspressequartiers oder bei der Telegraphenzentralstation in Wien eingeliefert werden.

Soweit es im militärischen Interesse notwendig ist,

können Telegraphenämter für den Privattelegraphenverkehr zeitweilig gesperrt werden. Öffentliche Signalstationen und Radiostationen sind für den Privatverkehr — Fälle von Seenot ausgenommen — vollkommen gesperrt. Die telephonische Telegrammvermittlung sowie die Aufgabe von Telegrammen mittels Post ist vollkommen eingestellt.

Der interurbane Telephonverkehr ist, insoweit nicht hinsichtlich einzelner Relationen Ausnahmen zugelassen werden, für Privatgespräche gänzlich eingestellt. Auch in lokalen Staatstelephonanlagen kann nach Bedarf eine Einschränkung oder Einstellung des Privatverkehrs Platz greifen. Die über die Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie führenden Privattelegraphen- und Telephonleitungen werden gänzlich unterbrochen.

Entschädigung für Dienste und Verpflegsartikel.

Durch eine Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung vom 25. Juli wird verfügt:

1. Die Vergütung für die persönlichen Leistungen besteht in einem täglichen Gelddlohn und im Ersatze allfälliger mit der Dienstleistung verbundener Reiseauslagen.

Bei Gewährung der Verpflegung in natura ist vom Gelddlohn die in dieser Verordnung für die Naturalverpflegung festgesetzte Vergütung abzuziehen.

Der tägliche Gelddlohn für Personen, die zu Leistungen herangezogen werden, die beim Militär von Offizieren oder Gleichgestellten versehen werden, wie Ärzte, Ingenieure, Tierärzte, wird auf Grund der den Sagisten der zehnten Rangsklasse niederster Gehaltsstufe zustehenden Geldgebühren bemessen. Der Reiseauslagenersatz gebührt ihnen wie Sagisten der zehnten Rangsklasse.

Für die Dienstleistung als Krankenpfleger beträgt der Gelddlohn täglich 8 K., für die als sonstiger Sanitätshilfsarbeiter, als Führer, beziehungsweise Betriebswärter bei Kraftfahrzeugen, Mechaniker, Maschinist, als Kondukteur oder Schmied bei Transportmitteln, dann als Partieführer bei Schlachtviehtrieben täglich 5 K., endlich für jene als Fuhrmann, Tragtierführer, Treiber, Koppelknecht oder Tagelöhner täglich 3 K., wobei jedoch, solange die betreffenden Personen in ihren Aufenthaltsorten verwendet werden, nicht über die ortsübliche Entlohnung hinauszugehen ist.

2. Personen, die in einer von der Militärverwaltung übernommenen Industrie- und anderen Betriebsanlage verwendet werden, sind in der bei dieser Anlage bisher üblichen Weise zu entlohnen. Mehrleistungen sind angemessen zu vergüten.

3. Die Höhe der für die Abnutzung und Beschädigung der Werkzeuge zu leistenden Entschädigung ist von den Behörden (Organen), welchen die Arbeiter zur Dienstleistung zugewiesen sind, einvernehmlich mit einem Vertreter der Gemeinde, in der die Entlassung des Arbeiters erfolgt, nach dem gemeinen Werte festzustellen; die Entschädigung ist am Tage der Entlassung auszusahlen.

Nr.:

TAG:

4. Die Behandlung der in den Krankenstand einer militärischen Sanitätsanstalt Aufgenommenen umfasst auch die unentgeltliche Verpflegung und unentgeltliche Verabreichung der Medikamente, dagegen gebührt für diese Zeit nur die Hälfte des täglichen Geldlohnes. Unter militärischen Sanitätsanstalten sind auch die von der Militärverwaltung in Anspruch genommenen Spitäler und Nothspitäler der Gemeinden zu verstehen. Bei Beurteilung der Voraussetzungen eines etwaigen Versorgungsanspruches sowie bei Zuerkennung und Flüssigmachung der Versorgungsgegenstände haben die gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen Anwendung zu finden. Die notwendigen Erhebungen sind, falls die von der Partei beigebrachten Beweismittel (ärztliches Zeugnis) nicht ausreichen, von Amts wegen zu pflegen. Hinsichtlich des Ausmaßes der Versorgungsgegenstände sind gleichzuhalten:

- a) Personen, die zu Leistungen herangezogen wurden, die beim Militär von Offizieren und Gleichgestellten versehen werden, wie Ärzte, Ingenieure, Tierärzte, den Sagisten der zehnten Rangsklasse niederster Gehaltsstufe;
- b) Krankenpfleger den Sagisten ohne Rangsklasse niederster Gehaltsstufe;
- c) sonstige Sanitäts-Hilfsarbeiter, Führer, beziehungsweise Betriebswärter bei Kraftfahrzeugen, Mechaniker, Maschinisten, Kondukteure bei Transportmitteln und Partieführer bei Schlachtviehbetrieben den Zugführern;
- d) Schmiede bei Transportmitteln und Professionisten jeder Art den Korporalen;
- e) Fuhrleute oder Tragtierführer, Teiber, Koppelknechte und Tagelöhner den Soldaten ohne Chargengrad. Sollten Versorgungsansprüche für andere Personen, die in die vorerwähnte Kategorie nicht eingereicht sind, beziehungsweise für deren Hinterbliebene in Betracht kommen, so wird das Ausmaß der Versorgungsgegenstände fallweise durch die Ministerialkommission festgesetzt.

Für die zum Führen (Tragtier) dienste überlassenen Fuhrwerke und Tiere werden pro Tag nachstehende

Vergütungen geleistet: für ein zweispänniges, mit Pferden bespanntes Fuhrwerk 6 K.; für ein einspänniges, mit Pferden bespanntes Fuhrwerk 4 K.; für ein zweispänniges, mit Ochsen bespanntes Fuhrwerk 5 K.; für zwei beschirzte Zugpferde 4 K.; für ein Tragtier 2 K.; für ein Reitpferd 3 K. Überdies gebührt für die Tiere das Futter. Desgleichen trägt die Militärverwaltung die Kosten für die Instandhaltung der Fuhrwerke, Beschirung und Reitzzeuge sowie für den Fußbeschlagn.

Dem zugehörigen Personal gebühren die Entlohnungen nach den Durchführungsbestimmungen. Die Vergütungen und Entlohnungen gebühren vom Tage der Übernahme bis zur Entlassung und nach derselben noch für so viele Tage, als für die Rückkehr in den Ort, in dem die Übernahme erfolgte (Abgabsort), auf dem kürzesten Wege notwendig wären, wobei je 40 Kilometer gleich einem über 20 Kilometer hinausgehenden Rest als Tagesleistung zu rechnen sind. Zur vorübergehenden Benützung für lokale militärische Zwecke benötigte Fuhrwerke und Tiere (Lokofuhren) werden im Bedarfsorte oder dessen nächster Umgebung tagweise angefordert und derart in Anspruch genommen, daß sie bei einer ganz-tägigen Verwendung binnen 16 Stunden, bei einer halbtägigen Verwendung binnen acht Stunden vom Zeitpunkt der Abfahrt aus ihrem Standorte dahin wieder zurückkehren können. Für die ganz-tägige Verwendung

dieser Lokofuhren gebühren die in den Durchführungsbestimmungen festgesetzten Vergütungen und Entlohnungen, für die halbtägige die Hälfte, in keinem Falle aber eine ärarische Verpflegung für Mann oder Tier.

Für die überlassenen Kraftfahrzeuge werden pro Tag nachstehende Vergütungen geleistet: für ein Motorrad ohne Beiwagen 4 K., für ein Motorrad mit Beiwagen 5 K., für ein, inklusive Führersitz, zweisitziges Personen-Automobil 15 K., für ein mehrsitziges Personen-Automobil 20 K., für einen Autobus 30 K., für ein Lastautomobil, und zwar mit einer Nutzlast bis 1500 Kilogramm 25 K., mit einer Nutzlast von 1500 bis 3000 Kilogramm 30 K., mit einer Nutzlast über 3000 Kilogramm 35 K., für eine Straßen- oder Pfluglokomotive oder sonstige Zugmaschine 40 K., für einen Anhängelarren 5 K., für einen Anhängewagen 10 K. Die Instandhaltung der Kraftfahrzeuge und die Beifstellung der Betriebserfordernisse für sich obliegt der Militärverwaltung. Die Vergütungen und Entlohnungen gebühren vom Tage der Übernahme bis zur Entlassung und nach derselben noch so viele Tage, als für die Rückkehr in den feingezogenen Abgabsort auf dem kürzesten Wege notwendig wären, wobei für Personenautomobile und Motorräder je 200 Kilometer, für Autobusse und Lastautomobile je 100 Kilometer und für Straßen- und Pfluglokomotiven sowie sonstige Zugmaschinen je 30 Kilometer gleich einem über die Hälfte der betreffenden Kilometerzahl hinausgehenden Rest als eine Tagesleistung zu rechnen sind.

Zur vorübergehenden Benützung für lokale militärische Zwecke benötigte Kraftfahrzeuge (Lokofuhren) werden im Bedarfsorte oder dessen nächster Umgebung tagweise angefordert und derart in Anspruch genommen, daß sie bei einer ganz-tägigen Verwendung binnen 16 Stunden, bei einer halbtägigen Verwendung binnen acht Stunden vom Zeitpunkt der Abfahrt aus ihrem Standorte wieder dahin zurückkehren können. Für die ganz-tägige Verwendung dieser Lokofuhren gebührt dem Besitzer des Kraftfahrzeuges die in den Durchführungsbestimmungen zu diesem Paragraphen festgesetzte Vergütung, dem Führer (Betriebswärter) die in den Durchführungsbestimmungen vorgeschriebene Entlohnung, für die halbtägige Verwendung aber die Hälfte dieser Beträge, in keinem Falle die ärarische Verpflegung. Die Betriebserfordernisse sind — ohne Anspruch auf eine Vergütung hiesfür — vom Besitzer beizustellen.

Für eingezogene Tauben ist eine einmalige Vergütung von 1 K. 50 H. pro Stück zu leisten.

Für die Unterbringung eines Kindes in einer Stalung oder Scheune, in einem Schuppen oder unter einem Flugdache werden täglich 2 H., für die Unterbringung eines Schafes oder Stechviehes 1 H. bezahlt.

Bei der Naturalverpflegung (Quartierverpflegung) beträgt die dem Manne gebührende Tagesportion: 700 Gramm Brot, 2 Portionen Kaffee aus je 20 Gramm gebrannten Kaffeebohnen und je aus je 20 Gramm gebrannten Kaffeebohnen und je 25 Gr. Zucker, 400 Gramm frisches Rindfleisch, 140 Gramm Gemüse (Reis, Graupen, Weizengrieß, Hülsenfrüchte, Hirse, Heidegrüße, getrocknete Mehlspeisen), Zubereitungserfordernisse (30 Gramm Salz, 0,5 Gramm Pfeffer oder Paprika, 20 Gramm frisches Suppengrün, 2 Zentiliter Essig, 20 Gramm Fett, 5 Gramm Zwiebel oder Knoblauch) und 50 Zentiliter Wein oder $\frac{3}{4}$ Liter Bier. Die einzelnen Mahlzeiten sollen bestehen: das Frühstück aus einer Portion Kaffee, die Mittagskost aus der zubereiteten ganzen Fleisch- und halben Gemüseportion, dann aus der halben Getränkeportion, die Abendkost aus der zubereiteten halben Gemüse-, dann der halben Getränkeportion. Die Brot-

Portion verteilt sich auf Frühstück, Mittags- und Abendkost, die zweite Kaffeeportion kann zur Mittags- oder Abendkost angefordert werden, ebenso kann die Fleischportion je zur Hälfte für die Mittags- und für die Abendkost beansprucht werden.

Die Vergütung für die Naturalverpflegung beträgt, und zwar: für eine ganze Tagesportion 1 R. 79 S., für ein Frühstück 25 S., für eine Mittagskost mit ganzer Fleischportion 1 R. 15 S., für eine Mittagskost mit halber Fleischportion 85 S., für eine Abendkost mit halber Fleischportion 69 S., für eine Abendkost ohne Fleischportion 39 S.

Vergütungssätze für die Verpflegungsartikel, einschließlich des lebenden Schlacht- und Stedviehes, dann für Brenn-, Beleuchtungs- und Betriebsmaterial: Weizen 29 R., Korn 21 R. 50 S., Halbsfrucht 24 R. 90 S., Gerste 20 R., Hafer 20 R., Wicken 27 R., Weizen-Brotbackmehl 39 R., Roggen-Brotbackmehl 35 R., Weizen-Zwiebackmehl 42 R. 50 S., Weizen-Kochmehl 43 R., Mais-Kochmehl 34 R., Mehl aus Hülsenfrüchten 35 R., alles für 100 Kilogramm; Weizenbrot 59 S., Roggenbrot 40 S., gemischtes Brot 44 S., Reis 70 S., Graupen 60 S., Grieß 60 S., Bohnen (Hülolen) 55 S., Linsen 75 S., Erbsen 70 S., geschälte Erbsen 80 S., Hirse 52 S., Buchweizen 50 S., Tarhonya 1 R. 35 S., sonstige getrocknete Mehlspeisen 1 R. 15 S., Makaroni 1 R. 20 S., Kartoffeln 13 S., sonstige frische Gemüse (Kraut, Kohlgattungen, Rüben usw.) 40 S., Sauerkraut und saure Rüben 31 S., Kaffee 4 R. 50 S., Tee 12 R. 50 S., Kakao 7 R. 50 S., Zucker 1 R. 15 S., Salz 26 S., Pfeffer 3 R., Paprika 4 R. 50 S., Kümmel 1 R. 50 S., Suppengrün (getrocknet) 3 R., Zwiebel 24 S., Knoblauch 65 S., alles für ein Kilogramm; Wein 1 R. 40 S., Bier 50 S., Branntwein 1 R. 90 S., Rum 3 R. 60 S., Cognac 8 R., Essig 30 S., Speiseöl 2 R. 90 S., alles für ein Liter; Ochsen, Kühe 108 R., Schafe 110 R., Schweine 160 R., Ziegen 105 R., Kälber 180 R., alles für 100 Kilogramm Lebendgewicht; Rindfleisch 200 R., Schafsfleisch 180 R., Schweinefleisch 250 R., Ziegenfleisch 150 R., Kalbfleisch 275 R., Rauchfleisch 265 R., Salami 550 R., sonstige Dauerwürste 340 R., Speck 250 R., Schweineschmalz 260 R., alles für 100 Kilogramm; Butter 4 R. 10 S., Käse 2 R. 50 S., für ein Kilogramm; Heu 12 R. 30 S., Haferschrot 25 R., Gerstenschrot 24 R. 50 S., Kukuruzschrot 27 R. 50 S., Meie 15 R., Stroh 6 R. 30 S., alles für 100 Kilogramm; hartes Brennholz 12 R. 50 S., weiches Brennholz 11 R., für ein Kubikmeter; Steinkohle 4 R., Holzkohle 14 R., Koks 5 R., für 100 Kilogramm; Petroleum 40 S., Brennöl 1 R. 20 S., Benzin 1 R., Spiritus 80 S., Motorenöl 95 S., Konsistenzfett 1 R. 20 S., Maschinenöl 70 S., Karbid 60 S., alles für ein Kilogramm.

Mobilisierung und Eisenbahnverkehr.

Infolge der angeordneten teilweisen Mobilisierung der bewaffneten Macht wird bis auf weiteres auf einzelnen, in einer besonderen Kundmachung verlautbarten Bahnlinien der Zivilpersonen- und Gepäckverkehr sowie der Zivil-Eil- und Frachtgutverkehr teils eingestellt, teils beschränkt oder der Gesamtverkehr eingestellt.

Der Zivilpersonen- und Gepäckverkehr sowie der Zivil-Eil- und Frachtgutverkehr wird eingestellt auf den in den Plakaten auf den Bahnhöfen angegebenen Linien.

Im besonderen wird folgendes bekanntgegeben:

Für Linien, auf welchen der Zivilpersonen- und Gepäckverkehr sowie der Zivileil- und Frachtgutverkehr eingestellt sind, treten nachstehende Bestimmungen in Kraft:

a) Für den Zivilpersonen- und Gepäckverkehr:

1. Der Zivilpersonen- und Gepäckverkehr auf und nach den, sowie über diese Linien hinaus, wird vom dritten Mobilisierungstage angefangen, gänzlich eingestellt.

2. Am ersten und zweiten Mobilisierungstage werden Zivilreisende und Reisegepäck zu allen in Verkehr kommenden Personen befördernden Zügen der Friedensfahrordnung, insoweit es die militärischen Interessen gestatten und nur nach jenen Stationen aufgenommen, welche von den Reisenden vor dem dritten Mobilisierungstage erreicht werden können.

3. Vom dritten Mobilisierungstage an werden Zivilreisende mit Postzügen der Kriegsfahrordnung, soweit es die militärische Beanspruchung derselben erlaubt und nur dann befördert, wenn sie die Reise im militärischen oder öffentlichen Interesse unternehmen und sich diesbezüglich an der Personenkassa mit einer seitens der politischen Behörde ausgestellten, zur einmaligen Fahrt berechtigenden, mit dem Amtssiegel versehenen Legitimation ausweisen, welche nach Beendigung der Reise abzugeben ist. Diese Reisenden haben, insofern sie mit gültigen Fahrtausweisen nicht versehen sind, für die Fahrt Zivilfahrkarten der betreffenden Klasse nach dem Personentarife zu lösen.

4. Die bereits vor Verlautbarung der Mobilisierung gelösten Fahrtausweise jeder Art, deren völlige Ausnützung wegen Einstellung des Zivilverkehrs nicht mehr möglich war, können bei Wiederaufnahme des Zivilverkehrs in den nicht durchfahrenen Strecken, event. unter Verlängerung der Gültigkeit um die Dauer der Verkehrseinstellung weiter benützt werden. Für die Benützung solcher Karten ist die Bestätigung des Stationsvorstandes einzuholen.

b) Für den Zivileil- und Frachtgutverkehr:

Der Zivileil- und Frachtgutverkehr auf und nach solchen Linien, sowie über solche Linien hinaus, wird sofort gänzlich eingestellt. Alle Zivilgüter, ohne Rücksicht darauf, ob sie noch in der Versandstation lagern oder unterwegs angehalten wurden, werden dem Absender sofort schriftlich zur Verfügung gestellt.

Weiters wird für diese Linien selbst nachstehendes bestimmt:

1. In der Versand-, beziehungsweise Bestimmungsstation sind die tarifmäßig von den Parteien auszuladenden Güter unverzüglich von den Absendern, beziehungsweise Empfängern auszuladen. Wenn die Ausladung nicht sofort bewirkt wird, erfolgt dieselbe auf Kosten und Gefahr der Partei, durch die Eisenbahn.

2. Die Absender, beziehungsweise die Empfänger haben die unverzügliche Abfuhr ihrer Sendungen zu veranlassen, widrigenfalls mit den Gütern im Sinne der zur Anwendung kommenden gesetzlichen, beziehungsweise reglementarischen Bestimmungen verfahren wird.

3. Eine Rück- oder Weiterendung von Gütern auf Grund einer erteilten Verfügung findet nicht statt.

4. Sofern die bahnämtlichen Lagerräume nicht ausreichen oder für sonstige Zwecke benötigt werden, werden die nicht abgeführten Zivilgüter auf Kosten und Gefahr der Verfügungsberechtigten entweder anderweitig auf Lager gegeben oder bahnseits im Freien gelagert oder eventuell bahnämtlich verkauft.

5. Für die Lagerung der Sendungen auf Bahngrund wird das tarifmäßige, beziehungsweise besonders kundgemachte Lagergeld eingehoben.

B. Für Linien, auf welchen der Gesamtverkehr überhaupt eingestellt wird, gelten die unter A angeführten Bestimmungen mit Ausnahme des Punktes B im Absatz a).

Für Linien, auf welchen einzelne Züge in Verkehr belassen werden, findet die Beförderung von Zivilpersonen und Sachen nur nach Tüchtigkeit statt. Die Abfertigung von Reisenden mit direkten Fahrkarten und die Aufnahme von Frachtgütern mit direkten Frachtbriefen nach Stationen dieser Linien und darüber hinaus ist ausgeschlossen.

Für Linien, auf welchen der Personen- und Gepäckverkehr für die ganze Dauer des Kriegsverkehrs einer teilweisen Mobilisierung voll aufrecht bleibt, gelten bezüglich des Zivileil- und Frachtgutverkehrs die Bestimmungen unter A, b).

Die teilweise, beziehungsweise vollständige Wiederaufnahme des Zivilpersonen-, Gepäck-, Eil- und Fracht-

gutverkehrs, sowie etwaige Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Kundmachung werden rechtzeitig bekanntgemacht werden.

Die Stationen erteilen darüber Auskunft, ob und unter welchen Bedingungen Approvisionierungsgüter auf und nach den, sowie über die sub Punkt A und D einzubeziehenden Linien hinaus ausnahmsweise schon während der Einstellung des allgemeinen Verkehrs zur Beförderung angenommen werden.

Die Linien, für welche die vorstehenden Beschränkungen in Anwendung kommen, werden mit besonderer Kundmachung verlautbart.

Erster Mobilisierungstag ist der 28. Juli.

Mobilisierungskundmachung.

In der im gestrigen Abendblatte veröffentlichten „Mobilisierungskundmachung“ fehlen einige wichtige Bestimmungen, weshalb wir nachstehend diese richtiggestellt verlautbaren:

Der Punkt 1 des Absatzes I (Einrückung der erforderlichen nichtaktiven Personen) lautet nunmehr richtig:

1. Alle zum Stande der Infanterieregimenter Nr. 7, 17, 27, 47, 87 und 97, der Feldjägerbataillone Nr. 7, 8, 9 und 20, des Dragonerregiments Nr. 5, der Feldkanonenregimenter Nr. 7, 8, und 9, des Feldhaubitzenregiments Nr. 3, des Gebirgsartillerieregiments Nr. 3, der Schwere Haubitzendivision Nr. 3, des Festungsartillerieregiments Nr. 4, des Sappeurbataillons Nr. 3, des Pionierbataillons Nr. 3, der Traindivision Nr. 3, der Sanitätsabteilungen Nr. 7, 8 und 9, des Evidenz-Artilleriezeugdepots Graz, des Evidenzverpflegsmagazins Graz, der k. k. Landwehrinfanterieregimenter Nr. 3, 4, 5, 26 und 27, endlich der k. k. Landwehr-Feldhaubitzendivision Nr. 22 und der k. k. Landwehr-Feldkanonendivision Nr. 22 gehörenden nichtaktiven Personen haben längstens binnen 24 Stunden nach Verlautbarung dieser Kundmachung in ihrer Aufenthaltsgemeinde aus derselben abzugehen und so schnell als möglich einzurücken, und zwar: die Gagisten, Gagistenaspiranten und die mit Widmungskarte beteilte Mannschaft nach den Angaben ihrer Widmungskarte, alle übrige Mannschaft in die in ihrem Militär- oder Landwehrpasse eingetragene Ausrüstungsstation.

Nun lassen wir folgen, richtiggestellt, die

Kundmachung

einer teilweisen Aufbietung und Einberufung des k. k. Landsturmes.

Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben die Aufbietung und Einberufung des k. k. Landsturmes in den

Landsturmbezirken Graz Nr. 3, Klagenfurt Nr. 4, Mitterburg (Pisino) Nr. 5, Marburg Nr. 26 und Laibach Nr. 27 Merkhöchst anzubefehlen geruht.

I. Aufbietung: Die Aufbietung umfaßt alle Landsturmpflichtigen Personen, das gesamte aktive Personal der Gendarmerie, Finanzwache und Staatsforste sowie alle Landsturmpflichtigen Körperschaften der obengenannten Landsturmbezirke.

II. Einberufung: Zum Landsturmdienste werden einberufen:

1. die mit Landsturmwidmungskarten beteilten Landsturmpflichtigen Personen, deren Bestimmungs(Einrückungs)ort sich in einem der obengenannten Landsturmbezirke befindet; dieselben haben nach Angabe ihrer Widmungskarte einzurücken;

2. die nachstehend bezeichneten Landsturmpflichtigen; dieselben haben längstens binnen 24 Stunden nach Verlautbarung dieser Kundmachung in ihrer Aufenthaltsgemeinde aus dieser abzugehen und so schnell als möglich wie folgt einzurücken, und zwar:

a) alle 37jährigen und jüngeren, welche laut ihres Landsturmpasses im laufenden Jahre: zu den Infanterieregimentern Nr. 7, 17, 27, 47, 87, 97, zu den Feldjägerbataillonen Nr. 7, 8, 9, 20, zum Dragonerregimente Nr. 5, zu den Feldkanonenregimentern Nr. 7, 8, 9, zum Feldhaubitzenregimente Nr. 3, zum Gebirgsartillerieregimente Nr. 3, zur Schwere Haubitzendivision Nr. 3, zum Festungsartillerieregimente Nr. 4, zum Sappeurbataillon Nr. 3, zum Pionierbataillon Nr. 3, zur Traindivision Nr. 3, zu den Sanitätsabteilungen Nr. 7, 8, 9, zum Evidenz-Artilleriezeugdepot in Graz, zu den Militärverpflegsmagazinen in Graz, Görz, Klagenfurt, Laibach, Marburg, Pola oder Triest, zu den k. k. Landwehrinfanterieregimentern Nr. 3, 4, 5, 26, 27, endlich zur k. k. Landwehr-Feldhaubitzendivision Nr. 22 und k. k. Landwehr-Feldkanonendivision Nr. 22 einzurücken haben, direkt in die betreffende, in ihrem Landsturmpasse auf Seite 3 eingetragene Ausrüstungsstation;

b) alle übrigen 42jährigen und jüngeren, welche im Heere, in der Kriegsmarine, Landwehr (Landeschützen) oder Gendarmerie gedient haben, wenn dieselben sich ständig in einem Landsturmbezirke aufhalten (wohnen) und laut ihres Landsturmpasses im laufenden Jahre zum Landsturmbezirkskommando (Expositur) des Aufenthaltsortes einzurücken haben, direkt zum betreffenden Landsturmbezirkskommando;

die unter a) und b) bezeichneten Personen, welche laut ihres Landsturmpasses „waffenunfähig“ klassifiziert sind, sind von der Einrückung zum Waffendienst befreit;

3. die zu Arbeitszwecken erforderlichen, vom Gemeindevorsteher zu bestimmenden Landsturmpflichtigen; dieselben erhalten die Weisungen für das Abgehen in die Verwendungsorte vom Gemeindevorsteher ihres Aufenthaltsortes;

4. die in den Kohlenwerken zu bediensteten Landsturmpflichtigen Arbeiter, welche nach den vorstehenden Bestimmungen zum Waffendienst nicht einberufen sind, sowie alle Landsturmpflichtigen Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zu sind zur Dienstleistung in ihrer gewöhnlichen Eigenschaft am bisherigen ständigen Verwendungsorte bestimmt.

Alle nach der vorstehenden Anordnung nicht einberufenen Landsturmpflichtigen Personen und Körperschaften werden nach Bedarf mittels Kundmachung oder Einberufungsarten oder mittels speziellen Befehles einberufen.

III. Allgemeine Bestimmungen:

1. Die einrückenden Landsturmpflichtigen haben auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen gegen Vorweisung des militärischen Legitimationsdokuments (Landsturmpaß, Widmungs- oder Einberufungskarte) freie Fahrt; diejenigen, welche ein solches Dokument nicht in Händen haben und zur Einrückung die Eisenbahn oder das Dampfschiff benutzen müssen, haben sich vor ihrem Abgehen beim Gemeindevorsteher des Aufenthaltsortes zu melden, bei welchem sie zur freien Fahrt mit einem Weglaubigungsscheine berechtigt werden.

2. Die einrückenden Landsturmpflichtigen sollen eigene, gut passende Schuhe, für die ersten zwei Tage Lebensmittel, dann in kalter Jahreszeit auch warme Unterkleidung (Wäsche) mitbringen.

3. Im Auslande ständig angesiedelte oder vorübergehend sich aufhaltende Landsturmpflichtige sind von der Ausbietetung und Einberufung des Landsturmes sogleich durch ihre Angehörigen oder Mittelspersonen zu verständigen.

4. Den nach Maßgabe des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 231, anspruchsberechtigten Angehörigen eingerückter Landsturmpflichtiger gebührt ein Unterhaltsbeitrag aus Staatsmitteln.

5. Die Nichtbefolgung der Einberufung zum Landsturmbienste wird nach den bestehenden Gesetzen streng bestraft.

Ein historischer Sonntag.

Der Jubel, der Samstag in den Abendstunden mit elementarer Gewalt ausbrach, als die Nachricht von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Serbien bekannt geworden war, hielt auch gestern den ganzen Tag an. Trotz des strömenden Regens am Vormittag herrschte in den Straßen der Stadt ein riesiger Verkehr. Alles befand sich in erregter Stimmung. Begeisterung für das Vaterland, Haß gegen Serbien und die anderen Feinde des Reiches. Jung und alt, Männer, Frauen und Mädchen sah man in lebhaften Gesprächen. Überall Ansammlungen und herzliche Zurufe, die den einrückenden Söhnen des Vaterlandes galten. In allen Wienern Jubel und Kampfbegeisterung. Als der Regen aufhörte und die Sonne wieder aus dem Gewölk strahlte, nahm der patriotische Korso, besonders in der Herrngasse und auf dem Hauptplatz noch zu und es kam wie am Abend vorher wiederholt zu begeisterten Kundgebungen für unsere Armeen. Auch ein reger Zuzug aus den Nachbargemeinden war zu bemerken. Ihre Bewohner wollten Zeugen sein von den erhebenden Demonstrationen für Kaiser und Reich und nahmen mit Begeisterung daran teil.

Die Mobilisierung

trat gestern in ihre volle Erscheinung. Durch alle Straßen und Gassen der Stadt sah man gestern nachmittags und abends Einberufene, teils in Uniform mit Saß und Paß, teils noch in Zivilleidung mit Koffer oder Tasche, dem Südbahnhof zuwandern. Wagen mit Tornistern und Monturstücke voll beladen, wurden von Militäristen zum Bahnhof gefahren. Fast in jedem Hause gab es einen oder auch mehrere Einberufene, die zum Einrücken innerhalb 24 Stunden beordert waren. Vom Personal der Straßenbahngesellschaft allein wurden 160 Bedienstete einberufen. Auch vom städtischen Sicherheitswachkorps erhielt eine namhafte Anzahl Angestellter die Einberufung. Von den Ärzten, Beamten und Bediensteten des Landeskrankenhauses muß eine nicht geringe Zahl ihrer Wassenpflicht Genüge leisten. Von den Ärzten der Rettungsabteilung der freiwilligen Feuerwehr sind alle eingerückt bis auf den Leiter Dr. Böck, der nun mit Chirurgen Tilly den ganzen Arztendienst zu besorgen hat.

Szenen am Hauptbahnhofe.

Eine wahre Völkerverwanderung gab's nach dem Hauptbahnhofe. Auf den beiden Seiten der Annenstrasse bewegten sich unübersehbare Menschenreihen. Fast jeder hielt ein Zeitungsblatt in der Hand, um in größter Spannung die neuesten Nachrichten zu vernehmen.

Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hielt den ganzen Nachmittag bis zum Abend den Bahnhofplatz besetzt und bildete vor den Zugängen, die von einem Wacheaufgebot nur mit Mühe frei gehalten werden konnten, dichtes Spalier. Auch in der Bahnhofshalle, in den Wartesälen sowie auf dem Perron bewegte sich eine dichte Menge, die die Ankunft und

Abfahrt der Züge erwartete. Unter den zur Abreise gerüsteten Einrückenden waren alle Waffengattungen vertreten; es befanden sich darunter viele Einjährig-Freiwillige, insbesondere vom Alpenjäger-Regiment, dann Militärärzte in feldmäßiger Adjustierung. Die Eil- und Personenzüge, die in den Nachmittagsstunden in Graz eintrafen, hatten eine ziemlich bedeutende Verspätung. Mit den Wiener und Triester Eilzügen reisten viele Offiziere und Freiwillige durch, während die Personenzüge hauptsächlich Reservisten und Einberufene aus dem Mannschaftsstande enthielten. Es spielten sich rührende Abschiedsszenen zwischen Einrückenden und ihren Familienangehörigen ab. Galt es doch, den Scheidenden herzliche Abschiedsworte und Glückwünsche zuzurufen. Jubel, Begeisterung, aber auch schmerzliches Empfinden beim Abschied von den Lieben. Tränen der Trennung von Vater, Mutter, Schwester, Bruder, Frau oder Braut. Und doch besetzte sie alle das Hochgefühl, das jedem wahren Österreicher eigen ist: Die Ehre des Vaterlandes! Im dichtbesetzten Garten der Annenstraße ließ eine Militärkapelle patriotische Weisen erklingen. Stürmische Hoch- und Heirufe erschollen im Garten und fanden draußen unter der Menge brausende Wiederholung. Gewaltige spontane Äußerungen der unverjälchten Volksseele.

Zapfenstreich.

Morgen findet ein Zapfenstreich statt. Die Kapelle des 2. bosnisch-herzegowinischen Infanterie-Regimentes marschiert um 7 Uhr 15 Minuten abends von der Dominikanerkaserne ab und nimmt folgenden Weg: Tegetthoffgasse, Albrechtsbrücke, Neutorgasse, Wielandgasse, Grazbachgasse, Sparbersbachgasse, Wandellstraße, Kroisbachgasse, Glacisstraße, Gedorfplatz, Korbberggasse, Grillparzerstraße, Brandstraße, Bergmannsgasse, Hund-

holzstraße, Ferdinandsbrücke, Lendplatz, Volksgartenstraße, Elisabethnergasse in die Kaserne zurück. Die Regimentsmusik der Stebener verläßt um 7 Uhr abends die Franz Josef-Kaserne und nimmt nachstehende Marschrichtung: Annenstrasse, Franz Karlbrücke, Murgasse, Hauptplatz (Vortrag eines patriotischen Liedes vor dem Rathause), Sporgasse und Hofgasse zur Burg (im Burghof das Prinz Eugen-Lied), Burgtor, Elisabethallee, Korpskommando (Volks hymne), Karl Ludwig-King, Herrngasse, Albrechtgasse, Albrechtbrücke, Tegetthoffgasse, Vorbeckgasse, Annenstrasse und zurück in die Kaserne. Die Regimentsmusik des 3. Landwehr-Infanterie-regimentes verläßt die Landwehrkaserne um 7 Uhr 15 Minuten und marschiert: Annenstrasse, Babenbergerstraße, Kestnerstraße, Lendplatz, Zweiglgasse, Griesplatz, Köfelmühlgasse, Lazarettgasse, Jbthofgasse, Ungergasse, Eggenberger-Gürtel, Annenstrasse und dann wieder in die Landwehrkaserne.

(Halbtag) (1918) T 207230AT

S. 111 P. 1. F. 2. 1817

EPN 1. 1817

Weitere Kundgebungen.

Als die erste Kunde von dem Abbrechen der diplomatischen Beziehungen in Serbien bei uns einlangte, ließ Direktor Gierke im Annenhof-Bioskop die Vorstellung sofort unterbrechen und verlas mit lauter Stimme die Sonderausgaben der Zeitungen. Heil Österreich! erscholl es im gesamten Publikum. Beim Erscheinen des Kaiserbildes spielte die Hauskapelle die Volkshymne, worauf sich das gesamte Publikum erhob und das Kaisertied mitsang. Es war ein feierlicher, erhebener Augenblick, der sich im Theater abspielte; er machte auf alle einen tiefen Eindruck.

Die Mobilisierung.

Der gestrige Tag.

gestern spielte sich während des ganzen Tages, erst aber in den Nachmittagsstunden, in der Gasse, der Hauptverkehrsstraße, ein ungemein leb-

hafter Verkehr ab, der bis in die späten Abendstunden anhielt. Der Bahnhofplatz und die Bahnhofshalle boten dasselbe Bild massenhafter Bewegung wie am Sonntag. Am Bahnsteig des Hauptbahnhofes herrschte aber ein so dichtes Gedränge, daß man sich nur langsam vorwärts bewegen konnte. Die Frachtwagen konnten sich nur mit aller Anstrengung Bahn brechen. Die Nachmittagszüge aus Obersteiermark brachten Massen von Reservisten und Urlaubern, die teils ausstiegen, teils weiterfahren. Jeder Zug wurde mit Hochrufen und mit Fächerschwenken begleitet. Die angekommenen Reservisten zogen scharenweise in die Stadt in ihre Quartiere. Am Bahnsteig betätigten sich eifrig Pfadfinder in der Verabreichung von Wasser in Aluminiumgefäßen an die Durchreisenden sowie bei der Gepäckbeförderung. Sie leisten seit der Mobilisierung abwechselungsweise Tag- und Nachdienst, wofür ihnen Dank und Anerkennung gezollt wird. Bei der Franzensbrücke spielte sich gestern abend ein Zwischenfall ab, der viel Aufsehen erregte. Ein alter Türke, der mit einem der Abendzüge von der Bahn gekommen war, hatte sich mit seinem Gepäck, einem Handkoffer und einer Tasche, beim Brückenpfeiler niedergelassen. Er sprach mehrere Vorübergehende an, wurde aber, da er der deutschen Sprache unkundig war, nicht verstanden. Um sich verständlich zu machen, gestikuliert er mit den Händen herum und begleitete seine Bewegungen mit Lauten seiner Muttersprache. Dieses Benehmen erregte die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden und bald hatte sich ein dichter Anäuel von Menschen um den Türken gebildet. Man wollte ihn zur Sicherheitsbehörde bringen, aber der Türke sträubte sich dagegen mit Händen und Füßen und deutete gegen den Landfai zu, wobei er das einzig verständliche Wort „Hotel“ aussprach. Man führte dann den alten Türken in einen Gasthof am Landfai.

Vor den Kasernen zeigt sich ein überaus bewegtes Bild. Besonders vor der Landwehrkaserne, in der sich auch das Landsturmkommando befindet, herrscht großes Gedränge. Die Präsentierungslotale für den Landsturm wurden auf die Universität und in das Ferdinandum verlegt, auch in die Volksschule in Eggenberg und andere Schulen, wo die Landsturmmänner auch ausgerüstet werden. Fortwährend sieht man Wagen mit Monturen fahren. Mit Koffern, Paketen u. dgl. ziehen in Scharen die Eingerrückten durch die Straßen; sie werden vielfach auch von Angehörigen begleitet. Am lebhaftesten geht es naturgemäß auf dem Hauptbahnhof zu. — Der Fackelzug der drei Militärklassen, der gestern abend hätte stattfinden sollen, wurde des schlechten Wetters wegen abgesagt.

Entgegenkommen für die Einberufenen. Wir haben schon wiederholt darauf verweisen können, daß unsere Bevölkerung es nicht bei bloßen Ovationen für die Reservisten bewenden läßt, sondern ihre patriotische und menschenfreundliche Gesinnung auch durch Spenden oder durch Preisnachlässe bezeugt. Auch im gegenwärtigen Ernstfall hat sich diese lobenswerte Gesinnung schon gezeigt. Aber es gibt leider auch unrühmliche Ausnahmen, ja man hört bedauerlicherweise von Überhaltungen der Einberufenen. Es handelt sich gewiß nur um einzelne Fälle, doch schon die Tatsache, daß solche überhaupt vorkommen, muß jeden, der den Ernst der Lage nur halbwegs versteht, betrüben. Es wäre wohl sehr zu wünschen und es ist zu hoffen, daß dieser Appell auch befolgt wird, den Reservisten weitgehendes Entgegenkommen zu beweisen; es ist kaum anzunehmen, daß ein guter Mensch diese Gelegenheit ausnützen wird, um einen verächtlichen Gewinn zu erzielen. Das soldatenfreundliche Herz des Österreicher möge sich vor allem den Reservisten gegenüber zeigen!

Als Stimmungsbilder aus dem Deutschen Reich veröffentlichen wir noch nachsichende, dem Grazer Akademischen Turnverein zugewandene Drahtungen: „Ein Bravo dem österreichischen Schneid, nur ordentlich drauf, wir folgen! A. T. B. Cheruscia Freiburg im Breisgau. Die zweite Drahtung lautet: „Deutsche Brüder, die von Wetterern, gift'gem Aufuhr Ihr umtobt, der da droht Euch zu zerschmettern, Treu um Treu sei Euch gelobt! Drauf! Erwehret Euch der Horden! Heil und Sieg! A. T. B. der Märker = Berlin.“

Vonderstädtischen Feuerweh'r. Die Mobilisierung hat auch die Reihen unserer braven städtischen Feuerweh'r bedeutend gelichtet. Es wurden an 50 Mann einberufen, so daß nur ein Stand von 36 übrig blieb. Diesen hat man nun durch Heranziehung von Feuerweh'r-Pensionisten auf rund 50 erhöht.

Unterstützung der Reservistenfamilien. Die Aktion wegen Zuerkennung der militärischen Unterhaltsbeiträge durch die politischen Behörden aus staatlichen Mitteln ist bereits im Zuge. Dem Vernehmen

nach werden den politischen Bezirksbehörden und besonders auch dem Stadtrate Graz in den nächsten Tagen eine ungeheure Menge derartiger Ansuchen um Unterstützungen zugehen. Es sei daher unter Hinweis auf die schon veröffentlichten allgemeinen Bestimmungen des Unterhaltsbeitragsgesetzes darauf aufmerksam gemacht, daß es sich unbedingt empfehlen wird, wenn die betreffenden Familienangehörigen mit ihrem Ansuchen noch zuwarten, bis eine weitere Verlautbarung über die von den Gesuchstellern zu unternehmenden Schritte

erfolgt. Eine solche ist in den nächsten Tagen zu gewärtigen. Es wird sich außerdem empfehlen, wenn nur die allerdürftigsten Familien ihre Ansuchen zuerst überreichen, da dies bei dem großen Andrang der Gesuchsteller in den ersten Tagen im Interesse jedes einzelnen gelegen sein wird. Endlich sei an den Edelmut und das Entgegenkommen derjenigen Hausherrn appelliert, die anlässlich der Einrückung der Reservisten sich gezwungen sehen werden, den Wünschen der betreffenden Parteien nachzugeben und mit der Einhebung der bereits fälligen Monatszinsen wenigstens so lange zuzuwarten, bis jene mittellosen Reservistenfamilien, die einer Unterstützung aus Staatsmitteln teilhaftig werden, die erste Unterstützungsrate erhalten haben.

Wer zur Gänze oder doch zum größten Teile aus dem Einkommen eines Einberufenen unterstützt wurde, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung. Als solche Angehörige kommen zunächst die Ehefrau und die ehelichen Kinder des Einberufenen in Betracht, dann aber auch eheliche Vorfahren (Eltern und Großeltern), Geschwister und Schwiegereltern, die uneheliche Mutter und uneheliche Kinder, wenn sie in Oesterreich ihren ordentlichen Wohnsitz haben oder wenn sie die österreichische oder die ungarische Staatsbürgerschaft oder die böhmische Landesangehörigkeit besitzen.

In Graz erhält jeder Angehörige, der über 8 Jahre alt ist, einen täglichen Unterstützungsbeitrag von 1 R. 15 S., für jedes Kind unter 8 Jahren die Hälfte. In der übrigen Steiermark 1 R. 11 S. oder die Hälfte. Überdies erhalten alle Angehörigen, die in Mietwohnungen leben, die Hälfte des Unterstützungsbeitrages Erwachsener. Der Gesamtbetrag der Unterstützung für eine Familie darf die Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Einberufenen nicht übersteigen. Fällt der Einberufene im Kriege, dann läuft die Unterstützung noch durch sechs Monate vom Todestage an gerechnet. Der Anspruch ist beim Gemeindebeamten anzumelden. Der Unterstützungsbetrag ist in halbmonatlichen Raten am 1. und 16. jeden Monats im vorhinein auszubahlen.

Aus Leoben wird unterm 27. d. berichtet: Das Stadtgemeinbeamt Leoben hat angeordnet, daß bis auf weiters alle Gasthausshwemmen schon um 7 Uhr abends geschlossen werden. In Judendorf wurden Sonntag abend um acht Uhr sämtliche Gasthäuser geschlossen. In Leoben kam es Samstag abend wiederholt in den Straßen und in den Gasthäusern zu begeisterten Kundgebungen. Infolge der Mobilisierung mußte der Betrieb des Donawitzer Hüttenwerkes bedeutend eingeschränkt werden. Von den Samstag noch im Betriebe gestandenen 12 Martin-Öfen wurde Montag bei acht der Betrieb eingestellt. In der Buddelhütte wurde der Betrieb eingestellt. Die Hochöfen stehen derzeit noch im Betriebe.

Aus Marzschlag wird uns unterm 27. d. berichtet: Der heutige Tag brachte schon am Morgen reges Leben in die Straßen. Um 11 Uhr mittags zogen unter den Klängen der Musikvereinskapelle die Einberufenen mit ihren Angehörigen zum Bahnhofe. Die Bevölkerung sendete den Abziehenden herzliche Abschiedsgrüße zu. Die Arbeit ruht heute größtenteils. Der Bahnhof gleicht einem Lager. Diezüge verkehren durchgehends mit Vortrains. Eine bedeutende Personalverminderung hat die Post erlitten. Von sechs Briefträgern sind heute nur mehr zwei in Tätigkeit. Die Frühpost konnte zum großen Teile erst mittags bestellt werden. Beim Konzert im Café Semmering verlangte das zahlreiche Publikum gestern abend von der konzertierenden Wiener Kapelle stürmisch den Prinz Eugensmarsch, die Volkshymne und den Radetzkymarsch. †

ARBEITERZEITUNG

Nr.: 206

TAG: 28. 7. 1914, 2f.

Vor dem Kriegsausbruch.

Die serbische Note und die serbische Stücke über die Sarajewer Mordtat. — Die österreichisch-ungarische Antwort. — Die ersten Schiffe. — Die Bemühungen um

und Ungarn aus Belgrad. — Die Lokalisierung des Konflikts. — Akten-Fluch

Die Antwort Serbiens auf das Ultimatum.

Der serbische Text und die österreichisch-ungarischen Glossen.

Das Auswärtige Amt legt heute der Öffentlichkeit die Antwort vor, die Serbien am Samstag auf das Ultimatum erteilt hat. Und sie begleitet Punkt für Punkt diese Antwort mit Anmerkungen, die darlegen sollen, warum Oesterreich-Ungarn sich für unbefriedigt erklären mußte. Es ist ein historisches Dokument, denn aus ihm entspringt, wenigstens dem äußerlichen Zusammenhang nach, ein Konflikt, der in seinen Verflechtungen und Folgen ganz Europa ergreifen kann. Aber es ist ein historisches Dokument auch in einem anderen Sinne noch. Je sorgfältiger man nämlich den Text Serbiens und die dazu gehörigen Glossen des Wiener Kabinetts vergleicht, umsoweniger kann man weder den einen noch die anderen begreifen. Man versteht nicht, weshalb Serbien, wenn es so viel, wenn es den Hauptteil der Forderungen angenommen hat, nun nicht auch den

Rest annehmen konnte. Und man begreift ebenso wenig, warum die weitgehenden Zugeständnisse Serbiens für unser auswärtiges Kabinett nicht die Grundlage zu weiteren Unterhandlungen bieten konnten, sondern unbedingt zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen mußten. Das Ganze bietet die täuschende Ähnlichkeit mit einem in Sachschriften geführten Rechtsstreit. Aber der eingeleitete und scheinbar dem Ausgleich sich nähernde Prozeß wird abgebrochen und die Waffen kommen zu Wort. In dem einen Falle bildet das Wörtchen „sollte“ den Gegensatz, in dem anderen eine verschiedene Auffassung darüber, was eine Regierung ohne parlamentarische Zustimmung verfügen kann. Bemerkenswert ist, daß der beschuldigte Major von der serbischen Regierung sofort in Verhaft genommen wurde; das ist bisher nicht mitgeteilt worden. Durchaus ist der Eindruck, daß Serbien schon wirklich bereit war, die Forderungen Oesterreich-Ungarns glatt anzunehmen, daß es aber plötzlich seinen Entschluß geändert hat; offenbar infolge Einwirkung einer anderen Macht, infolge Einwirkung Rußlands. Und das ist es nun, was den Krieg, in dem wir stehen, so ungemein ernst macht.

Der Text der serbischen Antwort und die Anmerkungen des Wiener Auswärtigen Amtes lauteten:

Notiz der serbischen Regierung vom 25. Juli.

Die königlich serbische Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10. d. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort

jedes Mißverständnis zerstreuen wird, welches die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Punkt 1.

Die königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreiches noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die königliche Regierung stellt fest, daß die k. und k. Regierung in dieser Richtung

keinerlei Vorstellungen erhoben hat,

abgesehen von dem Falle eines Verhüchens, hinsichtlich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Punkt 2.

Die königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften ist, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies umso weniger, als die königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zu Gunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Punkt 3.

Die königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß

Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Sarajevo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre volle Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend, ist die königliche Regierung somit bereit,

dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Sarajevoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten; sie verpflichtet sich insbesondere, auf der ersten Seite des Amtsblattes vom 18./26. Juli folgende Enunziation zu veröffentlichen:

Punkt 4.

„Die königlich serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet sein sollte, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.“

Die königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt und daß diese damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung“ gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Punkt 5.

Die königliche Regierung verpflichtet sich weiter: 1. Anlässlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentrittes der Skupschina

in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hass und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Oesterreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anlässlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII

Anmerkungen der österreichischen Regierung dazu.

Punkt 1.

Die königlich serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von der serbischen Regierung und ihren Organen kein Versuch zur Aenderung der Stellung Bosniens und der Herzegowina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen

unterlassen hat,

die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Punkt 2.

Die Behauptung der königlich serbischen Regierung, daß die Aeußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht im vollen Widerspruch zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiet des Press- und Vereinsrechtes, das einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Uebrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirken im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Punkt 3.

Diese Behauptung ist unrichtig; die serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Punkt 4.

Unsere Forderung lautete:

„Die königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda...“

Die von der königlich serbischen Regierung vorgenommene Aenderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht oder daß ihr eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Die von uns geforderte Formulierung lautete:

Die königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre... mitgewirkt haben...

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatz „laut der Mitteilung der k. und k. Regierung“ verfolgt die serbische Regierung den bereits oben ange deuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Punkt 5.

Wir hatten gefordert:

1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung gegen die Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Zukunft unterbleiben; wir wünschten also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiet sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolg dienen sollen, und zwar:

a) ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, umso mehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, da er uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet:

des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Punkt 6.

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein Narodna Odbrana und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgend welche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft Narodna Odbrana sowie jede Gesellschaft, die gegen Oesterreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Punkt 7.

3. Die königlich serbische Regierung verpflichtet sich, ohne Verzug

aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien

alles auszuschneiden, was die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Nachweise für diese Propaganda liefert.

Punkt 8.

4. Die königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen,

hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zu Schulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Punkt 9.

5. Die königliche Regierung muß belassen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die königlich serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihrem Gebiet die

Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jene Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Bürgerrechtes und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

Punkt 10.

6. Die königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen

eine Untersuchung einzuleiten,

die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiet befinden. Was die Mitwirkung von hiezu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anlangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozessgesetzes wäre. Doch könnten den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von dem Ergebnis der Untersuchung gemacht werden.

Punkt 11.

7. Die königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam.

die Verhaftung des Majors Voidslav Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anlangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung so bald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Sarajevo gesammelten Schuldbeweise in der üblichen Form bekanntzugeben.

Punkt 12.

8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen wegen Unterdrückung des Schmuggels von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac—Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

Punkt 13.

9. Die königliche Regierung ist gern bereit,

Aufklärung über die Aeußerungen zu geben,

welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Aeußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Ueberführungsmittel hierfür zu sammeln.

10. Die königliche Regierung wird, insofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die königlich serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Uebertragung der Entscheidung dieser Frage an das internationale Gericht im Haag, sei es durch Ueberlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben.

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, das die Konfiskation gestatten würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend — dies umso mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und daß im Falle der Ablehnung durch die Stupschina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

Punkt 6.

Die monarchiefeindliche Propaganda der Narodna Odbrana und der ihr affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon, ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

Die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren; die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so daß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Affoziationen, insbesondere der Narodna Odbrana, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

Punkt 7.

Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst nachweise dafür, daß im öffentlichen Unterricht Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda getrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der Narodna Odbrana und der ihr affilierten Vereine steht.

Uebrigens hat die serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderung nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz „sowohl was den Lehrkörper als auch was die Lehrmittel anlangt“, wegließ — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

Punkt 8.

Indem die königlich serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Unstund knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfemung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheint unsere Forderung auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

Punkt 9.

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig etwas zu tun wie das Strafprozeßrecht; es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher unverständlich und wäre bei ihrer vagen, allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Abkommens zu führen.

Punkt 10.

Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzuverstehen. Wir begeherten:

1. Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer am Komplott.

2. Die Mitwirkung von k. und k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen („recherches“ im Gegensatz zu „enquête judiciaire“).

Es ist uns nicht beigefallen, k. und k. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen; sie sollten nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünscht, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe am polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeiliche Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

Punkt 11.

Diese Antwort ist hinterhältig.

Giganovic ging laut den von uns veranlaßten Nachforschungen drei Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, daß Giganovic an dem Komplott beteiligt sei, auf Urlaub und begab sich über Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Giganovic schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst scheid. Hierzu kommt, daß der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Giganovic selbst veranlaßt hat und der wußte, wo dieser sich aufhalte, in einem Interview erklärte, ein Mann namens Milan Giganovic existiere in Belgrad nicht.

Nr.:

TAG:

Punkt 13.

Der königlich serbischen Regierung müssen die bezüglichen Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der t. und k. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch die Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

Gerechtfertigt!

Vom Abg. J. W. Döbernig.

Eine ungeheure Erregung, die alle Gemüter aufpeitscht, geht durch die Monarchie. Die jetzige Generation hat derartiges noch nicht erlebt, ein Erbeben der ganzen alten Welt. So ähnlich muß es im Jahre 1870 gewesen sein, als König Wilhelm sein Volk unter die Waffen rief. Wir wollen nicht sagen eine solche Kriegsbegeisterung, wohl aber eine solche Entschlossenheit, eine Urkraft der Unmachgiebigkeit, ein Tausende und Tausende erfüllendes Begehren nach Genugtuung für jahrelange Unbill, unerhörten Schimpf und ja den grausamen Mord, der unseren Staat einer seiner stärksten Stützen beraubt hat. So vieles haben wir knirschend über uns ergehen lassen, wir haben den Krieg nicht gefürchtet, aber auch nicht gewollt; wir mußten hinnehmen, daß man im gesamten Auslande über uns zu spotten begann, daß unser Ansehen zusammenschrankte und daß ungeschont vom hervorstehenden Zerfall dieses Staatsgefüges gesprochen wurde als von einem unaufhaltsamen Prozeß, gegen den kein Heilmittel vorhanden sei. Ja noch mehr: das Gift, das aus der Verjüngung unseres öffentlichen Lebens aufstieg, übte schon seine verwüstende Wirkung — die Staatsverdrossenheit, die allgemeine Freudlosigkeit waren bedeutungsvolle Kennzeichen; es lag wie ein Alp auf den braven Bürgern, sie fügten sich mit dumpfer Ergebung in das unbekannte Schicksal, das diesem Staate bestimmt zu sein, vor dem es keine Rettung zu geben schien. Nun ist dies alles anders geworden, fast über Nacht. Der Österreicher hat noch ein Vaterland, für das er einstehen, Gut und Blut lassen kann. Und der Vaterlandsgedanke ist groß und überwältigend wieder erstanden in uns. Der Krieg, von dem man nicht Ende und Ausgang weiß, hat begonnen; denkwürdige Wochen, vielleicht Monate, deren Spuren auf den Blättern der Weltgeschichte einst bis in die fernsten Jahrhunderte verzeichnet sein werden, brechen an. Auf unseren Soldaten beruht die Hoffnung der Völker!

Was uns Allen ohne Unterschied des Standes den Schmerz des Abschiedes von den Teuren, den Brüdern, Söhnen, Vätern, die hinausziehen, um die Ehre des Vaterlandes wieder herzustellen, etwas

erleichtert, was die Kräfte der Krieger stärkt, die Zuversicht in ihnen und in uns hebt, ist das Bewußtsein, daß wir für den Ausbau der Armee die größten Opfer auf uns genommen haben, damit sie im Ernstfalle gerüstet dastehe. In diesem für ewig historischen Augenblicke kann das österreichische Parlament nicht reden so wie es das ungarische getan hat, ernst und würdig. Aber in den Herzen der deutschen Abgeordneten, und auch jenen der andern Völker, welche insgesamt für die Sicherung der Armee vorgesorgt hatten, regt sich heute ein Gefühl des Trostes: Denn wir haben unsere Pflicht gegen die Armee erfüllt, so lange es noch Zeit war!

Im Jahre 1911 war von den Delegationen der erste große Heereskredit von einer halben Milliarde angesprochen worden. Kriegsminister v. Schönau enthielt die schwersten Schäden des Heeres und appellierte an die Opferwilligkeit der Delegationen, damit durch die verlangten Mittel das Heer wenigstens soweit ausgebaut und konsolidiert werden würde, um eventuellen Ereignissen mit einiger Ruhe entgegensehen zu können. Der Schreiber dieser Zeilen begründete seine und seiner deutschen Kollegen Stellung mit den Worten: „Unsere Monarchie liegt zentral, sie hat deshalb mehr Reibungsflächen als andere Staaten und kann daher viel leichter in einen Konflikt kommen. Auch der Wetterwinkel Europas, der Balkan, ist uns nahe und schon deshalb muß unsere Armee stark und leistungsfähig sein!“ Damit hatte es nicht sein Bewenden. Das neue Wehrgesetz, das Kriegsleistungsgesetz und die mit der Bewilligung verbundene große Verantwortung — wir haben Alles auf uns genommen trotz Schimpf und Hohn, dabei vielfach verkannt auch von unseren eigenen Leuten. Die Ereignisse des Tages rechtfertigen mit eherner Stimme die Haltung der deutschen Abgeordneten. Ihr Treubekenntnis zum Staate, zur Dynastie, zum ehrwürdigen Kaiser, jetzt findet es eine vieltausendfältige Bestätigung im Reiche. Die heißesten Segenswünsche geleiten unsere Truppen auf den rauhen Weg, ob nach dem Südosten, ob nach dem Norden. Möge der Erfolg bei ihren Waffen sein und möge aus den blutigen Denkmälern dieses Krieges, der vielleicht den Boden Europas erschüttern und das gewaltigste Ringen werden wird, das die Geschichte kennt, eine neue, bessere Zukunft für unser Vaterland erstehen.

Klärung.

Die Lokalisierung des Krieges.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten haben die Bemühungen, den Konflikt der Monarchie mit Serbien zu lokalisieren, Erfolg. England soll in Petersburg sehr deutlich und entschieden abgeunken haben, Griechenland scheint keineswegs die Absicht zu haben, an der Seite seines ehemaligen Verbündeten: Serbien, zu kämpfen, Bulgarien und die Türkei harren nur des Augenblickes, um Nebeneinander zu nehmen, und Rumänien bleibt angesichts dieser Sachlage völlig still. Der Dreibund beherrscht vollständig das diplomatische Feld. Wenn auch die bisherigen Nachrichten eine offizielle Bestätigung noch nicht gefunden haben, so ist doch daraus ein gewisser Schluß auf die herrschende Stimmung gestattet. Bezeichnend ist, daß niemand die Stimme für Serbien erhebt und daß nur hier und da Zweifel über die Form des Vorgehens der Monarchie in den Blättern der Tripelentente laut werden. Auch diese werden nun verstummen, da die kategorische Aufklärung des Ministeriums des Außern gekommen ist, die ausdrücklich feststellt, daß die Antwort Serbiens gerade in den wichtigsten Belangen vollständig ablehnend und daher ungenügend war. Wenn aber die Schuld Serbiens und die bisher nicht erfüllte Verpflichtung, volle Genugtuung zu geben, feststeht, dann ist für die Mächte aller Anlaß vorhanden, der russischen Politik klar zu machen, daß ein Eingreifen in den Konflikt der Monarchie mit Serbien allen Grundsätzen menschlichen und gerechten Fühlens widerspricht. Die Überzeugung davon ist so allgemein, daß man fast an den Ausbruch des Weltkrieges nicht glauben kann. Bisher

hat denn auch Rußland noch keine Tatsache geschaffen, die darauf schließen läßt, daß es unbedingt eingreifen werde. Die Äußerung des russischen Votefachstellers in Rom: Wir sind in eine Sackgasse geraten, scheint den Nagel auf den Kopf zu treffen. Wenn sie nicht wahr ist, so ist sie doch treffend erfunden. Die russische Politik ist tatsächlich in eine Sackgasse geraten. Sie hat offenbar nicht damit gerechnet, daß die Monarchie sich eines Tages so mächtig erheben und ihr Recht mit dem Schwert in der Hand begehren werde. Sie hat offenbar nicht damit gerechnet, daß durch das entschiedene Zugreifen Österreich-Ungarns die Risse und Sprünge der Tripelentente so schnell zutage treten werden.

Das unionistische englische Sonntagsblatt „Observer“ schreibt sehr richtig: Die Tripelentente darf nicht zum Werkzeug großserbischer Agitationen dienen. Es ist auch richtig, daß England und Frankreich in einen bösen moralischen Konflikt geraten würden, wenn sie sich unter solchen Verhältnissen in einen Weltkrieg einließen. Rußland allein aber kann die Waffen nicht erheben. Ohne Zustimmung seiner Bundesgenossen ist sein Arm gelähmt, seine Sympathie für Serbien machtlos. Außerdem droht die gelbe Gefahr von Osten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich Japan und selbst China eine so günstige Gelegenheit entgehen lassen werden, ihren großen Feind und Bedränger in dem Augenblicke zu fassen, da er nahezu wehrlos ist. Und um bei dem fernem Osten zu bleiben: Mühte nicht auch England für seinen wertvollsten Kolonialbesitz zittern, wenn einmal der Okzident sich im mörderischen Kampfe befindet und wenn dadurch der Orient in Bewegung gerät?

Das sind die Fragen, die die Mächte, vornehmlich die Großmächte bewegen und bestimmen. Das

gibt den Ausschlag in London und Paris und damit in Petersburg — und nicht das kleine Serbien, dessen verbrecherisches Treiben allgemein verurteilt wird. Je länger die Besprechungen der Mächte dauern, desto sicherer scheint es zu werden, daß Serbien seinem wohlverdienten Schicksale überlassen wird und daß Rußland aus der Sackgasse, in die es sich durch den vorschnellen Mobilisierungsbefehl verrannt hat, nicht mehr heraus kann. Das lange Zögern jener, die fortgesetzt mit dem Säbel rasselten und die Monarchie als Quantitäts négligeable behandelten, ist gewiß noch kein voller Erfolg, aber es ist ein Erfolg, der klar zeigt, wie recht die Monarchie hatte, jetzt die Schlinge zu zerreißen, die man schon um sie gelegt glaubte.

Aus Serbien selbst kommen eigentümliche Nachrichten. Viel dringt nicht durch; aber so viel scheint festzustehen, daß in Kragujevac eine keineswegs begeisterte Stimmung herrscht. Schon das Manifest an das Volk, das Serbienland zu verteidigen, so weit es möglich ist, verrät alles andere denn Selbstvertrauen. Das lange Zögern Wäterschens wird gerade auch nicht beitragen, die Stimmung zu erhöhen. Wenn es aber tatsächlich gelingen sollte, Serbien ganz zu isolieren, dann ist wohl der Kampf entschieden, bevor er begonnen hat. Trotz aller günstigen Anzeichen wollen wir uns aber nicht in trügerischen Hoffnungen wiegen, die heute noch nicht berechtigt erscheinen. Es ist wahrscheinlich, daß England seine Teilnahme an einem gemeinsamen Vorgehen der Tripelentente versagen wird; es ist aber nicht sicher. Die Beschlüsse Londons aber sind von ausschlaggebender Bedeutung.

An die Bevölkerung werden jetzt harte Geduldsproben gestellt. Wir sind aber überzeugt, daß die glänzende Haltung der Bevölkerung, die sie

bisher an den Tag gelegt hat, auch weiterhin andauern wird, bis die Entscheidung darüber gefallen ist, ob die Welt in Brand gesetzt werden wird oder ob nur die Schuld Serbiens der verdienten Strafe zugeführt wird.

Der Weg der Pflicht.

Kaiserworte.

Das Manifest Kaiser Franz Josefs I. an seine Völker, das unmittelbar der Kriegserklärung an Serbien gestern folgte, dieses Manifest des nahezu vierundachtzigjährigen Herrschers ist sozusagen ein historisches Porträt des Kaisers selbst. Mit der Kraft höchster Männlichkeit und mit der Weisheit eines alten, ehrwürdigen, aber nicht gealterten Mannes wendet sich der Kaiser an sein Heer und an seine Völker. Mit schlichten Worten sagt er — es ist wie ein Seufzer —, daß ihn die Vorsehung auch noch dazu aufersehen habe, die Jahre seines hohen Alters nicht, wie er selbst vom Herzen gewünscht hat, mit Werken des Friedens auszufüllen, sondern noch einmal nach so langen Friedensjahren seinen Vätern die Lasten und Opfer eines Krieges aufzubürden. Aber der Kaiser läßt diesen Worten eine Art Rechtfertigung folgen, in pragmatischer Darstellung, in einer ehernen Diktion wird das ganze Sündenregister Serbiens aufgezählt. Das ist eine Anklage von einer Wucht, die unvergleichlich ist, und das Pathos dieser Anklage ebenso echt als erschütternd. Wie mit Flammenschrift geschrieben sind Worte wie die vom „rausch vergessenden Uhdant“, der Serbien, das dem Habsburgerhause seine Existenz zu verdanken hat und nunmehr dessen bitterster Feind geworden ist, brandmarkt. Und erschütternd klingt es, wenn alle Missetaten Serbiens vom Kaiser aufgezählt werden bis zu jener Schreckenstat in Sarajevo, die — wie das Manifest sich ausdrückt — den Monarchen ins Herz getroffen hat. Zur höchsten Höhe der Schlichtheit, zu einem ergreifenden Bekenntnis der Seele des Kaisers erhebt sich der Schluß des Manifestes, in dem der Kaiser sagt, sein Gewissen sei ruhig bei dieser Kriegserklärung, er habe alles geprüft und erwogen, bevor er dazu schritt, mit Waffengewalt Bürgschaften für den inneren und äußeren Frieden der Monarchie zu schaffen. Es liegt nichts von einer Pose, nichts von einer heroischen Gebärde in den Kaiserworten: „Mit ruhigem Gewissen betrete ich den Weg, den die Pflicht mir weist.“ Das sind Worte, die den Kaiser Franz Josef, unseren geliebten Monarchen, den Kaiser, der durch ein halbes Jahrhundert mit Recht als Friedenshort Europas gepriesen worden ist, voll und ganz kennzeichnen. Sein ganzes langes Leben hindurch, bei allen Schicksalsschlägen, auf allen Dornenpfaden, die dieser seltene und einzige Mann beschreiten mußte, in tiefstem

menschlischen Leid, hat er immer nur einen Leitstern gekannt, den der Pflicht, und ist ihm gefolgt. Und darum hängen seine Völker mit so glühender und verehrender Liebe an ihm, dem hehren Friedensfürsten, den Mord und Lüge dazu zwingen, zum Schwert zu greifen. Diesem Leitstern der Pflicht wird auf diesen Aufruf des Kaisers die ganze Monarchie folgen, ihm wird hochgemut die stolze Armee folgen, um dem Vertrauen des Kaisers zum Allmächtigen, daß sich der Sieg an ihre Fahnen knüpfe, gerecht zu werden.

Dieses Manifest Kaiser Franz Josefs wird aber auch wie mit einem Schlage den seltsamen Spuk verschreiben, der sich an die Monarchie heranzudrängen versucht. Sir Edward Grey war es, der der Monarchie — allerdings nach der zwölften Stunde — noch mit dem Vorschlage einer Konferenz der Botschafter Frankreichs, Deutschlands und Italiens in den Arm zu fallen versuchte, indem er vor allem einen Stillstand der kriegerischen Operationen bis zu einem Erfolge dieser Konferenz verlangte. Man merkt die Absicht. Sir Edward wollte einen Druck auf Oesterreich-Ungarn im Wege über Deutschland ausüben und gleichzeitig Rußland aus einem Dilemma helfen. Englands und Frankreichs Interessen liegen in der Linie einer Lokalisierung des Krieges, wogegen ja weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland das mindeste einzuwenden haben. Rußlands Haltung aber bedeutet die Gefahr eines Weltkrieges. Denn Rußland hat sich schon so sehr mit der Mordpolitik Serbiens identifiziert, daß es für den Zaren schwer geworden ist, wieder einmal im letzten Moment seine gehäßigsten Serben im Stiche zu lassen. Mit einem Wort, Sir Grey hatte den für einen englischen Politiker gewiß nicht üblen Einfall, eine Verschleppung der Affäre herbeizuführen, vor allem auch einen Zusammenstoß Rußlands und Frankreichs mit Deutschland zu verhindern, zumal Frankreichs Armeeverhältnisse nicht die glänzendsten sind und in Rußland eine Bewegung sich kundgibt, die sich nur sehr schwer von einer einfach revolutionären unterscheiden läßt. Das beweisen Warschauer Nachrichten von dem Aufstiegen von Pulvermagazinen und den Explosionen zahlreicher Bomben. Der feine Plan Sir Edwards kann heute schon als gescheitert und begraben behandelt werden. Mit feiner Ironie hat Deutschland es abgelehnt, irgendeinen Schritt zu tun, der nicht genehm ist. Dieselbe Haltung zeigt Italien. Die Ironie Deutschlands ist, so ernst die Zeiten sind, eine politische Pikanterie. Denn wie auf eine haute ordre schreibt die deutsche Presse an die Adresse Sir Edward Greys: Bitte, wenden Sie sich an Rußland. Dort sitzt ja der berühmte Friedens-Latier, der Initiator der Haager Friedenskonferenz.

An Deutschlands Bundestreue ist die englische Intrige abgeprallt, und selbst Sir Edward Grey wird sich keiner Täuschung über die Erfolglosigkeit seiner „selbstlosen“ Vorschläge hingeben, nach der Kriegserklärung und nach dem Manifest unseres Kaisers, dessen Sprache über den ganzen Kontinent und über die Meere hinaus verkündet: Sein Recht holt sich Oesterreich-Ungarn mit gutem Gewissen und mit seinem eigenen Schwert! Kaiser Franz Josef geht den Weg seiner Pflicht, und wehe dem, der ihm auf diesem Wege entgegentritt! . . .

Die heutige „Wiener Zeitung“ schreibt:

Das flammende Wort des Allerhöchsten Manifests wird die patriotischen Herzen höher schlagen lassen. Es weist mit erhebender Deutlichkeit den Weg, den zu beschreiten Ehre und Recht gebieten, es weist aber nicht minder klar das Ziel dieses uns aufgezwungenen Kampfes: die dauernde und gewährleistete Erhaltung eines ehrenvollen Friedens. Das kaiserliche Manifest wird seinen jubelnden Widerhall finden in einem einzigen gewaltigen, weithin hallenden Ruf:

**„Gott erhalte den geliebten Kaiser,
Gott beschütze das teure Vaterland!“**

Die Kriegserklärung.

Mittels einer Extraausgabe der „Wiener Zeitung“ wird die Kriegserklärung kundgemacht. Sie lautet:

Kriegserklärung.

Auf Grund Allerhöchster Entschliebung Seiner k. und k. Apostolischen Majestät vom 28. Juli 1914 wurde heute an die königl. serbische Regierung eine in französischer Sprache abgefaßte Kriegserklärung gerichtet, welche im Urtext und in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

In deutscher Uebersetzung:

Da die königl. serbische Regierung die Note, welche ihr vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad am 23. Juli 1914 übergeben worden war, nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, so sieht sich die k. und k. Regierung in die Notwendigkeit versetzt, selbst für die Wahrung ihrer Rechte und Interessen Sorge zu tragen und zu diesem Ende an die Gewalt der Waffen zu appellieren. Oesterreich-Ungarn betrachtet sich daher von diesem Augenblick an als im Kriegszustand mit Serbien befindlich.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern:

Graf Berchtold.

Der Krieg.

Der Krieg ist erklärt. Obwohl noch überall von Vermittlungen geredet wird, so stand es schon lange fest, daß es zum Kriege kommen wird, stand es schon fest, als Oesterreich-Ungarn seine Note nach Belgrad schickte. Dennoch wirkt die Kriegserklärung als eine Tatsache von unerhörter Wucht. Durch fünf Jahre stand die Möglichkeit dieses Krieges der Monarchie mit Serbien vor uns, bald mit unmittelbarer Gefährlichkeit, bald wieder in nebelhafte Ferne gerückt. Aber obwohl wir dem Kriege schon zweimal sehr nahe waren, sich ihm gleichsam auf Schuhweite genähert hatten, so erschien das den Menschen doch immer nur als eine theoretische Möglichkeit, so blieb der schroffe Gegensatz zu Serbien doch immer nur eine Frage für die Politiker und Diplomaten; so möglich auch der Krieg schon immer war, so dachte und glaubte doch niemand, daß wir seinen furchtbaren Ernst erleben werden. Deshalb wirkt die Kriegserklärung, die doch nur ausspricht, was wir seit ernstschweren Tagen schon als unwiderrufliche Gewißheit empfanden, mit dieser bedrückenden Macht, mit der Gewalt eines geschichtlichen Ereignisses, das alles überragt und weit zurückläßt, was sonst der Inhalt der Sorgen im Staate Oesterreich ist. Nun der Krieg ausgebrochen, nun das ganze Leben der Gesamtheit und jedes einzelnen von uns von ihm erfasst ist, nun wäre alles Nachdenken, ob es so kommen mußte, ohne Wirkung. Nun kann man nur den heißen Wunsch aussprechen, daß das kriegerische Unternehmen mit der möglichst geringsten Zahl von Opfern abschleße, daß sein Ausgang der Sache der Entwicklung der Völker in diesem Reiche fromme, daß die Umwälzungen, die das blutige Ringen in den Geschicken des Volkes mit Naturgewalt herbeiführt, wohlthätige werden und der Aufstieg der Menschheit zur reicheren Kultur, zur erhöhten Wohlfahrt durch den Krieg nicht gehemmt werden möge, aus ihm vielmehr neue Antriebe erfahre. Krieg und Kriegszustand sind harte Zeiten; wir wollen sie als freie und aufrechte Männer überstehen.

Der Ernst des Krieges breitet sich über die Lande; und in jede Familie, in alle Beziehungen der Staatsbürger greift er mit seiner Eisensfaust hinein. Dennoch hat man das Gefühl, daß der Krieg mit Serbien, der lokalisierte Kampf mit dem kleinen Balkanstaat, im Geflechte unserer Sorgen zurücktritt, daß die eigentliche und Haupt Sorge darin besteht, ob das Ringen auf diesen Krieg beschränkt bleiben wird. Was wir da sehen, ist folgendes: Alle Großmächte sind darum bemüht, Rußland zur Ruhe zu mahnen, Rußland von der Einmischung in den Krieg, den wir mit Serbien führen, zurückzuhalten. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Mächten des Dreibundes

und denen des Dreiverbands; man kann sagen, daß Frankreich vor dem Weltkrieg ebenso graut wie Deutschland, daß England der Begrenzung des Krieges ebenso leidenschaftlich das Wort redet wie Italien. Daß das Zarenreich den Druck von allen Seiten spüren wird, ist unzweifelhaft; daß der ausnahmslose Wunsch aller Großmächte, dem Ueber springen des Funken vom Balkan auf Europa zu wehren, ohne Wirkung bleiben könnte, ist nicht anzunehmen. Die große Frage bleibt aber, ob Rußland dauernd, bis zum Abschluß der „Auseinandersetzung“ mit Serbien, zur Seite stehen wird, und diese Frage kann heute niemand beantworten, niemand bejahen. Und sie ist es nun, die wie eine schwere Gewitterwolke über uns hängt und weiter hängen wird. Möge es gelingen, den Krieg wenigstens zu begrenzen, möge auch die österreichisch-ungarische Politik alles, was die Lokalisierung fördern kann, dazu in ehrlichem Willen beigetragen, alles auch unterlassen, was den Brand weiter und weiter trägt! Das ist der zweite Wunsch, der sich heute jeden auf die Lippen drängt, der sich des furchtbaren Ernstes eines Krieges bewußt ist und seine Schwere nicht in leerem Klang verständeln lassen will!

Nun sind die Würfel gefallen und kein hängendes Zagen soll sich uns nahen. Eingedenk der Pflichten gegen die Arbeiterklasse, die wir alle freudig erfüllen, werden wir die ersten Tage, die nun nahen, tapfer durchschreiten und die Zuversicht nicht verlieren, daß die Zeit fruchtbarer schöpferischer und weit hin wirkender Arbeit wieder kommen wird.

FRANZ JOSEF

TAGESPOST (Graz) (Morgenblatt)

Nr.: 196

TAG: 30.7.1914, 1

Des Kaisers Wort.

Die Proklamation an das Volk.

Nur mit tiefer Rührung und mit innigem Mitgefühl kann man die Proklamation lesen, die der Monarch an seine treuen Völker erlassen hat, als er die Kriegserklärung an Serbien unterfertigte. Es ist ein historisches Dokument für alle Zeiten; es ist eine furchtbare Anklage gegen den Staat, der sich durch Jahre hindurch vermessen hat, den Frieden Europas zu gefährden, den Umdank auf Umdank häufte und der schließlich nicht davor zurückschreckte, zum niedrigen Verbrechen zu greifen, um seinen Wünschen zu dienen. Solche Anklagen und mit solchem Rechte sind wohl noch nie gegen einen Staat erhoben worden. Man kann die Weltgeschichte von Anfang bis zu Ende durchblättern, man wird kein Beispiel dafür finden, wie Serbien die letzten sechs Jahre gehandelt hat. So lange es gegen seine eigenen Fürsten den Mordstahl zückte, konnte menschliche Empfindung allein die Korrektur finden: die Verachtung. Serbien hat sich aber damit nicht begnügt. Es hat seine Mordbuben und Hochverräter, es hat seine Spione und Attentäter in die Nachbarmonarchie gesendet, es hat sie mit Geld und Waffen, mit Bomben und Gift ausgerüstet, um den zu meucheln, dem es das ganze Sein verdankte. Was wäre Serbien, wenn Österreich-Ungarn, wenn ganz besonders der gütige Kaiser Franz Josef seine schützende Hand über diesen Staat nicht gehalten hätte? Vom Tage der Türkenherrschaft hat die Monarchie Serbien befreit, von der Gefahr der Vernichtung hat das Machtwort Wiens Serbien gerettet, als der Held von Slivniza den serbischen Übermut zu Boden warf, vor den Folgen der Verachtung der Welt hat Österreich-Ungarn Serbien geschützt, als der grausame Mord an Alexander und Draga im Konak verübt wurde, dem neuen Herrscher Peter Karageorg hat es die Wege geebnet, hat seinen Thron auf den Schlachtfeldern von Mazedonien gefestigt und sein Reich vermehrt. Die Monarchie hat

mit einem Worte an Serbien gehandelt, wie nur ein Vater an seinem Sohne handeln kann. Und dafür hat dieses Scheusal eines Staates keinen anderen Dank gewußt, als das unaufhörliche, verbrecherische Streben, seinen väterlichen Freund, seinem Lebensretter ans Leben zu gehen. Wahrlich, man kann die Weltgeschichte von Anfang bis zu Ende durchblättern, man wird kein Beispiel dafür finden, das dem gleicht, das unser guter Kaiser in seiner Proklamation an sein Volk vor aller Welt brandmarkte.

Man sollte nun meinen, daß alle Kulturstaaten der Welt sich zu einem Areopag versammeln und das Verdammungsurteil über Serbien sprechen müßten. Man sollte meinen, daß angesichts der grauenvollen Einzelheiten, die das Dossier der österreichisch-ungarischen Regierung aller Welt bekannt gab, keine Hand sich rühren könne, das Verbrechen ohne Ende vor der Sühne zu bewahren. Es widerspricht so sehr allem menschlichen Empfinden, daß Unsittlichkeit und Unmoral auch nur einen Augenblick Verteidigung finden können. Und doch; die Kultur der Welt steht nicht auf der hohen sittlichen Stufe, auf der jeder Einzelne steht; denn sonst wäre es nicht möglich, daß alle Kabinette des Westens sich bemühen müssen, in Petersburg beruhigend einzuwirken und der Stimme der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Es wäre nicht möglich, daß Europa vor der Gefahr des Weltkrieges steht, die jetzt alle Gemüter beherrscht. Längst schon hätte der Zar seine Hand von Serbien abziehen und es seinem wohlverdienten Schicksale überlassen müssen, damit endlich diese Pestbeule menschlichen, staatlichen Lebens verschwinde. Die Moral ist für alle Menschen nur eine; für alle Staaten aber scheint das Gesetz nicht zu gelten.

Aber es gibt noch eine Gerechtigkeit, die über alles steigt. Und diese Gerechtigkeit hängt nicht von Menschen ab; sie ist das Schicksal, das Menschenlos bestimmt. Unsere braven Soldaten werden im Zeichen dieser Gerechtigkeit die Sühne dem Staate auferlegen, der sich gegen alle Moral,

gegen jedes Recht vergangen hat. Sie werden aber auch das Reich schützen gegen jeden, der sich diesem Schicksal widersetzt und der den natürlichen Gang der Gerechtigkeit aufzuhalten sich erkühnt.

Das walle Gott!

~~Festtelefon.~~

Der 25. Juli in Budapest.

von

Dr. Josef Straßer.

Der „Bester Lloyd“ hatte um 5 Uhr nachmittags in einer Sonderausgabe die Friedenskundgebung der „Samouprava“ bekanntgegeben. Eine Stunde später wurde die Friedenskundgebung durch Extrablätter, die die Abreise des Gesandten der Monarchie von Belgrad meldeten, dementiert. Der Krieg trat in Sicht.

In einer kurzen Stunde hat sich das Bild der abendlichen Stadt wunderbar verändert. Die Entscheidung in Belgrad wirkte wie eine Erlösung von drückender Demütigung und Ungewißheit. In wenigen Minuten hatten sich Demonstrationzüge gebildet, die vorerst die im Glanze des Sommerabends erstrahlende Andrássystraße besetzt hielten. Plötzlich schallte der Klang der Trommelwirbel durch die Straße. Am südlichen Straßenende, dort wo der Engel Gabriel auf hoher Säule das Doppelkreuz über die ungarische Hauptstadt hält, zog eine Militärmusikkapelle mit klingendem Spiel heran. Plötzlich packte jauchzende Begeisterung die Masse. Vor dem Café Abbazia, dem Treffpunkt der gegnerischen Politiker, brausten Rufe empor, die dort früher niemals gehört wurden. Der Ruf „Hoch Graf Stephan Tisza!“ kennzeichnet die Stimmung der Stadt. Ihm wird die Entscheidung zugeschrieben. Seiner eisernen Faust wird in diesen Stunden des Eisens unbedingtes Vertrauen entgegengebracht.

Die Demonstrationzüge auf der Andrássystraße

sehen sich langsam in Bewegung, Universitäts Hörer führen den Zug. Hochragend wird die Trifolore an der Spitze des Zuges getragen. Die Akkorde des „Szozat“ und der ungarischen Hymne klingen schwellend zum Nachthimmel empor. Rufe „Nieder mit Serbien!“, „Es lebe der König!“, „Es lebe Kaiser Wilhelm!“ werden laut. Ein junger, schlanker schwarzer Herr führt den ersten Zug. Ein ungarischer Landwehroffizier tritt vor den Zug hin und wird von der Masse begeistert umjubelt. Einige Männer heben ihn auf die Schultern und der junge Offizier hält eine Ansprache, die mit den Worten schließt, daß Belgrad bald den guten alten ungarischen Namen Nandor-Fehervar, den es als Stück der Länder der heiligen Stephanskronen einst getragen hat, wieder führen werde. Stürmische Beifallskundgebungen folgen diesen Worten. Der Führer des Zuges, der schlanke, schwarze Herr, antwortet auf die Rede des Offiziers: „Ich begrüße mit euch,“ so ruft er, „die tapferen Soldaten unseres Heeres. Heute noch hier, werde ich morgen im Kampfgebiete als Soldat und Offizier für unser Vaterland kämpfen. Ich werde unseren braven Truppen melden, daß die ungarische Heimat segnend auf ihre Schützer blickt.“ Der Redner wird herzlich begrüßt. Es ist der Graf Moriz Esterházy, einer der begabtesten und reichsten ungarischen Magnaten, ein Führer der hochadeligen Opposition, die den Grafen Stephan Tisza bekämpft.

Und diese tiefe Einigkeit, die Opposition und Regierung in diesem Augenblicke verbündet, offenbart sich auch an einer anderen Stelle der Stadt. Vor dem Nationalkasino, dem Kasino des Hochadels, fordert eine demonstrierende Truppe die Hisung der Trifolore. In der ersten Etage werden die Fenster eines glänzenden Saales geöffnet und eine mächtige, rot-weiß-grüne Fahne

ARBEITERTÄGER FÜR W I E N
DOKUMENTATION

(Mallaprat) (1918) T 10885

71 4491-508 181

1918

ausgesteckt. Graf Mabar Zichy, desgleichen ein Führer der Opposition, ein persönlicher Freund des verbliebenen Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand, erscheint vor den Demonstranten. Eine Rednertribüne wird rasch improvisiert. Der Graf besteigt die Tribüne und feiert die Budapest Arbeitererschaft, die, ohne zu zaudern, für die hohen Interessen der Monarchie begeistert eingetreten ist. „Möge,“ so schließt er seine Rede, „der Träger der Stephanskronen wissen, daß die Ungarn den heißen Wunsch hegen, in der ersten Reihe zu kämpfen, um die Beleidigung zu sühnen, die ruchlose Hände dem Hause des Herrschers zugefügt haben.“

Nun besteigt ein blonder Herr die Tribüne. Es ist ein reichsdeutscher Fabrikant, eine der Gestalten, wie sie in dem von Reichsdeutschen bewohnten vierten Bezirk der Hauptstadt vielfach zu treffen sind. Er feiert die Bündnistreue, die Österreich-Ungarn und Deutschland vereint. Wieder antwortet Graf Mabar Zichy. In deutscher Sprache preist auch er die Festigkeit des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Sein Hurra-Ruf, der dem Kaiser Wilhelm gilt, wird von der Masse tausendstimmig wiederholt. In den Worten, die dem deutschen Kaiser den Dank der ungarischen Nation künden, zittert tiefe Rührung.

Die Demonstrationzüge bewegen sich weiter. Ein Taumel der Begeisterung ergreift die Masse, als die Kunde, daß der serbische Generalstabschef General Putnik im militärwissenschaftlichen Kasino interniert sei, zu ihr bringt. Ein Zug bewegt sich vor das Korpskommando, wo stürmische Kundgebungen der Kriegsbegeisterung erfolgen. Ein anderer Zug zieht vor das militärwissenschaftliche Kasino, vor dessen Fenstern Militärpatrouillen stumm Posten halten. In langen Intervallen zeigt sich ein bleiches, von ergrauendem Bart umrahmtes Sol-

datengesicht am Fenster. Schließlich ersucht ein Offizier den General Putnik, vom Fenster zurückzutreten, worauf sich die Menge zerstreut.

Inzwischen graut der Morgen. Noch sind die Kaffeehäuser, die Restaurants hell erleuchtet und überfüllt, die Straßen belebt. An den Straßenecken werden riesige rote und grüne Plakate affiziert. Tausende umlagern diese Plakate, die die partielle Mobilisierung und die Aushebung des Landsturmes proklamieren. Eine Stunde später ist alles in den Dienst der Rüstung gestellt. Soldaten in voller nagelneuer Ausrüstung rennen durch die Straßen, Lastenautos fahren die Einrichtungen des Sanitäts- und Verpflegsdienstes in rasender Fahrt zum Westbahnhof, wo große Truppenkörper des Abtransportes herren. Der Tag bricht an, herrlich erhebt sich die Sonne hinter den Östlichen Bergen, in Gold und Feuer die heilige Stephanskronen tauchend, welche an der Spitze der Königsburg ragend aufgerichtet ist. Der neue Tag fliehet mit dem verflohenen zusammen. Die Menschen gehen nicht zur Ruhe. Der Sonntag findet keine Rast. Weiße Mauerschläge künden, daß die Sonntagsruhe im Gebiete der Reichshauptstadt suspendiert ist. Der frühe Vormittag findet alles in vollem Betriebe, Straßen, Restaurants, die Wagen der Elektrischen sind von Menschen überfüllt, die das neue Lied des Tages singen, ein Lied, das zwar aus den Tagen der Revolution stammt, in das jedoch die gefestigte Loyalität nun statt den Namen Ludwig Koszuths den Namen des Königs aufgenommen hat:

„Hört, Franz Josef läßt uns sagen,
Regimenter muß er haben;
Läßt er es noch einmal sagen,
Müssen wir uns alle schlagen.“

Schwere Tage.

Nach authentischen Informationen.

Die Ungebuld der Bevölkerung ist begreiflich. Man möchte von großen Taten, man möchte bereits von Schlachtenberichten und Siegen hören. Das ist natürlich unmöglich, denn der moderne Krieg erfordert einen ungeheuren technischen Aufwand, den man nicht in wenigen Stunden bewältigen kann, wozu Tage notwendig sind. Die Ereignisse werden noch früh genug in Fluß kommen, früh genug wird das mörderische Ringen beginnen, das nicht mehr aufzuhalten ist. Indessen hat die Diplomatie eine ungeheure Aufgabe zu bewältigen. Es gilt immer wieder den Versuch zu machen, den Weltkrieg aufzuhalten. Bisher hat Rußland noch keine entschiedene Haltung bekundet, der russische Botschafter in Wien, Schebeko hat dem Grafen Berchtold erklärt, daß er bisher nicht in dem Besitz bestimmter Aufträge seiner Regierung sei, daß seine Regierung aber ernste Bedenken hege und sich die Entscheidung vorbehalten müsse. Dunkel ist der Rede Sinn, wie die Politik Rußlands es immer war. Die Meinungen gehen daher sehr auseinander. Während die einen mit Rücksicht auf die Sachlage mit Frankreich, mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich England auf keinen Fall sich in kriegerische Verwicklungen einlassen will, der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe, sind die anderen, die maßgebenderen Faktoren der Ansicht, daß alle Bemühungen vergeblich sind und daß der Tag der großen Abrechnung gekommen sei. Nicht mit Unrecht wird gesagt, daß

diese Abrechnung ja doch kommen müsse, und daß es daher keinen Zweck habe, etwas aufzuschieben, was man doch immer wieder erwarten müsse und was die Welt nimmermehr zur Ruhe kommen ließe. Millionen und Millionen werden jetzt schon auch in jenen Staaten aufgewendet, die sich nicht im Kriegszustand befinden, um für alle kommenden Ereignisse so schnell als möglich gerüstet zu sein. Das sind Opfer, die auf die Dauer unerträglich werden, wenn sie für einen ungewissen Zustand, für ein „Vorläufig“ gebracht werden.

Und nun sind wir beim Kern der Frage über die Lokalisierung des Krieges: Mit aufrichtiger Genugtuung ist festzustellen, daß die Bündnisfrage, sowohl Deutschlands wie Italiens über jeden Zweifel erhaben ist. Nicht nur die Reiche, sondern auch ihre Armeen empfinden wie Brüder, die einer gemeinsamen großen Gefahr gegenüberstehen, und die selbst dann, wenn sie allein blieben, jedem Gegner gegenüber gerüstet wären, wiewohl heute schon feststeht, daß sie nicht allein bleiben, sondern manchen Freund und Mitinteressenten finden würden. Angesichts dieser Sachlage wird man es begreiflich finden, daß die Politik des Dreibundes sich nicht damit begnügt, eine Lokalisierung für den Augenblick durchzusetzen, sondern daß sie einen dauernden Zustand schaffen will, der der Welt die Ruhe und den Frieden wiedergibt. Die Kabinette von Wien, Berlin und Rom sind übereinstimmend der Anschauung, daß mit einem Scheinzustand nicht das Auslangen gefunden werden kann, und daß endlich einmal auch in die große Politik Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und vor allem andern Stetigkeit kommen muß. Diese Politik des Dreibundes ist ebenso mannhaft, als klug und folge-

ANGELITERKAMMER FÜR WIEN
DOKUMENTATION

TAGEBUCH
1917
F.P.N. : 12

richtig, und daß diese Forderung zum kategori-
schen Imperativ erhoben und jede Intervention, die
einem anderen Ziel zustrebt, ebenso höflich, wie
entschieden abgelehnt wird, kann nur auf allseitige
Zustimmung rechnen. Jeder ehrlich Denkende wird
in diesen schweren Zeiten der Meinung recht geben,
daß das kostbare Blut unserer tapferen Armee nicht
für eine Chimäre, nicht für ephemere Werte ver-
gossen werden darf; nicht aus Übermut, nicht einer
Laune gehorchend, sondern in der vollen Erkenntnis,
daß es sich um Sein oder Nichtsein handelt, hat
Österreich-Ungarn zu den Waffen gegriffen, und
aus diesem Grunde verfolgt es auch im innigen
Eindringen mit seinen treuen Bundesgenossen
die Politik der Geradheit und Offenheit und nimmt
den Kampf auf gegen die Hinterhältigkeit und
gegen jeden Trug.

Im Bewußtsein dieser klaren, von jedermann
als richtig anerkannten politischen Führung sehen
denn auch die Verbündeten mit voller Ruhe den
kommenden Ereignissen entgegen. Rußland ist bis-
her ausgewichen; möglich, daß es seine Haltung
schon in den nächsten Tagen präzisieren wird. Wahr-
scheinlich aber kommt die schwerste Etappe der
internationalen Verwicklung erst dann, wenn die
Liquidierung des Krieges mit Serbien eintritt.
Dann wird Rußland mit Einwendungen und For-
derungen kommen, und dann käme es neuerlich
zum Biegen oder Brechen. Zur Stunde ist nicht
sicher, ob die jetzige Etappe oder erst die künftige
die Entscheidung darüber bringt, welchen Ereig-
nissen wir entgegengehen. Sollten aber die Würfel
des Schicksals im Sinne des Unfassbaren fallen,
dann soll uns dieser geschichtliche Moment, der
seinesgleichen noch nicht hat, gefaßt und ruhig

finden im Vertrauen auf unsere Kraft, auf unsere
Armee, im Vertrauen auf unsere Bundesgenossen
und im Vertrauen auf unser gutes Recht.